



Dritter Frauenbericht der Stadt Linz

Dritter Frauenbericht der Stadt Linz

Auftraggeberin

Frauenstadträtin Mag.^a Eva Schobesberger

Projektleitung

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Doris Weichselbaumer
Institut für Frauen- und Geschlechterforschung
Johannes Kepler Universität Linz

Autor*innen

Frederic Heine PhD
Alexander Bryce Hass MA
Johanna Hauenschild MA
Marie Jungreuthmayer MA
unter Mitarbeit von
Georgia Liedringer BSc



INSTITUT FÜR FRAUEN- UND
GESCHLECHTERFORSCHUNG
Johannes Kepler Universität Linz

Frauen
büro **L_♀inz**

Impressum:

Herausgabe, Eigentum und Verlag:
Magistrat der Stadt Linz, Frauenbüro
Hauptplatz 1, 4041 Linz
www.linz.at/frauen

Für den Inhalt verantwortlich:
Univ.-Prof.in Dr.in Doris Weichselbaumer

Institut für Frauen- und Geschlechterforschung
Johannes Kepler Universität Linz
Altenbergerstraße 69, 4040 Linz
<http://genderstudies.jku.at/>

Autorinnen:

Frederic Heine PhD
Alexander Bryce Hass MA
Johanna Hauenschild MA
Marie Jungreuthmayer MA
unter Mitarbeit von
Georgia Liedringer BSc

Gestaltung: Daniela Waser
Umschlagimage: „Business as usual“
Astrid Esslinger 2010 (überarbeiteter Ausschnitt)
Druck: Druckwerkstatt Handels GmbH
Erscheinungsjahr: 2025

ISBN 978-3-200-10443-3



Foto: Gregor Hartl



Foto: Violetta Wakolbinger

Liebe Linzer*innen!

Rechtlich sind Frauen und Männer in Österreich gleichgestellt. In der Realität bestehen aber nach wie vor massive Diskriminierungen und Benachteiligungen von Frauen.

Im Jahr 2011 wurde erstmalig der Linzer Frauenbericht veröffentlicht und 2018 aktualisiert. Die Daten des Dritten Linzer Frauenberichtes sind auch vor dem Hintergrund der vergangenen Krisen zu lesen.

Die vorliegenden Ergebnisse zur ökonomischen Lage zeigen, dass Frauen nach wie vor massiv finanziell benachteiligt sind und dies für viele – insbesondere Pensionistinnen und Alleinerzieherinnen – existenzbedrohend sein kann. Eine Umverteilung der unbezahlten so genannten Care-Tätigkeiten wie Kinderbetreuung zwischen den Geschlechtern ist daher die Grundvoraussetzung und der Schlüssel für eine geschlechtergerechte Gesellschaft.

Es ist wichtig, dass auf allen Ebenen Maßnahmen ergriffen werden, um die Gleichberechtigung endlich auch in der Realität durchzusetzen. Das heißt auch, dass Männer in der Verantwortung stehen, mehr Sorgearbeit zu übernehmen und dafür braucht es einen noch viel weitergehenden Kulturwandel in der Gesellschaft und der Wirtschaft insgesamt.

Der Dritte Frauenbericht der Stadt Linz bietet nicht nur eine Bestandsaufnahme, sondern vor allem eine Vision für die Zukunft. Er ist ein klarer Handlungsauftrag an alle politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich Verantwortlichen, Veränderungen herbeizuführen und umzusetzen. Denn nur durch einen ehrlichen Willen und gemeinsames Handeln kann eine geschlechtergerechte und diskriminierungsfreie Gesellschaft erreicht werden.

Dietmar Prammer
Bürgermeister der Landeshauptstadt Linz

Mag.^a Eva Schobesberger
Frauenstadträtin

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	6
Kapitel 1 Soziodemografie	15
Kapitel 2 Lebensformen	25
Kapitel 3 Bildung	51
Kapitel 4 Erwerbstätigkeit	77
Kapitel 5 Sozioökonomische Lage	99
Kapitel 6 Gesundheiten	123
Kapitel 7 Repräsentanz und Partizipation	157

Einleitung

Die ersten beiden Frauenberichte der Stadt Linz, veröffentlicht in den Jahren 2011 und 2018, entstanden in einer Zeit, die von einem vergleichsweise optimistischen Blick auf gleichstellungspolitische Entwicklungen geprägt war. Zwar war die Geschwindigkeit von Fortschritten in der Gleichstellung in vielerlei Hinsicht alles andere als zufriedenstellend und Gleichstellungserfolge waren für verschiedene Gruppen von Frauen unterschiedlich spürbar, dennoch schien an einer grundsätzlich positiven Entwicklung nur wenig Zweifel angebracht. Der vorliegende dritte Frauenbericht der Stadt Linz erscheint nun in einem anderen, von neuen Ungleichzeitigkeiten gekennzeichneten gesellschaftlichen Klima. Auf der einen Seite gibt es weiterhin viele positive Entwicklungen: Feministischer und queerer Aktivismus wird immer deutlicher sichtbar und hat in den vergangenen Jahren viele Fortschritte hinsichtlich etwa des Gewaltschutzes, der rechtlichen Gleichstellung von gleichgeschlechtlicher Sexualität oder der (Teil-)Anerkennung von Geschlechtsidentitäten jenseits der Zweigeschlechtlichkeit erzielt (zu den Begrifflichkeiten am Ende dieser Einleitung). Die #MeToo-Bewegung hat in vielen Ländern der Welt gesellschaftliche Debatten über Machtstrukturen und sexuelle Gewalt ausgelöst. Auf der anderen Seite hat die COVID-19-Pandemie deutlich gemacht, dass die gesellschaftlichen Errungenschaften, die den relativen Erfolg der Gleichstellung und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichten (z. B. öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen) keineswegs selbstverständlich sind. Die Pandemie hat Risse im gegenwärtigen Geschlechterregime offenbart, die unter Schlagwörtern wie der „Re-Traditionalisierung“ Eingang in die öffentliche Diskussion gefunden haben. Auch wenn die geschlechterpolitische Bewertung der pandemiebedingten Einschnitte in den Lebensalltag keineswegs eindeutig ist, offenbarte die Pandemie doch zumindest die potenzielle Fragilität gegenwärtiger Gleichstellungsarrangements. Ein weiterer Grund zur Sorge ist der international wachsende Einfluss politischer Bewegungen, die sich zunehmend gegen Fortschritte in der Gleichstellung sowie gegen die Anerkennung von Geschlechtervielfalt wenden – teils sogar gegen bereits erreichte Errungenschaften in diesen Bereichen. Auch in Österreich sind diese politischen Tendenzen spürbar.

Diese Entwicklungen sind aus unserer Sicht kein Grund in gleichstellungspolitischen Forderungen defensiver aufzutreten. Im Gegenteil, sie zeigen, dass Gleichstellung nicht von selbst erreicht wird, sondern von der Überzeugungs- und Umsetzungsarbeit politischer Akteur*innen, Expert*innen sowie engagierter Aktivist*innen abhängt (zur Verwendung des Gendersterns s. u.). Daher ist es umso wichtiger, Gleichstellungspolitik mit Nachdruck entschlossen voranzutreiben. Denn die Schaffung von Chancengerechtigkeit für mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist und bleibt eine zentrale und überfällige gesellschaftspolitische Aufgabe. Dabei ist Gleichstellungspolitik aus unserer Sicht kein reines Anliegen von Frauen, sondern ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft.¹

Die größten gleichstellungspolitischen Hebel finden sich auf nationaler oder sogar europäischer Ebene. Da sich in den sozialen Strukturen jedoch auch regionale Besonderheiten widerspiegeln, ist es wichtig, Geschlechterunterschiede nicht nur auf Bundes- oder EU-Ebene zu analysieren und zu bearbeiten. Der 2011 publizierte Erste Linzer Frauenbericht (Böhm & Buchinger, 2011) war für die kommunale Frauenberichterstattung in Österreich² wegbereitend.

1 Dieses Profitieren kann und sollte asymmetrisch sein, denn Gerechtigkeit, Gewalt- und Diskriminierungsfreiheit gilt es insbesondere für die bisher Benachteiligten und Ausgeschlossenen – Frauen und LGBTIQ*-Personen – herzustellen. Aber auch Männer können von einer Befreiung von überkommenen Geschlechternormen und Männlichkeitsanforderungen profitieren und ein egalitäreres, nachhaltigeres, gesünderes und selbstbestimmteres Leben gewinnen, wie etwa die kritische Männlichkeitsforschung betont (Scambor & Gärtner, 2020).

2 Mit Ausnahme von Wien, das aber Bundes- und Landeshauptstadt zugleich ist, gab es bis 2011 keine stadtspezifischen Frauenberichte.

Seither sind Frauen- und Gleichstellungsberichte in vielen österreichischen Städten erschienen. Der Linzer Frauenbericht wurde zuletzt 2018 aktualisiert (Schuster et al., 2018) und findet nun, weitere sieben Jahre später, eine dritte Auflage. Die Ziele und Fragestellungen dieses Berichts bleiben dabei ähnlich: Wie sieht die gegenwärtige geschlechterpolitische Situation in Linz aus? In welchen Lebensbereichen haben Linzer Frauen Verbesserungen oder auch Verschlechterungen erlebt? Welchen geschlechterpolitischen Gestaltungsspielraum gilt es weiterhin auszufüllen?

Warum ist Frauenberichterstattung sinnvoll?

Eine frauen- bzw. geschlechterdifferenzierte Berichterstattung bildet die Grundlage für das Erkennen geschlechterpolitischer Handlungsbedarfs. Frauen- und Gleichstellungsberichte liefern damit eine wichtige Grundlage für politische Entscheidungsträger*innen. Zugleich fungieren sie als Medium für frauenpolitische Aktivierung, da sie Benachteiligungsstrukturen öffentlich transparent, sichtbar und nachvollziehbar machen.

Die rechtlich formale Gleichstellung von Frauen und Männern in Österreich findet sich in der Lebensrealität von Frauen noch nicht zur Genüge wieder. Auf der Basis kontinuierlicher und fortschreibender Frauenberichterstattung kann aber die Politik daran gemessen werden, welche frauen- und gleichstellungspolitischen Ziele sie sich setzt und wie sie diese aufgrund von Maßnahmen erreicht bzw. wo weiterhin dringender Handlungsbedarf besteht. Sie schafft damit nicht nur eine fundierte Informationsbasis für Entscheidungsträger*innen und die Öffentlichkeit, sondern fördert auch politische Rechenschaft, die eine zentrale Grundlage des demokratischen Prozesses ist.

Frauenberichterstattung beinhaltet dabei zwei wesentliche, sich aufeinander beziehende Elemente:

- Die gendersensible Analyse von Daten und Fakten erlaubt uns das Generieren von Wissen über die Lebenslagen von Frauen und Männern. Manchmal ermöglicht uns die statistische Datenlage auch Rückschlüsse auf LGBTIQ*-Personen zu ziehen (zu den Begrifflichkeiten s. u.). Das Verständnis, dass es sich bei Frauen, Männern und LGBTIQ*-Personen um keine jeweils homogenen Gruppen handelt, sondern vielfach weitere soziale Merkmale wie Alter, Behinderungen, Herkunft, sexuelle Orientierungen sowie sozioökonomischer Status zu berücksichtigen sind, bildet eine wesentliche Grundvoraussetzung der Analyse auf der statistischen Ebene.
- Bei der Analyse von gesellschaftlich hergestellten Geschlechterverhältnissen geht es um die Identifikation jener geschlechtsspezifischen Normen, Erwartungen, strukturellen Rahmenbedingungen und Machtverhältnissen, welche die Geschlechterdifferenz sowie die Geschlechterhierarchie hervorbringen und stabilisieren. Solche Analysen sollen die Grundlage dafür liefern, geschlechtsspezifische Macht- und Herrschaftsverhältnisse verändern zu können und dadurch zu einer gerechteren Gesellschaft beizutragen.

Ziele des Dritten Linzer Frauenberichtes

Der vorliegende Dritte Linzer Frauenbericht soll konkret mehrere Funktionen erfüllen:

- Die im Rahmen der ersten beiden Linzer Frauenberichte erstellte quantitative Erfassung der wesentlichen Eckdaten zur Lage der Linzer Frauen soll als Grundlage für die Frauen- und Geschlechterpolitik aktualisiert werden.
- Dargestellte Daten und sich daraus ergebende Themen und Problemlagen sollen inhaltlich diskutiert werden.

- Die Verfügbarkeit von statistischen Daten über Linzer Frauen soll dokumentiert und Datenlücken aufgezeigt werden, um die Lebensbedingungen der Linzerinnen kontinuierlich im Blick zu haben. Wo möglich, sollen außerdem Daten zu LGBTIQ*-Personen dokumentiert oder deren Fehlen reflektiert werden.
- Eine Basis für die Identifikation und die Aktivierung der Linzer*innen in frauen- und geschlechterpolitischen Angelegenheiten soll geschaffen werden.

Frauenbericht, Vielfalt und Statistik

Seit der Veröffentlichung des Zweiten Frauenberichts der Stadt Linz hat sich in Bezug auf das Verständnis der Kategorie „Geschlecht“ auf wissenschaftlicher, juristischer, sozialer und sogar auf statistischer Ebene einiges getan. Das lange Zeit vorherrschende zweigeschlechtliche, (vermeintlich) biologisch begründete Geschlechtermodell, das ausschließlich die Kategorien Frauen und Männer vorsah, gilt in den Gender Studies schon seit längerer Zeit als überholt (Butler, 1999, 2009) und wird durch die Existenz und Lebensrealität von trans*-, inter*- und nicht-binären Menschen (TIN*-Personen, zu den Begrifflichkeiten s. u.) offensichtlich in Frage gestellt (Mader et al., 2022). Diese Entwicklungen werden auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen und politisch thematisiert. Veränderungen gab es auch auf juristischer Ebene. Kurz nach der Veröffentlichung des Zweiten Linzer Frauenberichts 2018 sprach der österreichische VfGH intergeschlechtlichen Personen das Recht auf adäquate Bezeichnung im Personenstandsregister zu. Es stehen nun die Einträge „divers“, „inter“, „offen“ bzw. „kein Eintrag“ zur Verfügung (Verfassungsgerichtshof Österreich, 2018).³ Der Ausschluss von nicht-binären und genderqueeren Menschen von diesen neuen Geschlechtsbezeichnungen sowie die hohen, mit einem Wechsel des Personenstandes einhergehenden bürokratischen Hürden werden jedoch von Vertreter*innenorganisationen (VIMÖ, HOSI, Plattform Intersex) kritisiert (Mader, 2020).

Im Rahmen eines Frauenberichts stellt sich heutzutage jedenfalls die Frage, wie die Lebensrealität von TIN*-Personen sowie veränderte Konzepte von Geschlecht angemessen berücksichtigt werden können. Schließlich ist die Zielsetzung des Berichts nicht nur, die Lage von („biologisch“ definierten) Frauen darzustellen und frauenpolitisch nutzbar zu machen, sondern auch Geschlechterverhältnisse als sozial konstruierte Machtverhältnisse zu dechiffrieren. Das biologistische und binäre Geschlechtermodell und die damit produzierten Ein- und Ausschlüsse sind ein zentraler Bestandteil dieser Machtverhältnisse. Aus diesem Grund würde aus unserer Sicht die statistische und analytische Lagebestimmung von inter*-, trans*- und nichtbinären Menschen zentral zum Aufgabengebiet eines Frauenberichts gehören, denn Frauen- und Gleichstellungspolitik muss auch immer Politik für TIN*-Personen sein. Diesem Anspruch steht jedoch die Wirklichkeit einer sehr schwierigen statistischen Datenlage gegenüber. Oft werden in geschlechter(un)sensiblen statistischen Daten nur die Kategorien Männer und Frauen erhoben. Aber auch wo detaillierte geschlechtsbezogene Daten verfügbar sind (z. B. Personenstandsregister, Melderegister oder Befragung), besteht ein Dilemma zwischen Repräsentation und Datenschutz (Schuster, 2022).

Aufgrund der geringen Anzahl an Personen mit einem alternativen Geschlechtseintrag im Personenstandsregister entsteht das Problem einer möglichen Identifizierbarkeit von Einzelpersonen bei statistischen Auswertungen. Aus diesem Grund veröffentlicht die Statistik Austria detaillierte Geschlechtsstatistiken nur österreichweit und nur ohne weitere Disaggregation. Dabei zeigt sich, dass die Zahl der Personen mit alternativem Geschlechtseintrag in der kurzen Zeit seit der gesetzlichen Möglichkeit bereits deutlich angestiegen ist (Statistik Austria, 2024).

³ In seiner Umsetzung hat das Innenministerium vorgesehen, dass antragstellende Personen ein medizinisches Gutachten vorlegen müssen.

Geringere Hürden bestehen bei Statistiken, die auf Befragungsdaten beruhen. Hier kann bzw. sollten befragende Institutionen eine oder mehrere Optionen jenseits von „männlich“ und „weiblich“ in ihre Fragebögen inkludieren. Die Statistik Austria verpflichtet sich inzwischen zu mindestens einer weiteren Option (Schuster, 2022); eine Praxis, die dringend von anderen Institutionen übernommen werden sollte. Darüber hinaus besteht jedoch auch die Frage, wie mit den differenziert erhobenen Daten umgegangen wird. Hier zeigten sich allein im Laufe der Erhebungen für diesen Bericht stark divergierende Praxen: Einige Institutionen ließen Personen mit alternativer Geschlechtsidentität bei der geschlechterdifferenzierten Darstellung schlicht aus. Das AMS verwendet die zwei Kategorien „Frauen“ und „Männer und alternative Geschlechter“.⁴ Die Statistik Austria weist Personen, die sich keinem binären Geschlecht zuordnen, auf Basis einer Imputationsregel entweder dem weiblichen oder männlichen Geschlecht zu (Statistik Austria, o. J.).⁵ Aufgrund dieser Datenlage kann auch der vorliegende Frauenbericht die Lebensrealitäten in Bezug auf Geschlecht nicht umfassend darstellen – er beschreibt vor allem die Situation von Frauen.

Vielfalt, Mehrfachdiskriminierung und Intersektionalität

Auch jenseits von Geschlecht ist das Leben von Frauen von Vielfalt gekennzeichnet. Aus geschlechteranalytischer Sicht ist dabei insbesondere relevant, dass unterschiedliche Gruppen (Geschlechter-)Diskriminierung auf sehr unterschiedliche Weise erleben. Diskriminierung aufgrund von Geschlecht überlagert sich oft auf komplexe Weise mit anderen Mechanismen gesellschaftlicher Diskriminierung, wie Rassismus und Klassismus, Ableismus und Ageismus, Homophobie und Queerfeindlichkeit. In den Gender Studies wird die Überlagerung dieser Diskriminierungsverhältnisse oft mit dem Begriff der Intersektionalität bezeichnet, der von Kimberlé W. Crenshaw (Crenshaw, 1989, 2010) geprägt wurde, um Mehrfachdiskriminierung und die Überlagerung von Diskriminierungsverhältnissen zu benennen. Intersektionalität bedeutet, dass Frauen, die von Rassismus oder Queerfeindlichkeit betroffen sind, auch Sexismus auf ganz andere Weise erleben können.

Dieser Bericht versucht aus diesem Grund, wenn möglich, die Lebenslagen von Frauen nach diesen weiteren Faktoren mit zu berücksichtigen und quantitativ darzustellen. Aber auch hier gilt, dass Daten, die nach Geschlecht und etwa Nationalität, Behinderung oder Einkommensgruppen differenziert sind, selten vorzufinden sind. Wenn Daten nur nach Geschlecht unterscheidbar sind, muss folglich bei ihrer Interpretation immer mitbedacht werden, dass unterschiedliche Gruppen von Frauen in unterschiedlichem Maße von den beschriebenen Mechanismen betroffen sein können.

Methodische Vorgangsweise

Recherche, Aufbereitung und Analyse sekundärstatistischer Daten

Der vorliegende Frauenbericht wurde von Mai bis Dezember 2024 erarbeitet und stützt sich auf eine sekundärstatistische Analyse jenes Datenmaterials, das in der bzw. für die Stadt Linz vorhanden ist. Das Material, das gesammelt werden konnte, stammt in erster Linie vom Amt für Stadtforschung (Kontaktperson Mag. Thomas Standfest), der Arbeiterkammer Oberösterreich, der Österreichischen Gesundheitskasse, dem Arbeitsmarktservice Oberösterreich, dem Land Oberösterreich und der Statistik Austria.

4 Aus unserer Sicht ist diese Lösung nicht optimal, da Männer die privilegierteste Geschlechterkategorie darstellen – eine Zuordnung zu Frauen* wäre hier nachvollziehbarer aufgrund der immerhin gemeinsamen Erfahrung von Diskriminierung.

5 Solange die Gesamtheit dieser Personen noch zu gering ist, um als separate Kategorie datenschutzkonforme sowie aussagekräftige statistische Zusammenhänge darzustellen, scheint die Vorgehensweise der Statistik Austria zumindest vorerst als angemessener. Sie sollte jedoch nicht tief im Glossar verborgen, sondern überall deutlich gekennzeichnet werden, um der statistischen „erasure“ von TIN*-Personen entgegenzuwirken.

Statistiken bzw. statistische Analysen dienen dazu, politische Maßnahmen empirisch zu fundieren und ihre Wirkungen zu messen. Gerade die Kommunalpolitik hat ein großes Naheverhältnis zu den Lebens- und Problemlagen der Bewohner*innen. Je kleinräumiger das politische Handlungsfeld, desto konkreter und zielgerichteter können politische Maßnahmen sein. Gute Datenverfügbarkeit und Datenqualität sind als empirische Grundlage unabdingbar.

Prinzipiell ist das Angebot statistischer Daten aber genau umgekehrt ausgerichtet: Je größer die politische Einheit, umso abgesicherter sind die Daten in statistischer Hinsicht. Je kleiner, umso schwieriger wird es in vielen Bereichen, konkreter in die Lebenssituation der Menschen hineinzusehen: Die meisten großen (europa- oder bundesweiten), auf Befragungen aufbauenden Statistiken (z. B. Mikrozensus, Arbeitskräfteerhebung, EU-SILC)⁶ sind auf der Ebene größerer Städte nur eingeschränkt zu verwenden, da die Stichproben zu klein sind, um abgesicherte Aussagen treffen zu können.

Geschlechtsspezifische Informationen sind bereits in vielen Datenquellen inkludiert, aber leider nicht überall. In diesem Bericht weisen wir in den einzelnen Kapiteln konkret darauf hin, wo diese Dimension noch fehlt. In diesen Fällen wird nicht nur Wissen verschenkt, das in konkreter und zielgruppenorientierter Politik umsetzbar wäre; es entspricht auch dem Gleichstellungsgebot der Bundesverfassung und der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Männern und Frauen, dass auf lokaler Ebene Lebensumstände geschlechtsspezifisch darzustellen sind. Auch das Prinzip des Gender-Mainstreamings (die Berücksichtigung von Geschlecht in allen politischen Prozessen und Planungen), zu dem sich Österreich und Oberösterreich verpflichtet haben, basiert auf der Vorlage einer gründlichen, geschlechterdifferenzierten Datenlage.

Der vorliegende Bericht dokumentiert vielfältige Aspekte der Leben der Linzer*innen, die durch quantitatives Datenmaterial beschrieben werden können. Bei Datenlücken greifen wir auf die Bundeslandebene zurück, um einzelne wichtige Themen nicht vollständig ausklammern zu müssen. Der Bericht wirft immer wieder auch einen Blick auf die Bundesebene – einerseits, weil hier oft das umfangreichste Datenmaterial vorliegt, andererseits, um österreichweite Vergleiche herstellen zu können.

6 Der Mikrozensus ist die zentrale Haushaltsstichprobe der amtlichen Statistik in Österreich, anhand derer sozialstatistische Erhebungen in derzeit etwa 23.000 Haushalten durchgeführt werden; die Arbeitskräfteerhebung wird im Rahmen des Mikrozensus durchgeführt; EU-SILC ist die europaweite Erhebung über soziale Lebensbedingungen in Haushalten.

Vergleichbarkeit mit dem Zweiten Linzer Frauenbericht

Der vorliegende Bericht ist eine Überarbeitung und Aktualisierung des Zweiten Linzer Frauenberichts (2018), der unter der Projektleitung von Univ.-Prof.in Dr.ⁱⁿ Doris Weichselbaumer von Mag.^a Julia Schuster, Theresa Fitz Msc, BA und Leonie Kapfer verfasst wurde. Der Erste Linzer Frauenbericht (2011) wurde von Mag.^a Renate Böhm und Dr.ⁱⁿ Birgit Buchinger MSc (unter Mitarbeit von Mag.^a (FH) Astrid Ebner-Zarl und Stefanie Halbmayr) erstellt. Wir bedanken uns bei den Autorinnen dafür, dass wir auf ihrer Arbeit aufbauen konnten. Zahlreiche Textpassagen wurden, soweit inhaltlich noch aktuell, übernommen bzw. den neuesten Daten angepasst. Die Auswahl der diskutierten Themen und der in den Grafiken sowie Tabellen dargestellten Dimensionen ist ebenfalls auf die Auswahl der ersten beiden Linzer Frauenberichte abgestimmt, denn gerade in der Dokumentation von sozialen Lebenslagen und gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten ist es sinnvoll, auf Vergleichbarkeit zu achten, um zeitliche Veränderungen – Verbesserungen wie Verschlechterungen – im Auge zu behalten. Dennoch gibt es eine Reihe von Aspekten, in denen der vorliegende Bericht inhaltlich und strukturell von seinen Vorgängern abweicht. Diese wollen wir hier kurz erläutern:

Wie der Zweite Linzer Frauenbericht beruht auch der vorliegende Dritte Bericht ausschließlich auf quantitativem Datenmaterial. Qualitative Interviews und Workshops mit Expert*innen, wie für den Ersten Linzer Frauenbericht, wurden nicht durchgeführt. Die hohen zeitlichen und finanziellen Kosten einer qualitativen Studie hätten den Nutzen aus dem zusätzlichen Erkenntnisgewinn möglicherweise überstiegen. Aus ähnlichen Gründen wurde auch die für den ersten Bericht durchgeführte Zusatzbefragung der Vertreter*innen sozialkultureller Einrichtungen nicht wiederholt.

Grundsätzlich gilt für die aktuelle Ausgabe: Weichen die Darstellungsformen bestimmter Themen (z. B. auch in Grafiken oder Tabellen) von jenen früherer Frauenberichte ab, so liegt das in den meisten Fällen an der Datenverfügbarkeit. Unsere Diskussionen, Tabellen und Grafiken bauen durchgehend auf den jeweils aktuellsten verfügbaren Daten (Berichtsjahren) auf.

Ein weiterer Unterschied zum Zweiten Linzer Frauenbericht besteht in neuen thematischen Schwerpunkten bzw. Inhalten. Einen solchen Schwerpunkt bildet die COVID-19-Pandemie. Dieser spiegelt sich zwar nicht in der Kapitelstruktur wider – dazu ist die Datenlage in Bezug auf Linz nicht aussagekräftig genug –, dennoch waren wir bemüht, in jedem Kapitel mögliche Effekte der COVID-19-Pandemie zu dokumentieren und zu reflektieren. Dadurch ergeben sich einige neue Inhalte, Kapitelabschnitte, Grafiken und Tabellen. Zum Teil wurden auch Darstellungen von früheren Linzer Frauenberichten modifiziert, um mögliche Einflüsse der Pandemie besser darstellen zu können. Weitere inhaltliche Neuerungen betreffen etwa die Darstellung lesbischer und schwuler Lebensformen in Kapitel 2, die aufgrund der Verfügbarkeit entsprechender Daten nach der gesetzlichen Gleichstellung von Ehe und eingetragener Partner*innenschaft gleichgeschlechtlicher Paare nun möglich wurde.

Geschlechtergerechte Sprache und Begrifflichkeiten

In diesem Bericht verwenden wir den Genderstern*, um Geschlechtervielfalt sichtbar zu machen. Der Stern wird hier als Platzhalter für vielfältige Endungen verwendet, damit sich möglichst viele Menschen von einem Begriff angesprochen fühlen. Im Gegensatz zum Binnen-I verweist der Stern (ebenso wie andere Zeichen, etwa der Unterstrich oder der Doppelpunkt) auf Identitäten jenseits der binären Kategorien Frau und Mann. Der Stern wird von uns gegenüber den erwähnten alternativen Zeichen bevorzugt, da der Asterisk für seine Funktion als Platzhalter (etwa in Suchmaschinen) bekannt ist und weil der Stern, mit seinen vielen Strahlen, die Vielfalt von Geschlecht am besten symbolisiert. Auch eignet sich der Genderstern besser als andere Zeichen für blinde und sehbehinderte Menschen (Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV), 2024).

Des Weiteren benutzen wir je nach Kontext die Sammelbegriffe LGBTIQ*- oder TIN*-Personen. Diese Kürzel stehen für: Lesbische, Schwule (Gay), Bisexuelle, Trans*-, Inter*-, Queere und Nicht-binäre Personen.⁷ Der Sammelbegriff LGBTIQ*-Personen bezeichnet dabei alle Menschen, die aus der Norm der zweigeschlechtlichen Heteronormativität⁸ ausgeschlossen sind. TIN* steht für trans*, inter* und nichtbinär und bezeichnet Personen, die nicht der vorherrschenden Norm der binären Geschlechtlichkeit entsprechen.

Aufbau des Berichtes

In den Kapiteln werden zentrale Lebensbereiche, die für alle Linzerinnen relevant sind, thematisiert. Gleichzeitig wird die Heterogenität der Linzer Frauen deutlich gemacht. Um größtmögliche Vergleichbarkeit zu erzielen, orientiert sich der Aufbau dieses Berichtes so weit wie möglich am Aufbau des Zweiten Linzer Frauenberichts. Demnach wird die Lebenssituation der Frauen in Linz in den folgenden, wiederkehrenden Abschnitten beschrieben.

EinBlick

Unter diesem Titel findet sich am Anfang jedes Kapitels eine kurze Zusammenfassung zur Bedeutung des Themas aus frauenpolitischer Sicht.

DatenFakten

In diesem Abschnitt wird – je nach verfügbarer Datenlage – ein statistischer Überblick über das jeweilige Thema geboten.

7 Der englischsprachige Sammelbegriff hat sich auch im deutschen Sprachgebrauch durchgesetzt und wird etwa von der HOSI oder auch bei der Linzer LGBTIQ*-Befragung (Stadtforschung Linz, 2023) verwendet. Erläuterungen zu einigen der Kürzel: Trans*personen sind Menschen, deren Geschlechtsidentität von dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht abweicht. Für sich mit einem binären Geschlecht (Mann/Frau) identifizierende Trans*personen ist eine – mit juristischen und medizinischen Hürden versehene – Eintragung der korrekten Geschlechtsidentität möglich, wird aber nicht in jedem Fall realisiert. Aus diesen Gründen sind Trans*personen auch in dem hier vorliegenden Datenmaterial potenziell unrichtig eingeordnet. Inter*personen sind Menschen mit einer vorliegenden körperlichen Variation der Geschlechtsmerkmale, die keine eindeutige Zuordnung zu den Kategorien „Mann“ oder „Frau“ zulässt. Ihre Geschlechtsidentität kann inter* lauten, aber auch männlich, weiblich oder nicht-binär. Nicht-binäre Menschen gehören zur Gruppe der Trans*personen, verorten ihre Geschlechtsidentität jedoch als außerhalb der binären Kategorien. Nicht-binär ist ein Sammelbegriff für verschiedene mögliche Identitäten jenseits der Zweigeschlechtlichkeit. „Queer“ wiederum ist ein Sammelbegriff, der Abweichungen von der Heteronormativität bezeichnet, aber auch – als subversive Aneignung einer ursprünglich schwulen- und lesbenfeindlichen Beschimpfung – eine Ablehnung konventioneller Kategorien von Geschlecht und Sexualität symbolisieren kann. Der Genderstern nach einem Begriff (z. B. TIN*-Personen) steht für die Inklusion weiterer nicht-heteronormativer Geschlechteridentitäten. Ein weiterführendes Begriffs-Glossar steht etwa hier zur Verfügung: <https://queer-lexikon.net/> sowie <https://www.bpb.de/themen/gender-diversitaet/geschlechtliche-vielfalt-trans/245426/lstbtq-lexikon/>

8 Der Begriff „zweigeschlechtlich“ (oder auch binär) markiert das „traditionelle“ Geschlechtermodell von „Frau und Mann“ als unzureichend für eine mehrdimensionale Geschlechtervielfalt. Der Begriff Heteronormativität bezeichnet die (oft implizite) Annahme, dass heterosexuelle Beziehungen die wünschenswerte Norm darstellen.

Lücken

Hier listen wir Daten- und Wissenslücken auf, die in diesem Bericht offenbleiben müssen, unserer Ansicht nach aber in Zukunft geschlossen werden sollten.

Trends

Wer nur eine kurze Information sucht, findet sie in diesem Abschnitt: Anhand einer Auflistung sind hier besondere Aspekte prägnant zusammengefasst.

Diskussion und Reflexion des Status quo

Dieser Abschnitt liefert eine inhaltliche Interpretation des vorgestellten Datenmaterials und analysiert die aktuelle Situation auf der Basis des verfügbaren Wissens.

Ausblick: Maßnahmen und Möglichkeiten

In diesem Abschnitt fassen wir Ansatzpunkte für politische Maßnahmen und für politisches Handeln zusammen. Nicht alle dieser Anregungen sind an die Stadt Linz adressiert: Die Handlungsvorschläge, die nicht in der Kompetenz einer Kommune liegen, können von ihren politischen Akteur*innen an die jeweils zuständige Institution weitergetragen werden.

Wir hoffen, dass die politischen Akteur*innen den Dritten Linzer Frauenbericht als Grundlage für die weitere frauenpolitische Arbeit in dieser Stadt betrachten und ihn nutzen, um sichtbar gewordene Ungleichheiten und Machtverhältnisse im Geschlechterverhältnis zu beseitigen.

Doris Weichselbaumer
Frederic Heine
Johanna Hauenschild
Alexander Bryce Hass
Marie Jungreuthmayer

Linz, Dezember 2024

Quellen

- Böhm, Renate, & Buchinger, Birgit. (2011). Erster Linzer Frauenbericht. Magistrat der Stadt Linz, Frauenbüro. <https://www.linz.at/images/files/1-Frauenbericht.pdf>
- Butler, Judith. (1999). Gender trouble: Feminism and the subversion of identity. Routledge. <http://site.ebrary.com/id/10054731>
- Butler, Judith. (2009). Die Macht der Geschlechternormen und die Grenzen des Menschlichen (1. Aufl). Suhrkamp.
- Crenshaw, Kimberlé W. (1989). Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics. University of Chicago Legal Forum, 1989, Article 8.
- Crenshaw, Kimberlé W. (2010). Die Intersektion von „Rasse“ und Geschlecht demarginalisieren: Eine Schwarze feministische Kritik am Antidiskriminierungsrecht, der feministischen Theorie und der antirassistischen Politik. In Helma Lutz, Maria Teresa Herrera Vivar, & Linda Supik (Hrsg.), Fokus Intersektionalität: Bewegungen und Verortungen eines vielschichtigen Konzeptes (S. 33–54). VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-92555-4_2
- Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband (DBSV). (2024). Gendern. <https://www.dbsv.org/gendern.html>
- Mader, Esto, Gregor, Joris Atte, Saalfeld, Robin K., Hornstein, René, Rain, Müller, Paulena, Grasmeyer, Marie C., & Schadow, Toni (Hrsg.). (2022). Trans* und Inter*Studien: Aktuelle Forschungsbeiträge aus dem deutschsprachigen Raum (1. Auflage). Westfälisches Dampfboot.
- Mader, Herwig Hakan. (2020, Juni 2). 3. Geschlecht: Community fordert rechtmäßigen Erlass vom Innenministerium. GGG.at. <https://www.ggg.at/2020/06/02/drittes-geschlecht-64-organisationen-fordern-rechtmassigen-erlass-vom-innenministerium/>
- Scambor, Elli, & Gärtner, Marc. (2020). CARING MASCULINITIES. Über Männlichkeiten und Sorgearbeit. Aus Politik und Zeitgeschichte, 70(45/2020), 22–27.
- Schuster, Julia. (2022). Nicht-binäre Geschlechter in der Bevölkerungsstatistik: „Zählen“ nur Männer und Frauen? 9. Jahrestagung der ÖGGF, Salzburg.
- Schuster, Julia, Fitz, Theresa, & Kapfer, Leonie. (2018). Zweiter Frauenbericht der Stadt Linz. Magistrat der Stadt Linz, Frauenbüro. <https://www.linz.at/frauen/56114.php>
- Stadtforschung Linz. (2023). Befragung zur Lebenssituation von LGBTIQ*-Personen in Linz. https://www.linz.at/zahlen/112_Befragungen/LGBTIQ-Befragung2023.pdf
- Statistik Austria. (o. J.). Glossar und Datenzugänge: Abgestimmte Erwerbsstatistik. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/402/GlossarRZ_AEST.pdf
- Statistik Austria. (2024). Bevölkerung zu Quartalsbeginn seit 2020 nach detailliertem Geschlecht. Statistik des Bevölkerungsstandes, Zentrales Personenstandsregister [Dataset]. <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung/bevoelkerungsstand/bevoelkerung-nach-alter/geschlecht>
- Verfassungsgerichtshof Österreich. (2018). Personenstandsgesetz – Intersexuelle Personen – Der Österreichische Verfassungsgerichtshof. https://www.vfgh.gv.at/medien/Personenstandsgesetz_-_intersexuelle_Personen.php

Kapitel 1

Soziodemografie

Geschlechterproportionen

Altersverteilung

Staatsangehörigkeit und
Prognosen

EinBlick

Quantitatives und qualitatives Wissen über das Leben von Frauen und Männern in dessen Vielfältigkeit (z. B. auch in Abhängigkeit von sozialen Merkmalen wie Herkunft, Alter, soziale Lage, Behinderung oder sexuelle Orientierung) ist eine notwendige Voraussetzung für politisches Lenken und Handeln zur Sicherung des Gemeinwohls.

Gesellschaftliche Entwicklungen schlagen sich – manchmal nahezu in Echtzeit, manchmal verzögert – in Änderungen der soziodemografischen Zusammensetzung der Bevölkerung nieder. Für eine Stadt – ebenso wie für größere Verwaltungseinheiten – ist es wichtig, nicht nur detailliert über die jeweils aktuelle soziodemografische Zusammensetzung ihrer Bevölkerung Bescheid zu wissen, sondern in Entscheidungen auch Kenntnisse darüber miteinzubeziehen, was die Ursachen für Veränderungen in der Vergangenheit waren und welches Wissen daraus für die Zukunft ableitbar ist. Konkret bedeutet das für ein proaktives Handeln von Kommunen, dass fortlaufendes Wissen über sich verändernde Populationen, Altersproportionen und deren Entwicklungen, sowie Migrationsbewegungen generiert und genützt werden muss. Wissen um die Diversität einer Bevölkerung ist besonders wichtig in kommunalen Zusammenhängen. Dabei verleiht ein Herunterbrechen der Daten auf die Ebene von Bezirken zielgerichtetem Handeln eine gute Basis. Nur so kann eine Fehlallokation von Ressourcen bzw. eine Unterversorgung von bestimmten Regionen oder Bevölkerungsgruppen vermieden werden. Auf diese Aspekte gehen wir im Detail noch an verschiedenen Stellen des Berichts ein.

DatenFakten

Geschlechterproportionen

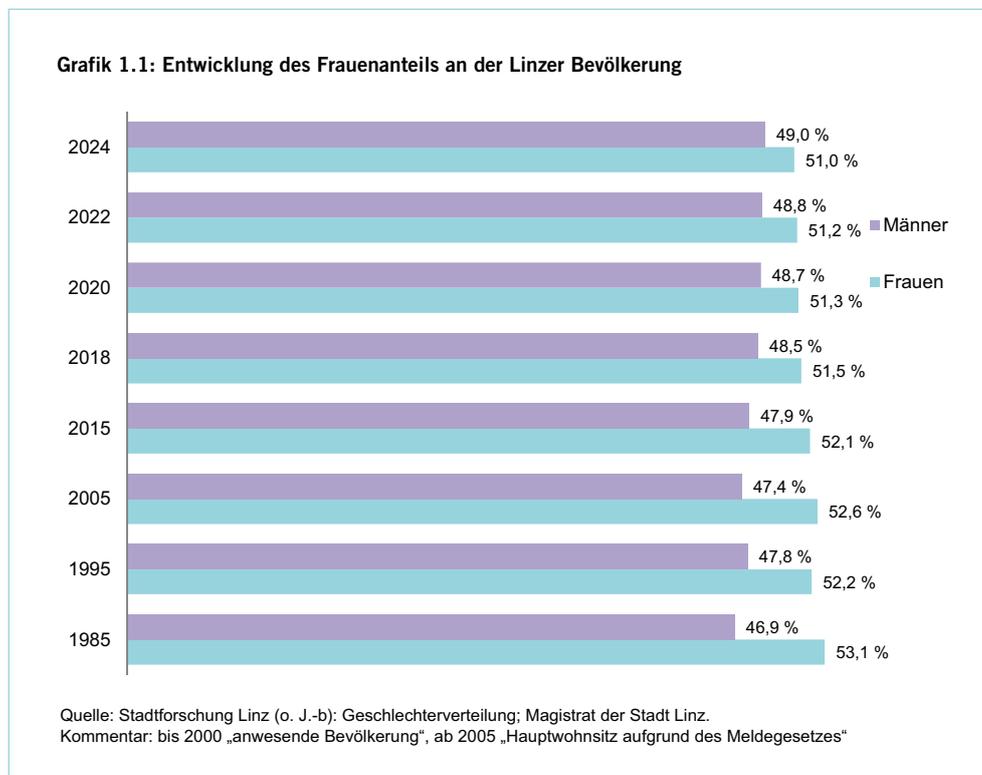
Der Frauenanteil an der Linzer Bevölkerung sinkt leicht, aber stetig

Die Linzer Hauptwohnsitzbevölkerung ist im Laufe der letzten Jahre stetig gewachsen und umfasste zum 1. Jänner 2024 212.538 Personen; davon waren 108.311 Frauen und 104.277 Männer. Der Anteil der Frauen an der Linzer Bevölkerung betrug somit 51 % (Stadtforschung Linz, o. J.-f). Auch österreichweit bilden Frauen mit 50,7 % die Mehrheit der Bevölkerung (Statistik Austria, 2024a).

Der höhere Frauenanteil in Linz ist jedoch keine Besonderheit. In Ballungsräumen sind die weiblichen Bevölkerungsanteile zumeist höher, teilweise auch noch höher als in Linz. Eine mögliche Begründung hierfür könnte das breitere Bildungs- und Jobangebot sowie der Versorgungsgrad mit Senior*innenheimen und die Nähe zu medizinischen Einrichtungen in Städten sein. Die letzten beiden Punkte spielen gerade in Kombination mit der höheren Lebenserwartung von Frauen eine Rolle (Österreichischer Städtebund, 2023).

Das Ausmaß, in dem es mehr Frauen als Männer in Linz gibt, veränderte sich jedoch über die Zeit (siehe Grafik 1). In den Nachkriegsjahren war die männliche Bevölkerung noch stark reduziert; sie konnte sich in den darauffolgenden Jahrzehnten aber kontinuierlich erholen. Heute gibt es in Linz nach wie vor etwas mehr Frauen als Männer, wobei sich dieser Unterschied tendenziell reduziert. Dieser Trend – der auch auf andere Ursachen, wie z. B. Migrationsbewegungen zurückgeht – drückt sich auch im prozentuellen Wachstum der Bevölkerungsentwicklung nach Geschlecht aus: Während die männliche Population zwischen 2016 und 2024 um 7,2 % wuchs, stieg die weibliche

nur um 3,8 % (Stadtforschung Linz, o. J.-b). Diese Entwicklung verlief im österreichischen Durchschnitt etwas langsamer: Hier erhöhte sich die Zahl der Männer um 4,9 % und die Zahl der Frauen um 4,3 % (Statistik Austria, 2023).



Bei näherer Analyse dieser Zahlen zeigt sich im Bevölkerungswachstum der Stadt Linz während der COVID-19-Pandemie eine leichte Verlangsamung. So gab es bei der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate der Bevölkerung in den Jahren 2020 bis 2022 einen Rückgang von durchschnittlich 0,92 % auf 0,20 %, welcher möglicherweise in Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie steht. Die insgesamt geringere Wachstumsrate der Frauen spiegelt sich auch hier wider, so dass während der Pandemie die Zahl der Frauen nahezu stagnierte, während die der Männer geringfügig wuchs, wie in Tabelle 1.1 zu sehen ist.

Tabelle 1.1: Wachstumsraten der Linzer Bevölkerung vor, während und nach der Corona-Pandemie

Durchschnittliche jährliche Wachstumsrate	Frauen	Männer	Gesamt
2010–2020	0,69 %	1,15 %	0,92 %
2020–2022	0,03 %	0,38 %	0,20 %
2022–2024	0,73 %	1,12 %	0,92 %

Quelle: Stadtforschung Linz (o. J.-b): Geschlechterverteilung; Magistrat der Stadt Linz; e. B.

Österreichweit wurde während der COVID-19-Pandemie ein deutlicher Anstieg der Sterbefälle verzeichnet. Zudem führten die wirtschaftlichen Unsicherheiten in Kombination mit der Pandemie zu temporären Einbrüchen der Geburtenzahlen und die internationale Migration ging auf-

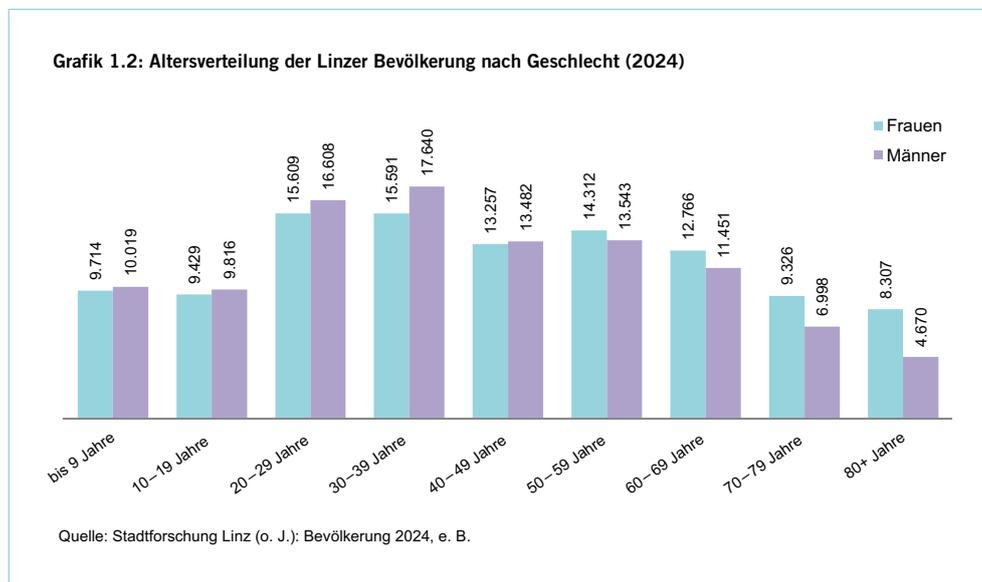
grund der Grenzsperrungen deutlich zurück. Zudem zeigen Binnenwanderungen, dass nach dem ersten Lockdown mehr Menschen aus dem urbanen in den ruralen Raum umgesiedelt sind (Wisbauer et al., 2023). Es lässt sich vermuten, dass einige oder alle dieser Faktoren sich auch negativ auf das Linzer Bevölkerungswachstum auswirkten.

Altersverteilung

Die Geschlechterproportionen schwanken mit dem Alter

Linzer unterscheidet sich aufgrund seiner städtischen Struktur von der durchschnittlichen Altersstruktur Oberösterreichs. Der Anteil junger Menschen (0–19 Jahre) lag 2024 im gesamten Bundesland bei 20,2 %, während er in Linz nur bei 18,3 % lag. Der Anteil der 60- bis 79-jährigen Bevölkerung lag in Oberösterreich bei 21,2 % (in Linz: 19,1 %) und jener der Bevölkerung 80+ bei 5,8 % (in Linz: 6,1 %) (Stadtforschung Linz, o. J.-a; Statistik Austria, 2024a, e. B.).

In den jüngeren Altersgruppen (0–49) gab es in Linz jeweils mehr Männer als Frauen (siehe Grafik 1.2). Der Anteil der männlichen Bevölkerung bewegt sich in den Altersgruppen „bis 9 Jahre“, „10–19“, „20–29“, „30–39“, „40–49“-Jahre jeweils zwischen 51 %–53 %. Im Vergleich zu 2018 hat sich im Jahr 2024 der Männerüberhang auch auf die Altersgruppe der 40- bis 49-Jährigen ausgeweitet, was vermutlich mit dem Übergang der Kohorten der damals 30- bis 39-Jährigen in dieser Altersgruppe zusammenhängt. Mit zunehmendem Alter (50 bis 80+) dreht sich dieses Verhältnis jedoch um, wie Grafik 1.2 zeigt. In der Gruppe der 60- bis 79-Jährigen, die bereits in Pension sind oder in absehbarer Zeit in den Ruhestand treten, lag der Anteil der weiblichen Bevölkerung in Linz bei rund 54 %. Am deutlichsten war der Unterschied allerdings in der Altersgruppe der Personen ab 80, denn es lebten fast doppelt so viele hochbetagte Frauen (80 Jahre und älter) wie Männer in Linz (siehe Grafik 1.2) (Stadtforschung Linz, o. J.-a).



Ursächlich für die mit dem Alter schwankenden Geschlechterproportionen sind einerseits ein um 5 % höherer Knabenanteil bei den Geburten und eine erhöhte Sterblichkeit junger Männer, die jedoch durch eine stärkere Zuwanderung junger Männer kompensiert wird. Hinzu kommt eine höhere Lebenserwartung von Frauen (Schuster, o. J.). Die Lebenserwartung von Frauen bei der Geburt betrug im Jahr 2016 rund 84 Jahre, bei Männern waren es rund 79 Jahre. Der Unterschied in der geschlechterspezifischen Lebenserwartung nimmt in Österreich allerdings kontinuierlich ab: Waren es 1960 noch 7 Jahre, sind es 2023 rund 5 Jahre, die Frauen durchschnittlich länger leben. Laut Prognose soll dieser Unterschied im Jahr 2050 nur noch 4 Jahre betragen (Statistik Austria, 2024c). Die COVID-19-Pandemie hatte in Österreich einen negativen Einfluss auf die Lebenserwartung von Frauen und Männern. Im Jahr 2023 ist die Lebenserwartung bei Frauen wieder auf das Vor-Pandemie-Niveau zurückgegangen, während bei Männern immer noch 0,17 Jahre unter dem Vor-Pandemie-Niveau liegt (Statistik Austria, 2024a).

Der Frauenanteil in den Linzer Bezirken schwankt

Das Linzer Stadtgebiet ist seit 1.1.2014 in 16 anstatt 36 statistische Bezirke unterteilt. Da bis zum Jahr 2020 die ursprüngliche Gliederung in den Statistiken der Stadt Linz parallel zur neuen, reduzierten Unterteilung geführt wurde, wurden auch in den vorangehenden Frauenberichten 36 Bezirke beschrieben. Die folgenden Ausführungen beziehen sich nun auf die neue Gliederung der Stadt Linz in 16 statistische Bezirke.

Je nach statistischem Zählbezirk schwankte 2024 – wie Tabelle 1 (Stadtforschung Linz, o. J.-c) zu entnehmen ist – der Frauenanteil der dort ansässigen Wohnbevölkerung zwischen 43,7 % und 52,9 %. Die höchsten Anteile an Frauen sind in den Bezirken St. Magdalena (52,9 %), Urfahr (52,5 %), Pöstlingberg und Froschberg (51,8 %) zu finden, während die niedrigsten Anteile in den Bezirken Industriegebiet-Hafen⁹ (43,7 %), Bulgariplatz (48,7 %) und Neue Heimat (49,8 %) zu verzeichnen sind. Für diese schwankenden Frauenanteile gibt es unterschiedliche Gründe (Stadtforschung Linz, o. J.-d). Eine mögliche Erklärung könnte die Altersstruktur in bestimmten Bezirken sein. So ist der Frauenanteil in Zählbezirken mit einer älteren Siedlungsstruktur und in Bezirken mit Senior*innen- und Pflegeheimen höher (etwa in St. Magdalena, Urfahr, Froschberg und Spallerhof) (Stadtforschung Linz, o. J.-h). Beispielsweise sind im Bezirk St. Magdalena 36,1 % der Bewohner*innen über 60-Jahre, was den Linzer Durchschnitt (25,2 %) deutlich übersteigt. Auch in den anderen soeben genannten Bezirken mit einem hohen Frauenanteil liegen die Anteile dieser Altersgruppe deutlich über dem Durchschnittswert (Pöstlingberg (33,3 %), Froschberg (29,5 %), Urfahr (28,5 %), während die Bezirke mit den geringsten Frauenanteilen darunter liegen. Der Bulgariplatz ist beispielsweise ein sehr junger Bezirk, nur 15,9 % der Bewohner*innen sind 60 Jahre und älter (Stadtforschung Linz, o. J.-g).

Ein weiterer Grund für die schwankenden Frauenanteile in den Linzer Bezirken könnte der erhöhte Anteil an Personen mit nicht-österreichischer Staatsangehörigkeit sein. Deren Anteil liegt in den Bezirken Industriegebiet-Hafen (70,6 %), Bulgariplatz (43,3 %), Neue Heimat (36,7 %) und Franckviertel (38,2 %) deutlich über dem Linzer Durchschnitt (29,4 %). Der Bezirk Industriegebiet-Hafen hat jedoch eine aktuelle Wohnbevölkerung von nur 119 Personen. Eine naheliegende mögliche Erklärung des niedrigen Frauenanteils und hohen Anteils an Personen mit nicht-österreichischer Staatsangehörigkeit in diesem Bezirk ist, dass sich hier die Belegschaft der männlich dominierten Metall- und Elektronikindustrie angesiedelt hat (Stadtforschung Linz, o. J.-e).

⁹ Die Daten zum Industriegebiet-Hafen sind hinsichtlich des Frauenanteils und des Anteils von Personen mit nicht-österreichischer Staatsbürger*innenschaft allerdings aufgrund der geringen Anzahl an Bewohner*innen nicht besonders aussagekräftig.

Tabelle 1.2: Frauenanteil an der Hauptwohnsitzbevölkerung nach statistischen Bezirken der Stadt Linz (2024)

Statistische Bezirke	Weibl. Bevölkerung absolut	Anteil an der gesamten weibl. Bevölkerung	Frauenanteil im Bezirk
1 Innere Stadt	12.370	11,4 %	50,1 %
2 Urfahr	12.561	11,6 %	52,5 %
3 Pöstlingberg	2.382	2,2 %	51,8 %
4 St. Magdalena	6.309	5,8 %	52,9 %
5 Dornach-Auhof	3.806	3,5 %	50,8 %
6 Kaplanhof	5.280	4,9 %	51,0 %
7 Franckviertel	3.244	3,0 %	50,5 %
8 Bulgaripplatz	8.725	8,1 %	48,7 %
9 Froschberg	6.058	5,6 %	51,8 %
10 Bindermichl-Keferfeld	10.812	10,0 %	51,5 %
11 Spallerhof	6.533	6,0 %	51,0 %
12 Neue Heimat	7.126	6,6 %	49,8 %
13 Kleinmünchen-Auwiesen	11.859	10,9 %	50,8 %
14 Industriegebiet-Hafen	52	0,0 %	43,7 %
15 Ebelsberg	5.539	5,1 %	51,1 %
16 Pichling	5.655	5,2 %	51,1 %
LINZ GESAMT	108.311	100,0 %	51,0 %

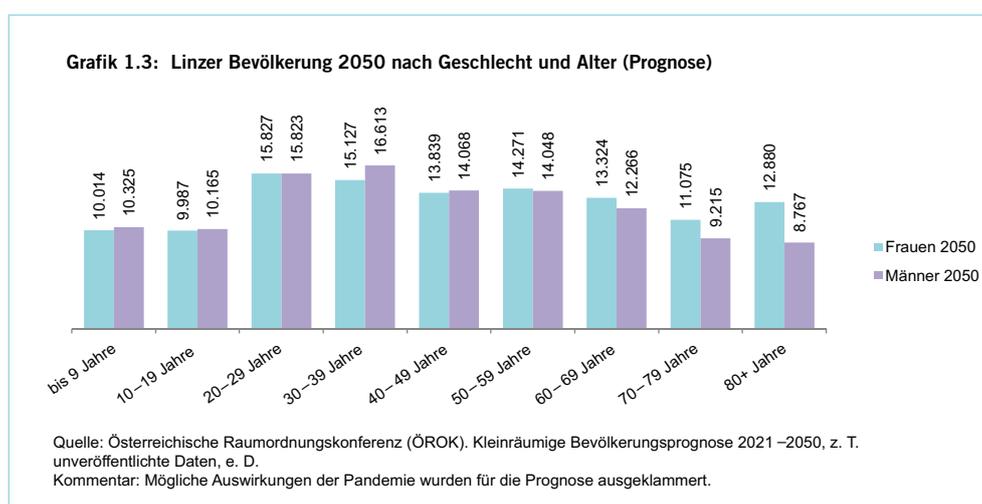
Quelle: Stadtforschung Linz (o. J.-e): Hauptwohnsitzbevölkerung-absolut, e. B.

Personen nicht-österreichischer Staatsangehörigkeit

Der Anteil der Linzer Bevölkerung ohne österreichische Nationalität betrug Anfang 2024 rund 29,4 % (gegenüber rund 22 % im Jahr 2018) und war damit deutlich höher als in der oberösterreichischen Gesamtbevölkerung (rund 16 % im Jahr 2024) sowie in der österreichischen Gesamtbevölkerung von 19,7 % (Statistik Austria, 2024b). So hatten im Jahr 2024 insgesamt 62.540 Personen aus 154 unterschiedlichen Nationen ihren Hauptwohnsitz in Linz. Im Vergleich zu den anderen österreichischen Landeshauptstädten lag dieser Bevölkerungsanteil in Linz (Daten von 2022) ungefähr im Mittelfeld (26,3 %). In Wien (32,19 %) und Innsbruck (28,8 %) sind die Anteile höher, in Sankt Pölten (18,9 %) und Klagenfurt (18,5 %) niedriger (Österreichischer Städtebund, 2023). Der Zuwachs von Linzer*innen ohne österreichische Staatsangehörigkeit betrug im Zeitraum 2014 bis 2024 absolut 28.251, von diesen waren 13.087 Frauen und 15.164 Männer (Stadtforschung Linz, o. J.-e). Die Mehrheit der in Linz lebenden Personen ohne österreichische Staatsangehörigkeit wanderte aus anderen europäischen Ländern zu: Die fünf wichtigsten Herkunftsnationen sind Rumänien (10,3 %), Bosnien und Herzegowina (9 %), Kroatien (6,8 %), Türkei (6,3 %) und Deutschland (6,1 %) (Österreichischer Städtebund, 2023). In Linz ist der Anteil der männlichen Personen (52,3 %) ohne österreichische Staatsangehörigkeit etwas höher als jener der Frauen (47,7 %). Unter Frauen ist der Anteil jener mit nicht-österreichischer Staatsangehörigkeit mit rund 27,6 % etwas geringer als jener von in Linz lebenden Männern mit rund 31,4 %. Ein Blick auf die Geschlechterproportionen der fünf wichtigsten Herkunftsländer zeigt, dass die Frauenanteile größtenteils weit unter dem allgemeinen Durchschnitt von 51,0 % liegen. Unter diesen fünf Herkunftsnationen ist der Frauenanteil am geringsten bei den Zuwander*innen aus Deutschland mit 46,52 %, dicht gefolgt von Personen aus der Türkei (46,56 %). Noch niedriger ist der Frauenanteil bei Personen aus Syrien (34,3 %) und Pakistan (28 %) (Stadtforschung Linz, o. J.-e).

Bevölkerungsprognosen

Die Alterung der Bevölkerung wird laut Prognose der Statistik Austria in den kommenden Jahren stark voranschreiten (Slepecki & Pohl, 2024). Diese Entwicklung macht auch vor dem Bundesland Oberösterreich nicht halt. So wird das Durchschnittsalter in diesem Bundesland im Jahr 2030 bei 44,3 Jahren liegen und bis 2100 auf 46,2 Jahren ansteigen. Ein Blick auf das Geschlechterverhältnis in den unterschiedlichen Altersgruppen (siehe Grafik 3) verrät, dass sich der Frauenanteil in Linz bis 2050 nur leicht verändern wird. Deutlichere Veränderungen sind jedoch bei den älteren Gruppen zu verzeichnen: Männer ab 70 Jahre werden anteilmäßig leicht zulegen. Besonders deutlich wird dieser Anstieg bei hochbetagten Männern (80+), wo der Anteil von 36 % auf 40,5 % ansteigen wird. Die Lebenserwartung von Frauen und Männern wird in den kommenden Jahrzehnten weiter konvergieren (s. o.). Diese Entwicklung verläuft jedoch langsam, daher wird der Frauenanteil hochbetagter Menschen in der Linzer Wohnbevölkerung auch in den nächsten Jahren deutlich höher sein als der Männeranteil. Grafik 3 zeigt die prognostizierte Altersstruktur der Linzer Bevölkerung für das Jahr 2050 (Österreichische Raumordnungskonferenz, o. J.).



Trends

- Die Linzer Hauptwohnsitzbevölkerung ist im Laufe der letzten Jahre stetig gewachsen.
- Der Frauenanteil von 51 % in Linz liegt im Durchschnitt der österreichischen Städte und zeigt eine leicht rückläufige Tendenz.
- Der Frauenanteil in den Linzer Bezirken schwankt. Als Erklärungen hierfür können die variierende Altersstruktur, aber auch der Anteil an Personen ohne österreichische Staatsangehörigkeit herangezogen werden.
- In den Altersgruppen der 0- bis 49-Jährigen besteht jeweils ein Männerüberhang, während in den Altersgruppen der 50- bis über 80-Jährigen jeweils ein Frauenüberhang herrscht.
- Es gibt Unterschiede in der Altersstruktur der weiblichen und männlichen Population, die sich durch einen höheren Knabenanteil bei den Geburten bzw. durch die längere Lebenserwartung von Frauen erklären lassen.

- Das weibliche Bevölkerungswachstum verlangsamt sich im Vergleich zu vergangenen Jahrzehnten.
- Der Anteil der älteren Bevölkerung wird – wie in ganz Österreich – auch in Linz steigen.
- Die Geschlechterproportion zwischen betagten und hochbetagten Männern und Frauen wird sich in den nächsten dreißig Jahren marginal verändern, da sich die Lebenserwartung von Männern und Frauen tendenziell angleicht.

Diskussion und Reflexion des Status quo

Mehr oder weniger die Hälfte ...

Wer die Statistischen Jahrbücher der Stadt Linz von 1946 bis heute nach soziodemografischen Informationen zur weiblichen Bevölkerung durchforstet, kann erkennen, wie sehr sich gesellschaftliche Problemlagen und Relevanzen, aber auch Sichtweisen über Geschlechterrollen in die kommunale Berichterstattung eingeschrieben haben.

Während in den ersten Jahren nach dem 2. Weltkrieg Krankheits- und Todesursachenstatistiken eine überaus prominente Position einnahmen, waren bis in die 1970er Jahre Lebensform- und Reproduktionsthemen. Auch die jeweilige Referenzgröße der Berichterstattung ist aufschlussreich. So erfahren wir beispielsweise in diesen Statistiken zunächst nichts über das Alter des Mannes bei der Eheschließung, aber über jenes der Frau. Ebenfalls wird in den veröffentlichten Statistiken erst ab den 1980er Jahren bekannt, wie hoch der Frauenanteil an der Bevölkerung ist. Dies reflektiert die – unter anderem im Familienrecht verankerte – bis Mitte der 1970er Jahre andauernde Unterordnung der Frau als Tochter und Ehefrau, deren Teilhabe am öffentlichen Leben zu großen Teilen an den Vater bzw. Ehepartner gebunden war. Die statistische Berichterstattung, die innerhalb dieses patriarchalen gesellschaftlichen Kontexts etabliert wurde, war dementsprechend lange Zeit ein Blick von Männern auf diese männlichen Lebensrealitäten. Frauen waren normativ primär auf den „privaten“ Bereich des Haushalts beschränkt, den man lange nicht als wirtschaftlich oder gesellschaftlich relevant verstand und daher nicht statistisch erfasste.

Die Datenverfügbarkeit und -qualität wurde in den letzten Jahrzehnten durch das Aufkommen der Evaluationsforschung maßgeblich verbessert, da die Nachfrage nach Wirksamkeitsanalysen politischer Maßnahmen aufgrund eines zunehmenden Konsolidierungsdrucks und dem Wunsch nach Kontrolle und Legitimierung staatlicher Interventionen gestiegen ist. Darüber hinaus fordern Antidiskriminierungsgesetze und das ebenfalls im Gesetz festgeschriebene Gender Mainstreaming eine Abschätzung geschlechtsspezifischer Folgen als Grundlage aller politischen Entscheidungen. Detaillierte Daten über die unterschiedlichen sozialen Lebensrealitäten in Abhängigkeit von Geschlecht, Alter und Migrationsstatus sind essentiell für wirkungsvolle politische Maßnahmen. Dieses Bewusstsein spiegelt sich in vielen neueren verfügbaren Statistiken wider.

Die in diesem Kapitel dargestellte soziodemografische Zusammensetzung der Linzer Bevölkerung und deren Veränderung über die Zeit bietet wichtige Hinweise für politische Maßnahmen und Entscheidungen. Die Bedarfsplanung der Kinder- und Altenbetreuung, die Bereitstellung von infrastrukturellen Angeboten oder eine bessere Durchmischung verschiedener Bevölkerungsgruppen können hierfür Beispiele sein. Im Folgenden fassen wir konkrete Maßnahmen und Möglichkeiten kompakt zusammen, die sich aus den bisher vorgestellten Daten für uns ergeben.

Ausblick: Maßnahmen und Möglichkeiten

- Die regelmäßige Erfassung und Auswertung aller soziodemografischen Daten und ihre Veränderungen nach Geschlecht, Herkunft, Alter und Wohnort auf Stadtbezirksebene muss weiter fortgeführt werden.
- Die erhobenen statistischen Daten sollen zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und Migrant*innen beitragen. Daher ist ein verantwortungsvoller und geschlechtersensibler Umgang mit den Daten unabdingbar. Die Daten dürfen nicht zur Kontrolle und Disziplinierung der jeweiligen Bevölkerungsgruppe verwendet werden.
- Die soziodemografischen Daten sollten in Zukunft noch stärker dazu eingesetzt werden, eine offensive politische Diskussion zur diversifizierten und bedarfsorientierten Gestaltung von Lebensräumen und Stadtvierteln zu führen.
- Die Stadt Linz führt in regelmäßigen Abständen Bürger*innenbefragungen durch. Ein weiterer Fortschritt wäre es, diese Befragungen hinsichtlich der Konzeption von Inhalten und Fragen sowie der Auswertung und Veröffentlichung verstärkt geschlechtergerecht zu gestalten bzw. zu veröffentlichen.
- Die Beobachtung der soziodemografischen Entwicklungen in den Stadtvierteln findet zwar statt, erfolgt aber nicht nach einzelnen Merkmalen. Empfehlenswert wäre eine stärkere bezirksbezogene Sichtweise, die geschlechterdifferenzierte, längerfristige Entwicklungen berücksichtigt.
- Die wichtigsten genderbezogenen Statistiken sollten allen politischen Akteur*innen der Stadt jährlich als Regelinstrumentarium mit dem Titel „Linzer Geschlechterverhältnisse auf einen Blick“ zur Verfügung gestellt werden.

Quellen

- Österreichische Raumordnungskonferenz. (o. J.). Kleinräumige Bevölkerungsprognose 2021–2050 [Dataset].
- Österreichischer Städtebund. (2023). Österreichs Städte in Zahlen – 2023 [2023]. <https://www.staedtebund.gv.at/ePaper-oestiz/oestiz-2023/#p=2>
- Schuster, Julia. (o. J.). Gender-Statistik. Demografische Merkmale (Statistik Austria, Hrsg.).
- Slepecki, Philip, & Pohl, Pauline. (2024). Zukünftige Bevölkerungsentwicklung Österreichs und der Bundesländer 2023 bis 2080 (2100). Statistische Nachrichten.
- Stadtforschung Linz. (o. J.-a). Bevölkerung 2024. https://www.linz.at/zahlen/040_bevoelkerung/040_bevoelkerungsstruktur/2-1JSCH.pdf
- Stadtforschung Linz. (o. J.-b). Geschlechterverteilung.
- Stadtforschung Linz. (o. J.-c). Hauptwohnsitzbevölkerung 2024 – Absolut. http://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/040_Bevoelkerungsstruktur/020_RaemlicheVerteilung/
- Stadtforschung Linz. (o. J.-d). Hauptwohnsitzbevölkerung 2024 – Prozentanteile. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/040_Bevoelkerungsstruktur/020_RaemlicheVerteilung/ALFAP.PDF
- Stadtforschung Linz. (o. J.-e). Zahlen – Ausländer*innen. Stadt Linz. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/070_Auslaender/index.php
- Stadtforschung Linz. (o. J.-f). Zahlen – Bevölkerungsstruktur. Stadt Linz. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/040_Bevoelkerungsstruktur/index.php
- Stadtforschung Linz. (o. J.-g). Zahlen – Räumliche Verteilung. Stadt Linz. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/040_Bevoelkerungsstruktur/020_RaemlicheVerteilung/index.php
- Stadtforschung Linz. (o. J.-h). Zahlen – Senior*innen. Stadt Linz. https://www.linz.at/zahlen/060_Soziales/020_Senioren/index.php
- Statistik Austria. (2023). Demografisches Jahrbuch 2022. Bundesanstalt Statistik Österreich. https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/Demografisches-JB-2022_Web_barrierefrei.pdf
- Statistik Austria. (2024a). Bevölkerung nach Alter/Geschlecht. STATISTIK AUSTRIA. <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung/bevoelkerungsstand/bevoelkerung-nach-alter/geschlecht>
- Statistik Austria. (2024b). Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit/Geburtsland. STATISTIK AUSTRIA. <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung/bevoelkerungsstand/bevoelkerung-nach-staatsangehoerigkeit-geburtsland>
- Statistik Austria. (2024c). Zahl der Sterbefälle 2023 erstmals seit 2020 zurückgegangen. Lebenserwartung von Männern und Frauen gestiegen. (Pressemitteilung 13 252-018/24). Bundesanstalt Statistik Österreich. <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2024/01/20240129Sterbefaelle2023.pdf>
- Wisbauer, Alexander, Schuster, Julia, & Pohl, Pauline. (2023). Auswirkungen der Coronapandemie auf die demografische Struktur in Österreich. Statistische Nachrichten, 05/2023, 378–396.

Kapitel 2

Lebensformen

Familienarten

Biologische Reproduktion

Heirat und Verpartnerung

Scheidung

Wohnen

EinBlick

Die Lebensformen der Menschen in Österreich sind entsprechend dem europäischen Trend im Laufe der letzten Jahrzehnte vielfältiger geworden. Diese Pluralisierung und Individualisierung zeigt sich etwa durch das veränderte Heiratsverhalten, die Zunahme vorehelicher Lebensgemeinschaften oder die wachsende Scheidungshäufigkeit. Betrug das durchschnittliche Erstheiratsalter im Jahr 1975 bei Frauen noch 22,7 Jahre, lag es im Jahr 2022 bei 31,3 Jahren; bei Männern stieg es im selben Zeitraum von 25,5 auf 33,4 Jahre an (Statistik Austria, 2023a). Für diesen Wandel sind nicht zuletzt die Bestrebungen und Erfolge der frauenpolitischen Bewegungen verantwortlich. Massives Aufholen im Bildungsbereich sowie in der Erwerbsbeteiligung von Frauen unterstützten diese Entwicklungen.

Veränderte Lebensweisen verändern auch die Familienplanung. Immer mehr Eltern sind beispielsweise nicht verheiratet. Außerdem bekommen Frauen¹⁰ österreichweit durchschnittlich weniger Kinder als vor einigen Jahrzehnten. Darüber hinaus steigt das Erstgebäralter sowie das generelle Gebäralter (Kaindl & Schipfer, 2023). Mögliche Gründe für diese Entwicklungen sind unter anderem verlängerte Bildungswege, bessere berufliche Perspektiven von Frauen, finanzielle Unabhängigkeit, steigende Selbstbestimmung bei der biologischen Reproduktion, die Verfügbarkeit von Kontrazeptiva, verstärkte Sexualaufklärung sowie der straffreie Zugang zum Schwangerschaftsabbruch.

Auch die Familienformen haben sich während der letzten Jahrzehnte gewandelt. Das Kernfamilienmodell – zwei verheiratete Erwachsene mit Kind(ern) – ist zwar weiterhin die häufigste Form des Zusammenlebens, wird aber seltener gelebt als noch vor ein paar Jahrzehnten. Der Anteil von Lebensgemeinschaften außerhalb von Ehe oder eingetragener Partner*innenschaft (EP) an allen Familien in Österreich hat sich zwischen 1985 und 2023 knapp verfünffacht. Gleich blieb der Anteil der alleinerziehenden Mütter mit rund 10 % (Statistik Austria, 2024c). In den letzten Jahren gab es außerdem eine Reihe von rechtlichen Änderungen für gleichgeschlechtliche Paare. Am wesentlichsten war die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs vom 4. Dezember 2017, die die Unterscheidung der eingetragenen Partner*innenschaft¹¹ und der Ehe als diskriminierend wertete und für unzulässig erklärte. Seit dem 1.1.2019 können nun sowohl gleichgeschlechtliche als auch verschiedengeschlechtliche Paare heiraten oder eine eingetragene Partner*innenschaft eingehen (Verfassungsgerichtshof Österreich, 2017). Beziehungsmodelle, die über traditionelle Paarbeziehungen (gleich- oder verschiedengeschlechtlich) hinausgehen, werden in Österreich weiterhin juristisch nicht anerkannt.

Die Wahl der Lebensform ist aber nicht nur von rechtlichen Rahmenbedingungen abhängig, sondern auch von finanziellen Möglichkeiten. Trotz der großen Bildungsgewinne (siehe Kapitel 3 „Bildung“) und der wachsenden Erwerbspartizipation (siehe Kapitel 4 „Erwerbstätigkeit“), bestehen weiterhin Hürden bei der eigenständigen Existenzsicherung von Frauen (siehe Kapitel 5 „Sozioökonomische Lage“). Zu diesen gehören die Armutsgefährdung von Alleinerziehenden, Zugangsbarrieren zu existenzsichernder Erwerbstätigkeit oder die Armutsgefährdung sozial

10 Auch viele TIN*-Personen sind gebärfähig. Es gibt jedoch keine Daten, die Geburten dieser Personengruppe separat erfassen.

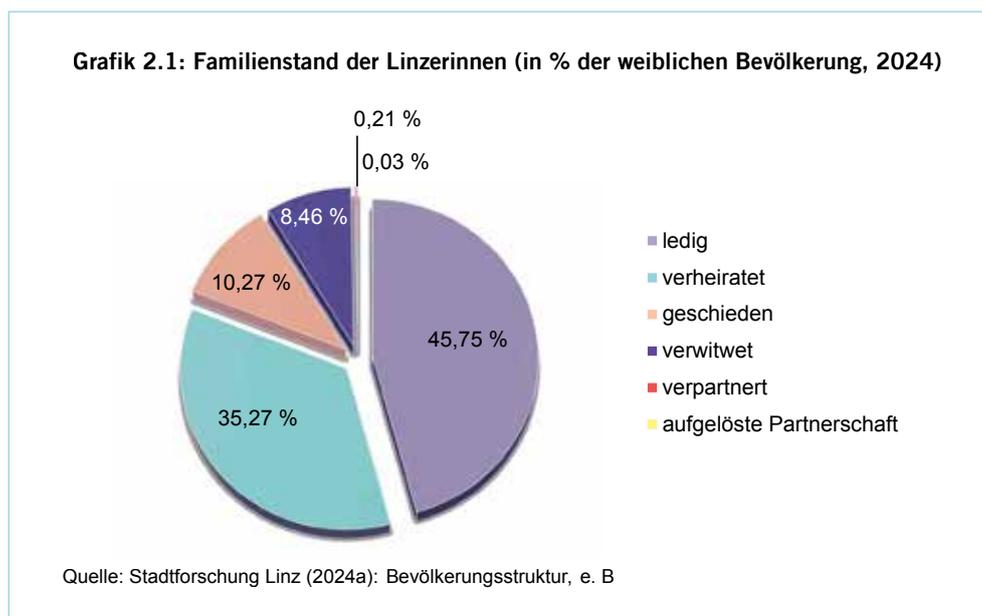
11 Die eingetragene Partner*innenschaft wurde 2010 als Rechtsinstitution ausschließlich für gleichgeschlechtliche Paare geschaffen mit dem Ziel, die Rechte gleichgeschlechtlicher Paare auszuweiten, wies jedoch bei der Einführung zahlreiche Unterschiede zur Ehe auf. Viele von diesen Unterschieden wurden jedoch in den folgenden Jahren aufgrund von Verurteilungen durch den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof bzw. Verfassungsgerichtshof aufgehoben.

benachteiligter Gruppen von Frauen. Solche Probleme können als Indizien dafür gesehen werden, dass sich die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht im selben Umfang verändert haben wie die individuellen Wünsche an ein selbstbestimmtes Leben.

DatenFakten

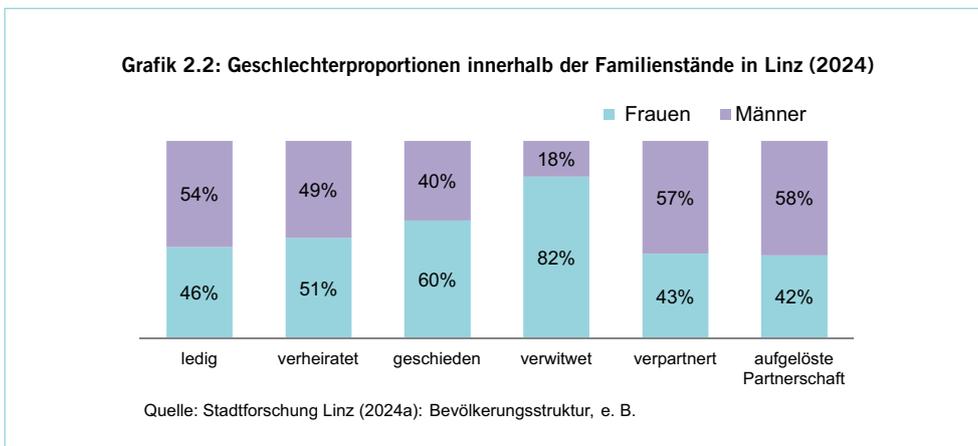
Familienstand und Familienarten

Die Linzer Bevölkerung ist zu 35 % verheiratet, 9 % sind geschieden und knapp 0,25 % befindet sich in einer eingetragenen Partner*innenschaft. Verwitwet sind 5 % der Linzer*innen. Die Hälfte der Bevölkerung (50,4 %) ist ledig, wobei etwas mehr als ein Drittel davon noch minderjährig ist (Stadtforschung Linz, 2024a). Die weibliche Bevölkerung hat einen höheren Anteil verwitweter und geschiedener Personen als jene der Männer. Im Vergleich zum österreichischen Durchschnitt fällt auf, dass der Anteil der ledigen Frauen in Linz (46 %; Ö: 41 %) deutlich höher ist und der Anteil der verheirateten Frauen deutlich geringer (Linz: 35 %, Ö: 40 %) (Grafik 2.1; Statistik Austria 2022b, e. B.).¹² Grafik 2.1 veranschaulicht die Anteile der verschiedenen Familienstände der weiblichen Stadtbevölkerung in Linz.



Grafik 2.2 zeigt für Linz die unterschiedlichen Geschlechterproportionen innerhalb der verschiedenen Familienstände. Auffallende Differenzen bestehen bei Geschiedenen und Verwitweten (höherer Frauenanteil), bei Verpartnerten und aufgelösten eingetragenen Partnerschaften (höherer Männeranteil). Die große Geschlechterdifferenz bei Verwitweten und Geschiedenen kann durch die Altersunterschiede zwischen Frauen und Männern bei der Heirat und durch unterschiedliche Lebenserwartungen erklärt werden (Statistik Austria, 2023b).

¹² Anmerkung: Hier werden die aktuellsten Zahlen aus Linz (2024) mit den aktuellsten veröffentlichten Zahlen für Österreich (2022) verglichen.



Im Jahr 2022 waren mehr als vier Fünftel der familialen Lebensformen in Linz Mehrpersonen-Lebensgemeinschaften (mit oder ohne Ehe bzw. eingetragener Partner*innenschaft), wie sich aus Tabelle 2.1 entnehmen lässt.

Tabelle 2.1: Familienarten (Linzer Stadtbevölkerung, 2022)

Familienart	Summe		Anzahl der Kinder				
	absolut	%	keine	1	2	3	4 und mehr
Ehepaar, Eingetr. Partner*innen	33.137	64,2 %	16.855	6.945	6.245	2.286	806
Lebensgemeinschaft	10.156	19,7 %	6.825	1.973	1.037	233	88
alleinerziehender Vater	1.201	2,3 %	0	944	200	46	11
alleinerziehende Mutter	7.154	13,9 %	0	4.861	1.738	406	149
Summe	51.648	100,0 %	23.680	14.723	9.220	2.971	1.054

Quelle: Statistik Austria (2022a): Abgestimmte Erwerbsstatistik, e. B.

Von diesen lebten 45 % mit mindestens einem Kind. Ein-Eltern-Familien (alleinerziehende Mütter und Väter) machten etwa 16 % aller statistisch erfassten Familien in Linz aus, davon waren 85 % weibliche Alleinerziehende. Im Vergleich zum letzten Linzer Frauenbericht (Schuster et al., 2018) ist ihr Anteil an allen Familien leicht gesunken, jedoch waren Mütter in dieser Gruppe weiterhin in gleichem Maße überproportional vertreten wie 2015.

Tabelle 2.2: Lebensformen im Jahresdurchschnitt 2023 (Österreich)

	Frauen	Männer
lebt als Kind in Familie	23,9 %	29,2 %
in Partner*innenschaft lebend	48,5 %	49,8 %
ohne Kind/er	24,0 %	24,6 %
mit Kind/ern	24,5 %	25,1 %
Elternteil in Ein-Eltern-Familie	5,5 %	1,1 %
allein lebend	18,8 %	16,2 %
andere Lebensform	3,3 %	3,7 %

Quelle: Statistik Austria (2023d): Lebensformen nach Geschlecht und Alter Jahresdurchschnitt 2023, e. B.

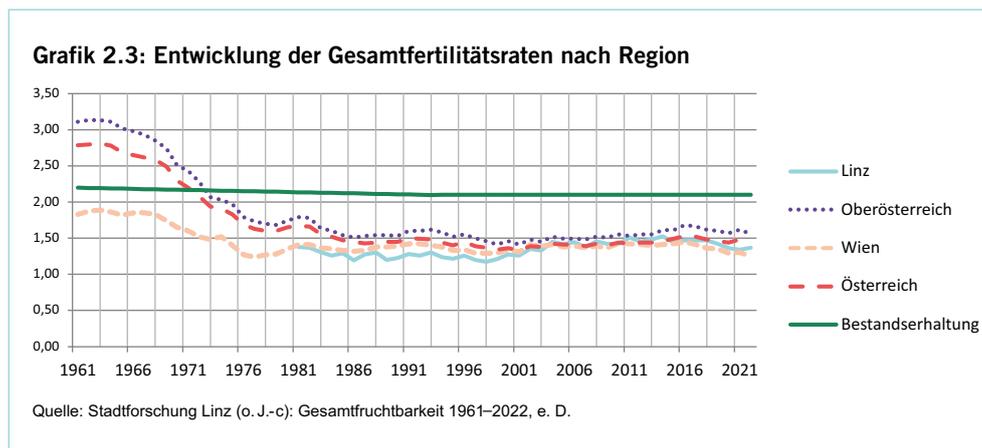
Tabelle 2.2 zeigt die Anteile von Männern und Frauen an der österreichischen Gesamtbevölkerung, aufgegliedert nach Lebensformen für 2023. In diesem Jahr lebten österreichweit 18,8 % der Frauen alleine und 48,5 % in einer ehelichen oder nicht-ehelichen Partner*innenschaft. Etwa die Hälfte dieser in Partner*innenschaft lebenden Frauen hat ein oder mehrere Kinder (Statistik Austria, 2023e).

Der Anteil von Frauen und Männern schwankt bei der Gruppe der Alleinlebenden je nach Altersgruppe. In der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen leben ähnlich viele Frauen (11,2 %) wie Männer (12,5 %) alleine. Zwischen 20 und 59 Jahren ist der Anteil der alleinlebenden Männer deutlich höher als jener der alleinlebenden Frauen. Am größten ist der Unterschied bei der Altersgruppe der 40- bis 49-Jährigen, in der 18,9 % der Männer und 10,9 % der Frauen allein leben. Ab 60 Jahren dreht sich das Verhältnis um. Unter den 70- bis 79-Jährigen leben 39,8 % der Frauen allein (Männer: 19,4 %), bei den Über-80-Jährigen sogar 57,8 % (Männer: 26,5 %) (Statistik Austria 2023d). Insgesamt leben Frauen in Österreich etwas häufiger als Männer allein, vor allem im höheren Alter. Im Jahr 2022 war Linz die österreichische Stadt mit dem höchsten Anteil alleinlebender Personen (Statistik Austria, 2023b, S. 90–91).

Biologische Reproduktion

Fertilität¹³

Gesamtfertilitätsraten geben an, wie viele Kinder eine im jeweiligen Berichtsjahr 15-jährige Frau (bei zukünftiger Konstanz der altersspezifischen Fertilitätsraten) bis zu ihrem 50. Geburtstag statistisch gesehen zur Welt bringen wird. Grafik 2.3 veranschaulicht die Entwicklung der Gesamtfertilitätsraten für Linz, Oberösterreich, Wien und Gesamtösterreich über die Zeit. In Linz¹⁴ liegt die Rate seit Beginn der Aufzeichnungen durchgängig unter jener von Oberösterreich und zuletzt auch leicht unter jener von Gesamtösterreich. Im Jahr 2022 betrug die Gesamtfertilitätsrate in Linz 1,37 Kinder pro Frau, während der nationale Durchschnitt bei 1,41 lag (Stadtforschung Linz o. J.-b; o. J.-c, e. D.). Historisch betrachtet hatte die Gesamtfertilität in Linz 1998 ihren Tiefststand mit 1,17 Kindern. In den letzten Jahren ist sie relativ stabil geblieben (Grafik 2.3).

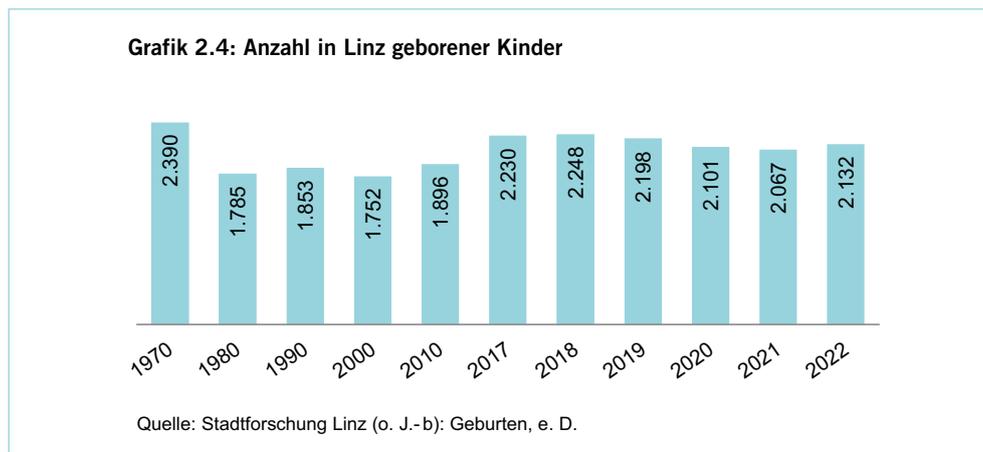


13 Die Begriffe ‚Fertilität‘ und ‚Fruchtbarkeit‘ werden in demografischen Statistiken verwendet, um die Reproduktion der Bevölkerung zu beschreiben. Wir übernehmen diese Terminologie in Übereinstimmung mit den statistischen Quellen, auch wenn ihre biologisch-medizinische Rahmung nicht dem sozialwissenschaftlichen Ansatz dieses Berichts entspricht. Aus unserer Sicht spiegeln die Daten soziale Reproduktionsverhältnisse.

14 Geburten werden von Statistik Austria nach dem Wohnort der Mutter ausgewiesen.

Auf Gesamtösterreich bezogen hatte sie 2001 ihren Tiefpunkt mit 1,33 Kindern. Darauf folgte eine leichte Steigerung, die sich nach einem Höhepunkt in den Jahren 2015/2016 mit ca. 1,53 auf einem etwas niedrigeren Niveau einpendelte (Statistik Austria, 2023a). Oberösterreich zeigt eine durchschnittlich höhere Gesamtfertilität als Österreich (Stadtforschung Linz, o. J.-c).

Betrachtet man die absolute Zahl an jährlichen Geburten in Linz, so war diese seit den 1970er Jahren gewissen Schwankungen unterworfen (siehe Grafik 2.4). Im Verlauf der letzten Jahre sank die Zahl von 2.248 im Jahr 2018 auf ca. 2100 in den ersten COVID-19-Pandemiejahren 2020–22. Verglichen mit dem Jahr 1980, das die geringste Zahl an Geburten verzeichnete, gab es in Linz im Jahr 2022 19 % mehr Geburten.



Die Fertilitätsraten innerhalb der EU und im EWR unterscheiden sich deutlich: Während in Frankreich, Tschechien, Rumänien und Bulgarien Frauen im Laufe ihres Lebens durchschnittlich 1,6 bis 1,7 Kinder bekommen, sind es in Spanien, Italien, Polen und Litauen nur 1,1 bis 1,3 Kinder. Die Geburtenrate in Österreich, Estland und Norwegen lag im Jahr 2022 auf dem gleichen Niveau von 1,41 Kindern pro Frau (Eurostat, 2024a). Eindeutige geografische Trends lassen sich derzeit nicht erkennen, allerdings hat die COVID-19-Pandemie einen temporären Rückgang der Gesamtfertilität in der EU verursacht (European Commission, 2023). In Österreich war mit einer Gesamtfertilität von 1,46 im Jahr 2019, 1,44 in 2020, 1,48 in 2021 und 1,41 in 2022 kein eindeutiger Trend erkennbar (Stadtforschung Linz, o. J.-c).

Historisch gesehen ist die Gesamtfertilitätsrate Österreichs nach dem Babyboom der 1960er Jahre (mit durchschnittlich 2,8 Kindern pro Frau) von einem Rückgang gekennzeichnet. Dieser Rückgang ergibt sich einerseits aus dem seit 1940 kontinuierlich steigenden Anteil der Frauen, die keine Kinder bekommen, sowie aus der sinkenden durchschnittlichen Kinderanzahl pro Frau, die auch durch das Ansteigen des durchschnittlichen Alters der Mütter bei Geburten (sowohl bei Erstgeburten als auch bei späteren Geburten) beeinflusst wird (Statistik Austria, 2023a). Mütter in Österreich bekamen 2022 ihr erstes Kind durchschnittlich mit 30,3 Jahren – ca. 1,5 Jahre später als im Jahr 2012 (Kaindl & Schipfer, 2023).

Der im Großteil der europäischen Länder durchgeführte „Generations and Gender Survey“ (GGS) zeigte für 2009 noch einen Gesamtkinderwunsch von durchschnittlich 2,1 gewünschten Kindern pro Frau im Alter von 18–45 Jahren, 2023 waren es nur noch 1,68 gewünschte Kinder. Ein Grund für den Rückgang des Kinderwunsches könnte die Wahrnehmung aktueller Krisen sein (Herbst &

Neuwirth, 2023, S. 40). Aber auch weitere Faktoren wie langfristige strukturelle Veränderungen, z. B. die zunehmende Erwerbsbeteiligung und Möglichkeiten zur Selbstbestimmung, die unter anderem mit den Erfolgen der frauenpolitischen Bewegung zusammenhängen, sowie Veränderungen von sozialen und kulturellen Normen spielen zweifellos eine Rolle im Rückgang der Fertilitätsraten (Schmidt, 2024).

Das Reproduktionsverhalten der Linzerinnen verändert sich

Festzuhalten ist, dass sich die Altersstruktur von Müttern insgesamt verändert. Das ist in der EU, Österreich, Oberösterreich und Linz gleichermaßen der Fall. Immer weniger Frauen bekommen im jungen Alter Kinder, während immer mehr Frauen später im Leben Mütter werden. 1970 waren 13,7 % der in Linz geborenen Kinder von Müttern, die jünger als 19 Jahre alt waren (Böhm & Buchinger, 2011). Tabelle 2.3 zeigt die Kinder nach dem Alter der Mutter für die Jahre 2014 bis 2022. Dabei werden Drei-Jahres-Summen verwendet, um die starken jährlichen Schwankungen etwas auszugleichen. Die Tabelle zeigt einen deutlichen Rückgang der Anteile von Müttern unter 30 (von insgesamt 49,5 % 2014–16 auf 43,3 % 2020–22) und einen Anstieg von Müttern ab 30 (von 50,5 % auf 56,8 %). Besonders bei den unter 20-jährigen und den über 40-jährigen Müttern war dieser Trend während der COVID-19-Pandemie – vor dem Hintergrund insgesamt leicht reduzierter Geburtenzahlen – etwas stärker ausgeprägt.

Tabelle 2.3: Anteile der Geburten nach Alter der Mutter in Linz, im drei-Jahres-Schnitt (2014-2022)

3-Jahres-Schnitt	unter 20	20–24	25–29	30–34	35–39	40 und älter	Summe Geburten
2014–16	2,4 %	16,2 %	30,9 %	31,3 %	15,2 %	4,0 %	6.535
2017–19	2,0 %	13,6 %	30,8 %	32,5 %	17,3 %	3,7 %	6.676
2020–22	1,4 %	12,5 %	29,3 %	34,2 %	18,4 %	4,2 %	6.300

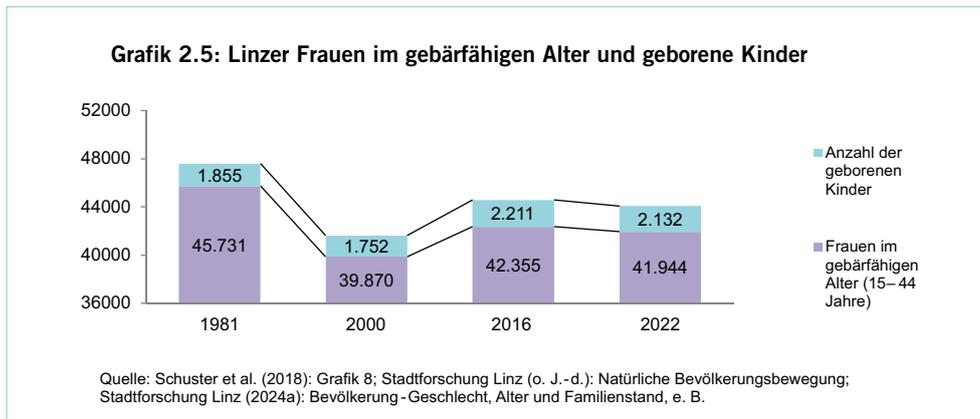
Quelle: Stadtforschung Linz (o. J.-d): Natürliche Bevölkerungsbewegung, e. B.

Diese Entwicklung hin zu älteren Müttern wird bundesweit noch übertroffen: Im österreichischen Durchschnitt hatten im Jahr 2022 nur mehr 1 % der Neugeborenen eine Mutter unter 20 Jahren und 4,8 % eine Mutter, die 40 oder mehr Jahre alt war (Statistik Austria, 2024e). Damit hat Linz etwas mehr Frühgebärende als der österreichische Durchschnitt.

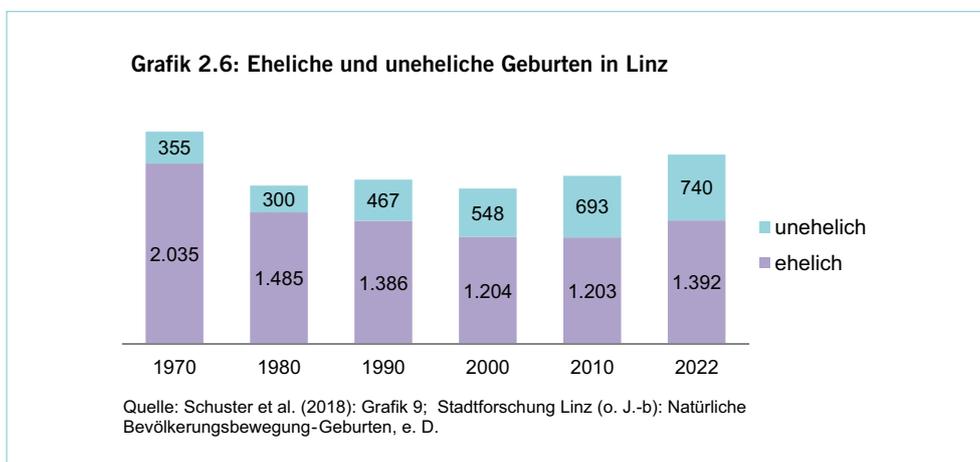
Frauen im gebärfähigen Alter

Die Zahl der Linzer Frauen im gebärfähigen Alter und der geborenen Kinder über die Zeit wird in Grafik 2.5 illustriert. Zwischen 1981 und 2000 nahm die Anzahl der Linzer Frauen im gebärfähigen Alter (angenommen mit 15 bis 44 Jahre)¹⁵ deutlich – nämlich um etwa 13 % – ab. In den folgenden Jahren vergrößerte sich diese Altersgruppe dann wieder und betrug im Jahr 2022 41.944 Personen. Die Anzahl der geborenen Kinder in Linz sank im Zeitraum von 1981 bis 2000 ebenfalls, jedoch langsamer als die der Frauen im gebärfähigen Alter. Bis 2022 stieg die Zahl auf 2132, es wurden also deutlich mehr Kinder geboren als 1981 (siehe Grafik 2.5). Insgesamt verlaufen die Zahlen annähernd parallel, jedoch stieg der Anteil an Geburten pro Frau im gebärfähigen Alter über den gesamten Zeitraum von 0,04 auf 0,05 Kinder pro Jahr etwas an. Allerdings sind hier auch Geburten enthalten, die nicht in die definierte Gruppe (Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahre) fallen.

¹⁵ Diese für Analysen der Bevölkerungsentwicklung häufig eingesetzte statistische Kategorisierung kann immer nur als Annäherung an die Lebensrealitäten von Frauen verstanden werden, denn nicht alle Mütter sind in dieser Altersgruppe zu finden.



Eheliche und uneheliche Geburten



Der Anteil der in Linz unehelich¹⁶ geborenen Kinder an allen Geburten hat sich seit 1970 mehr als verdoppelt. Er stieg von 14,9 % auf 34,7 % im Jahr 2022 (siehe Grafik 2.6). Diese Entwicklung von 1970 bis heute entspricht in etwa dem österreichischen Durchschnitt, obgleich es in den Bundesländern auffällige Unterschiede gibt. Der höchste Anteil an unehelichen Kindern wurde 2023 in Kärnten geboren (49,8 % der Geburten), der geringste Anteil in Wien mit 33,8 % (Statistik Austria, 2024d). Jedoch hat sich die sogenannte „Unehelichenquote“ in Österreich seit ca. 2010 auf einem relativ konstanten Niveau eingependelt (Statistik Austria, 2023b). Zwischen 2017 und 2023 ist die Quote in Österreich insgesamt sogar leicht gesunken (von 42 % auf 40 %) (Statistik Austria, 2024d).¹⁷ Es bleibt offen, ob sich der längerfristige Trend hin zu mehr Kindern außerhalb der Ehe dennoch fortsetzen wird. Einerseits wurde die rechtliche Situation von Familien mit unverheirateten Eltern zunehmend der von verheirateten Eltern angeglichen. Andererseits haben gleichgeschlechtliche Eltern seit 2019 die Möglichkeit zu heiraten,¹⁸ während verschiedengeschlechtliche Eltern die Möglichkeit einer eingetragenen Partner*innenschaft haben.

¹⁶ Unehelich heißt, dass die Eltern zur Zeit der Geburt nicht verheiratet sind. Kinder von Eltern, die in einer eingetragenen Partner*innenschaft leben, sind hier nicht miteinberechnet (Statistik Austria, 2023).

¹⁷ Hierbei werden allerdings eingetragene Partner*innenschaften nicht berücksichtigt.

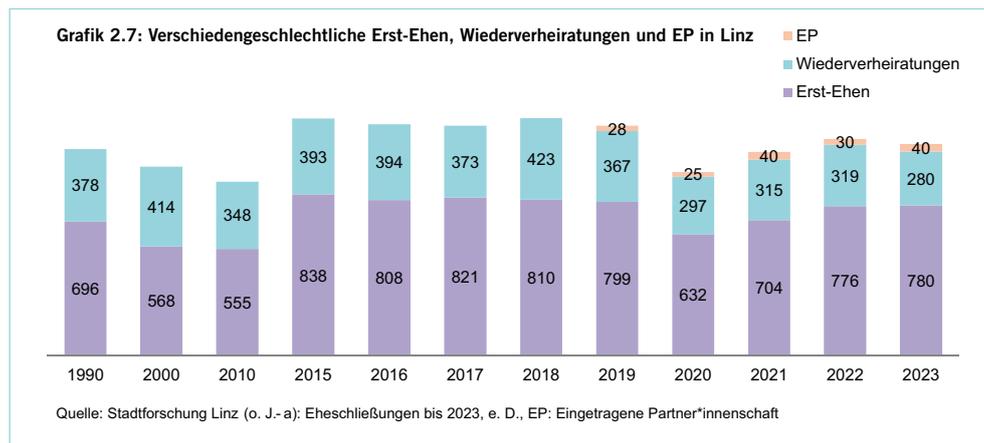
¹⁸ Diese Entwicklung hat jedoch – trotz ihrer enormen politischen Bedeutung – angesichts der relativ niedrigen Anzahl von gleichgeschlechtlichen Ehen (785 österreichweit in 2023 (Statistik Austria, 2024a)) wahrscheinlich keinen großen Einfluss auf die Gesamttrends in der unmittelbaren Zukunft.

Heirats- und Verpartnerungsverhalten

Im Jahr 2023 schlossen die Linzer*innen 1.060 Ehen und 40 eingetragene Partner*innenschaften. Auf tausend Einwohner*innen kamen damit ca. 5,0 Eheschließungen und 0,2 Begründungen von eingetragenen Partner*innenschaften (Stadtforschung Linz, o. J.-a, e. B.). Diese Heiratsziffer liegt in Linz gleichauf mit dem landesweiten Durchschnitt von 5,0 im Jahr 2023 (Statistik Austria, 2024b). Von den Eheschließungen des Jahres 2023 waren rund 74 % Erst-Ehen, der Rest Wiederverheiratungen, während ca. 57,5 % der eingetragenen Partner*innenschaften Erst-Verpartnerungen waren (Stadtforschung Linz o. J.-a, e. D., Grafik 10a und b).

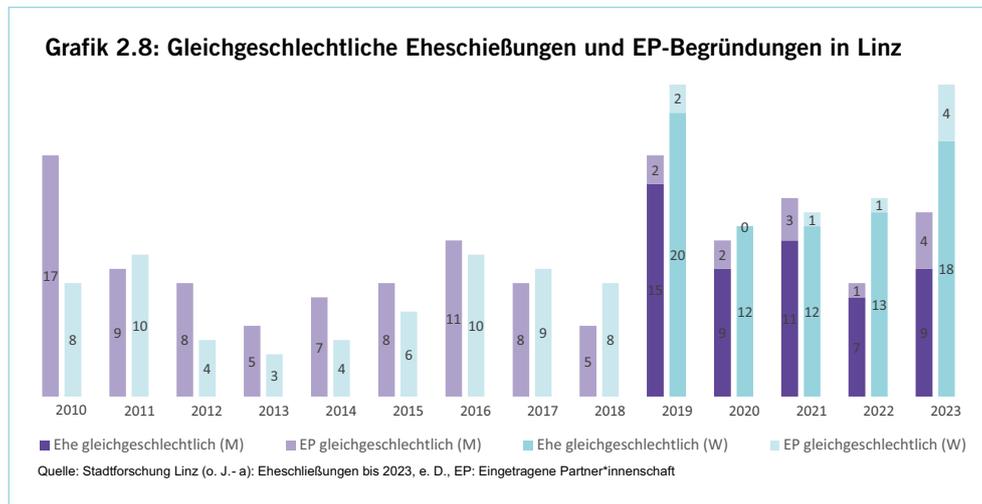
Grafik 2.7. zeigt verschiedengeschlechtliche Eheschließungen (Erst-Ehen und Wiederverheiratungen) sowie Verpartnerungen in Linz über die Zeit. Abgesehen von der Möglichkeit einer verschiedengeschlechtlichen eingetragenen Partner*innenschaft ab 2019, lässt sich über die letzten zwei Jahrzehnte kein eindeutiger Trend für die verschiedenen Kategorien ablesen. Lediglich der Anteil an Wiederverheiratungen ist leicht zurückgegangen. Auch unter Berücksichtigung des Bevölkerungswachstums zeigt die Anzahl der geschlossenen Ehen und eingetragenen Partner*innenschaften pro tausend Einwohner*innen keine langfristigen Trends.

Auffallend ist der im gesamten Österreich eindeutige Rückgang bei Eheschließungen in den Jahren 2020–21, der höchstwahrscheinlich auf die Pandemie bzw. die damit einhergehenden sozialen Distanzierungsmaßnahmen zurückzuführen ist (Statistik Austria, 2023b). Einen relativen Tiefwert erreichte die Anzahl der Eheschließungen im ersten Pandemiejahr auch in Linz. Bezogen auf die Bevölkerungsgröße war 2020 sogar der absolute Tiefstand in der gesamten Zeitreihe (4,6 Hochzeiten/Verpartnerungen pro 1000 Einwohner*innen; e. B. (Grafik 2.7, Stadtforschung Linz, o. J.-a)). Auch die verschiedengeschlechtlichen Verpartnerungen sind im Jahr nach der Einführung gesunken (25 Verpartnerungen). Demnach hat die COVID-19-Pandemie zu einer Reduktion der Eheschließungen und Verpartnerungen geführt, die jedoch temporär war, denn sowohl die Anzahl als auch die Rate pro 1000 Einwohner*innen bewegen sich seit 2021 wieder um die Mittelwerte der letzten 20 Jahre (Stadtforschung Linz, o. J.-a, e. B.).

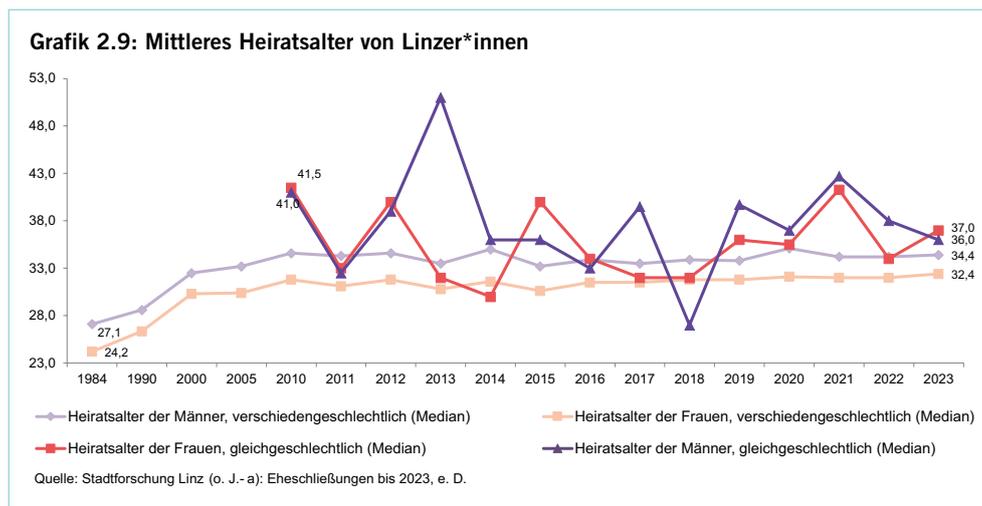


Auch bei den gleichgeschlechtlichen Ehen und eingetragenen Partner*innenschaften lassen sich (noch) keine langfristigen Trends ablesen. Ein Blick auf Grafik 2.8 zeigt jedoch, dass gleichgeschlechtliche Paare in Linz die Ehe seit ihrer Öffnung im Jahr 2019 deutlich gegenüber der EP bevorzugen. Das entspricht auch dem nationalen Trend: Seit der Öffnung der Ehe bzw. EP

für alle Paare wird unter gleichgeschlechtlichen Paaren die Ehe deutlich präferiert, während unter den EP verschiedengeschlechtliche Paare die überwiegende Mehrheit ausmachen (Statistik Austria, 2024a, e. B.). Außerdem wird in Linz mehr unter Frauen geheiratet als unter Männern. TIN*-Personen werden in den Statistiken potentiell nicht adäquat erfasst, eine Tatsache, die queere Lebensrealitäten auch unter verheirateten und verpartnerten Personen unsichtbar macht.



Das mittlere Heiratsalter (Median¹⁹) von Frauen und Männern mit Hauptwohnsitz in Linz stieg im Zeitraum zwischen 1984 und 2010 stark an, wie Grafik 2.9 zu entnehmen ist. Waren 1984 heiratende Männer noch durchschnittlich 27,1 Jahre alt und Frauen 24,2 Jahre, lag 2010 das mittlere Heiratsalter²⁰ bei 34,6 Jahren für Männer und 31,8 Jahren für Frauen, mit einer Altersdifferenz von 2,8 Jahren. Ab 2010 verlief die Entwicklung relativ konstant. Das Medianalter von gleichgeschlechtlichen Partner*innen in Linz bei der Verpartnerung oder Eheschließung unterliegt großen Schwankungen, die auf die niedrigen Zahlen von gleichgeschlechtlichen Eheschließungen und Verpartnerungen zurückzuführen sind, und ist daher nur bedingt aussagekräftig.



19 Der Median ist jener Wert, der bei einer nach Größe sortierten Auflistung von Zahlenwerten an der mittleren Stelle steht. Der Median teilt die Stichprobe in zwei gleich große Teilmengen.

20 Eingetragene Partner*innenschaften sind hier mitberücksichtigt.

Ein möglicher Grund für das spätere Heiratsalter jüngerer Kohorten ist der spätere Einstieg ins Erwerbsleben durch verlängerte Ausbildungszeiten. Außerdem wird der Ehe zunehmend die Rolle der Legalisierung von bereits existierenden Lebensgemeinschaften gegeben. Sowohl für Erst-Ehen wie auch für Wiederverheiratungen gilt, dass der Eheschließung immer häufiger eine Lebensgemeinschaft vorausgeht. Auch das beeinflusst das biografische Hinausschieben des Erstheiratsalters (Schuster et al., 2018). In Oberösterreich und in Linz ist diese Entwicklung kaum anders als in Österreich insgesamt.

In 16,9 % aller in Linz im Jahr 2023 geschlossenen Ehen und 1,4 % aller eingetragenen Partner*innenschaften gab es bereits gemeinsame Kinder. Insgesamt erlebten in diesem Jahr insgesamt 301 Linzer Kinder die Eheschließung oder eingetragene Verpartnerung ihrer Eltern mit – das entspricht durchschnittlich 1,45 Kindern pro Ehe mit vorehelichen Kindern (1984 waren es durchschnittlich 1,2 Kinder) (Stadtforschung Linz, o. J.-c, e. B.; Schuster et al., 2018).

Tabelle 2.4 zeigt die Jahresdurchschnittswerte von vorehelichen Kindern beim Eheschluss für verschiedene Zeitperioden.²¹ Hier zeigt sich, dass der Anteil von Eheschließungen mit vorehelichen Kindern steigt. Während zwischen 1984 und 2009 lediglich 17 % der neu geschlossenen Ehen voreheliche Kinder hatten, stieg dieser Anteil in den Jahren 2019 bis 2023 auf 26,8 % an. Außerdem gibt es einen merklichen Unterschied zwischen verschieden- und gleichgeschlechtlichen Eheschließungen: Während in der letzten Zeitperiode, 2019–2023, voreheliche Kinder bei 27,4 % der verschiedengeschlechtlichen Eheschließungen existierten, war dies bei nur 0,5 % der gleichgeschlechtlichen Eheschließungen der Fall. Angesichts der Barrieren bei der Elternschaft für gleichgeschlechtliche Paare ist dieser Unterschied allerdings kaum überraschend.

Tabelle 2.4: Ehen/EP mit vorehelichen/-partnerschaftlichen Kindern (Linzer Stadtbevölkerung, Jahresdurchschnittswerte)

	1984–2009	2010–2018	2019–2023
Ehen/EP mit gemeinsamen vorehelichen–partnerschaftlichen Kindern gesamt	180,5	211,2	211,2
verschiedengeschlechtliche Paare	180,5	211,2	210,8
gleichgeschlechtliche Paare	–	–	0,4
in % der Eheschließungen/ EP-Begründungen	17,0 %	26,1 %	26,8 %
verschiedengeschlechtliche Paare	17,0 %	26,5 %	27,4 %
gleichgeschlechtliche Paare	–	0,0 %	0,5 %
Zahl dieser gemeinsamen Kinder	217,8	286,8	298,6
verschiedengeschlechtliche Paare	217,8	286,8	297,8
gleichgeschlechtliche Paare	–	0,0	0,8

Quelle: Stadtforschung Linz (o. J.-a): Eheschließungen bis 2023, e. D., EP: Eingetragene Partner*innenschaft

²¹ Diese Jahresdurchschnittswerte bereinigen starke jährliche Schwankungen, um einen zeitlichen Trend sichtbar zu machen.

Scheidung und Auflösung eingetragener Partner*innenschaft

Zahlreiche Partner*innenschaften werden auch wieder beendet. Tabelle 2.5 zeigt die absolute Anzahl an Ehescheidungen (inklusive Trennungen von EP) nach verschiedenen Geschlechtskonstellationen, die durchschnittliche Ehedauer und das durchschnittliche Scheidungsalter der Männer und Frauen für verschiedene Zeitperioden. Die mittlere Ehedauer geschiedener verschiedengeschlechtlicher Ehen schwankt seit 1990 um einen Wert von rund 8 Jahren (2022–23 waren es 8,6 Jahre). Da das Erstheiratsalter steigt (s. o.) und die Ehedauer konstant bleibt bzw. leicht steigt, verschiebt sich auch das mittlere Scheidungsalter in verschiedengeschlechtlichen Ehen/ Partner*innenschaften nach oben. Es liegt in den Jahren 2022–23 bei 40,9 Jahren für Linzer Frauen und damit fast 7 Jahre über dem mittleren Scheidungsalter der Periode 1990–1999. Aufgrund der geringen Zahlen und der kürzeren Existenz von Rechtsinstituten für gleichgeschlechtliche Paare lassen sich keine Schlüsse zu deren Entwicklung ziehen.

Die österreichweite Gesamtscheidungsrate lag 2023 bei 36,1 %; ein merklicher Rückgang seit 2016 mit 41 % (Statistik Austria, 2024g). Laut Eurostat führte die COVID-19-Pandemie zu einem leichten Rückgang der Scheidungen in Europa, wobei dieser im Vergleich zum deutlichen Rückgang bei Eheschließungen in den Pandemie Jahren weniger stark ausfiel (Eurostat, 2024b). In Österreich sank die „rohe Scheidungsrate“ (Scheidungen je 1.000 Einwohner*innen) von 1,8 im Jahr 2019 auf 1,5 in 2022, um dann wieder leicht zu steigen (Statistik Austria, 2024g).

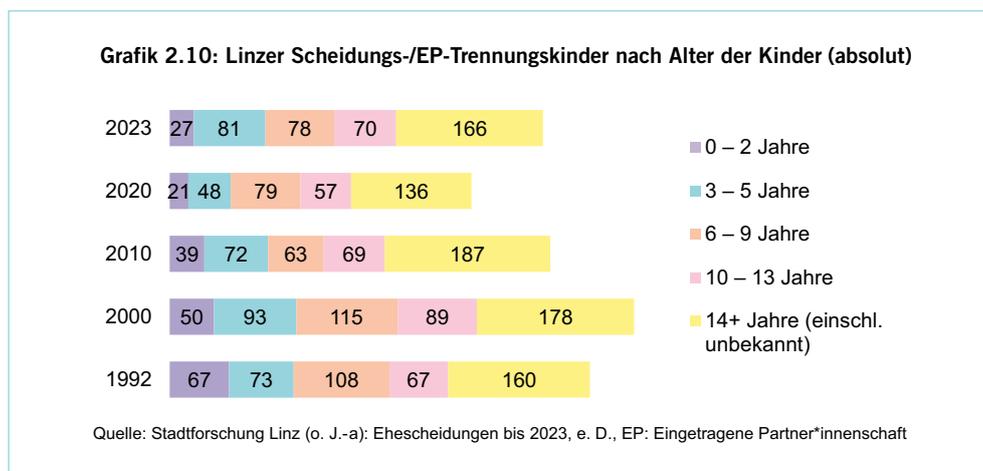
Tabelle 2.5: Ehescheidungen/Auflösungen von EP der Linzer*innen (Jahresdurchschnittswerte)

	1990–1999	2000–2009	2010–2019	2020–2021	2022–2023
Ehescheidungen und Auflösungen von EP	529,4	549,8	418,2	353,0	372,5
verschiedengeschlechtlich	529,4	549,8	416,3	351,5	369,0
gleichgeschlechtlich	–	–	1,9	1,5	3,5
Ehedauer verschiedengeschlechtlich (Median, Jahre)*	7,9	7,5	8,3	8,8	8,6
Scheidungs-/Trennungsalter (Median, Jahre)					
Frauen, verschiedengeschlechtlich	34,4	37,7	39,9	40,3	40,9
Männer, verschiedengeschlechtlich	36,8	39,9	43,0	43,3	43,6
Frauen, gleichgeschlechtlich	–	–	36,0	33,0	41,0
Männer, gleichgeschlechtlich	–	–	33,6	38,0	36,0

Quelle: Stadtforschung Linz (o. J.-a): Ehescheidungen bis 2023, unveröffentlichte Daten, e. D. *Fallzahlen für Scheidungen/ Trennungen gleichgeschlechtlicher Ehen sowie aller eingetragenen Partner*innenschaften sind aufgrund der kurzen Dauer der legalen Möglichkeit, zu heiraten/in EP zu leben, zu niedrig, um einen aussagekräftigen Medianwert zu bestimmen, EP: Eingetragene Partner*innenschaft

Von Scheidung betroffene Kinder

Verglichen mit dem Jahr 2000 erlebten im Jahr 2023 weniger Linzer Kinder die Scheidung (oder Trennung der eingetragenen Partner*innenschaft) ihrer Eltern.²² Im Gegensatz zum zweiten Frauenbericht (Schuster et al., 2018) kann jedoch nicht mehr von einem kontinuierlichen Rückgang gesprochen werden, da die absolute Zahl der von Scheidung betroffenen Kinder seit 2020 wieder gestiegen ist. Nach wie vor bleibt jedoch der Anteil der zum Zeitpunkt der Scheidung jüngsten Kinder (0 bis 2 Jahre) relativ niedrig. Waren 1992 noch rund 14 % der betroffenen Kinder in Linz bis 2 Jahre alt, waren es im Jahr 2020 ca. 6,2 % und im Jahr 2023 6,4 % (Grafik 2.10; Stadtforschung Linz o. J.-a, e. B.). Diese Entwicklung entspricht in ihrer Tendenz der Entwicklung im Land Oberösterreich und der gesamtösterreichischen Entwicklung²³ (Statistik Austria, 2024h).



In Tabelle 2.6 wird ein Vergleich der Altersstruktur der von Scheidung betroffenen Kinder in Linz, Oberösterreich und Österreich für das Jahr 2023 gezeigt. Die deutlichsten Unterschiede bestehen bei den 3- bis 5-Jährigen: In Linz sind 19 % der betroffenen Kinder in dieser Altersgruppe, im oberösterreichischen Durchschnitt liegt der Anteil bei 14 % und auf nationaler Ebene beträgt er 13 %. Umgekehrt sind in Linz weniger ältere Kinder (14+ Jahre) von einer Scheidung der Eltern betroffen als in Oberösterreich bzw. Österreich.

Tabelle 2.6: Prozentueller Anteil der von Scheidung/EP-Auflösung betroffenen Kinder 2023

Alter der Kinder	Linz	Oberösterreich	Österreich
unter 3 Jahre	6 %	5 %	5 %
3–5 Jahre	19 %	14 %	13 %
6–9 Jahre	18 %	19 %	20 %
10–13 Jahre	17 %	18 %	18 %
14+ Jahre (einschl. unbekannt)	39 %	45 %	44 %

Quelle: Stadtforschung Linz (o. J.-a): Ehescheidungen bis 2023, e. B.; Statistik Austria (2024h): Ehescheidungen nach Bundesland, nach der Kinderzahl und dem Alter der Kinder seit 2005, e. B.

²² Diese Zahlen inkludieren Scheidungs- bzw. Trennungskinder aus gleichgeschlechtlichen Ehen und Partner*innenschaften – davon gab es im Untersuchungszeitraum jedoch lediglich eines – sowie aus verschiedengeschlechtlichen EP, wo es zwei betroffene Kinder gab.

²³ Daten ab 2005 verfügbar.

Wohnen

Im Jahr 2021 lebten in Linz 202.217 Personen in 105.473 Privathaushalten. Die Anzahl der Privathaushalte wuchs minimal zwischen den Jahren 2016 und 2021 um 0,8 % (Land Oberösterreich, o. J., e. B.). In Oberösterreich stieg die Zahl der Privathaushalte zwischen 2016 und 2021 hingegen um 4,7 %, ähnlich wie in den Bundesländern Salzburg und Tirol und deutlich stärker als in der Stadt Linz. Spitzenreiter im Bundeslandvergleich war Vorarlberg mit einem Wachstum von 5,7 % (Statistik Austria, 2024k, e. B.). Wie im vorangegangenen Kapitel besprochen, mag dies auch an einer relativen ‚Stadtflucht‘ während der COVID-19-Pandemie gelegen haben.

Durchschnittlich wohnten im Jahr 2020 1,9 Personen in jedem Linzer Haushalt. Dieser Wert ist für alle österreichischen Landeshauptstädte relativ ähnlich und variiert zwischen 1,9 und 2,1 Personen. Der österreichische Gesamtdurchschnitt liegt bei 2,2 mit einer langsam sinkenden Tendenz im Vergleich zu 2011 und 2001. In den kleineren Gemeinden Oberösterreichs ist die durchschnittliche Personenanzahl pro Privathaushalt höher (Österreichischer Städtebund, 2023, S. 30). In Linz lebten im Jahr 2021 durchschnittlich 1,7 Kinder in jeder Familie mit Kindern und in 53,9 % der Familien gab es Kinder im Haushalt (Statistik Austria, 2023c).

Aber nicht alle Linzer*innen sind in Privathaushalten zuhause. In zehn städtischen und sieben privaten Heimen lebten 2023 rund 1.800 Senior*innen (Stadtforschung Linz, o. J.-e). In der teilstationären Tagesbetreuung gab es 2021 vier Einrichtungen, in denen 168 Personen betreut wurden (Österreichischer Städtebund, 2023, S. 57). Zusätzlich existieren 25 Einrichtungen des Betreuten Wohnens (Stadtforschung Linz, o. J.-f). Insgesamt mangelt es jedoch an aktuellen soziodemografischen Daten zu allen institutionellen Haushaltsbewohner*innen. Aufgrund der unterschiedlichen Lebenserwartung von Männern und Frauen, aber auch dadurch, dass die Pflege von älteren Personen häufig von (Ehe-)Frauen übernommen wird, werden Senior*innen- und Pflegeheime häufiger von Frauen in Anspruch genommen. Der Frauenanteil der Bewohner*innen von den städtischen Linzer Seniorenzentren lag 2022 bei rund 72 % (Stadtforschung Linz, o. J.-e).

Wohnungsbestand

Im Jahr 2024 sind von den 23.912 Gebäuden in Linz 20.651 Wohnzwecken gewidmet; die übrigen Gebäude verfügen über keine Wohnflächen²⁴ (Stadtforschung Linz, 2024c). Wie Tabelle 2.7 zeigt, gab es 2022 insgesamt 120.129 Wohnungen in Linz. Rund 30 % dieser Wohnungen stehen im Eigentum, der Rest sind Mietwohnungen oder unterliegen anderen Nutzungsformen (Stadtforschung Linz, 2024d, e. B.), wobei eine große Mehrheit der Hauptmietwohnungen nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz vermietet wird²⁵ (Schuster et al., 2018). Die durchschnittliche Wohnungsgröße in Linz ist 72,1 m² mit durchschnittlich 2,1 Wohnräumen pro Wohnung (Stadtforschung Linz, 2024b). In Bezug auf historische Trends ist anzumerken, dass mittlerweile fast alle Wohnungen eine „gute“ Ausstattungskategorie haben (Kategorie A und B).²⁶

24 Dazu zählen beispielsweise Büros, Produktions- und Verkaufsflächen.

25 Diese Wohnungen werden umgangssprachlich häufig „Genossenschaftswohnungen“ genannt. Die letzte Zählung der Genossenschafts- und Nicht-Genossenschaftswohnungen erfolgte durch die Stadtforschung im Jahr 2015.

26 Kategorie A: mit Bad/Dusche, WC und Zentralheizung oder Fernwärme, Kategorie B: mit Bad/Dusche, WC und keine Zentralheizung oder Fernwärme (Statistik Austria, 2024j).

Tabelle 2.7: Linzer Wohnungsbestand

Gebäude	1991	2001	2011*	2022
	19.796	21.632	23.076	23.781
mit 1 od. 2 Wohnungen (in % der Gebäude)	45,0 %	45,4 %	45,8 %	45,3 %
Wohnungen insgesamt	90.722	100.986	108.641	120.129
Veränderung in % (zur letzten Zählung)	7,1 %	11,3 %	7,6 %	10,6 %
Wohnungen bis 60 m ² (in % aller Wohnungen)	39,5 %	41,7 %	40,0 %	38,1 %
Eigentum (in % aller Wohnungen)	23,1 %	24,1 %	23,5 %	29,5 %
Mietwohnungen (in % aller Wohnungen)	67,7 %	65,4 %	68,2 %	67,0 %
Nicht-Hauptwohnsitzwohnun- gen (in % aller W.)	5,4 %	12,8 %	13,7 %	12,6 %
Hauptwohnsitzwohnungen (HWS-W.)	85.779	85.779	100.434	105.617
Mittlere Nutzfläche (m ² pro HWS-W.)	70 m ²	73 m ²	60–90 m ²	60–90 m ²
Mittlere Nutzfläche pro Person (m ² pro Pers., in HWS-W.)	31 m ²	36 m ²	40–60 m ²	40–60 m ²
Ausstattungstyp A+B (in % der HWS-W.)	88,2 %	97,1 %	97,2 %	99,9 %
Bevölkerung	203.044	183.504	189.845	208.690

Quelle: Schuster et al. (2018): Tabelle 8; Stadtforschung Linz (2024b): Gebäude – Anzahl der Wohnungen; Stadtforschung Linz (2024c): Gebäude – Überwiegende Nutzung; Stadtforschung Linz (2024d): Wohnungen – Rechtsgrund
 Kommentar: *In diesem Jahr gibt es Abweichungen in der absoluten Wohnungsanzahl der Statistik Austria (116.379) und der Stadtforschung Linz (108.641). Die Daten der Stadtforschung Linz basieren auf einer lokalen Fortschreibung, während die Statistik Austria in der Registerzählung Werte imputiert. HWS-W.: Hauptwohnsitzwohnungen

Wohnverhältnisse in Ballungsräumen wie Linz sind nur begrenzt mit österreichischen Durchschnittswerten vergleichbar: Österreichweit leben 39,2 % aller Haushalte im eigenen Haus oder mit Verwandten, 11,9 % in Eigentumswohnungen und 42,7 % in einer Hauptmietwohnung (siehe Tabelle 2.8, Zeile 1).

Tabelle 2.8: Anteil der Lebensformen und Wohnsituationen nach der Rechtsform in Österreich (2023)

	Hauptwohnsitze	Hauseigentum/ Verwandte	Wohnungs- eigentum	Hauptmiete
Insgesamt	100,0 %	39,2 %	11,9 %	42,7 %
Ehepaar ohne Kind	26,2 %	47,2 %	11,9 %	33,7 %
Ehepaar mit Kind(ern)	27,2 %	54,7 %	11,0 %	31,8 %
Vater mit Kind(ern)	1,2 %	56,2 %	7,8 %*	32,4 %
Mutter mit Kind(ern)	5,9 %	33,5 %	8,2 %	54,2 %
Einpersonenhaushalt männlich	18,0 %	23,9 %	11,8 %	57,1 %
15–29 Jahre	2,7 %	8,7 %	9,7 %	75,0 %
30–59 Jahre	9,5 %	21,3 %	11,6 %	61,8 %
60+ Jahre	5,9 %	35,1 %	13,0 %	41,3 %
Einpersonenhaushalt weiblich	21,5 %	23,3 %	14,5 %	52,6 %
15–29 Jahre	2,2 %	5,9 %	9,5 %*	79,6 %
30–59 Jahre	6,9 %	15,6 %	14,6 %	66,4 %
60+ Jahre	12,5 %	30,7 %	15,4 %	40,3 %

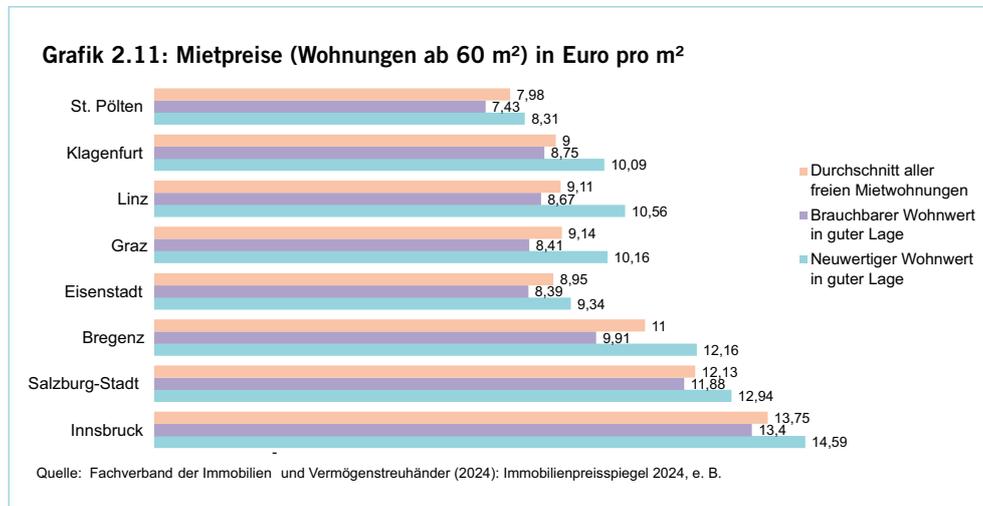
Quelle: Statistik Austria (2023e): Privathaushalte e. B.

Kommentar: Anteile wurden aus Hochrechnungen über absolute Hauptwohnsitze berechnet. Hauseigentum/Verwandte beinhaltet die Summe aus Hauptwohnsitzen begründet in Hauseigentum und Hauptwohnsitzen begründet in Häusern, die von Verwandten der Mieter*innen vermietet werden. * Die hervorgehobenen Zahlen basieren auf sehr kleinen Samples.

Tabelle 2.8 gibt einen österreichweiten Überblick über Lebensformen und Wohnsituationen nach der Rechtsform unter Berücksichtigung von Alter und Geschlecht. Sie zeigt, dass 53,4 % aller Hauptwohnsitze von Ehepaaren mit oder ohne Kind(ern) bewohnt werden. Besonders viele Ehepaare mit Kind(ern) (54,7 %) und Väter mit Kind(ern) (56,2 %) leben im Hauseigentum bzw. im Eigentum von Verwandten, aber nur 33,5 % der alleinerziehenden Mütter mit Kind(ern). Umgekehrt sind 54,2 % der alleinerziehenden Mütter, aber nur 32,4 % der alleinerziehenden Väter Hauptmieter*innen in Wohnungen. Einpersonenhaushalte (männliche und weibliche) sind vor allem in Hauptmiete untergebracht, wobei es hier leichte Geschlechterunterschiede nach Altersgruppen gibt. Der Anteil der männlichen Einpersonenhaushalte mit Hauseigentum liegt in den einzelnen Altersgruppen über jenem der weiblichen Einpersonenhaushalte. Beim Wohnungseigentum verzeichnen die alleinlebenden Frauen ab 30 etwas höhere Anteile verglichen mit alleinlebenden Männern.

Ein Trend hinsichtlich der Wohnsituation ist die Zunahme von Einpersonenhaushalten bzw. eine sinkende Haushaltsgröße. Die Prognose der Statistik Austria (2024a) zeigt, dass der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten stark zunehmen wird, vor allem aufgrund der Alterung der Bevölkerung, wobei Individualisierungstendenzen (Hanika, 2023) und eine Zunahme der Partner*innenschaften mit getrennter Haushaltsführung ebenfalls dazu beitragen (Statistik Austria, 2024a). Gemäß den oben beschriebenen Trends gehörte fast die Hälfte (46,8 %) der alleinlebenden Frauen in Österreich in die Alterskategorie 65+ im Vergleich zu nur 23,1 % der alleinlebenden Männer. Linz hatte im Jahr 2022 mit 25,7 % den höchsten Anteil Alleinlebender aller österreichischen Großstädte (Statistik Austria, 2024a). Daten zu sozioökonomischen Merkmalen, zur Lebensform und Wohnsituation fehlen für Linz allerdings.

Wohnkosten



Mietwohnungen sind, wie eben dargestellt, vor allem für alleinerziehende und alleinlebende Frauen die gängige Wohnform. Grafik 2.11 veranschaulicht die durchschnittlichen Quadratmeterpreise (ohne Betriebskosten und ohne Umsatzsteuer) der österreichischen Landeshauptstädte (ohne Wien).²⁷ Die Grafik zeigt drei für einen Vergleich interessante Werte: erstens die Durchschnittspreise in Euro pro Quadratmeter für alle freien Mietwohnungen, unabhängig von Wohnlage und Wohnwert, zweitens die Durchschnittspreise aller Wohnungen mit „brauchbarem“ Wohnwert²⁸ in „guter“ Wohnlage²⁹ und drittens den Durchschnittspreis aller neuwertigen³⁰ Wohnungen in „guter“ Wohnlage (Fachverband der Immobilien- und Vermögenstreuhänder, 2024).

In Linz liegen die freien Mietpreise in allen drei Kategorien unter dem Durchschnitt der österreichischen Landeshauptstädte (ohne Wien). Dennoch sind die Mietpreise für hochwertige Wohnungen (neuwertige Ausstattung und gute Lage) etwas höher als in den anderen östlichen Landeshauptstädten (ausgenommen Wien), aber deutlich niedriger als in den teuersten drei „westlichen“ Landeshauptstädten (Bregenz, Salzburg-Stadt und Innsbruck). Auch die Kaufpreise für Eigentumswohnungen in Linz liegen unter dem österreichischen Durchschnitt (Fachverband der Immobilien- und Vermögenstreuhänder, 2024).

Österreichweit befinden sich nur etwa die Hälfte aller Mietwohnungen auf dem privaten Mietmarkt (Statistik Austria, 2024j): 2023 waren 39,3 % der Hauptmietwohnungen Genossenschaftswohnungen und 15,7 % Gemeindewohnungen. Deren durchschnittliche Mieten liegen deutlich unter jenen von freien Mietwohnungen und sind auch in den letzten fünf Jahren etwas weniger schnell gestiegen. Aktuelle, aufgegliederte Daten zu den soziodemografischen Merkmalen von Bewohner*innen von Genossenschafts- und Gemeindewohnungen nach Gemeinde fehlen,

27 Extremwerte wurden bei der Berechnung ausgeschlossen.

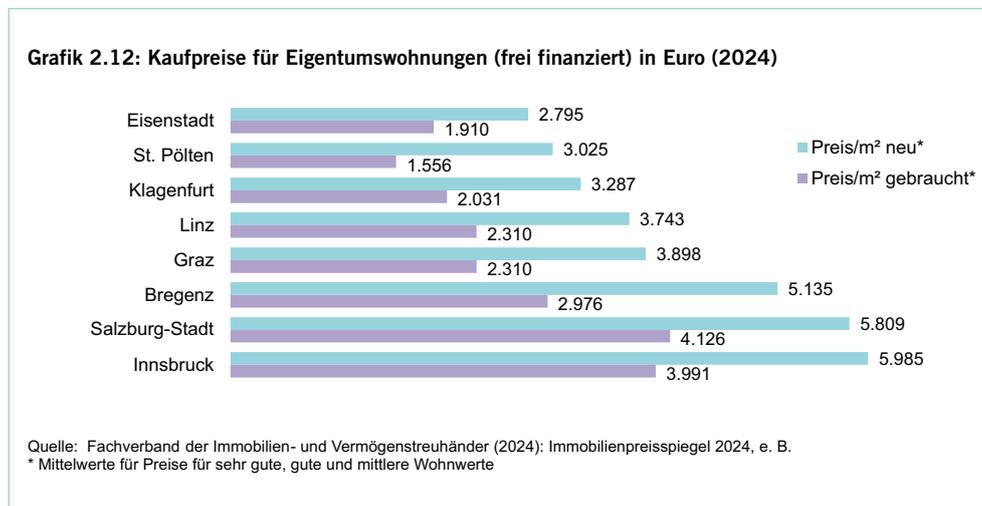
28 Wohnung hat eine Standardausstattung und ist bezugsfertig (Fachverband der Immobilien- und Vermögenstreuhänder, 2024).

29 Hier zitiert der Fachverband der Immobilien- und Vermögenstreuhänder (2024) keine eindeutigen Kriterien, aber grundsätzlich fließen Faktoren wie: Infrastruktur in der Umgebung (Kindergarten, Arztpraxis), gute Verkehrsanbindung und Nähe zu Ruhelage/Erholungsgebiet in die Einstufung ein.

30 Sehr gute Ausstattung, z. B. hochwertige Böden und Sanitäranlagen. Siehe Fachverband der Immobilien- und Vermögenstreuhänder (2024).

deshalb sind nur grobe Aussagen für Linz möglich. Die Wohnungsgenossenschaft der Stadt Linz (GWG) verfügte 2023 über 20.146 Wohneinheiten (Stadt Linz, 2023), was ca. 16 % aller Wohnungen in Linz ausmachte (Stadtforschung Linz, 2024d). Außerdem hat das Land Oberösterreich einen besonders großen Anteil an Genossenschaftswohnungen (Statistik Austria, 2024j). Mangels verlässlicher und aktueller geschlechtsspezifischer Daten bleibt es jedoch unklar, inwiefern Frauen in Linz, und insbesondere sozioökonomisch benachteiligte Frauen, von den etwas niedrigeren Preisen von Genossenschafts- und Gemeindewohnungen profitieren können.

Grafik 2.12 illustriert die durchschnittlichen Quadratmeterkaufpreise (Neubau und Bestandsimmobilien) in den österreichischen Landeshauptstädten (ohne Wien). Die teuersten Kaufpreise herrschen wiederum in den westlichen Landeshauptstädten, Linz liegt im Mittelfeld. Zugang zu hochwertigem Wohnraum und Eigentum hängt selbstverständlich erheblich von der ökonomischen Kaufkraft ab.



Zufriedenheit mit der Wohnsituation

Insgesamt waren Linzer*innen im Jahr 2022 etwa genauso zufrieden mit ihrer Wohnumgebung wie in den Erhebungen 2012 und 2018 (Büro Stadtregierung Linz, 2022). Die neusten Daten wurden leider nicht geschlechterdifferenziert veröffentlicht. Hier müssen wir daher die nur bedingt vergleichbaren nationalen Daten heranziehen. Im Jahr 2023 lag die Gesamtzufriedenheit von Frauen mit ihrer Wohnsituation österreichweit bei einem Wert von 8,2 (auf einer Skala 0 bis 10).³¹ Frauen über 64, die im Wohnungseigentum leben, erreichten mit 9,0 den höchsten Zufriedenheitswert, während Frauen im Alter zwischen 18 und 49 in Gemeindewohnungen mit 6,6 den niedrigsten Wert aufwiesen (Statistik Austria, 2024i).

83,6 % der Linzer*innen waren 2022 mit ihrer Wohnsituation zufrieden oder sehr zufrieden (Büro Stadtregierung Linz, 2022). Die Zufriedenheit mit der Wohnsituation hat sich aber über die Berichtsjahre (2012, 2018, 2022) leicht verschlechtert. Während z. B. im Jahr 2012 noch 9 % der Befragten angaben, „weniger zufrieden“ mit ihrer Wohnsituation zu sein, waren es 2022 12 % der Befragten (Büro Stadtregierung Linz, 2022). Bei der letzten geschlechtsspezifisch ausgewerteten

³¹ 0 = überhaupt nicht zufrieden, 10 = vollkommen zufrieden (Statistik Austria, 2024: EU-SILC 2023)

Befragung waren Frauen etwas häufiger zufrieden oder sehr zufrieden mit ihrer Wohnsituation als Männer (Institut für Gesundheitsplanung, 2018, e. B.). Bewohner*innen in den niedrigsten zwei Haushaltseinkommenskategorien (bis maximal 1.000 Euro im Monat und 1.001–1.500 Euro) waren mit 19 % bzw. 21 % entweder weniger zufrieden oder gar nicht zufrieden mit ihrer Wohnsituation und damit etwas unzufriedener als die Linzer Durchschnittsbevölkerung (Institut für Gesundheitsplanung, 2018, e. B.). Niedriges Einkommen, eine schlechte Wohnsituation und schlechte Gesundheit (z. B. depressive Verstimmung) stehen laut Institut für Gesundheitsplanung (2013) in deutlichem Zusammenhang.

Zufriedenheit mit der Verkehrssituation

Österreichische Frauen verwenden im Durchschnitt häufiger öffentliche Verkehrsmittel und fahren seltener mit dem Auto als Männer (BMVIT, 2016; SORA, 2017). Geschlechtsspezifische Forschung zeigt, dass das Mobilitätsverhalten in Österreich stark von Geschlecht, Familienform, Lebenslage und Wohnlage beeinflusst wird. z. B. legen Frauen in Paarhaushalten mit Kindern mehr Wege zurück, insbesondere solche, die mit Reproduktionsarbeit zusammenhängen (Einkaufen, Bring- und Holwege), während Männer einen größeren Anteil der Arbeitswege zurücklegen. In Einpersonenhaushalten und Paarhaushalten ohne Kinder sind solche vergeschlechtlichten Mobilitätsmuster deutlich weniger ausgeprägt. Männer haben jedoch in allen Lebenszyklen und -lagen einen durchschnittlich größeren Anteil an mit dem PKW zurückgelegten Wegstrecken (SORA, 2017).

Die neusten Ergebnisse des Landes OÖ zeigen, dass Frauen deutlich häufiger zu Fuß und etwas mehr mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind als Männer (Amt der ö. Landesregierung, 2022). Die neusten verfügbaren Daten für Linz sind leider nicht nach Geschlechtern aufgeschlüsselt, deshalb ist ein Vergleich zu Oberösterreich zu diesem Zeitpunkt nicht möglich. Existierende Daten und Literatur deuten jedoch darauf hin, dass das Angebot öffentlicher Verkehrsmittel sowie angenehme und sichere Fußwege überdurchschnittlich zur geschlechtergerechten Mobilität beitragen. Dass diese Maßnahmen auch klimapolitisch zentral sind, unterstreicht deren Wichtigkeit weiter und verweist auf mögliche Synergien einer geschlechter- und klimagerechten Stadtentwicklung (Klaas, 2024).

Mangelnde Leistbarkeit

Besonders seit Beginn der COVID-19-Pandemie gab es weltweit starke Teuerungsdynamiken und die mangelnde Leistbarkeit von Wohnraum ist in Österreich zu einem zentralen politischen Thema geworden. Studien zeigen, dass die Teuerung am Wohnungsmarkt wirtschaftlich vulnerable Gruppen am stärksten trifft (IHS & Statistik Austria, 2023b). Menschen, die bereits armuts- oder ausgrenzungsgefährdet sind, geben oft einen überdurchschnittlich hohen Einkommensanteil für ihre Wohnkosten aus. So haben Haushalte in erheblicher materieller Deprivation und Haushalte mit geringer oder keiner Erwerbsbeteiligung überdurchschnittlich hohe Quadratmeterkosten³² (11,1 Euro), während Haushalte mit hohem Einkommen deutlich niedrigere Medianquadratmeterkosten (5,3 Euro) aufweisen (Statistik Austria, 2024j). Personen mit geringem Einkommen, von Arbeitslosigkeit betroffene Haushalte und Ein-Eltern-Haushalte berichten besonders oft von einer hohen Wohnkostenbelastung (IHS & Statistik Austria, 2023b). Außerdem ist die Wohnkostenbelastung in urbanen Zentren (u. a. Wien) besonders hoch. Insbesondere Haushalte in Mietwohnungen geben nachvollziehbarerweise einen überdurchschnittlich hohen Anteil ihres Einkommens für Wohnen aus. Letzteres hängt auch damit zusammen, dass der Mietzins oft an die Inflationsrate gekoppelt wird, d. h. höhere Inflation höhere Mietsteigerungen ermöglicht (Statistik Austria, 2024j).

³² Hier werden Wohnkosten bei Miete und Eigentum gleichermaßen berücksichtigt.

Aus den beschriebenen Zusammenhängen sowie der Datenlage lässt sich schließen, dass Frauen in Linz je nach sozioökonomischer Lage und Lebensform unterschiedlich mit Leistbarkeitsproblemen im Hinblick auf das Wohnen konfrontiert sind. Es lässt sich vermuten, dass viele alleinerziehende Mütter (die ca. 85 % aller Alleinerziehenden ausmachen, siehe Tabelle 2.1) von einer besonders hohen Wohnkostenbelastung betroffen sind.³³ So zeigt etwa eine Sonderauswertung der Statistik Austria im Auftrag der Caritas, dass weibliche Alleinerziehende besonders stark von hohen Wohnkosten belastet waren. Während im 4. Quartal 2021 bereits 23,7 % der Personen in einem Haushalt mit weiblicher Alleinerziehender die Wohnkosten als eine schwere finanzielle Belastung einstufen (Gesamtbevölkerung: 14,1 %), stieg dieser Wert auf einen Höhepunkt von 42,1 % im 4. Quartal 2023 (Gesamtbevölkerung: 19,8 %).

Rückschlüsse aus den nationalen Daten auf die Situation diverser Gruppen von Frauen in Linz sind aber nur eingeschränkt möglich. Es wären genauere, nach Geschlecht aufgeschlüsselte, linspezifische Daten erforderlich, um belegbare Aussagen über verschiedene Lebenslagen zu treffen. Dennoch bleibt anzunehmen, dass die Situation von alleinerziehenden Frauen auch in Linz in Bezug auf Wohnkosten äußerst prekär bleibt.

In sozialer Hinsicht wird der Zugang zu Wohnraum durch die Wohnbauförderungsgesetze der Bundesländer und die Sozialhilfegesetzgebung unterstützt. Nach Ansicht der befragten Sozialeinrichtungen bestehen Zugangsschwierigkeiten zu leistbarem Wohnraum vor allem bei kumulierten sozialen Problemlagen (Böhm & Buchinger, 2011, S. 42).

Migrant*innen

Betrachtet man Gesamtösterreich, zeigen sich mehrere Zusammenhänge zwischen Wohnen und Migration. Menschen mit Migrationshintergrund leben überwiegend in Mietwohnungen (71 % gegenüber 35 % ohne Migrationshintergrund³⁴). Als Gesamtgruppe weisen Migrant*innen einen höheren Anteil an Haushalten mit geringem Einkommen auf und tragen im Durchschnitt einen deutlich höheren Wohnkostenanteil relativ zum Einkommen. Sie leben überdurchschnittlich oft in nicht-geförderten Mietwohnungen und Wohnungen mit einem sehr schlechten Wohnstandard (Statistik Austria, 2024f). Sie verfügen zudem über weniger Wohnraum: In Haushalten ohne Migrationshintergrund stehen durchschnittlich 53 m² pro Person zur Verfügung, während es in Haushalten mit Migrationshintergrund nur 31 m² sind. Unterscheidet man nach Herkunftsländern, verkompliziert sich das Bild: Personen aus der EU, dem EWR und Großbritannien verfügen über durchschnittlich 46 m² Wohnraum pro Person, während es bei Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien 29 m² und jenen aus der Türkei nur 25 m² sind (Statistik Austria, 2024f). Außerdem wird der Zugang zu gefördertem Wohnraum und Wohnungsbeihilfe für Migrant*innen aus dem europäischen Ausland an erhebliche Auflagen geknüpft (Land Oberösterreich, o. J.). Geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselte Daten sind für Linz (und Österreich) kaum vorhanden, was eine genauere Untersuchung der Lage von Frauen mit Migrationshintergrund in Linz erschwert.

³³ Dies trifft natürlich nicht für alle alleinerziehenden Mütter zu; weniger betroffen sind vermutlich diejenigen, die im eigenen Hauseigentum oder dem von Verwandten wohnen.

³⁴ Daten beziehen sich jeweils auf die Haushaltsreferenzperson, d. h. die älteste Person der Kernfamilie. Siehe das Glossar von Statistik Österreich für weitere Informationen: https://www.statistik.at/fileadmin/pages/402/GlossarRZ_AEST.pdf

Obdach- und Wohnungslosigkeit

Statistisch gesehen sind zwei Drittel der von Obdachlosigkeit betroffenen Personen in der Stadt Linz Männer (Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik 2010, S170) – dieser Anteil spiegelt den nationalen Trend wider (IHS & Statistik Austria, 2023a). Frauen sind aber viel häufiger von „verdeckter Wohnungslosigkeit“ betroffen. Das bedeutet, dass Frauen häufiger als Männer aus Alternativlosigkeit für längere Zeiträume bei anderen Personen übernachten. Dabei nehmen sie – oftmals mit Gewalt verbundene – Abhängigkeitsverhältnisse in Kauf (vgl. Planer et al., o. J.). Unter registrierten wohnungslosen Personen liegt der höchste Anteil bei Männern in der Altersgruppe 35–44 Jahre und bei Frauen in der Altersgruppe 25–34. Wohnungslosigkeit ist aufgrund von „verdeckter Wohnungslosigkeit“ und anderen Dunkelziffern statistisch nur schwer vollständig erfassbar (Statistik Austria, 2024a). Die jüngste Hochrechnung auf Basis von Befragungen ergibt, dass in Österreich zwischen 294.000 und 443.000 Personen im Alter zwischen 19 bis 69 Jahren mindestens einmal in ihrem Leben wohnungslos waren. Außerdem wird davon ausgegangen, dass Wohnungslosigkeit stark mit anderen sozialen Benachteiligungsfaktoren zusammenhängt, wie Arbeitslosigkeit und einem geringen Haushaltseinkommen (IHS & Statistik Austria, 2023a).

Diskriminierung

Neben rechtlichen und sozialen Barrieren sowie spezifischen sozialen Problemlagen wurde 2010 für Oberösterreich belegt, dass auch Diskriminierung ein Faktor sein kann, der den Zugang zum Wohnen erschwert (Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik 2010, S. 189). Neuere akademische Forschung zeigt, dass Herkunft und sozialer Status die Chancen auf Wohnraum negativ beeinflussen kann (Weichselbaumer & Riess, 2024; Flage, 2018). Dies trägt maßgeblich zu den oben genannten Benachteiligungen am Wohnungsmarkt bei. Außerdem kann körperliche und psychische Beeinträchtigung zu Diskriminierung führen, insbesondere besteht ein großer Mangel an leistbarem barrierefreiem Wohnraum (Behindertenanwaltschaft, 2023).

Trends

- Immer weniger Frauen bekommen im jungen Alter Kinder und immer mehr Frauen werden im späteren Alter Mütter.
- Seit der Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe ist ihre Inanspruchnahme stark gestiegen – die der gleichgeschlechtlichen eingetragenen Verpartnerungen ist gleichzeitig gesunken. Die Zahl der verschiedengeschlechtlichen Verpartnerungen stieg in den letzten Jahren.
- Der Anteil der unehelichen Kinder an allen Geburten hat sich seit 1970 mehr als verdoppelt und blieb in den letzten Jahren relativ konstant.
- Das Erstheiratsalter von Frauen und Männern steigt.
- Die Zahl der Wiederverheiratungen ist nach einem Anstieg in den Jahren 2000–2009 in den letzten Jahren wieder auf das Durchschnittsniveau der Jahre 1984–1999 zurückgegangen.
- Das mittlere Scheidungsalter steigt bei Frauen und Männern in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich an.

- Während der ersten Jahre der COVID-19-Pandemie und den damit verbundenen Maßnahmen gab es einen deutlichen Rückgang bei Geburten-, Heirats- und Scheidungsraten.
- Der Anteil der Alleinerziehenden an allen Familienformen in Linz ist in den letzten Jahren leicht gesunken. Gleich bleibt, dass alleinerziehende Mütter die überwiegende Mehrheit (86 %) dieser Gruppe sind.
- Es zeigt sich eine Zunahme von Einpersonenhaushalten bzw. eine sinkende Haushaltsgröße.
- Trotz gefördertem Wohnbau und Transfermöglichkeiten bleibt eine Trennlinie zwischen Bevölkerungsgruppen, für die Wohnraum gut leistbar ist, und solchen, die mit erheblichen finanziellen Problemen kämpfen, bestehen. Frauen, die aufgrund der Überschneidung von Geschlecht, Nationalität, Ethnizität, Alter und sozialer Klasse von Mehrfachdiskriminierung betroffen sind, sind hier vermutlich besonders leidtragend. Krisen wie die Pandemie und die Teuerung verschärfen die Problemlage oft zusätzlich.

Lücken

- Umfangreiche linzspezifische Daten zu Lebens- und Familienformen
- Linzspezifische Daten zu Lebens- und Familienformen, Heirats- und Scheidungsverhalten von Migrant*innen
- Linzspezifische Daten zur Kinderanzahl pro Frau nach soziodemografischen Merkmalen
- Daten zu interkulturellen Lebensgemeinschaften und Ehen
- Linzer Daten zu Gesamtscheidungsraten
- Konkrete Daten zu der Wohnungszufriedenheit von Frauen in Linz, die mit den Daten aus früheren Bürger*innenbefragungen vergleichbar sind
- Geschlechtsspezifische Daten für Linz bezüglich Mobilitätsverhalten
- Eine angemessene geschlechtsspezifische Analyse von städtischen Befragungsdaten. (z. B. zu den jüngsten Gesundheits- und Verkehrsbefragungen wurden keine geschlechtsspezifischen Daten und Analysen veröffentlicht)
- Daten zu konkreten Wohnsituationen von Frauen in Linz nach diversen soziodemografischen Merkmalen (z. B. Migrationshintergrund), insbesondere nach der Rechtsform der Wohnung, der durchschnittlichen Nutzfläche und Raumanzahl und aktuelle Daten zu Wohnungsbeihilfe, sowie soziodemografische Merkmale von Bewohner*innen der GWG und Genossenschaftswohnungen

Diskussion und Reflexion des Status quo

Die Diversifizierung von Lebensformen der Linzerinnen im Laufe der letzten Jahrzehnte wird anhand der vorgestellten Daten sichtbar. Sowohl das durchschnittliche Erstheirats- als auch das Erstgebäralter nahmen über die letzten Jahre weiter zu, während sich die Gesamtfertilitätsrate auf einem niedrigen Niveau eingependelt hat.

Das Reproduktionsverhalten von Männern und Frauen ist seit der Verbesserung der Planbarkeit von Schwangerschaften das Resultat zahlreicher sozialer sowie sozialökonomischer Variablen und Teil der persönlichen Lebensplanung. Erwerbstätigkeit, Bildung, gesellschaftliche Werte oder institutionelle Angebote (z. B. Kinderbetreuung) wirken sich auf den Kinderwunsch und die endgültige Kinderzahl von Frauen aus. Unumstritten ist beispielsweise der Einfluss von Bildung. Frauen haben während der letzten Jahrzehnte ihren durchschnittlichen Bildungsgrad verbessert und überholen mittlerweile Männer bei der Anzahl tertiärer Abschlüsse (siehe Kapitel 3). Dies führte zu verbesserten Erwerbsmöglichkeiten und zu einer geringeren finanziellen Abhängigkeit der Frauen (siehe Kapitel 4 und 5). Die genannten Entwicklungen – späteres Erstheiratsalter, späteres Erstgebäralter, sinkende Fertilitätsraten und die steigende Anzahl unehelicher Kinder – sind unter anderem Ausdruck der weiblichen Bildungsrevolution (Buh & Beaujouan, 2023). Entgegen des positiven Trends hinsichtlich der besseren Bildung von Frauen erschwert die anhaltende politisch-institutionalisierte Unterstützung des männlichen Ernährermodells (bspw. reflektiert durch das Sozialversicherungsmodell mit Mitversicherung bzw. mangelnde Kinderbetreuungsangebote) und die fortdauernde geschlechtsspezifische Ungleichheit in Bezug auf unbezahlte Arbeit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Außerdem hängen diese strukturellen Bedingungen mit (neuen) und oft konkurrierenden sozialen Normen rund um Erwerbstätigkeit, persönlichen Erfolg und Elternschaft zusammen (Schmidt, 2024). Dies kann Frauen dazu veranlassen, sich für wenige oder gar keine Kinder zu entscheiden.

Das Hinausschieben der biologischen Reproduktion bedeutet zugleich, dass Eltern heute tendenziell älter sind als in früheren Generationen. So haben viele Eltern heute in einem Alter betreuungspflichtige Kinder, in dem frühere Generationen oft schon Großeltern waren. Diese Eltern müssen damit qua Funktion und Fürsorgepflichten länger ökonomisch aktiv und produktiv sein als in allen früheren Generationen, um auch die tendenziell längeren Ausbildungszeiten ihrer Kinder finanzieren zu können. Welche sozialen Risiken und welches Armutsgefährdungspotenzial sich hier vor allem für Frauen – im Besonderen für alleinerziehende – auftun, werden wir in späteren Kapiteln noch diskutieren. Es bleibt vorerst offen, ob die Rückgänge in Heirats-, Scheidungs- und Fertilitätsraten in den ersten Pandemie Jahren langfristige Auswirkungen haben werden.

Der gesellschaftliche Wandel der Lebensformen führt zu neuen Bedarfslagen von Frauen hinsichtlich des Wohnens, der Wohnformen und des Wohnumfelds. Steigende Erwerbstätigkeit von Frauen und die Veränderung familialer Strukturen jenseits der „Vater-Mutter-Kinder-Familie“ verlangen auch nach neuen Wohnmöglichkeiten. Die Leistbarkeit von Wohnraum und eine den familialen Lebenssituationen entsprechende flexible Wohnraumgestaltung sind für Frauen besonders wichtig geworden. Ebenso relevant ist, ob Quartiere weiblichen Mobilitätsbedingungen entsprechen und über eine leicht erreichbare Infrastruktur verfügen. Demografische Entwicklungen, wie die häufig als „Negativlast“ begriffene Veränderung der Altersstruktur der Gesellschaft, bedeuten für die Politik die große Herausforderung, Lebens- und Wohnumfelder so zu gestalten, dass soziale Verankerung, Rückzugsmöglichkeit und Existenzsicherheit gleichermaßen erhalten bleiben können (Dörhöfer 2007). Eine zukunftsorientierte Stadtplanung sollte dabei geschlechter- und klimapolitische Gesichtspunkte sowie Synergien aus beiden Bereichen reflektieren und umsetzen.

Ausblick: Maßnahmen und Möglichkeiten

Lebensformen

- Eine fortschreibende Auswertung der in diesem Kapitel angeführten Statistiken ist wünschenswert, ergänzt mit qualitativen oder Mixed-Methods-Studien.
- Die angeführten Datenlücken sollten geschlossen werden.
- Ein gendersensibler Umgang in der Interpretation von Daten über Lebensformen, Reproduktion und Alter ist notwendig.
- Die Gleichstellung nicht-heteronormativer Lebensmodelle soll weiter vorangetrieben werden. Hierzu gehört auch die Sichtbarmachung alternativer Lebenskonzepte im öffentlichen Raum.
- Die Förderung von Beratungsstellen und städtischen Initiativen ist auszubauen, um explizit für alleinerziehende Frauen das Armutrisiko zu minimieren.
- Die Bedarfsdeckung von frauenspezifischen Rechtsberatungen im Familiengründungs-, Scheidungs- und Trennungsfall sollte erhoben und das Angebot bzw. die Förderung ausgebaut werden. Außerdem bedarf es einer Erhebung der Gründe dafür, warum die Zahl der gewünschten Kinder oft nicht realisiert wird (Schmidt, 2024).

Wohnen

- Erfassung der Wohnsituation nach soziodemografischen Merkmalen, insbesondere von alleinlebenden Frauen mit und ohne Kinder(n) nach Einkommen, Alter, Kinderzahl, Herkunft, Wohnnutzfläche und Rechtsform der Wohnsituation
- Beachtung einer besseren Durchmischung der Wohnbevölkerung durch eine steuernde Wohnungsvergabepolitik bei gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften
- Förderung der Wohnumfeldqualität
- Belebte, barrierefreie und ohne Konsumzwang nutzbare Räume in den Stadtteilen sollen zur freien Verfügung stehen, damit insbesondere Mädchen und Frauen aller Altersgruppen und sozialer Schichten miteinander in Austausch treten und einander unterstützen können (Frauenbüro der Stadt Linz, 2015).
- Adäquate Wohnförderung für Alleinerzieher*innen
- Ausbau der Unterstützung und Beratung von manifest und verdeckt wohnungslosen Frauen, da diese einer besonders hohen Gewaltgefährdung ausgesetzt sind
- Sicherung bedarfsgerechten und leistbaren Wohnens für alle Linzer*innen
- Förderung der Wohnqualität für Frauen mit körperlichen und physischen Beeinträchtigungen
- Stadtteilorientierte Wohnberatung

Quellen

- Amt der öö. Landesregierung. (2022). Verkehrserhebung Oberösterreich 2022 Ergebnisbericht. Amt der öö. Landesregierung, Direktion Straßenbau und Verkehr, Abteilung: Gesamtverkehrsplanung und öffentlicher Verkehr. https://www2.land-oberoesterreich.gv.at/internetstatistik/Start.jsp?SessionID=SID-0D00032B-79316B29&xmliid=Seiten_%2F525492.htm&kategorie=ve2022
- Behindertenanwaltschaft. (2023). Wohnen ist ein Grundbedürfnis – trotzdem gibt es hier große Probleme für Menschen mit Behinderungen. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230303_OTS0040/wohnen-ist-ein-grundbeduerfnis-trotzdem-gibt-es-hier-grosse-probleme-fuer-menschen-mit-behinderungen
- BMVIT. (2016). Ergebnisbericht zur österreichweiten Mobilitätserhebung „Österreich Unterwegs 2013/2014“. Bundesministerium für Verkehr, Innovation, und Technologie. https://www.bmk.gv.at/themen/verkehrsplanung/statistik/oesterreich_unterwegs/berichte.html
- Böhm, Renate, & Buchinger, Birgit. (2011). Erster Linzer Frauenbericht. Magistrat Stadt Linz/Frauenbüro. <https://www.linz.at/frauen/56114.php>
- Buh, Brian, & Beaujouan, Eva. (2023). Education and women's age at first birth. In Norbert Neuwirth, Isabella Buber-Ennser, & Beat Fux (Hrsg.), Families in Austria Partnerships, fertility intentions and economic situation in challenging times (S. 19). Generations and Gender Program. <https://phaidra.univie.ac.at/o:2037765>
- Büro Stadtregierung Linz. (2022). Gesundheit und Sport: Bürger*innenbefragung 2022. Büro Stadtregierung Linz. https://www.linz.at/zahlen/112_Befragungen/GesundheitsUndSportbefragung2022.pdf
- Dörhöfer, Kerstin. (2007). Wohnarchitektur: Abbild und Reproduktion von Geschlechterverhältnissen. In Christina Altenstraße, Gabriella Hauch, & Hermann Kepplinger (Hrsg.), Gender housing. Geschlechtergerechtes Bauen, Wohnen, Leben. (S. 39–58). Studien Verlag.
- European Commission. (2023). The impact of demographic change – in a changing environment [Commission Staff Working Document]. European Commission. https://commission.europa.eu/system/files/2023-01/the_impact_of_demographic_change_in_a_changing_environment_2023.PDF
- Eurostat. (2024a). Fertility statistics. Abgerufen am 08. Juli 2024, von https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Fertility_statistics
- Eurostat. (2024b). Marriage and divorce statistics. Abgerufen am 29. Juli 2024, von https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Marriage_and_divorce_statistics,
- Fachverband der Immobilien- und Vermögenstreuhänder. (2024). Immobilien-Preisspiegel 2024. Wirtschaftskammer Österreich.
- Flage, Alexandre. (2018). Ethnic and gender discrimination in the rental housing market: Evidence from a meta-analysis of correspondence tests, 2006–2017. *Journal of Housing Economics*, 41, 251–273. <https://doi.org/10.1016/j.jhe.2018.07.003>
- Frauenbüro der Stadt Linz. (2015). Frauenprogramm der Stadt Linz. Magistrat Stadt Linz/Frauenbüro. <https://www.linz.at/frauen/frauenprogramm.php>
- Hanika, Alexander. (2023). Vorausschätzung der Privathaushalte nach Größe und Bundesländern 2022 bis 2080 (03/2023; Statistische Nachrichten). Statistik Austria. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/422/Bev_Haushaltsprognose_03_2023.pdf
- Herbst, Claudia, & Neuwirth, Norbert (2023). Childbearing intentions and number of children: 2009 and 2023 – a comparison. In Norbert Neuwirth, Isabella Buber-Ennser, & Beat Fux (Hrsg.), Families in Austria: Partnerships, fertility intentions and economic situation in challenging times (S. 40). Generations and Gender Program. <https://phaidra.univie.ac.at/o:2037765>
- Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik. (2010). Armut und Wohnen: Armutsbericht Oberösterreich 2010. Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik. https://ams-forschungsnetzwerk.at/downloadpub/ooe_Armutsbericht2010_hp_ger.pdf
- Institut für Gesundheitsplanung. (2013): Gesundheitsbericht Linz 2009-2013. https://goeg.at/sites/default/files/2017-06/gesundheitsbericht_linz_2009_2013_0.pdf, abgerufen am 13.12.2024
- Institut für Gesundheitsplanung. (2018). Gesundheitssituation der Linzer Bevölkerung.
- IHS & Statistik Austria. (2023a). So geht's uns heute: Die sozialen Krisenfolgen im 4. Quartal 2022 – Schwerpunkt Erfahrungen mit Wohnungslosigkeit. Institut für höhere Studien und Bundesanstalt Statistik Österreich. <https://www.statistik.at/services/tools/services/publikationen/detail/1555>
- IHS & Statistik Austria. (2023b). So geht's uns heute: Die sozialen Krisenfolgen im dritten Quartal 2023 – Schwerpunkt: Regionale Unterschiede. Institut für höhere Studien und Bundesanstalt Statistik Österreich. https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/Soziale_Krisenfolgen-Regionale-Unterschiede.pdf
- Kaindl, Markus, & Schipfer, Rudolf Karl (2023). Familien in Zahlen 2023: Statistische Informationen zu Familien in Österreich. Österreichisches Institut für Familienforschung an der Universität Wien. https://www.oif.ac.at/fileadmin/user_upload/p_oif/FiZ/FiZ_2023.pdf
- Klaas, Katharina. (2024). Die Verkehrswende muss feministisch sein. [vcd.org. https://www.vcd.org/artikel/feministische-verkehrspolitik](https://www.vcd.org/artikel/feministische-verkehrspolitik)
- Land Oberösterreich. (o. J.). Familien- und Haushaltsstatistik: Stadt Linz. Abgerufen 09. Juli 2024, von https://www2.land-oberoesterreich.gv.at/statistikreporting/Start.jsp?Report=HaushaltFamilie/HHFam_Bezirk&PRegionen=%5BRegion_%20Wohnort_%5D.%5BRegion_%20Wohnort_%5D.%5BReg_%20Wohnort3_%5D.%26%5B401_%5D&repTitle=&menu=false&height=1450px
- Land Oberösterreich. (o. J.). Wohnbeihilfe. [land-oberoesterreich.gv.at/wohnbeihilfe.htm](https://www.land-oberoesterreich.gv.at/wohnbeihilfe.htm)
- Land Oberösterreich. (2022). Natürliche Bevölkerungsbewegung: Überblick – Eheschließungen und Ehescheidungen, unveröffentlichte Daten.
- Österreichischer Städtebund. (2023). Österreichs Städte in Zahlen 2023. <https://www.staedtebund.gv.at/services/publikationen/staedte-in-zahlen-oestiz/>
- Planer, Martina, Weitzer, Barbara, & Stelzer-Orthofer, Christine. (o. J.). Wohnungslose Frauen. Entstehungsbedingungen und Verlaufsmuster von Wohnungslosigkeit im weiblichen Lebenszusammenhang. ARGE SIE. Abgerufen 16. Juli 2024, von https://arge-obdachlose.at/wp-content/themes/argeobdachlose/theme/download/sie/Wohnungslose_Frauen_Forschungsprojekt.pdf
- Schmidt, Eva-Maria. (2024). Needing a child to be fulfilled? The relevance of social norms around childbearing desires in collective orientations and individual meanings. *Journal of family research* : JFR, 36, 5–24. <https://doi.org/10.20377/jfr-942>
- Schuster, Julia, Fitz, Theresa, & Kapfer, Leonie. (2018). Zweiter Frauenbericht der Stadt Linz. <https://www.linz.at/frauen/56114.php>

- SORA. (2017). Mobilitätsverhalten von Frauen und Männern in unterschiedlichen Lebenslagen. SORA Institute for Social Research and Consulting. https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://www.bmk.gv.at/dam/jcr:a39bad58-4876-45ab-91c3-5ab38e824cb1/Mobilitaet_und_Lebenslagen.pdf&ved=2ahUKewi3k6DQmcyHAXULhF0HHTUpBFwQFnoECBwQAQ&usg=AOvVaw2kXR8mmv4wpEv0Zbhl7Zlm
- Stadt Linz. (2023, August 14). 10.900 GWG-Wohnungsinteressent*innen vorgemerkt. Stadt Linz Medienservice. https://www.linz.at/medienservice/2023/202308_121540.php
- Stadtforschung Linz. (o. J.-a). Eheschließungen bis 2023 u. a., unveröffentlichte Daten.
- Stadtforschung Linz. (o. J.-b). Geburten – Geschlecht und Ehelichkeit. Magistrat der Landeshauptstadt Linz Abgerufen 03. Juli 2024, von https://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/075_NatuerlicheBevoelkerungsbewegung/GEBUR_a.pdf
- Stadtforschung Linz. (o. J.-c). Gesamtfruchtbarkeit 1961–2022, unveröffentlichte Daten.
- Stadtforschung Linz. (o. J.-d). Natürliche Bevölkerungsbewegung. Magistrat der Landeshauptstadt Linz. Abgerufen 03. Juli 2024, von https://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/075_NatuerlicheBevoelkerungsbewegung/
- Stadtforschung Linz. (o. J.-e). Städtische Senioren- und Pflegeheime. Magistrat der Landeshauptstadt Linz. Abgerufen 06. August 2024, von https://www.linz.at/zahlen/060_Soziales/020_Senioren/010_Seniorenheime/shstadj.pdf
- Stadtforschung Linz. (o. J.-f). Zahlen – Senior*innen. Magistrat der Landeshauptstadt Linz. Abgerufen 6. August 2024, von https://www.linz.at/zahlen/060_Soziales/020_Senioren/index.php
- Stadtforschung Linz. (2018). Bevölkerungsstruktur. Magistrat der Landeshauptstadt Linz. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/040_Bevoelkerungsstruktur/2-1JSCH.pdf.
- Stadtforschung Linz. (2021). Registerzählung 2021: Familien. Magistrat der Landeshauptstadt Linz. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/085_Volkszaehlung/rzfam.pdf
- Stadtforschung Linz. (2024a). Bevölkerung – Geschlecht, Alter und Familienstand. Magistrat der Landeshauptstadt Linz. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/040_Bevoelkerungsstruktur/2-1JSCH.pdf
- Stadtforschung Linz. (2024b). Gebäude – Überwiegende Nutzung. Magistrat der Landeshauptstadt Linz. https://www.linz.at/zahlen/050_Infrastruktur/080_GebaeudeundWohnungen/030_Gebaeude/NTGENUZG.pdf
- Stadtforschung Linz. (2024c). Gebäude – Anzahl der Wohnungen 2024. Magistrat der Landeshauptstadt Linz. http://www.linz.at/zahlen/050_Infrastruktur/080_GebaeudeundWohnungen/030_Gebaeude/
- Stadtforschung Linz (2024d). Wohnungen – Rechtsgrund 2024. Magistrat der Landeshauptstadt Linz. https://www.linz.at/zahlen/050_Infrastruktur/080_GebaeudeundWohnungen/040_Wohnungen/NTWORECG.pdf
- Statistik Austria. (2022a). Abgestimmte Erwerbsstatistik – Personen – Zeitreihe ab 2021 [Datensatz]. Abgerufen 26. Juni 2024, von STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA. www.statistik.at
- Statistik Austria. (2022b). Demografische Zeitreihenindikatoren. <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bevoelkerung/demografische-indikatoren-und-tafeln/demografische-zeitreihenindikatoren>
- Statistik Austria. (2023a). Demografische Indikatoren: Zeitreihen 1961–2022 [Dataset]. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/411/OEsterreich_Zeitreihenindikatoren_1961_2022.ods
- Statistik Austria. (2023b). Demografisches Jahrbuch 2022. Bundesanstalt Statistik Österreich.
- Statistik Austria. (2023c). Indikatoren und Gemeindeergebnisse 2021 [Datensatz]. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/54/Zensus2021_Indikatoren_Gemeindeergebnisse.ods
- Statistik Austria. (2023d). Lebensformen nach Geschlecht und Alter Jahresdurchschnitt 2023 [Datensatz]. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/423/lebensformen_nach_geschlecht_alter_jahresdurchschnitt_2023.ods
- Statistik Austria. (2023e). Privathaushalte (Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung). Abgerufen 10. Juli 2024, von STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA. www.statistik.at
- Statistik Austria. (2024a). Abgestimmte Erwerbsstatistik 2022: Personen, Arbeitsstätten, Gebäude und Wohnungen. Bundesanstalt Statistik Österreich. https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/AEST_2022.pdf
- Statistik Austria. (2024b). Ehen und Begründungen eingetragener Partner:innen: Eheschließungen nach ausgewählten Merkmalen seit 2013 [Datensatz]. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/416/1.6.Ehen_Begruendungen_EPA_demografisch.ods
- Statistik Austria. (2024c). Familien nach Familientyp und Kinderzahl 1985 bis 2023 – in Tausend [Datensatz]. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/418/familien_1985_bis_2021_nach_familientyp_und_kinderzahl_AKE_2023.ods
- Statistik Austria. (2024d). Geborene nach demografischen Merkmalen: Lebendgeborene nach Geschlecht, Legitimität und Bundesland seit 1996 [Datensatz]. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/424/1.6_Geborene_nach_demografischen_Merkmalen.ods
- Statistik Austria. (2024e). Geborene nach demografischen Merkmalen: Berichtsjahr nach Geborene, Lebend-/Totgeburt und Alter der Frau in 5-Jahresgruppen. Abgerufen 08. Juli 2024, von STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA. www.statistik.at
- Statistik Austria. (2024f). Migration und Integration: Zahlen, Daten, Indikatoren. Bundesanstalt Statistik Österreich. <https://www.statistik.at/services/tools/services/publikationen/detail/1919>
- Statistik Austria. (2024g). Scheidungen und Auflösungen eingetragener Partner:innen [Datensatz]. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/417/Scheidungen_Aufloesung_eingetr_Partnerinnenschaften.ods
- Statistik Austria. (2024h). Scheidungen und Auflösungen von eingetragenen Partnerschaften: Ehescheidungen nach Bundesland, nach der Kinderzahl und dem Alter der Kinder seit 2005 [Datensatz]. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/417/Scheidungen_Aufloesung_eingetr_Partnerinnenschaften.ods
- Statistik Austria. (2024i). TABELLENBAND EU-SILC 2023. Bundesanstalt Statistik Österreich. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/Tabellenband_EUSILC_2023.pdf
- Statistik Austria. (2024j). Wohnen 2023: Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik. Bundesanstalt Statistik Österreich. <https://www.statistik.at/services/tools/services/publikationen/detail/1888>
- Statistik Austria. (2024k). Privathaushalte (Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung): Zeit nach Anzahl in Tausend und Bundesland. Abgerufen 10. Juli 2024, von STATcube – Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA. www.statistik.at
- Verfassungsgerichtshof Österreich. (2017). Unterscheidung zwischen Ehe und eingetragener Partnerschaft verletzt Diskriminierungsverbot. https://www.vfgh.gv.at/downloads/VfGH_G_258-2017_ua_Presseinfo_Ehe_fuer_gleichgeschlechtliche.pdf
- Weichselbaumer, Doris, & Riess, Hermann (2024). Discrimination in the Austrian Rental Housing Market: The Effect of Information Concerning First and Second Generation Immigrant Status. *Journal of Housing Economics*. <https://doi.org/10.2139/ssrn.4698800>

Kapitel 3

Bildung

Bildungsstand

Schulbildung

Erwachsenenbildung

EinBlick

Der Bildungsstand ist eines von mehreren sozialen Merkmalen mit großem Einfluss auf Einkommen, berufliche Zufriedenheit, körperliche und psychische Gesundheit sowie Lebensqualität (Ilies et al., 2019). Auch stellt Bildung eine wesentliche Eintrittsbedingung zur heutigen Wissensgesellschaft dar. Sowohl Chancen als auch Barrieren für die Teilhabe an gesellschaftlichen und demokratischen Strukturen sind an Bildungs- und Ausbildungsstandards gekoppelt. In Bezug auf die Geschlechterfrage ist diesbezüglich ein ambivalenter Befund zu treffen. So belegen österreichweite Statistiken, dass Frauen in Österreich von der Bildungsexpansion deutlich stärker profitiert haben als Männer (Mayrhuber et al., 2024). Dies trifft nicht nur auf Österreich, sondern auf die meisten hochtechnisierten Staaten zu. Das Qualifikationsniveau an sich ist jedoch kein Garant dafür, ein entsprechendes Einkommen zu erzielen bzw. eine entsprechende Karriere verfolgen zu können. Nach wie vor sind Bildungs- und Ausbildungswahl traditionell geschlechtsspezifisch geprägt, weshalb Frauen oft auf Ausbildungspfaden landen, die zu niedrig bezahlten Berufen mit schlechten Karrierechancen führen (Ransmayr & Weichselbaumer, 2024). Dieser Befund gilt auch noch nach Dekaden von bildungs- und frauenpolitischen Maßnahmen.

Als eine wesentliche Weiche im österreichischen Bildungssystem ist die Entscheidung für bestimmte Schultypen der Zehnjährigen zu sehen. Diese Selektion, die tendenziell entscheidend für die gesamte weitere Bildungs- und damit auch Erwerbsbiografie ist, fungiert als Selektions- und Exklusionsmechanismus, bei dem neben anderen diversitätsspezifischen Merkmalen auch das Geschlecht von Bedeutung ist. Mädchen aus bildungsferneren Schichten sind von diesem Selektionsprozess besonders negativ betroffen. Eine frühe Trennung verschiedener Schulzweige, wie sie in Österreich praktiziert wird, kann darüber hinaus eine stärkere geschlechtsspezifische Segregation (z. B. technisch-mathematische Spezialisierung versus Sprachen) begünstigen, da junge Kinder eher dazu neigen, gesellschaftlich vorgegebene Bildungswege einzuschlagen. Empirische Studien legen nahe, dass diese frühe Trennung von Schüler*innen in Österreich für geschlechtsspezifische Unterschiede in den Mathematikkompetenzen mitverantwortlich ist (Lorenz & Schneebaum, 2024).

Trotz Gleichstellungsverpflichtung und Gender-Mainstreaming-Beschlüssen scheint es nach wie vor am politischen Willen zur Verfolgung geschlechter- und diversitätsgerechter Ziele im gesamten Bildungsbereich zu mangeln. Vor diesem Hintergrund sind folgende wesentliche Funktionen von Bildung zu fördern:

Beginnend mit der vorschulischen Bildung, über die Schulbildung bis hin zur Erwachsenenbildung geht es um das Aufbrechen von Rollenstereotypen. Im Fokus stehen sollte dabei ein wertschätzender Umgang sowie die Vermittlung von Selbstwert und positiv besetzten Geschlechts- sowie sexuellen Identitäten, das beinhaltet auch die Vermittlung eines positiven Körperbewusstseins. Auch ist geschlechtssensible Pädagogik (Wedl & Spahn, 2020), die große Bedeutung beim Aufbrechen traditioneller Geschlechterrollen haben kann, nach wie vor noch kein fester Bestandteil des österreichischen (Aus)Bildungssystems. Weiters ist die Übernahme und Erfüllung der Inklusionsfunktion von Bildungseinrichtungen wesentlich, um nicht weiterhin das Potenzial von Kindern migrantischer Herkunft zu vergeuden und Kinder aufgrund sozialer Merkmale zu diskriminieren.

DatenFakten

Allgemeiner Bildungsstand der Linzer*innen

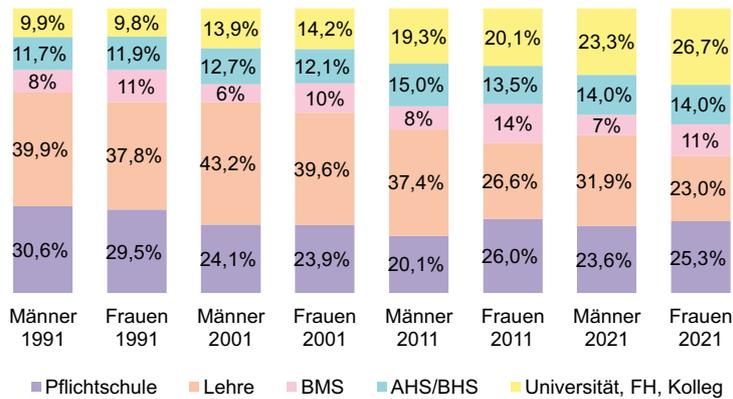
Daten über Entwicklung und Status des formalen Bildungsstandes der Linzer*innen liefern unverzichtbare und grundlegende Informationen zur Sozialstruktur von Linz. Seit 2011 gibt es eine jährliche Bestandsaufnahme des formalen Bildungsstandes in Österreichs Städten durch die Bundesanstalt „Statistik Österreich“ (siehe Bildungsdokumentationsgesetz).

Österreichweit hatten im Jahr 2022 rund 19 % der Frauen im Alter von 25 bis 64 maximal einen Pflichtschulabschluss, bei den Männern waren es hingegen nur rund 16 %. Deutlich mehr Männer (38,8 %) als Frauen (25,2 %) besaßen 2022 einen Lehrabschluss. Über einen AHS-Abschluss verfügten 2022 rund 7,2 % der Frauen und rund 6,1 % der Männer. Mit 15,6 % besitzen Frauen auch häufiger einen Abschluss einer berufsbildenden mittleren Schule als Männer (11,9 %), bei berufsbildenden höheren Schulen liegen Frauen und Männer fast gleich auf (Frauen: 9,1 %, Männer: 9 %). Auch bei den Kollegabschlüssen hat die weibliche Bevölkerung (1,2 %) jene der männlichen (0,6 %) überholt. Frauen besitzen mehr als dreimal so häufig einen Akademieabschluss (z. B. Diplomatische Akademie, Akademie für Familienpädagogik) wie Männer (Frauen: 3 %; Männer 0,9 %). Auch bei den Hochschulabschlüssen der Personen zwischen 25 und 64 Jahren haben Frauen (19,7 %) Männer (17,2 %) im Jahr 2022 überholt, während sie im Jahr 2015 mit 14 % noch gleichauf lagen (Statistik Austria, 2024a).

Grafik 3.1 zeigt die Tendenzen einer sich verändernden Bildungslage der Linzer*innen. Zwischen 1991 und 2021 hat sich der Anteil der Linzerinnen mit tertiärem Abschluss (Universität, Fachhochschule, Kolleg) fast verdreifacht. Der Anteil der Linzerinnen, deren höchster Abschluss eine Lehre ist, ist im selben Zeitraum stark gesunken (um rund 15 Prozentpunkte). Bezüglich der Linzerinnen, die höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen, lässt sich kein klarer Trend ausmachen. Ihr Anteil sank zwischen 1991 und 2001 deutlich, stieg jedoch anschließend wieder auf etwa 25,3 % im Jahr 2021.

Innerhalb der letzten 33 Jahre haben sich die Geschlechterunterschiede bei den Bildungsniveaus verändert. Hatten im Jahr 1991 31 % der in Linz lebenden Männer und 30 % der Frauen maximal einen Pflichtschulabschluss, waren es 2021 23,6 % (Männer) und 25,3 % (Frauen). Dass der Frauenanteil bei den Pflichtschulabgänger*innen höher ist als bei den Männern, lässt sich einerseits mit einem höheren Anteil der Frauen zwischen 50 und 64 Jahren erklären und andererseits durch den niedrigeren Bildungsstand von Frauen mit nicht-österreichischer Staatsangehörigkeit. Auch beim Lehrabschluss wuchsen die Unterschiede mit 40 % (Männer) und 38 % (Frauen) für 1991 und 31,9 % (Männer) und 23 % (Frauen) im Jahr 2022 (siehe Grafik 3.1) (Statistik Austria, 2024e, 2024f).

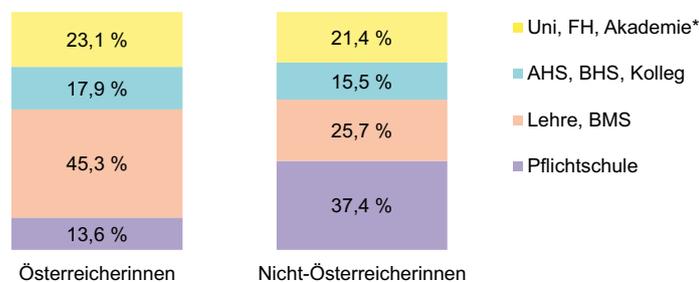
Grafik 3.1: Höchste abgeschlossene Ausbildung der 25- bis 64-jährigen Linzer Wohnbevölkerung



Quelle: Statistik Austria (2018, 2024): Abgestimmte Erwerbstatistik, e. D.

Für Linz liegen keine nach Geschlecht und Nationalität getrennten Daten über Bildungsabschlüsse vor. Ein Vergleich der österreichweiten Bildungsstruktur von Frauen mit unterschiedlichen Nationalitäten (siehe Grafik 3.2) zeigt, dass Österreicherinnen durchschnittlich über einen höheren Bildungsabschluss verfügen als Nicht-Österreicherinnen. Demnach verfügen rund 37 % der Frauen ohne österreichische Nationalität nur über einen Pflichtschulabschluss, während dies nur auf rund 14 % der Österreicherinnen zutrifft. Auch bei Frauen, die höchstens einen Lehrabschluss bzw. einen Abschluss einer Berufsbildenden Mittleren Schule (BMS) besitzen, gibt es einen großen Unterschied. Rund 45 % der Österreicherinnen, aber lediglich 26 % der anderen Staatsbürgerinnen verfügen über einen solchen Abschluss. Je höher der Bildungsabschluss, desto geringer der Unterschied. So verfügen rund 23 % der Österreicherinnen und rund 21 % der nicht-österreichischen Frauen über einen Abschluss einer Universität, Fachhochschule (FH) oder Akademie (Statistik Austria, 2024g).

Grafik 3.2: Bildungsstruktur der weiblichen Bevölkerung in Österreich nach Staatsangehörigkeit (25–64 Jahre, 2022)



Quelle: Statistik Austria (2024j): Abgestimmte Erwerbstatistik, e. D.
* inklusive Universitätslehrgänge

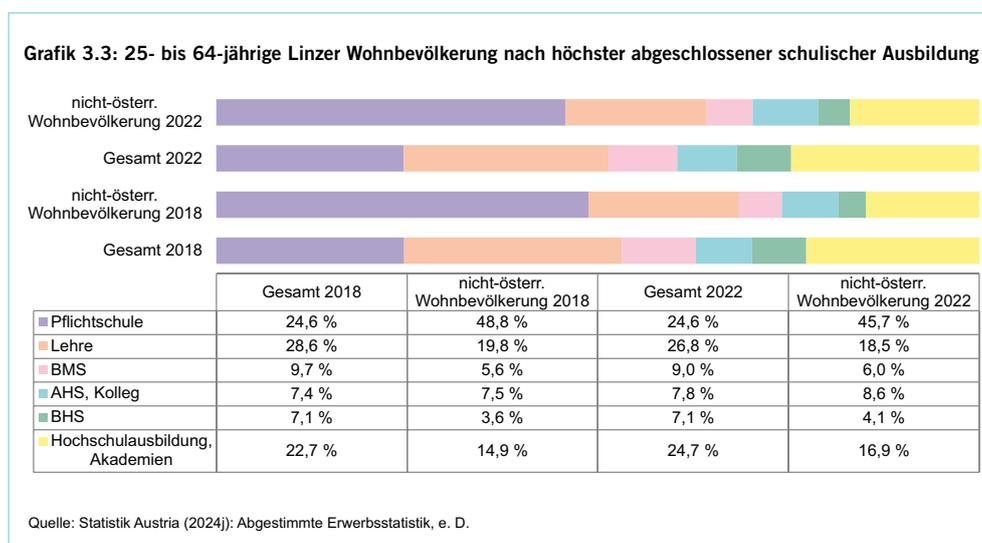
Wie Tabelle 3.1 entnommen werden kann, sind in Österreich lebende Frauen ohne österreichische Nationalität eine äußerst inhomogene Gruppe: Während etwa Angehörige aus anderen EU- oder EWR-Staaten besonders hohe Akademikerinnenanteile aufweisen (25,1 %), haben insbesondere Staatsbürgerinnen der Nachfolgestaaten Jugoslawiens sowie der Türkei überwiegend keine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung (Statistik Austria, 2024h, 2024i).

Tabelle 3.1: 25- bis 64-jährige in Österreich lebende Frauen nach Staatsangehörigkeit und höchster schulischer Ausbildung (2022)

Schulbildung	Insgesamt	Österreich	Nicht-Österreich	EU/ EWR/ Schweiz	ehem. Jugoslawien (ohne Kroatien und Slowenien)	Türkei	Sonstige
Frauen (in 1.000)	2.518,2	1.978,0	540,2	292,2	81,8	37,5	128,7
Pflichtschule	18,7 %	13,6 %	37,4 %	27,8 %	54,1 %	75,4 %	37,4 %
Lehre, BMS	41,1 %	45,3 %	25,7 %	29,7 %	26,2 %	12,1 %	20,2 %
AHS, BHS, Kolleg	17,4 %	17,9 %	15,5 %	17,3 %	11,7 %	6,9 %	16,3 %
Universität, FH, Akademien*	22,8 %	23,1 %	21,4 %	25,1 %	8,1 %	5,6 %	26,1 %

Quelle: Statistik Austria (2024j): Abgestimmte Erwerbsstatistik, e. D. * inklusive Universitätslehrgänge

Auch in Linz ist die Wohnbevölkerung mit nicht-österreichischer Nationalität im Alter zwischen 25 und 64 Jahren deutlich geringer gebildet als die Gesamtbevölkerung (siehe Grafik 3.3). Fast die Hälfte der Personen ohne österreichische Nationalität besitzt einen Pflichtschulabschluss (45,7 %). Im Vergleich zum Jahr 2018 haben sich jedoch im Jahr 2022 die Anteile der Personen ohne österreichische Nationalität mit Pflichtabschluss und Lehrabschluss verringert, während die Anteile in den höheren Bildungsabschlüssen leicht gestiegen sind. Der Anteil der nicht-österreichischen Staatsbürger*innen mit einer Lehre ist mit 18,5 % (2022) geringer als jener der Gesamtbevölkerung (26,8 %). Die Bevölkerung ohne österreichische Nationalität besitzt zu 16,9 % einen Universitätsabschluss, während dieser Anteil in der Gesamtbevölkerung bei 24,7 % liegt. Für Linz liegen, wie bereits angemerkt, leider keine geschlechtsspezifischen Daten vor (Statistik Austria, 2024d, 2024j).



Zu beachten ist, dass es auch keine Daten darüber gibt, wie viele Frauen (und Männer) ohne österreichische Nationalität in Linz über eine höhere, jedoch in Österreich nicht anerkannte Qualifikation verfügen. Dementsprechend kann es zu Abweichungen zwischen den Daten und dem tatsächlichen Bildungsstand der migrantischen Bevölkerung kommen.

Tabelle 3.2 zeigt die Bildungsunterschiede nach statistischen Bezirken in Linz. In den Bezirken Franckviertel (48,9 %), Industriegebiet-Hafen (46,9 %), Kleinmünchen-Auwiesen (40,8 %) und Neue Heimat (39,8 %) ist der Anteil der Bevölkerung mit Pflichtschulabschluss deutlich höher als in anderen Stadtteilen. Dementsprechend niedrig fällt in diesen Bezirken auch der Anteil der Personen mit hohem Bildungsabschluss (Uni, FH, Akademien, Kollegs) aus (zwischen 6,2 %–7,1 %). Dem gegenüber steht beispielsweise der Bezirk Pöstlingberg, in dem der Anteil der Personen mit hohem Bildungsabschluss mit 36,4 % am höchsten ist, gefolgt vom Bezirk Froschberg mit 32,9 % (Statistik Austria, 2021).

Tabelle 3.2: Vergleich der Bezirke mit überwiegend hohem und überwiegend niedrigem formalem Bildungsabschluss (2021)

Bezirk	Anteil der Bezirksbevölkerung mit niedrigem Bildungsabschluss (Pflichtschule)	Anteil der Bezirksbevölkerung mit hohem Bildungsabschluss (Uni, FH, Akademien, Kollegs)
St. Magdalena	14,0 %	29,9 %
Dornach-Auhof	14,1 %	29,9 %
Pöstlingberg	14,8 %	36,4 %
Froschberg	19,5 %	32,9 %
Pichling	22,1 %	16,6 %
Innere Stadt	22,6 %	32,8 %
Urfahr	23,5 %	24,6 %
Bindermichl-Keferfeld	28,8 %	12,8 %
Kaplanhof	29,9 %	20,1 %
Spallerhof	32,8 %	11,8 %
Ebelsberg	33,4 %	9,3 %
Bulgariplatz	35,7 %	16,1 %
Neue Heimat	39,8 %	6,5 %
Kleinmünchen-Auwiesen	40,8 %	7,1 %
Industriegebiet-Hafen	46,9 %	6,2 %
Franckviertel	48,9 %	6,5 %

Quelle: Statistik Austria (2021): Registerzählung 2021, unveröffentlichte Daten, bezogen durch die Stadtforschung Linz, e. B.

Schulbildung

Die beobachteten Bildungsunterschiede in der Gesamtbevölkerung werden noch stark von älteren Generationen geprägt, in denen einerseits formaler (höherer) Schulbildung weniger Bedeutung beigemessen wurde (bzw. „gute Jobs“ mit einem niedrigeren Schulabschluss als heute erreichbar waren) und andererseits die Bildungsbeteiligung von Frauen noch weitaus geringer war. Daher folgt nun eine kurze Übersicht über die aktuelle Situation bzw. über Entwicklungen in den einzelnen Bildungstypen (Schule, Lehre, Universität, Weiterbildung) in Linz. Die Entwicklung und das aktuelle Schulbesuchsverhalten von Mädchen in Linz geben einen Einblick in anhaltende geschlechtsspezifische Unterschiede, aber auch Veränderungen, wie Tabelle 3.3 für die Jahre 1992 und 2023 zeigt.

Tabelle 3.3: Geschlechterproportion in den Linzer Schulen; Entwicklung von 1992 bis 2023

	Mädchenanteil 1992	Mädchenanteil 2023	Entwicklung Mädchenanteil in Prozentpunkten
Volkschulen	46,6 %	48,1 %	+1,6
Sonderschulen	40,2 %	42,8 %	+2,6
Hauptschulen / NMS	44,4 %	46,3 %	+1,9
Polytechnische Schulen	37,3 %	48,5 %	+11,2
Berufsschulen	35,5 %	31,7 %	-3,8
Handelsakademien	68,7 %	73,1 %	+4,4
HTL Goethestraße	19,9 %	49,4 %	+29,6
HTL Paul Hahnstraße	1,0 %	8,2 %	+7,1
AHS	52,4 %	55,4 %	+2,9
Mode- und Bekleidungstechnik	94,2 %	91,2 %	-3,0
Höhere Bundeslehranstalt für künstlerische Gestaltung	91,2 %	92,5 %	+1,3
Oblatinnen Schule für Wirtschafts- und Pflegeberufe	97,1 %	84,6 %	-12,5
Fachschule für Sozialberufe der Caritas der Diözese Linz	91,1 %	86,2 %	-4,9
Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft	100,0 %	94,2 %	-5,8
Sonstige Allgemeinbildende Schulen*	41,2 %	47,6 %	+6,5

Quelle: Stadtforschung Linz (2023): Bildung, e. B.

* 1992 enthält freie Waldorfschule Schulstufen 1–12; 2023 enthält freie Waldorfschule, Anton Bruckner International School, B.E.L. Privatschule, Freie Schule Linz, Die Lerche, Ambleside Schule Linz sowie Schulhaus – Schule für verbundenes Lernen, jeweils Schulstufe 1–10 und höher

Nur wenige Veränderungen in der Schulwahl von Mädchen in Linz fallen deutlich aus: In einigen sehr mädchendominierten Schulen (Oblatinnen Schule für Wirtschafts- und Pflegeberufe, Fachschule für Sozialberufe der Caritas der Diözese Linz, Höhere Bundeslehranstalt für Land- und Ernährungswirtschaft) ist der Mädchenanteil in den letzten drei Jahrzehnten gesunken, wohingegen der Anteil der Mädchen in der HTL Goethestraße (HTL1 Bau und Design) im betreffenden Zeitraum auf absolut 49 % gestiegen ist (was auf die Einrichtung eines Design-Zweiges in dieser HTL zurückzuführen sein dürfte). Interessant ist die Entwicklung des Mädchenanteils an sonstigen allgemeinbildenden Schulen, er liegt im Jahr 2023 bei 55 % gegenüber 52 % im Jahr 1992. Dies liegt allerdings auch daran, dass bis 2011 nur die Waldorfschule in diese Kategorie fiel, während 2023 fünf verschiedene Einrichtungen darunter subsumiert sind. Mädchen sind an Sonderschulen (43 %), Neuen Mittelschulen (46 %), Polytechnischen Schulen (48 %) sowie in gewerblich technischen Berufsschulen (32 %) und in höheren technischen gewerblichen Lehranstalten unterrepräsentiert. In allen anderen Schulformen bzw. Ausbildungsarten sind Mädchen und junge Frauen überrepräsentiert. Insgesamt ist jedoch festzuhalten, dass auch in Linz – wie österreichweit – eine ungebrochen starke Ungleichheit bei der Wahl der Schule bzw. Ausbildungsart besteht: So sind Mädchen insbesondere in höheren technischen Lehranstalten stark unterrepräsentiert (27,8 % österreichweit) (Stadtforschung Linz, 2023b, 2023a, 2023e, 2023d, 2023h; Statistik Austria, 2024k).

Lehrlingsausbildung

In der Stadt Linz wurden im Jahr 2023 rund 18,6 % aller oberösterreichischen Lehrlinge ausgebildet. Zudem ist in Linz mit insgesamt 699 Lehrbetrieben auch die höchste Anzahl an Lehrbetrieben in Oberösterreich zu finden (13,3 %). Geschlechtsspezifische Daten zur Lehrlingsausbildung in Linzer Betrieben sind derzeit nicht zugänglich, daher beziehen wir uns im Folgenden auf die Gesamtsituation in Oberösterreich. Zum Jahreswechsel 2023/2024 waren im Land Oberösterreich von 22.567 Lehrlingen 7.321 weiblich (rund 32,4 %) und 15.246 männlich (67,6 %) (Wirtschaftskammer Oberösterreich, 2023). Ebenso wie im schulischen Bildungssystem gestaltet sich auch die Lehrberufswahl von Mädchen in Oberösterreich nach traditionellen Mustern, wie nachfolgender Tabelle 3.4 zu entnehmen ist (Wirtschaftskammer Oberösterreich, 2023, S. 12).

Tabelle 3.4: Hitliste der Lehrberufe der weiblichen Lehrlinge in Oberösterreich (2023)

Lehrberufe	gesamt	in %
Einzelhandel	1.236	16,9 %
Bürokauffrau	1.006	13,7 %
Friseurin und Perückenmacherin (Stylistin)	333	4,5 %
Pharmazeutisch-kaufmännische Assistenz	287	3,9 %
Metalltechnik	275	3,8 %
Verwaltungsassistentin	228	3,1 %
Großhandelskauffrau	207	2,8 %
Industriekauffrau	191	2,6 %
Konditorei (Zuckerbäckerei)	169	2,3 %
Köchin	168	2,3 %
Summe Top Ten	4.100	56,0 %
Sonstige Lehrberufe	3.221	44,0 %
Summe weibl. Lehrlinge	7.321	100,0 %

Quelle: Wirtschaftskammer Oberösterreich (2023): Lehrlingsstatistik OÖ 2023, e. B.

Junge weibliche Lehrlinge wählten 2023 zu 16,9 % den Lehrberuf Einzelhandelskauffrau und zu weiteren 13,7 % den der Bürokauffrau. Auf dem dritten Platz (4,5 %) folgt die Ausbildung zur Friseurin und Perückenmacherin bzw. Stylistin. Weibliche Lehrlinge wählten zu 56 % eine der Top-Ten-Ausbildungen; das heißt, es sammelten sich mehr als die Hälfte aller weiblichen Lehrlinge in 10 Berufsausbildungsfeldern. Dieser Anteil ist bei den männlichen Lehrlingen mit fast 63 % noch höher, allerdings sind hier die häufigsten Lehrberufe Metalltechnik, Elektrotechnik, Kraftfahrzeugtechnik und Mechatronik. Hinsichtlich der Anzahl weiblicher Lehrlinge in technischen Lehrberufen³⁵ (2023: 16 %) konnte in den vorangehenden Jahren ein deutlicher Anstieg vermerkt werden. Allein von 2022 bis 2023 stieg der Anteil um 6 %. Hingewiesen sei an dieser Stelle darauf, dass 12,2 % aller Lehrlinge in Oberösterreich keine österreichische Nationalität besitzen. Auch hierzu sind jedoch keine geschlechtsspezifischen Daten zugänglich (Wirtschaftskammer Oberösterreich, 2023).

³⁵ Wie Elektrotechnik und Elektronik; Maschinen, Fahrzeuge, Metall; Chemie, Kunststoff; Informatik, EDV, Kommunikationstechnik

Höhere Bildung

Österreichweit liegt der Anteil weiblicher Studierender seit dem Wintersemester 2007/2008 bei mehr als 50 %. Im Wintersemester 2022/2023 erreichte dieser Wert 56 % (Statistik Austria, 2023c). Dies bezieht sich sowohl auf öffentliche Universitäten als auch auf Privatuniversitäten, wobei öffentliche Universitäten schon ab dem Studienjahr 2000/2001 mehr weibliche als männliche Studierende hatten. An den Fachhochschulen lag der Anteil der weiblichen Studierenden seit Einrichtung dieser Institutionen (1994) bis zum Wintersemester 2017/2018 unter 50 %, wobei sich dieser Wert kontinuierlich erhöht. Im Wintersemester 2022/2023 erreichten Frauen einen Anteil von 52 % aller Inskriptionen (Statistik Austria, 2023b, 2024m). Tabelle 3.5 zeigt die Studienrichtungen an Linzer Fachhochschulen mit den höchsten Frauenanteilen. Spitzenreiter sind die Bachelorstudiengänge zur Hebamme sowie Logopädie mit einem Frauenanteil von jeweils 100 % im Wintersemester 2023/2024. Sehr hohe Frauenanteile verzeichnen auch die Studiengänge Ergotherapie, gefolgt vom Bachelorstudiengang Biomedizinische Analytik (Stadtforschung Linz, 2023j).

Tabelle 3.5: Frauenanteil an Fachhochschulen in Linz 2023/24

Studiengang	Anteil weiblicher Studierende
Hebamme (Bachelor)	100,0 %
Logopädie (Bachelor)	100,0 %
Ergotherapie (Bachelor)	94,9 %
Hochschuldidaktik für Gesundheitsberufe (Master)	92,0 %
Biomedizinische Analytik (Bachelor)	92,1 %
Gesundheits- und Krankenpfleger*in (Bachelor)	89,5 %
Diätologie (Bachelor)	87,9 %
Soziale Arbeit (Master)	79,3 %
Soziale Arbeit (Bachelor)	78,3 %
Management for Health Professionals (Master)	76,2 %
Gesundheits-, Sozial- und Public Management (Master)	72,9 %
Radiologietechnologie (Bachelor)	67,8 %
Sozial- und Verwaltungsmanagement (Bachelor)	66,7 %
Physiotherapie (Bachelor)	65,8 %
Applied Technologies for Medical Diagnostics (Master)	50,0 %
Medizintechnik (Master)	44,9 %
Medizintechnik (Bachelor)	41,7 %

Quelle: Stadtforschung Linz (2023): Bildung, e. B.

An der Johannes Kepler Universität (JKU) beträgt die Anzahl der ordentlichen Studierenden im Wintersemester 2022/2023 22.224, wovon 52 % der Studierenden weiblich sind.³⁶ Während aus gesamtösterreichischer Sicht der Frauenanteil bereits im Jahr 2007 über 50 % lag, überschritt er an der JKU erst 10 Jahre später diese Marke (Studienjahr 2017/2018). Eine steigende Tendenz lässt sich an dem hohen Frauenanteil der neu zugelassenen ordentlichen Studierenden beobachten, welcher im Jahr 2022/2023 bei 55 % lag. Von den ordentlichen Studierenden waren 2000/2001 nur rund 40 % weiblich; nun hält sich der Anteil seit dem Studienjahr 2018/2019

³⁶ Der Frauenanteil von 52 % ist gemessen an den ordentlichen Studierenden. Im Gegensatz dazu zählt Tabelle 15 belegte Studiengänge, wodurch sich die Zahlen leicht unterscheiden (der Frauenanteil bei den Studiengängen betrug im WS 2023/24 nur 47,2 %).

konstant bei 52 %. An der Universität für künstlerische und industrielle Gestaltung Linz sind weibliche Studierende mit einem Anteil von rund 62 % deutlich häufiger vertreten (Abteilung für Personalentwicklung, Gender und Diversity Management, 2022).

Nach wie vor ist bei der universitären Ausbildung in Linz eine starke Segregation nach Disziplinen zu erkennen (siehe Tabelle 3.6). Während der Frauenanteil an der Johannes Kepler Universität im Jahr 2023/2024 bei den Rechtswissenschaften rund 58 % und bei den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften 53 % beträgt, liegt er bei den technisch-naturwissenschaftlichen Studiengängen lediglich bei 27,7 %. Dabei ist zu beachten, dass sich der Anteil von Frauen deutlich verringert, je höher der Abschluss (BA, MA, Doktorat). Am deutlichsten ist dieser Unterschied an der Medizinischen Fakultät (BA: 55 %, Doktorat: 37 %). Diese sogenannte „Leaky Pipeline“ verstärkt sich im Laufe der wissenschaftlichen Ausbildung: Während in der Kategorie der Erstabschlüsse Frauen meist in der Überzahl sind, sind Männer später deutlich stärker vertreten. Von insgesamt 15 Personen haben sich an der JKU im Jahr 2022/2023 nur vier Frauen habilitiert. Nur 36 % des wissenschaftlichen Personals an der JKU ist weiblich und nur ein Drittel der angebotenen Lehrveranstaltungen im Studienjahr 2022/2023 wurde von Frauen gehalten. Weiters liegt der Frauenanteil bei den Professuren bei 18 % und hat sich seit dem Jahr 2012 (15 %) kaum verändert (Abteilung für Personalentwicklung, Gender und Diversity Management, 2022).

Tabelle 3.6 zeigt eine Übersicht der Frauenanteile in den größten Studienrichtungen, gemessen an der Studierendenzahl der jeweiligen Disziplin.

Betrachtet man ausgewählte Studiengänge der Johannes Kepler Universität, zeigt sich in den zwei größten sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen (SOWI) Fächern, Wirtschaftswissenschaften und Betriebswirtschaft, ein annähernd paritätischer Frauenanteil von 51–52 %. Der Frauenanteil im Diplomstudium Wirtschaftspädagogik ist mit 73,6 % überdurchschnittlich hoch, im Bachelorstudium Soziologie und Sozialwirtschaft mit 70,1 % und 69,4 % ebenso (diese Studiengänge sind allerdings nicht unter den größten und daher nicht gelistet). Das Bachelorstudium der Informatik an der Technisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät hat hingegen nur einen Frauenanteil von 19,9 % und das Bachelorstudium Artificial Intelligence – der zweitgrößte Studiengang an der JKU – einen von 23,4 %. Im größten Masterstudium (ebenfalls Artificial Intelligence) sind Frauen sogar nur zu 17 % vertreten. Reiht man die Studiengänge nach den erreichten Frauenanteilen, wird deutlich, dass Frauen in manchen sehr kleinen Studiengängen (die in Tabelle 3.6 nicht aufscheinen) überproportional präsent sind, beispielsweise im Masterstudium Psychologie (77 %) oder im Masterstudium Rechtswissenschaften (83 %).

An allen anderen, zahlenmäßig deutlich kleineren, Linzer Universitäten und Hochschulen stellen weibliche Studierende die klare Mehrheit. Auch diese Tatsache fügt sich in die bekannten Muster der geschlechtsspezifischen Studienrichtungen, denn diese Hochschulen sind auf pädagogische, künstlerische und religiöse Inhalte spezialisiert. Auffallend sind bei den pädagogischen Hochschulen besonders hohe Frauenanteile in der Elementarpädagogik (97,7 % an der Pädagogischen Hochschule (PH) und 100 % an der Privaten Pädagogischen Hochschule der Diözese Linz) und Primarstufe (92 % in Bachelor- und Masterstudiengang an der PH). Einzig bei der Berufsbildenden Sekundarstufe ist der Männeranteil etwas höher als der Frauenanteil. An der Kunstuniversität, der Anton Bruckner Universität und der Katholischen Privatuniversität ist der höhere Frauenanteil etwas niedriger ausgeprägt, aber auch hier zeigt sich eine besonders deutliche Konzentration von Frauen in pädagogischen Studiengängen (Stadtforschung Linz, 2023f, 2023c, 2023g, 2023i).

Tabelle 3.6: Frauenanteile an den Linzer Universitäten 2023/24, meistbesuchte Studien

Universität/Studiengang	Frauen	Gesamt	Frauenanteil
Johannes Kepler Universität (JKU)	10.356	21.932	47,2 %
Fakultäten (JKU)			
Rechtswissenschaftliche Fakultät	3.909	6.747	57,9 %
Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	3.194	6.022	53,0 %
Medizinische Fakultät	721	1.292	55,8 %
Technisch-Naturwissenschaftliche Fakultät	1.725	6.227	27,7 %
School of Education	277	424	65,3 %
Studiengänge (JKU)			
Diplomstudium Rechtswissenschaften	3.114	5.296	58,8 %
Bachelorstudium Artificial Intelligence	265	1.132	23,4 %
Bachelorstudium Wirtschaftswissenschaften	511	976	52,4 %
Bachelorstudium Betriebswirtschaftslehre	426	828	51,4 %
Bachelorstudium Wirtschaftsrecht	478	756	63,2 %
Bachelorstudium Informatik	146	733	19,9 %
Bachelorstudium Humanmedizin	387	705	54,9 %
Masterstudium Artificial Intelligence	108	635	17,0 %
Bachelorstudium Wirtschaftsinformatik	157	587	26,7 %
Diplomstudium Wirtschaftspädagogik	391	531	73,6 %
Pädagogische Hochschule Oberösterreich	1.776	2.360	75,3 %
Bachelorstudium Lehramt Primarstufe	678	733	92,5 %
Bachelorstudium Lehramt Sekundarstufe BB*)	228	472	48,3 %
Masterstudium Lehramt Primarstufe	249	269	92,6 %
Bachelorstudium Elementarpädagogik	85	87	97,7 %
Kunstiniversität Linz	859	1.305	65,8 %
Bildende Kunst	125	191	65,4 %
PhD-Studium (Doctor of Philosophy)	99	151	65,6 %
Bachelorstudium Zeitbasierte und Interaktive Medienkunst	38	71	53,5 %
Bachelorstudien Lehramt Sekundarstufe AB*)	56	70	80,0 %
Anton Bruckner Privatuniversität	396	726	54,5 %
künstlerische Bachelorstudiengänge (alle Instrumente)**)	128	265	48,3 %
pädagogische Bachelorstudiengänge (alle Instrumente)	161	280	57,5 %
künstlerische Masterstudiengänge (alle Instrumente)**)	85	146	58,2 %
pädagogische Masterstudiengänge (alle Instrumente)	22	35	62,9 %
Private Pädagogische Hochschule der Diözese Linz	524	613	85,5 %
Bachelorstudium Lehramt Primarstufe	523	557	93,9 %
Masterstudium Lehramt Primarstufe	368	392	93,9 %
Bachelorstudium Lehramt für Elementarpädagogik	77	77	100,0 %
Katholische Privat-Universität	264	401	65,8 %
Bachelorstudium Kunstwissenschaft - Philosophie	46	67	68,7 %
Lehramt Sek. AB*) - Psychologie und Philosophie	53	59	89,8 %
Diplomstudium Katholische Theologie	26	51	51,0 %
Lehramt Sek. AB*) - Ethik	36	46	78,3 %

Quelle: Stadtforschung Linz (2023a): Bildung; Anton Bruckner Universität, unveröffentlichte Daten; e. B., *) AB – Allgemein Bildend, BB – Berufsbildend, **) Gesamtzahlen inkludieren 1 Person mit 3. Option bei d. Geschlechtsangabe

Österreichweit lag der Frauenanteil in naturwissenschaftlichen Fächern im Jahr 2021/2022 bei 61,5 % (Statistik Austria, 2024b). Vor allem Studiengänge in den Fachrichtungen Biologie, Geographie oder Ernährungswissenschaften sorgen für einen höheren Frauenanteil in den Naturwissenschaften. Bei technischen Studiengängen und Montanistik hingegen sind Frauen noch stark unterrepräsentiert (27,8 % und 24,7 %). Immerhin stieg bei den technischen Studiengängen der Frauenanteil von 21,9 % im Jahr 2011/2012 auf 27,8 % im Jahr 2021/22 (Statistik Austria, o. J.).

Insgesamt zeigt sich in der Bildung demnach eine begrüßenswerte Steigerung der Bildungsbeteiligung von Mädchen und Frauen, auch im Hochschulbereich. Inhaltlich besteht jedoch weiterhin eine klare Geschlechterdifferenzierung insbesondere zwischen männlich dominierten technisch-naturwissenschaftlichen und weiblich geprägten pädagogisch-sozialwissenschaftlichen Bildungswegen. Geschlechterstereotypisierungen von Bildungswegen scheinen nach wie vor einen großen Einfluss auf Bildungsentscheidungen zu haben.

Erwachsenenbildung

Zum Verständnis dieses Abschnitts ist eingangs eine kurze Begriffsdefinition vonnöten. Der Begriff „lebenslanges Lernen“ beinhaltet formales³⁷, nicht-formales³⁸ sowie informelles Lernen und erfolgt an unterschiedlichen Orten in unterschiedlichen Lebensphasen. Erwachsenenbildung (EB) umfasst ebenfalls formales, nicht-formales und informelles Lernen, jedoch mit dem Unterschied, dass diesem eine erste (unterschiedlich ausgedehnte) Bildungsphase vorausgeht. Folglich kann Erwachsenenbildung als Teil von lebenslangem Lernen verstanden werden (Gruber, 2013b). Die Begriffe „Aus- und Weiterbildung“ beinhalten ebenfalls formale als auch nicht-formale Bildungsaktivitäten, wobei „Weiterbildung“ darauf abzielt, vorhandene Qualifikationen zu vertiefen, zu erweitern oder zu aktualisieren (Gruber, 2013a; Statistik Austria, 2024l).

Lebenslanges Lernen in der EU

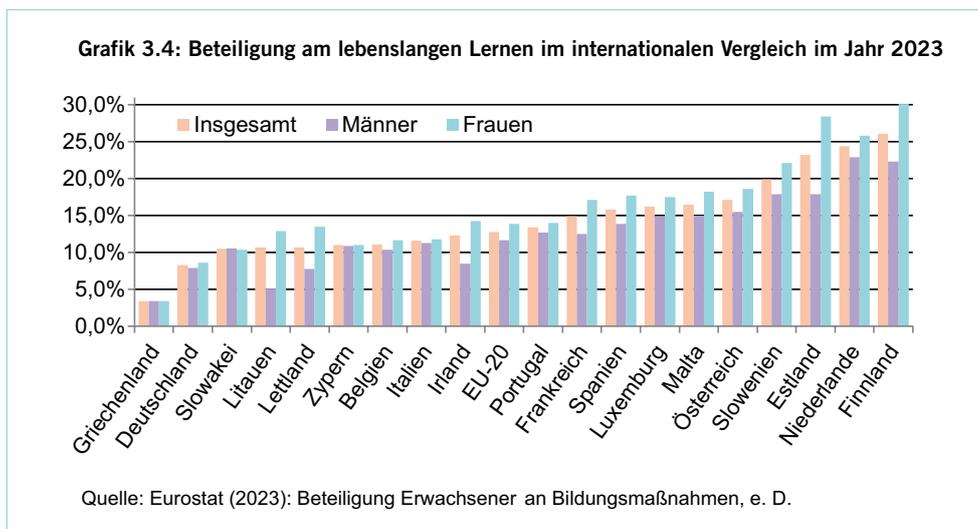
„Lebenslanges Lernen“ ist für die Europäische Union ein wesentliches Mittel, um ein wettbewerbsfähiger und dynamischer Wirtschaftsraum zu bleiben. Dies wird im EU-Projekt „Allgemeine und Berufliche Bildung 2030“ (kurz ET 2030), das im Jahr 2021 (im Anschluss an die vorangehende Periode (ET 2020)) beschlossen wurde, verdeutlicht. Wie bereits in den vorherigen Perioden des Arbeitsprogramms wurde die Weiterentwicklung des Europäischen Bildungsraumes als übergeordnetes Ziel festgelegt. Dies soll durch die Formulierung gemeinsamer strategischer Ziele, Referenzinstrumente und einem Prozess des Monitorings gestützt werden. Zudem wurden fünf Prioritäten formuliert, welche die berufliche Bildung, das lebenslange Lernen, die Erwachsenen- und Hochschulbildung, die Mobilität als auch den ökologischen und digitalen Wandel in den Fokus stellen (Europäische Union, 2021).

Die folgende Grafik 3.4 verdeutlicht die nationalen Unterschiede in der Beteiligung am lebenslangen Lernen für das Jahr 2023. In Österreich nahmen 17,1 % der Erwachsenen an Bildungsmaßnahmen teil, es lag damit im internationalen Vergleich an fünfter Stelle. Finnland (26,1 %), die Niederlande (24,2 %) und Estland (23,2 %) liegen an den vordersten Stellen (Eurostat, 2024a, 2024b, 2024c).

Im Jahr 2023 übertrafen in Österreich im Bereich des lebenslangen Lernens Frauen mit einer Beteiligung von 18,6 % nicht nur den EU-weiten Durchschnitt von 12,8 %, sondern auch die Weiterbildungsbeteiligung von Männern in Österreich (15,5 %).

³⁷ Ausbildung im regulären Schul- und Hochschulwesen (Statistik Austria, 2024b).

³⁸ Weiterbildung in Kursen, Seminaren, Workshops, Vorträgen, Schulungen am Arbeitsplatz oder in Privatunterricht (Statistik Austria, 2024b).



Erwachsenenbildung bzw. Aus- und Weiterbildung in Österreich

Wie die Erwachsenenbildungserhebung der Statistik Austria (Adult Education Survey) aus dem Jahr 2022/2023 für Gesamtösterreich zeigt, variiert die Teilnahme an Weiterbildungsangeboten (formal und nicht formal) maßgeblich hinsichtlich einiger Faktoren, die hier kurz zusammengefasst werden.

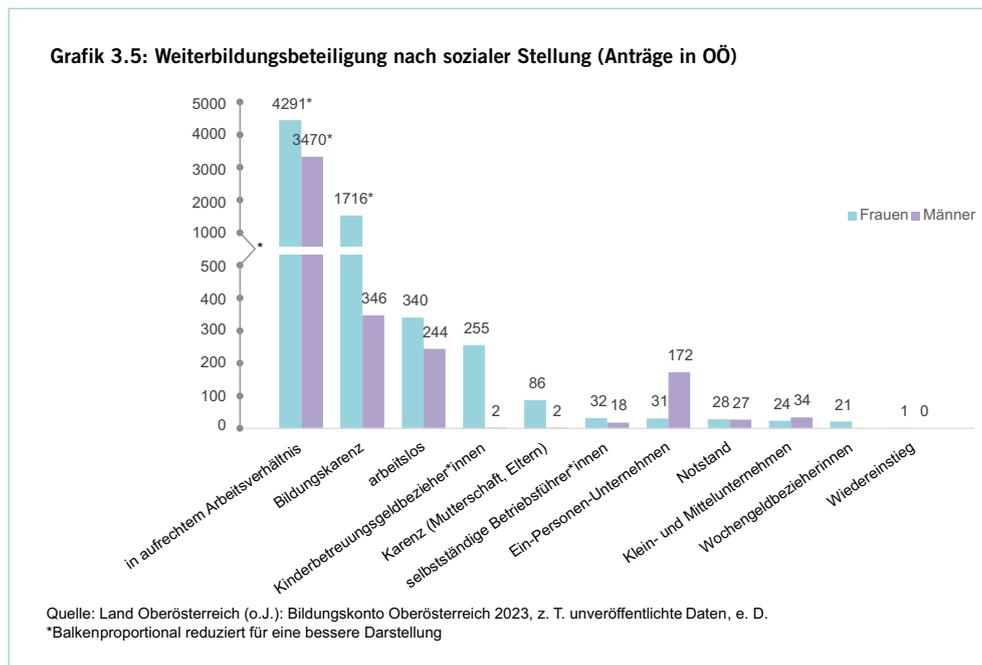
Frauen (58,5 %) beteiligten sich 2022/2023 etwas mehr an Aus- und Weiterbildung als Männer (57,5 %). In den früheren Erhebungen (2011/12 und 2016/17) lag der Anteil von Frauen etwas unter jenem der Männer.

Eine deutlichere Differenzierung zeigt sich bei der Betrachtung der Bildungsbeteiligung unterschiedlicher Altersgruppen. Im Vergleich zur letzten Erwachsenenbildungserhebung im Jahr 2016/17 ist der Anteil in den ersten drei Altersgruppen (25–54 Jahre) leicht zurückgegangen, während er in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen leicht gestiegen ist (von 41,3 % auf 43,4 %). Mit 69,1 % ist die Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen jene, die sich am meisten an Aus- und Weiterbildungsaktivitäten beteiligte (Statistik Austria, 2024c). Im Vergleich zur Befragung im Jahr 2011/12 stieg die Bildungsbeteiligung sowohl in der formalen als auch nicht-formalen Bildung junger Erwachsener stark an (von 43 % im Jahr 2011/12 auf 56,6 % im Jahr 2022/23) (Statistik Austria, 2024c).

Ein weiterer zentraler Faktor hinsichtlich der Beteiligung an Aus- und Weiterbildungen ist der Bildungsstand. Absolvent*innen von Universitäten, Fachhochschulen oder hochschulverwandten Ausbildungen beteiligten sich mit 78,8 % am deutlichsten an diversen Bildungsangeboten. Daraus lässt sich folgern, dass mit der Höhe des Bildungsabschlusses auch die Aus- und Weiterbildungsaktivität steigt (Statistik Austria, 2024c). Darüber hinaus hängt die Teilnahmequote weiterhin stark vom Erwerbsstatus ab: 65,7 % der Erwerbstätigen (im Alter zwischen 25 und 64 Jahren), aber nur 36,7 % der Nicht-Erwerbspersonen in derselben Altersgruppe besuchten eine Aus- oder Weiterbildung. Bei den Arbeitslosen lag der Anteil bei 45,1 %. Nur bei den Nicht-Erwerbspersonen gab es geschlechtsspezifische Unterschiede, denn hier nutzen Frauen häufiger Weiterbildungsangebote als Männer.

Die Teilnahme an betrieblichen Weiterbildungskursen³⁹ variiert stark nach Branchen. Die höchste Teilnahmequote verzeichneten 2020 die Branchen Finanzdienstleistungen (80 %) und damit verbundene Tätigkeiten (74 %), Information und Kommunikation (52 %); die niedrigsten das Gastgewerbe (24 %), der Bergbau (22 %) und das Textilgewerbe (18 %). Bei der geschlechtsspezifischen Betrachtung der Beschäftigten, die an Weiterbildungskursen teilnahmen, zeigen sich deutliche Unterschiede hinsichtlich der Branche sowie der Größe eines Unternehmens. Die durchschnittliche Teilnahmequote fällt mit 37 % bei Frauen geringer aus als bei Männern mit 43 %. Bei Großunternehmen zeigen sich die Unterschiede in den geschlechtsspezifischen Teilnahmequoten am stärksten (Frauen 36 %; Männer 47 %), während die Differenzen in mittleren Unternehmen am geringsten ausfielen. Die geschlechtsspezifischen Teilnahmequoten unterscheiden sich auch nach Branchen. So fielen die Frauenanteile in den Branchen Einzelhandel, KFZ-Handel und Papier- und Verlagswesen geringer aus, während sie im Bereich Fahrzeugbau und Bergbau deutlich höher ausfielen (Statistik Austria, 2020, S. 20–21).

Die 2021/2022 in Österreich durchgeführte Zeitverwendungserhebung zeigte, dass erwerbstätige Frauen mit durchschnittlich einer Stunde und 15 Minuten mehr Zeit als Männer mit durchschnittlich einer Stunde und 1 Minute in Aus- und Weiterbildungstätigkeiten investierten (Statistik Austria, 2023b). Aus dem Adult Education Survey (AES) geht dazu hervor, dass bei Männern (65,8 %) der Besuch beruflicher Kurse und Schulungen deutlich häufiger in die Arbeitszeit fiel als bei Frauen (47,8 %) (Statistik Austria, 2024b).

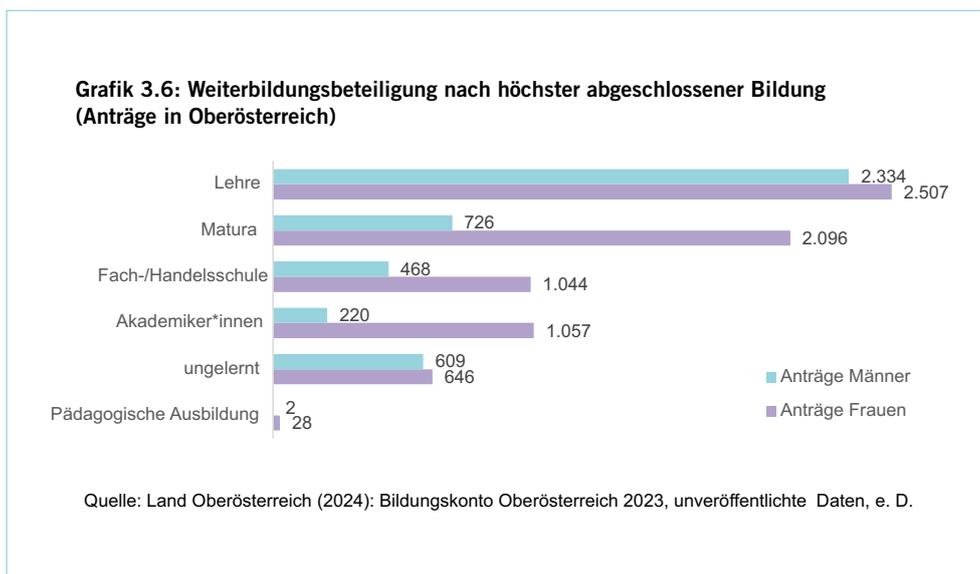


39 „Als betriebliche Weiterbildung zählten alle Weiterbildungsaktivitäten, an denen Beschäftigte (...) entweder in bezahlter Arbeitszeit teilnahmen und/oder die den Beschäftigten von ihrem Unternehmen zur Gänze oder zum Teil finanziert wurden (Statistik Austria, 2020, S. 15).

Als Haupthindernis, an Aus- und Weiterbildungsangeboten teilnehmen zu können, gaben die Befragten am häufigsten den Zeitplan (Kurse während der Arbeitszeit, Frauen: 26,3 %, Männer: 36,0 %), Schwierigkeiten bei der Vereinbarung von Beruf und Familie (Frauen: 22,3 %, Männer: 9,9 %) sowie hohe Kosten für Weiterbildungen (Frauen: 12,3 %, Männer: 10,7 %) an. Weitere, geringfügigere Hinderungsgründe waren etwa, dass kein passendes Ausbildungsangebot gefunden wurde bzw. es an der Unterstützung durch die Arbeitgeber*in oder die öffentliche Verwaltung (z. B. AMS) mangelte (Statistik Austria, 2022b).

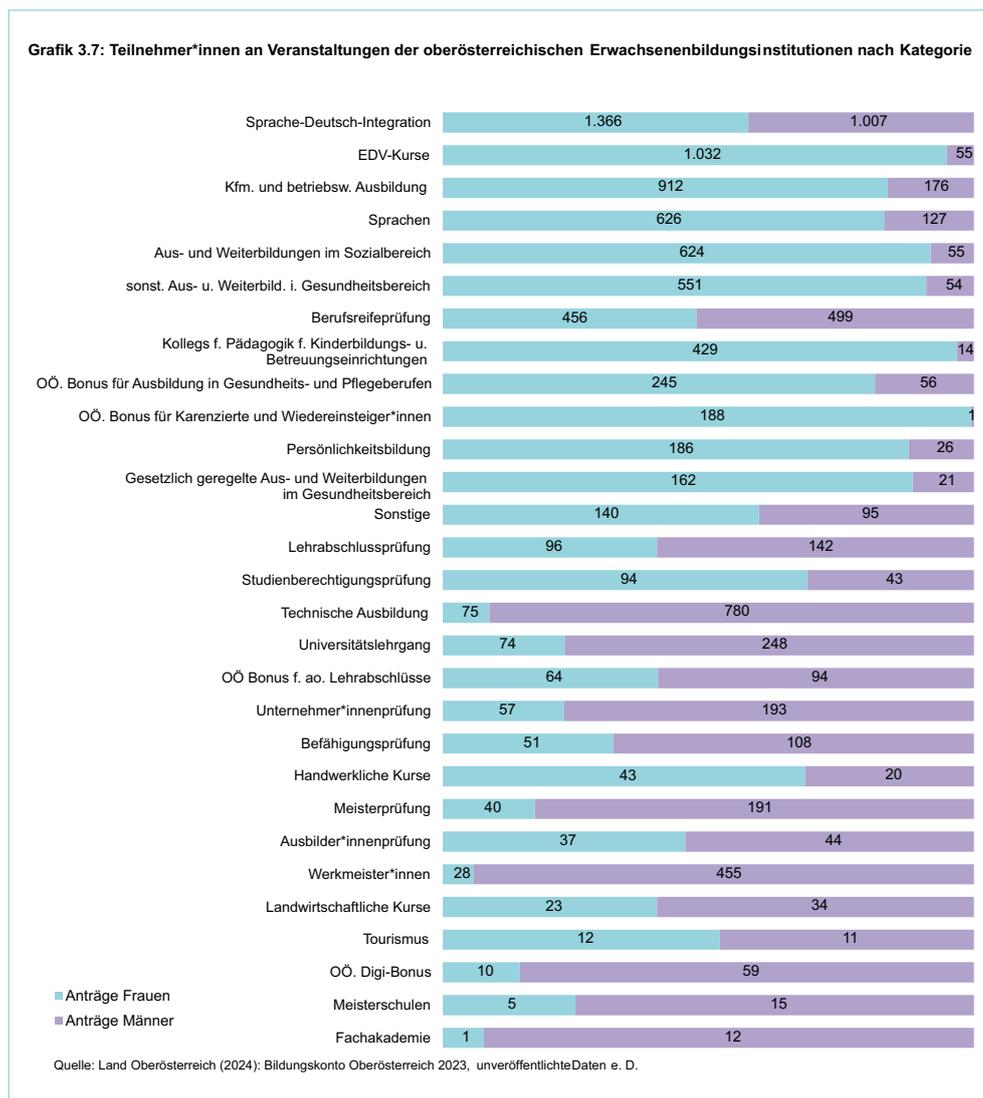
Weiterbildungsbeteiligung in Oberösterreich

Das Weiterbildungsverhalten in Oberösterreich unterscheidet sich deutlich nach beruflichem Status, was sich auch in den Anträgen zur Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen Erwachsener durch das Land Oberösterreich („Oberösterreichisches Bildungskonto“) aus dem Jahr 2023 widerspiegelt: Personen in einem aufrechten Arbeitsverhältnis stellten mit Abstand die meisten Anträge auf Weiterbildungsförderung (rund 67 % aller Anträge), davon wurden deutlich mehr Anträge von Frauen gestellt. Die wenigsten Anträge wurden von Personen gestellt, die sich für einen beruflichen Wiedereinstieg weiterbilden wollten – im Jahr 2023 gab es nur einen einzigen solchen Antrag (siehe Grafik 3.5) (Land Oberösterreich, 2024c). Auch nach Bildungsniveau der Antragsteller*innen zeigen sich Unterschiede, denn Lehrabsolvent*innen (41 %) stellten mehr Anträge für eine Förderung ihrer Weiterbildung als Akademiker*innen (rund 11 %) und Personen mit einer pädagogischen Ausbildung (0,3 %). Zudem ist festzustellen, dass in allen Bildungsgraden deutlich mehr Anträge von Frauen gestellt wurden als von Männern. Am deutlichsten war diese Geschlechterdifferenz bei Maturant*innen und Akademiker*innen (siehe Grafik 3.6) (Land Oberösterreich, 2024b).



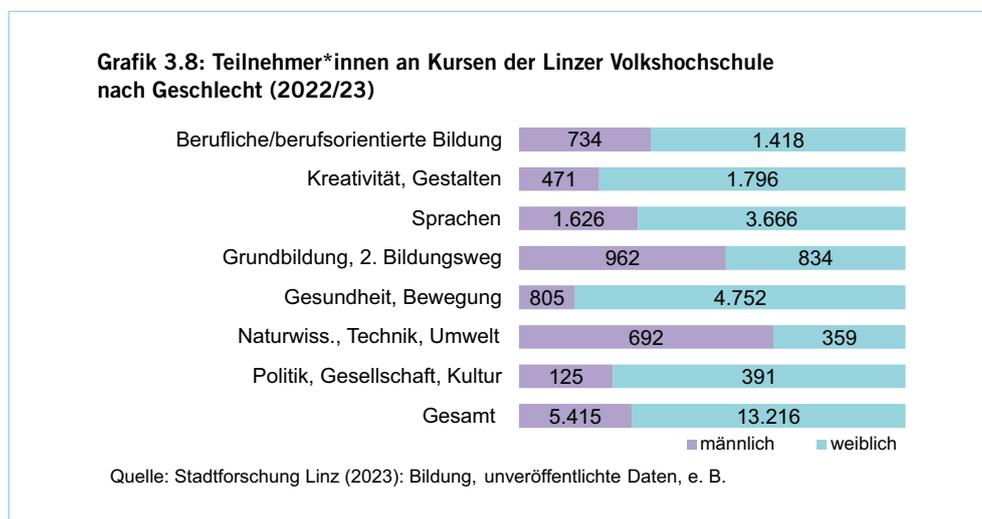
Exemplarische Beteiligung von Frauen an der Erwachsenenbildung in Linz

Eine Erhebung der Teilnehmer*innen an Veranstaltungen der Oberösterreichischen Volkshochschulen zeigt eine höhere Weiterbildungsaktivität von Frauen (gesamt 70,9 % Frauenanteil). Die meisten Frauen sind in folgenden Kurskategorien zu finden: EDV-Kurse, Kollegs für Pädagogik für Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen sowie Kurse, die über den OÖ. Bonus für Karenzierte und Wiedereinsteiger*innen gefördert wurden. Männliche Personen sind in den Kursen Fachakademie, Werkmeister*innen und technischen Ausbildungen in der Mehrzahl (siehe Grafik 3.7) (Land Oberösterreich, 2024a).

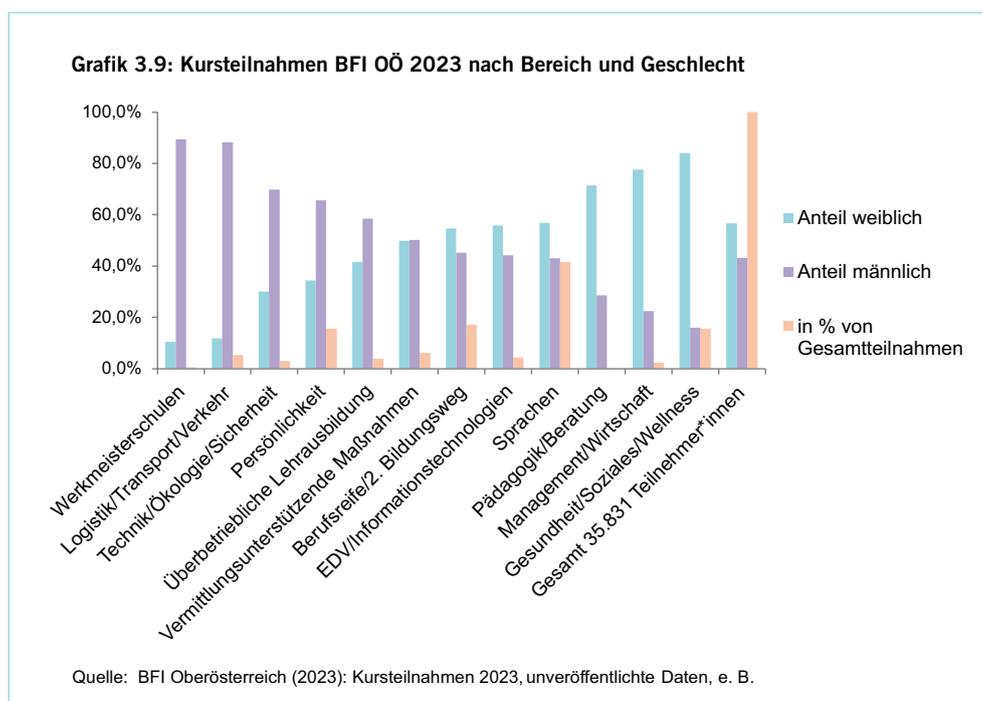


Auch die folgenden exemplarischen Beispiele der Beteiligung von Frauen an Weiterbildungsangeboten großer Bildungsträger (VHS Linz, EB-Institutionen Oberösterreich, BFI Oberösterreich) verdeutlichen die geschlechtsspezifischen Tendenzen. Wie Grafik 3.8 zeigt, waren im Jahr 2022/23 an der VHS Linz bei den Weiterbildungen in den Bereichen Naturwissenschaften, Technik und Umwelt (65,8 %) bzw. Grundbildung, 2. Bildungsweg (53,6 %) Männer stärker vertreten,

während Frauen deutlich häufiger Kurse zur beruflichen und berufsorientierten Bildung (65,9 %), Sprachen (69,3 %) oder Kurse aus dem Angebot Kreativität und Gestalten (79,2 %) wählten (Stadtforschung Linz, 2023k).



Wie aus Grafik 3.9 ersichtlich, betrug der Frauenanteil bei den Kursteilnehmer*innen am BFI OÖ im Jahr 2023 insgesamt rund 57 %. Ein Blick auf die verschiedenen Bildungsbereiche vermittelt auch hier die Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Auffallend ist das Verhältnis von 77,6 % Frauen zu 22,4 % Männern bei Kursen zum Thema Management/Wirtschaft (BFI Oberösterreich, 2024).



COVID-19 und Bildung

Die COVID-19-Pandemie stellte die österreichischen Schulen vor neue Herausforderungen. Während die Schritte hin zur digitalen Bildung in Österreich zuvor nur sehr langsam vorangeschritten waren, musste aufgrund der Pandemie ab März 2020 eine flächendeckende Komplettumstellung auf digitalen Unterricht erfolgen. Dies stellte nicht nur die Pädagog*innen, sondern auch die Schüler*innen und Eltern vor neue Herausforderungen. In Österreich waren rund 1,1 Millionen Schüler*innen von den Schulschließungen betroffen. Für Ausnahmefälle waren die Schulen zwar zur Betreuung geöffnet, diese Möglichkeit wurde jedoch im ersten Lockdown nur von 1 % und im zweiten Lockdown von knapp einem Drittel der Schüler*innen genutzt. Österreich setzte zu Beginn der Krise auf sogenannte „Lernpakete“, die von den Lehrer*innen zusammengestellt wurden. Mit dem „Distance Learning“ wurde über verschiedene Kanäle versucht, den Kontakt zu den Schüler*innen herzustellen und die Schüler*innen beim Lernen zu unterstützen. Auf Seiten der Schüler*innen erforderte die neue Lernsituation neben der technischen Ausstattung und den digitalen Kompetenzen auch die Strukturierung des Lerntages zuhause. Einige empfanden auch den wiederholten Wechsel zwischen Fern- und Präsenzunterricht als besondere Herausforderung. Zudem belastete die Schüler*innen die fehlende soziale Interaktion beim Lernen. Auch Lehrer*innen wurden durch unsichere Rahmenbedingungen, inhaltliche und methodische Probleme sowie einen enormen Mehraufwand stark belastet und waren darüber hinaus mit persönlichen Abgrenzungsproblemen konfrontiert. Begrüßt wurden jedoch die freie Zeiteinteilung und der größere Spielraum in der Unterrichtsgestaltung (Steiner et al., 2021).

Eine Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung aus dem Jahr 2021 zeigt, dass in Österreich vor allem jüngere Schulkinder und jene aus sozioökonomisch benachteiligten Haushalten von den Schulschließungen negativ betroffen waren. Im internationalen Vergleich wurden in Österreich in der ersten Phase der COVID-19-Pandemie (März 2020 bis Mai 2020) ähnliche Maßnahmen gesetzt. In der zweiten Phase (September 2020 bis Juni 2021) waren die Schulen jedoch länger geschlossen als in anderen Ländern. Im europäischen Vergleich gab es nur in Deutschland mehr Phasen mit Schulschließungen. Zwischen Mai 2020 und Juni 2021 wurde phasenweise zwischen Präsenzunterricht und Fernunterricht gewechselt, aber auch Schichtbetrieb (insbesondere zwischen Februar und April 2021) und „Notfallbetreuung“ wurden zur Bewältigung der Lehrsituation eingesetzt. Die Verantwortung für die Bildungsfortschritte lag in dieser Zeit weitgehend bei den Eltern (Bock-Schappelwein & Famira-Mühlberger, 2021). In einer Studie zur dritten Schulschließung in Österreich berichteten Eltern von einer großen psychischen Belastung. Neben der fehlenden Zeit stellte auch die Lernbegleitung der Kinder eine große Herausforderung dar. Zudem hoben rund 6 von 10 der befragten Eltern hervor, dass sich der Lernerfolg ihrer Kinder durch die Schulschließungen deutlich verschlechtert hätte. Ein Drittel der Elternteile bemängelte die Qualität des Fernunterrichts und die technische Ausstattung (Postlbauer & Helm, 2023). Der Kompetenzzuwachs der Kinder im Fernunterricht hing von verschiedenen Faktoren ab, darunter das Bildungsniveau der Eltern, die zur Verfügung stehende Zeit, die IT-Infrastruktur und eine lernförderliche Umgebung (Bock-Schappelwein & Famira-Mühlberger, 2021). Laut einer Lehrer*innenbefragung waren benachteiligte Schüler*innen mehr als doppelt so häufig mit der Lernsituation überfordert (79,7 %). Zudem hatten Lehrer*innen bei den betroffenen Schüler*innen den Eindruck, dass sich ihr Kompetenzniveau verschlechtert habe (75,5 %) und sie den Jahresstoff nicht bewältigen würden (68,2 %) (Steiner et al., 2023). Obwohl die Akteur*innen im Bildungssystem mit zunehmender Dauer der Pandemie routinierter agieren konnten, waren bestimmte Gruppen wie Grundschulkindern aus sozioökonomisch benachteiligten Familien und Kinder mit Behinderungen von den Maßnahmen besonders negativ betroffen. Damit hat die Pandemie bereits bestehende Ungleichheiten im Bildungssystem verstärkt.

Insbesondere Kinder aus Deutschförderklassen oder Sonderschulklassen verfügten oft nicht über die notwendige Infrastruktur, um dem digitalen Unterricht folgen zu können (Bock-Schappelpelwein & Famira-Mühlberger, 2021).

Eine SORA-Studie zur psychischen Gesundheit der Oberösterreicher*innen (Zandonella & Hoser, 2022) befasste sich mit den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf junge Menschen in Ausbildung. Besonders negativ wirkten sich Ausgangs- und Kontaktsperrungen, geschlossene Ausbildungseinrichtungen und Fernunterricht auf die Jugendlichen und ihre psychische Gesundheit aus. Bei 54 % der Befragten hat sich die psychische Gesundheit während der Pandemie verschlechtert, 37 % gaben an, dass sich die Beziehung zu Freund*innen nachteilig verändert hat und 30 % hoben die negativen Auswirkungen auf ihre körperliche Gesundheit hervor. 92 % der Jugendlichen gaben an, in den letzten Wochen zumindest an einzelnen Tagen Interessen- oder Freudlosigkeit empfunden zu haben, und 89 % berichteten von Erschöpfungszuständen. Weitere häufig genannte Symptome waren Angst oder Nervosität, Schlafstörungen und Hoffnungslosigkeit. 35 % der Jugendlichen gaben an, Substanzen konsumiert oder sogar Suizidgedanken gehabt zu haben. Besonders belastet waren die Jugendlichen durch Zukunftssorgen (70 % fühlten sich sehr oder ziemlich belastet). Weitere Belastungen waren Leistungsdruck in der Schule oder Ausbildung (67 %) und Prüfungen (74 %). Das Home Schooling war jedoch nicht nur für die Schüler*innen, sondern oftmals auch für die Eltern mit Belastungen verbunden. So gaben 58 % der befragten Eltern an, das Home Schooling als sehr oder ziemlich belastend empfunden zu haben. Diese Belastung betraf wiederum Frauen stärker als Männer. Während 36 % der Frauen mit Kindern durch das Home Schooling stark belastet waren, gaben dies nur 24 % der Männer an (Zandonella & Hoser, 2022) – siehe dazu auch Kapitel 6.

Trends

Bildungsstand

- Der Anteil von Frauen (und Männern) mit maximal einem Pflichtschulabschluss ist in Linz seit 1991 gesunken.
- Bei der Bevölkerung mit nicht-österreichischer Nationalität stiegen die Anteile der Personen über 25 Jahre mit maximal einem Pflichtschulabschluss. Bei den Männern war der Anstieg stärker als bei den Frauen.
- Die Anteile der Personen mit maximal einem Pflichtschulabschluss in der Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen liegen bei den Frauen in Linz unter jenen der Männer (2021: Männer 40,4 %, Frauen 33,5 %) (Stadtforschung Linz, 2021).
- Dass 2022 im Durchschnitt dennoch 27,3 % der Frauen über 15 Jahre über höchstens einen Pflichtschulabschluss verfügten, aber nur 20,8 % der Männer, liegt an höheren Pflichtschulabschlussanteilen älterer Generationen von Frauen und am höheren Anteil hochbetagter Frauen in der Bevölkerung (Statistik Austria, 2022a).

Schul- und Berufsausbildung

- Die Bildungsbeteiligung der jungen Linzerinnen steigt stetig und auch stärker als jene der jungen Linzer.
- Die jungen Linzerinnen absolvieren jedoch nach wie vor häufig Schulausbildungen, die als „traditionell weiblich“ gelten.
- Auch im Bereich der Lehrlings- und Berufsausbildungen ist häufig ein geschlechterrollenkonformes Berufswahlverhalten erkennbar: 56 % der weiblichen Lehrlinge sammeln sich in nur zehn Lehrberufen (obwohl es 212 mögliche Lehrberufe gibt).
- Der Anteil weiblicher Lehrlinge in der Industrie beträgt 20 %, im Gewerbe und Handwerk 20,5 % und im Einzelhandel 65,3 % (Wirtschaftskammer Oberösterreich, 2023).

Höhere Bildung

- Der Anteil weiblicher Studierender an der Johannes Kepler Universität Linz liegt bei 52 %.
- Bei den höheren Ausbildungen (Fachhochschulen, Akademien, Universitäten) gibt es große geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Fächerwahl. Der Frauenanteil im Bereich Naturwissenschaft und Technik beträgt in Linz nur 27,7 %.

Erwachsenenbildung

- Es gibt im Zentralraum Linz eine große Palette von öffentlichen und privaten Erwachsenenbildungsangeboten.
- Geschlechtsspezifische Unterschiede in Bezug auf die Kurswahl sind erkennbar: Männer dominieren in den technischen und naturwissenschaftlichen Bereichen, Frauen in Bereichen wie Sprachen, Ernährung und Gesundheit.
- Daten aus Wien zeigen, dass nach wie vor bestimmte Zielgruppen, wie Frauen aus sozial benachteiligten Schichten sowie Migrant*innen, in Weiterbildungen unterrepräsentiert sind.

Lücken

- Es fehlen geschlechts- und herkunftsspezifische Daten zum Bildungsstand der Linzer Wohnbevölkerung.
- Es fehlen geschlechts- und herkunftsspezifische Daten zur Lehrlings- und Erwachsenenbildung in Linz.
- Es gibt arbeitsmarktpolitische Rehabilitations- und Weiterbildungsmaßnahmen für Personen mit Behinderungen, aber es sind keine Daten zu Bildungsstand und Bildungs- und Weiterbildungsbeteiligung von Frauen (und Männern) mit Behinderungen insgesamt verfügbar.

Diskussion und Reflexion des Status quo

Bildungsstand

In der Bildungsfrage ist Linz in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten in Bewegung gekommen. Ein Beleg dafür ist das gestiegene Qualifikationsniveau der Linzer Gesamtbevölkerung, speziell jedoch jenes der Linzerinnen. Diese Entwicklung korrespondiert mit der guten infrastrukturellen Ausstattung mit Bildungseinrichtungen, beginnend mit vorschulischen Einrichtungen (siehe Kapitel „Erwerbstätigkeit“), über schulische Institutionen, bis hin zu höheren Bildungseinrichtungen und zahlreichen Möglichkeiten zur Erwachsenenbildung.

Alarmierend ist jedoch die ungebrochen traditionelle Fächerwahl der jungen Frauen und Männer. Dies wird strukturell unterstützt bzw. reproduziert durch fehlende Genderkompetenz bei den beteiligten Institutionen und deren Akteur*innen. Die knappen Personalressourcen an den Schulen sowie immer größer werdende Aufgaben, die an Bildungseinrichtungen delegiert werden, fördern diesen Stillstand indirekt.

Zur traditionellen Geschlechterordnung

Das große und qualitativ hochwertige Linzer Schul-, Aus- und Weiterbildungssystem mit vielen Diversifizierungsmöglichkeiten wird nach wie vor nicht offensiv dafür genutzt, das geschlechtsspezifisch traditionelle Schul- und Bildungswahlverhalten junger Menschen zu durchbrechen. Abgesehen von einzelnen Maßnahmen wird dies auch nicht durch Aktivitäten im Bereich des lebenslangen Lernens korrigiert. Vielmehr reproduzieren die Bildungseinrichtungen und die pädagogischen Zugänge die traditionellen Rollenklischees. Damit können sie den oft in Familien reproduzierten Geschlechterstereotypen nicht viel entgegensetzen.

Fehlende, mangelhafte oder traditionelle Ausbildungen – die insbesondere im Fall der typisch weiblichen Arbeitsbereiche oft schlecht bezahlt und prestigearm sind – sind jedoch ein wesentlicher Hinderungsgrund für einen guten Start in ein eigenständiges, glückliches Leben. Mit ihrer Ausbildungs- und Berufswahl legen die jungen Linzerinnen nach wie vor den Grundstein für ein potenziell von Armutsgefährdung bzw. von Abhängigkeiten – entweder von Partner*innen oder vom Staat – geprägtes Leben. Denn die von Mädchen gewählten Lehrberufe fallen überwiegend in Dienstleistungssparten, in denen, wie etwas später noch im Detail gezeigt wird (siehe Kapitel „Sozioökonomische Lage“), die branchenübliche Entlohnung ein Berufsleben lang vergleichsweise niedrig bleibt.

Traditionelle Bildungswahl trifft auch für die universitäre Bildung zu. Die Beteiligung der Frauen in den naturwissenschaftlichen und technischen Studienrichtungen ist noch immer gering. In Linz sind nur 26 % der Studierenden dieser Studienrichtungen weiblich. Schließlich gelingt es auch im Bereich der Erwachsenenbildung in Linz kaum, rollensereotype Bildungsaktivitäten zu durchbrechen. Außerdem wird eine Benachteiligungsstruktur von Frauen bei berufsbezogenen Kursen und Schulungen besonders deutlich: Bei Männern fiel der Besuch beruflicher Kurse und Schulungen deutlich häufiger in die Arbeitszeit (65,8 %) als bei Frauen (47,8 %) (Statistik Austria, 2024b).

Soziale Zugangsbarrieren

Traditionell sind urbane Zentren aufgrund der besseren Erwerbsarbeitschancen für Höher- und Hochqualifizierte attraktiv. Ein Qualifikationsbonus wird – mit Berücksichtigung der unterschiedlichen Genderimplikationen – an Nachkommen ebenso „sozial“ vererbt, wie am anderen Ende

der Skala auch Bildungsdefizite „sozial vererbt“ werden (Schnell, 2021). Dieser Befund ist auch für Linz zutreffend, wie die Zahlen über Personen, die maximal einen Pflichtschulabschluss aufweisen, deutlich belegen. Bei starker Migrant*innenkonzentration in den Städten steigt auch der Anteil von Niedrigqualifizierten, die wiederum stärker von Erwerbslosigkeit betroffen sind. Diese Personen haben in der Folge ein höheres Verarmungsrisiko. Wie in den folgenden Abschnitten noch deutlich wird, häufen sich in den Städten oft eine Vielzahl sozialer Problemlagen.

Auch mit den Angeboten im Erwachsenenbildungsbereich scheint es nicht zu gelingen, soziale Barrieren zu minimieren und Menschen aus sozial benachteiligten Schichten oder aus migrantisches Milieus zu erreichen, wie die Studie von Krenn und Kasper (2012) für Gesamtösterreich zeigen konnte. Trotz einer Vielzahl finanzieller Fördermöglichkeiten – etwa Mobilitätsförderungen, Bildungskonto, AK-Bildungsbonus oder Bildungsförderungen für spezifische Zielgruppen – beobachten wir große Unterschiede bei der Aus- und Weiterbildungsbeteiligung zwischen Menschen entlang soziodemografischer Merkmale (siehe oben). Dies deutet darauf hin, dass dafür nicht nur die Kosten der Weiterbildung verantwortlich sind, sondern sozioökonomische bzw. rechtliche Faktoren eine große Rolle spielen (Sprung, 2021).

In Oberösterreich gibt es aktuell einige breit gefächerte Weiterbildungsangebote, die sich speziell an Frauen richten. Das Frauenbüro der Stadt Linz und die Volkshochschule Linz veranstalten gemeinsam regelmäßig Kurse zu wechselnden Themen. Im Wintersemester 2024/25 werden beispielsweise wieder die Kurse „Heimwerken von Frauen für Frauen“, „Fahrrad-Reparatur-Workshop für Frauen“ sowie die „Female Coders Group“ angeboten. Neben dem breiten Kursangebot für Frauen werden in Kooperation mit dem Frauenbüro Linz zudem Veranstaltungen angeboten, wie zum Beispiel die Vortragsreihe „Quo vadis Feminismus? Auf der Suche nach feministischer Solidarität“ (Volkshochschule Linz, 2024). Eine weitere Kooperation gibt es zwischen der Johannes Kepler Universität Linz und der Volkshochschule Linz. Das Ziel des Universitätslehrganges „MBA Management und Leadership für Frauen“ ist es, Frauen in ihrer Entwicklung zur Führungskraft zu unterstützen (Johannes Kepler Universität, o. J.). Das Frauenzentrum der Volkshilfe Oberösterreich bietet neben Infoveranstaltungen zu den Themen Gewalt und Gewaltprävention, Frauen und Gesundheit, Bildung und Arbeit auch professionelle Beratung zu unterschiedlichen Themen an. Darüber hinaus werden Deutschkurse, Schwimm- und Fahrradkurse, Selbstverteidigungsworkshops als auch eine Schreibwerkstatt unter dem Titel „Frauen erzählen“ sowie Frauenkreise veranstaltet (Volkshilfe OÖ, o. J.). Die Katholische Frauenbewegung (in Linz: „Haus der Frau“) hat ein umfangreiches, überwiegend an Frauen gerichtetes Weiterbildungs- und Veranstaltungsangebot zu einer breiten Themenpalette (z. B. Kultur, Gesundheit, Sprachen, Digitales, Glaube, Partnerschaft) (Diözese Linz, o. J.). Beim „Ländlichen Fortbildungsinstitut“ Oberösterreich gibt es Seminarangebote für junge Bäuerinnen bzw. Einheiten über das „Frau-Sein am Bauernhof“ (Ländliches Fortbildungsinstitut, o. J.).

Die meisten dieser Weiterbildungsanbieter*innen haben ihre Räumlichkeiten in der inneren Stadt. Die Volkshilfe ist im Viertel „Neue Welt“ zu finden. Das WIFI befindet sich im Viertel „Spallerhof“ an der Grenze zu „Kleinmünchen-Auwiesen“. Am WIFI und im erwähnten „Haus der Frau“ gibt es außerdem die Möglichkeit, Kinder während der Kurszeiten vor Ort in Betreuung zu geben. Das AMS bietet für jedes Bundesland eine Liste an regionalen Organisationen und Vereinen an, an die man sich bei der Suche nach geeigneten Betreuungsplätzen wenden kann (Arbeitsmarktservice Österreich, 2023).

Berufsorientierung und Bildungsberatung

Geschlechts- und kultursensible Berufsorientierung und Bildungsberatung hat noch große Lücken. Mehr Unterstützung, Aufklärung und Information sind hier von großer Bedeutung, damit Mädchen und Frauen ihre Möglichkeiten besser nutzen können. Wie die Expert*innenbefragung im Rahmen des Ersten Linzer Frauenberichtes hervorhob, gibt es hier speziell Verbesserungsbedarf für Mädchen und junge Frauen, die sich nach dem Abschluss einer Polytechnische Schule für keinen weiteren Bildungsweg entscheiden und damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt stark reduzieren. Wie aktuelle Daten zeigen, beendeten 2022/23 rund 20 % der jungen oberösterreichischen Frauen ihre Qualifikationslaufbahn mit dem Abschluss einer Polytechnischen Schule (Statistik Austria, 2023a). Eine frühzeitige Beratung der Eltern, in der auch Trends wie die zunehmende Digitalisierung und die damit einhergehenden erhöhten Anforderungen an zukünftige Arbeitnehmer*innen thematisiert werden, könnte helfen, die Motivation der Jugendlichen für eine weitere Schulbildung oder Berufsausbildung zu erhöhen bzw. die Unterstützung durch deren Eltern zu steigern.

Bei Frauen migrantischer Herkunft kommt noch ein wesentliches strukturelles Problem hinzu: Da formal im Ausland oder informell in Österreich erworbene Qualifikationen nicht systematisch erhoben und anerkannt werden – hervorgehoben seien hier die Barrieren bei der Nostrifikation –, können sie unabhängig von ihrem Bildungsstand in eine Dequalifikationsspirale geraten. In Linz gibt es bereits verschiedene Ansätze für eine niederschwellige Bildungsberatung und Kompetenzanerkennung von Migrantinnen. So bieten verschiedene Linzer Einrichtungen diese Kompetenzfeststellung für Migrantinnen an, wobei es um informelle und formell erworbene Kompetenzen und Fähigkeiten geht. Aber diese Unterstützungsmaßnahmen sind bislang nur punktuell und nicht flächendeckend implementiert.

Strukturelle Barrieren im Bereich von Ausbildung und Berufsberatung waren in Linz Gegenstand diverser Pilotprojekte, die viele Erfahrungen generiert haben. Sie waren jedoch immer befristet und gingen selten in den Status von Regelinstrumentarien über. Bei diesen Projekten ging es – neben der Implementierung geschlechtersensibler Pädagogik, speziellen Förder- und Betreuungsprogrammen für sozial benachteiligte Mädchen oder Instrumentenentwicklung zur Kompetenzarbeit – vor allem auch um die Vernetzung der verschiedenen Ausbildungswelten. Aber auch spezielle AMS-Ausbildungen für Frauen migrantischer Herkunft, etwa zu Heimhelferinnen oder Fachsozialbetreuerinnen, sind als positive Maßnahmen hervorzuheben. Diese Erfahrungen sollten künftig genützt und flächendeckend realisiert und ausreichend finanziert werden.

Ausblick: Maßnahmen und Möglichkeiten

- Implementierung von Gender-Mainstreaming unter Berücksichtigung weiterer sozialer Merkmale (bspw. Behinderungen) in allen Bildungseinrichtungen der Stadt Linz (strukturell, inhaltlich)
- Vernetzung mit bzw. Einwirken auf die diversen Ausbildungseinrichtungen des künftigen pädagogischen Personals (wie Universitäten, Pädagogische Hochschulen, Kindergartenakademie etc.) in Hinblick auf Ausbildungsmodule zur geschlechtersensiblen Ausbildung
- Unterstützung aller Bildungsinstitutionen bei der Entwicklung zielgruppenspezifischer Angebote und deren Vermarktung
- Förderung mädchen- und frauenspezifischer Angebote im gesamten Bildungsbereich

- ➔ Intensivierung der geschlechter- und kultursensiblen Elternarbeit; Durchführung spezieller Öffentlichkeitsarbeitsmaßnahmen (etwa Kampagnen) zur Durchbrechung stereotypenkonformer Aus- und Weiterbildung
- ➔ Verstärkte Familienberatung bezüglich der (Aus-)Bildung von Kindern, beispielsweise zum Thema Digitalisierung und den daraus entstehenden Anforderungen in der Arbeitswelt
- ➔ Mädchenspezifische Aufklärung, Information und Sensibilisierung über die Konsequenzen traditioneller Schul- und Berufswahlen
- ➔ Mädchenspezifische Angebote in Schulen zur Stärkung des Selbstwerts im Hinblick auf Chancen und Möglichkeiten jenseits traditioneller Rollen
- ➔ Einsatz von Role-Models als Mentor*innen für Schulklassen
- ➔ Durchführung von Imagekampagnen, um Rollenklischees aufzubrechen
- ➔ Verstärkung einer positiven Öffentlichkeitsarbeit über erfolgreiche Projekte, durch die Mädchen und Frauen in frauenuntypischen Bereichen Fuß fassen konnten
- ➔ Unterstützung von erwachsenen Frauen, die sich in frauenuntypischen Bereichen weiterbilden wollen (z. B. Stipendien)
- ➔ Unterstützung von Menschen aus bildungsfernen Schichten sowie Migrant*innen zur Erreichung eines höheren Bildungsabschlusses sowie zur Teilnahme an Weiterbildungen
- ➔ Verbesserung der Förderung des Kompetenzerwerbs der deutschen Sprache in allen Bildungseinrichtungen durch Bereitstellung finanzieller und personeller Ressourcen

Quellen

- Abteilung für Personalentwicklung, Gender und Diversity Management. (2022). Gender & Diversity Bericht – Gleichbehandlung. Johannes Kepler Universität. https://help.jku.at/gender/de/gender-diversity-bericht?preview=/6259475/34944888/GD_Bericht_Ausgabe_2017.pdf
- Arbeitsmarktservice Österreich. (2023, Juli 18). Kinderbetreuung: Unterstützungen & Förderungen | AMS. Arbeitsmarktservice Österreich. <https://www.ams.at/arbeitsuchende/karenz-und-wiedereinstieg/kinderbetreuung>
- BFI Oberösterreich. (2024). Kursteilnahmen nach Fachbereichen 2023.
- Bock-Schappelwein, Julia, & Famira-Mühlberger, Ulrike. (2021). Die COVID-19-Pandemie und Schule. Eine bildungsökonomische Kurzanalyse. https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/upload-7533/s_2021_covid19_schule_67333_.pdf
- Diözese Linz. (o. J.). Bildungs- und Begegnungszentrum Haus der Frau in Linz. Diözese Linz. <https://www.dioezese-linz.at/haus-der-frau>
- Europäische Union. (2021). Entschließung des Rates zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung mit Blick auf den europäischen Bildungsraum und darüber hinaus (2021–2030). <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ%3AC%3A2021%3A066%3ATOC>
- Eurostat. (2024a). Participation rate in education and training (last 4 weeks) by sex and age [trng_lfse_01__custom_11756350] [Dataset].
- Eurostat. (2024b). Participation rate in education and training (last 4 weeks) by sex and age [trng_lfse_01__custom_11756350] [Dataset].
- Eurostat. (2024c). Participation rate in education and training (last 4 weeks) by sex and age [trng_lfse_01__custom_11756350]-total [Dataset].
- Gruber, Elke. (2013a). Förderungsgesetz der Erwachsenenbildung: https://erwachsenenbildung.at/themen/eb_in_oesterreich/definition/eb-foerderungsgesetz.php
- Gruber, Elke. (2013b). Weitere Definitionsgrundlagen: https://erwachsenenbildung.at/themen/eb_in_oesterreich/definition/aktuelle_entwicklungen.php
- Ilies, Remus, Yao, Jingxian, Curseu, Petru L., & Liang, Alyssa X. (2019). Educated and Happy: A Four-Year Study Explaining the Links Between Education, Job Fit, and Life Satisfaction. *Applied Psychology*, 68(1), 150–176. <https://doi.org/10.1111/apps.12158>
- Johannes Kepler Universität. (o. J.). MBA Management und Leadership für Frauen – Aufbaustudium. JKU – Johannes Kepler Universität Linz. <https://www.jku.at/ul-management-und-leadership-fuer-frauen/>
- Krenn, Manfred, & Kasper, Ruth. (2012). Weiterbildungsabstinez und Milieuzugehörigkeit in Wien. FORBA-Forschungsbericht 3/2012. http://www.forba.at/data/downloads/file/794-FORBA-FB_3-2012.pdf

- Land Oberösterreich. (2024a). Teilnehmer*innen an Veranstaltungen der OÖ-EB-Institutionen nach Kategorie [Dataset].
- Land Oberösterreich. (2024b). Weiterbildungsbeteiligung nach höchster abgeschlossener Ausbildung [Dataset].
- Land Oberösterreich. (2024c). Weiterbildungsbeteiligung nach sozialer Stellung [Dataset].
- Ländliches Fortbildungsinstitut. (o. J.). Kurssuche | LFI Oberösterreich. Ländliches Fortbildungsinstitut. https://ooe.lfi.at/kurssuche+2500++1050016+2339?vt_call=1&search_mode=simple&ft_search=Frauen+&page=2&results_type=
- Lorenz, Theresa, & Schneebaum, Alyssa. (2024). Does Early Educational Tracking Contribute to Gender Gaps in Test Achievement? A Cross-Country Assessment. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 244 (1–2), 5–36. <https://doi.org/10.1515/jbnst-2022-0005>
- Mayrhuber, Christine, Bergmann, Nadja, Hausegger, Trude, Leitner, Andrea, Enengl, Flavia, Hajji, Assma, Iby, Anna, & Radlherr, Julia. (2024). Gleichstellung in Österreich – Zahlen, Daten und Fakten.
- Postlbauer, Alexandra, & Helm, Christoph. (2023). Die 3. Schulschließung in Österreich aus Sicht der Eltern – eine repräsentative Onlinebefragung: Österreich war Anfang 2021 bereits zum dritten Mal im Lockdown. Unterscheidet sich die Situation der Eltern von jenen aus Deutschland? In Stephan Gerhard Huber, Christoph Helm, & Nadine Schneider (Hrsg.), *COVID-19 und Bildung. Studien und Perspektiven* (S. 265–287). Waxmann Verlag GmbH. <https://doi.org/10.31244/9783830996361>
- Ransmayr, Juliane, & Weichselbaumer, Doris. (2024). The Role of Sex Segregation in the Gender Wage Gap Among University Graduates in Germany. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 244, 81. <https://doi.org/10.1515/jbnst-2022-0018>
- Schnell, Philipp. (2021). Schulen gerecht finanzieren: Der AK-Chancen-Index. https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitssoziales/bildung/AK-INFO_Chancen-Index_2021_Online.pdf
- Sprung, Annette. (2021). Erwachsenenbildung in bewegten Zeiten. Spannungsfelder einer „gerechten Bildung“ im Kontext von Flucht und Migration. In Rudolf Egger & Peter Härtel (Hrsg.), *Bildung für alle? Für ein offenes und chancengerechtes, effizientes und kooperatives System des lebenslangen Lernens in Österreich* (S. 153–173). Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-31054-7_8
- Stadtforschung Linz. (2021). Registerzählung. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevölkerung/085_Volkszählung/rzbuild.pdf
- Stadtforschung Linz. (2023a). Allgemein bildende höhere Schulen 2023. https://www.linz.at/zahlen/070_Bildung/010_AllgemeinbildendeSchulen/AHSCH.PDF
- Stadtforschung Linz. (2023b). Allgemeine bildende Pflichtschulen 2023. https://www.linz.at/zahlen/070_Bildung/010_AllgemeinbildendeSchulen/APSHL.PDF
- Stadtforschung Linz. (2023c). Anton Bruckner Privatuniversität 2023. https://www.linz.at/zahlen/070_Bildung/030_UniversitaetenHochschulen/BRUCK.PDF
- Stadtforschung Linz. (2023d). Berufsbildende mittlere und höhere Schulen 2023. http://www.linz.at/zahlen/070_Bildung/020_BerufsbildendeSchulen/
- Stadtforschung Linz. (2023e). Berufsbildende Pflichtschulen 2023. http://www.linz.at/zahlen/070_Bildung/020_BerufsbildendeSchulen/
- Stadtforschung Linz. (2023f). Johannes Kepler Universität 2023. https://www.linz.at/zahlen/070_Bildung/030_UniversitaetenHochschulen/UNIBST.PDF
- Stadtforschung Linz. (2023g). Katholische Privat-Universität 2023. https://www.linz.at/zahlen/070_Bildung/030_UniversitaetenHochschulen/TUNI.PDF
- Stadtforschung Linz. (2023h). Mittelschulen 2023. http://www.linz.at/zahlen/070_Bildung/010_AllgemeinbildendeSchulen/020_Haupt_Polytechn_Schulen/
- Stadtforschung Linz. (2023i). Pädagogische Hochschule Oberösterreich 2023. https://www.linz.at/zahlen/070_Bildung/030_UniversitaetenHochschulen/Paed.PDF
- Stadtforschung Linz. (2023j). Universitäten Hochschulen 2023. https://www.linz.at/zahlen/070_Bildung/030_UniversitaetenHochschulen/FHSCH.PDF
- Stadtforschung Linz. (2023k). Zahlen – Universitäten / Hochschulen. Stadt Linz. https://www.linz.at/zahlen/070_Bildung/030_UniversitaetenHochschulen/index.php
- Statistik Austria. (2020). Betriebliche Weiterbildung 2020. https://www.statistik.at/fileadmin/publications/BetrieblicheWeiterbildung-2020_Web-Barrierefrei.pdf
- Statistik Austria. (2021). Registerzählung 2021 [Dataset].
- Statistik Austria. (2022a). 3_Bildungsstand_ab15_2022 [Dataset].
- Statistik Austria. (2022b). 5_AES_2022_Informationzugang_und_Bildungshindernisse [Dataset]. https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://www.statistik.at/fileadmin/pages/328/5_AES_2022_Informationzugang_und_Bildungshindernisse.ods&ved=2ahUKewi35crm0b-HAxUXSvEDHUU-J2EQFnoECBsQAQ&usg=AOvVaw1mqNHByQWdpV898NoqJGh
- Statistik Austria. (2023a). 13_-_UEbertritte_Vorbildung_22 [Dataset]. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/443/13_-_UEbertritte_Vorbildung_23.ods
- Statistik Austria. (2023b). Bildung in Zahlen 2022/2023.
- Statistik Austria. (2023c). Mehr Studentinnen, weniger Studenten 2022/23 (Pressemitteilung 13 157–185/23). Statistik Austria. https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2023/09/20230912Studierende2022_23.pdf

- Statistik Austria. (2024a). 1_Bildungsstand_Ueberblick_2564_seit1971 [Dataset]. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/315/1_Bildungsstand_Ueberblick_2564_seit1971.ods
- Statistik Austria. (2024b). 3_AES_2022_Teilnahme_an_nicht-formaler_Bildung [Dataset]. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/328/3_AES_2022_Teilnahme_an_nicht-formaler_Bildung.ods
- Statistik Austria. (2024c). 58,0 % der Erwachsenen nahmen 2022/23 an Aus- und Weiterbildungsaktivitäten teil.
- Statistik Austria. (2024d). Abgestimmte Erwerbsstatistik – Personen – Zeitreihe 2011 bis 2021 (Q) Höchste abgeschlossene Ausbildung (Ebene +1) und Geschlecht nach Personen, Jahr, Alter in Jahren (teilw. ABO) und Staatsangehörigkeit (Ebene +4) nach Wohnort – Gebietsstand 2022 (Ebene +1) Zählt: Personen [Dataset].
- Statistik Austria. (2024e). Abgestimmte Erwerbsstatistik – Personen – Zeitreihe ab 2011 (Q) Personen und Wohnort (Ebene +1) nach Höchste abgeschlossene Ausbildung (Ebene +1) nach Jahr, Geschlecht und Alter in Jahren (Ebene +2) Zählt: Personen [Dataset].
- Statistik Austria. (2024f). Abgestimmte Erwerbsstatistik – Personen – Zeitreihe ab 2011 (Q) Wohnort (Ebene +1) nach Höchste abgeschlossene Ausbildung (Ebene +1) und Alter in Jahren (Ebene +2) nach Jahr, Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Ebene +4) Zählt: Personen [Dataset].
- Statistik Austria. (2024g). Abgestimmte Erwerbsstatistik – Personen – Zeitreihe ab 2021 (Q) Höchste abgeschlossene Ausbildung (Ebene +1) und Alter in Jahren (Ebene +2) nach Personen, Jahr, Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Ebene +4) Zählt: Personen [Dataset].
- Statistik Austria. (2024h). Abgestimmte Erwerbsstatistik – Personen – Zeitreihe ab 2021 (Q) Höchste abgeschlossene Ausbildung (Ebene +1) und Alter in Jahren (teilw. ABO) nach Personen, Jahr, Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Ebene +4) Zählt: Personen [Dataset].
- Statistik Austria. (2024i). Abgestimmte Erwerbsstatistik – Personen – Zeitreihe ab 2021 (Q) Höchste abgeschlossene Ausbildung (Ebene +1) und Alter in Jahren (teilw. ABO) nach Personen, Jahr, Geschlecht und Staatsangehörigkeit (Ebene +4) Zählt: Personen Prozentual: Spalte [Dataset].
- Statistik Austria. (2024j). Abgestimmte Erwerbsstatistik – Personen – Zeitreihe ab 2021 (Q) Höchste abgeschlossene Ausbildung (Ebene +1) und Geschlecht nach Personen, Jahr, Alter in Jahren (teilw. ABO) und Staatsangehörigkeit (Ebene +4) nach Wohnort – Gebietsstand 2022 (Ebene +1) Zählt: Personen [Dataset].
- Statistik Austria. (2024k). Bildung. STATISTIK AUSTRIA. <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/gender-statistiken/bildung>
- Statistik Austria. (2024l). Bildung in Zahlen. STATISTIK AUSTRIA. <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/bildung/bildung-in-zahlen>
- Statistik Austria. (2024m). Ordentliche Studierende an öffentlichen Universitäten 1955-2023 [Dataset]. https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://www.statistik.at/fileadmin/pages/324/1_Oeffentliche_Universitaeten_stud.ods&ved=2ahUKEwj84I3BsL2IAxXcgPOHHd1UDqAQFnoECBMQAQ&usg=AOvVaw3oetYjLry4KsHSsqeX-Rcf
- Statistik Austria. (o. J.). Gender-Statistik Bildung [Infotext]. Statistik Austria. Infotext Gender Statistik Bildung https://www.statistik.at/fileadmin/pages/359/Infotext_GenderStatistik_Bildung.pdf
- Statistik Austria. (2023b). Österreich – Teilnahme Weiterbildung Alter 2022. Statista. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/829411/umfrage/teilnahmequote-an-weiterbildungsaktivitaeten-in-oesterreich-nach-altersgruppen/>
- Steiner, Mario, Köpping, Maria, Leitner, Andrea, & Pessl, Gabriele. (2023). COVID-19 & Distance-Schooling – eine Mixed-Methods-Befragung von Lehrpersonen. Was bedeutet es für soziale Ungleichheit? In Stephan Gerhard Huber, Christoph Helm, & Nadine Schneider (Hrsg.), COVID-19 und Bildung. Studien und Perspektiven (S. 605–635). Waxmann Verlag GmbH. <https://doi.org/10.31244/9783830996361>
- Steiner, Mario, Köpping, Maria, Leitner, Andrea, Pessl, Gabriele, & Lassnigg, Lorenz. (2021, Juni). Lehren und Lernen unter Pandemiebedingungen. Was tun, damit aus der Gesundheits- nicht auch eine Bildungskrise wird? [Research Report]. <https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/5873/>
- Volkshilfe OÖ. (o. J.). Frauenzentrum OÖ. Volkshilfe OÖ. Abgerufen 30. Juli 2024, von <https://www.volkshilfe-ooe.at/dienstleistung/fzo/>
- Volkshochschule Linz. (2024). VHS_VortraegeFilmeExkursionen_2024_WebPDF_240627.pdf. https://vhskurs.linz.at/download/images/VHS_VortraegeFilmeExkursionen_2024_WebPDF_240627.pdf
- Wedl, Juliette, & Spahn, Annika. (2020). Schule lehrt/lernt Vielfalt. Band 2. Material und Unterrichtsbausteine für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Schule. (Bd. 2). Waldschlösschen Verlag. https://gender.rz.tu-bs.de/wp-content/uploads/AWS_MAT22_2020_Schule_lehrt_lernt_Vielfalt_Bd2_2.pdf
- Wirtschaftskammer Oberösterreich. (2023). Lehrlingsbilanz 2023. Wirtschaftskammer Oberösterreich. <https://www.wko.at/ooe/bildung-lehre/lehrlingsbilanz-2023-1.pdf>
- Zandonella, Martina, & Hoser, Bernhard. (2022). Zur psychosozialen Situation der Oberösterreicher*innen während der Pandemie.

Kapitel 4

Erwerbstätigkeit

Erwerbssituation

Kinderbetreuung

Arbeitsmarktsituation

EinBlick

Die Teilnahme und Teilhabe an Erwerbsarbeit ist eine wichtige Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes, existenzsicherndes Leben. Obwohl die Erwerbsbeteiligung von Frauen während der letzten Jahrzehnte stark gestiegen ist, beobachten wir weiterhin große Unterschiede in Bezug auf das Ausmaß der Erwerbsarbeit oder das Einkommen zwischen den Geschlechtern. Frauen sind trotz Anstiegen bei hohen Bildungsabschlüssen seltener in höheren Positionen und insgesamt überdurchschnittlich in prestige- und einkommensarmen Branchen beschäftigt. Die im vorangegangenen Kapitel beschriebenen Geschlechterunterschiede bei der (Aus-)Bildungs- und Berufswahl sind wichtige Ursachen für die anhaltenden Unterschiede am Erwerbsarbeitsmarkt. Aber bereits diese Entscheidungen sind nicht unbeeinflusst von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, sozialen Normen und Wertvorstellungen.

Ein weiterer Grund für geschlechtsbezogene Unterschiede am Arbeitsmarkt ist die anhaltend ungleiche Verteilung der unbezahlten Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern, die eine gleichberechtigte Teilhabe von Müttern am Erwerbsarbeitsmarkt während des gesamten potentiellen Erwerbsverlaufs beeinträchtigt (siehe bspw. Österreichische Frauenberichte; Bundeskanzleramt 1975, 1985, 1995, 2010). Die ungleiche Verteilung von Reproduktions- und Erwerbsarbeit insbesondere in heterosexuellen Haushalten wird u. a. in sogenannten Zeitverwendungserhebungen untersucht. Die jüngste österreichweite Zeitverwendungserhebung stammt aus dem Jahr 2021/2022.⁴⁰ Hierbei zeigte sich: In Österreich erbringen erwachsene Frauen durchschnittlich 4 Stunden und 19 Minuten pro Tag unbezahlte Arbeit und erwerbstätige Männer nur 2 Stunden und 29 Minuten. Somit leisten Frauen täglich fast 2 Stunden mehr unbezahlte Arbeit, während Männer durchschnittlich 1 Stunde und 37 Minuten länger einer bezahlten Erwerbstätigkeit nachgehen als Frauen (Statistik Austria, 2023b). Der Großteil der unbezahlten Arbeit wird von erwerbstätigen Frauen verrichtet, selbst in Haushalten, in denen das Erwerbsausmaß der Frauen dasselbe ist wie jenes des Partners (in diesen verrichten sie 64 % der unbezahlten Arbeit). Auch wenn besonders in jüngeren Generationen eine stärkere Orientierung in Richtung einer gerechteren Teilung der unbezahlten Haus- und Versorgungsarbeit zu beobachten ist, wirken traditionelle Rollenvorstellungen und -zuschreibungen häufig realitätsstiftend und bestimmen das Verhalten von Männern und Frauen (Statistik Austria, 2023b).

Die ungleiche Verteilung von Erwerbsarbeit und Haus- bzw. Betreuungsarbeit wird durch verschiedene Spezifika des österreichischen Wohlfahrtsstaates begünstigt. Bei diesem handelt es sich nach der Typologie von Esping-Andersen um einen konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsstaat, bei dem die Familie eine zentrale Rolle in der Pflege und Kinderbetreuung spielt. Trotz der im Kapitel „Lebensformen“ dargestellten Veränderungen in den Formen des Zusammenlebens basiert der österreichische Wohlfahrtsstaat weiterhin auf dem traditionellen „Ernährer-Zuverdiener-Modell“, der auf einem nur geringfügig modernisierten Familialismus basiert (Deindl, 2024).

Ein Ausdruck dessen ist die Kopplung von Sozialversicherungsleistungen an Erwerbsarbeit kombiniert mit der Mitversicherung von Ehepartner*innen – die in der Praxis überwiegend Frauen betrifft –, was eine unterschiedliche Erwerbsbeteiligung fördert. Eine adäquate Pensionszahlung ist aber nur bei langer, ununterbrochener Vollzeit-erwerbstätigkeit (eine typisch „männliche“ Erwerbsbiografie) erzielbar. Damit ist der Grundstein für eine starke finanzielle Abhängigkeit von Müttern und Ehefrauen gelegt. Im Falle einer Scheidung steigt das Armutsrisiko für Mütter enorm

⁴⁰ Die Erhebung erfolgte anhand eintägiger Tagebucheinträge aller Personen ab 10 Jahren aus 4.342 Haushalten, um die Zeitverwendung typischer Wochen- und Wochenendtage auszuwerten.

und auch Altersarmut ist ein primär weibliches Phänomen (Statistik Austria, o. J.-b). Lange gesetzliche Karenzzeiten, mit nur schwachen Anreizen für eine Beteiligung der Partner an der Karenz, sowie mangelnde Kinder- und Altenbetreuungsangebote bewirken lange Erwerbsunterbrechungen von Frauen. Dies führt einerseits direkt zu geringer Entlohnung und andererseits zu „statistischer Diskriminierung“ bei Anstellungen und Beförderungen: Arbeitgeber*innen zögern, Frauen im gebärfähigen Alter einzustellen, da sie mit langen Ausfallzeiten rechnen.

Um Beruf und Familie vereinbaren zu können, arbeiten Frauen häufig in Teilzeiterwerbsverhältnissen. Um dies realisieren zu können, verbleiben sie oft auf niedrigen Hierarchieebenen oder wählen Branchen, die mit einer Teilzeitbeschäftigung vereinbar sind. Gerade in den einkommensstarken Branchen führt bereits eine mangelnde Bereitschaft zur Überstundenarbeit (geschweige denn Teilzeitbeschäftigung) zu hohen Einkommensverlusten, da diesen Stunden von den Unternehmen überdurchschnittlich viel Wert beigemessen wird (Goldin, 2014). Die Änderung des Arbeitszeitgesetzes (2018), die Arbeitgeber*innen die Einforderung eines Zwölfstundentages bzw. einer 60-Stunden-Woche erleichterte, hat die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für viele Frauen mit Betreuungsaufgaben zusätzlich erschwert.

Um eine verstärkte Integration von Frauen ins Beschäftigungssystem zu erreichen, bedarf es konzentrierter Anstrengungen in allen politischen Bereichen und auf den verschiedensten Ebenen, nicht zuletzt auch um bisher erwerbshemmende Faktoren beseitigen zu können. Große Hürden, die dabei zu überwinden sein werden, sind historisch gewachsene, geschlechtsspezifische Normen und Rollenzuweisungen, die den Horizont der möglichen Lebenschancen und -ziele für Frauen wie für Männer einengen.

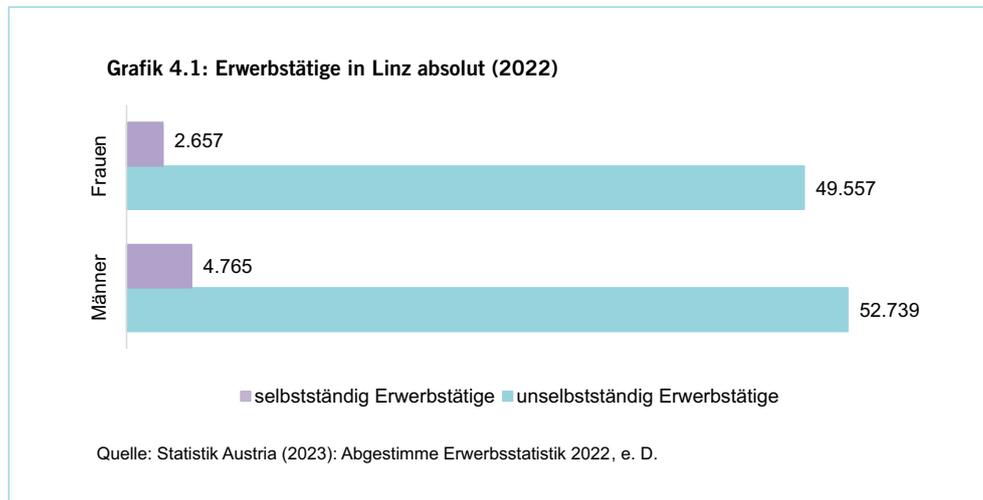
DatenFakten

In Linz entspricht die Erwerbssituation von Frauen im Großen und Ganzen den umrissenen Charakteristika weiblicher Erwerbsarbeit. Die zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen erfolgt oft in atypischen Beschäftigungsformen, insbesondere in Teilzeitarbeit. Laut Gesetz liegt eine Teilzeitbeschäftigung grundsätzlich dann vor, „wenn die vereinbarte Wochenarbeitszeit die gesetzliche Normalarbeitszeit oder eine durch Normen der kollektiven Rechtsgestaltung festgelegte kürzere Normalarbeitszeit im Durchschnitt unterschreitet“ (§ 19d Abs. 1 AZG). In den hier verwendeten Statistiken der Statistik Austria galt bis 2003 ein Arbeitsverhältnis bis zu einer Grenze von durchschnittlich 35 Stunden pro Woche als Teilzeit; seit 2004 erfolgt im Zuge der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung eine Selbstklassifikation.

In Österreich sind die Teilzeitquoten von erwerbsfähigen Männern und Frauen ohne Kinder unter 14 Jahren zwischen 2004 und 2023 stark gestiegen: Jene von Männern hat sich verdreifacht (2023: 12,9 %), jene von Frauen ist von 26,2 % auf 33 % gestiegen (Statistik Austria, 2023a). Der wichtigste Prädiktor für Teilzeitbeschäftigung bei Frauen ist jedoch die Anwesenheit von jungen Kindern im Haushalt. Während 2023 die Teilzeitquote von Vätern mit Kindern unter 14 Jahren im Haushalt bei 7,7 % lag und damit deutlich niedriger war als die der kinderlosen Männer, betrug die Teilzeitquote von Frauen mit Kindern von unter 14 Jahren im Jahr 2023 74 % und war damit mehr als doppelt so hoch wie jene kinderloser Frauen. Seit 2004 ist dieser Anteil um 14 Prozentpunkte gestiegen. Das seit 2004 geltende Recht auf Elternteilzeit hat aller Wahrscheinlichkeit nach zu diesem Anstieg beigetragen. Auffallend ist, dass auch die Teilzeitquoten von Müttern mit Kindern im Alter von 15 Jahren und älter seit 2004 um 11,6 % gestiegen sind. Im Jahr 2023 betrug der Anteil 51,2 % (Statistik Austria, 2023a).

Erwerbsbeteiligung

Im Jahr 2023 waren 48,4 % der unselbstständig Erwerbstätigen in Linz weiblich (Statistik Austria, 2023b). Bei selbstständig Erwerbstätigen in Linz beträgt der Frauenanteil im Jahr 2022 35,8 % (siehe Grafik 4.1). Das entspricht einem Rückgang um einen Prozentpunkt seit 2015.



Die wohnortbezogenen Erwerbsquoten⁴¹ für Männer^{*42} und Frauen liegen in Linz bei 80,4 % und sind damit etwas niedriger als der oberösterreichische Durchschnitt mit 81,6 % (siehe Tabelle 4.1). Während Linzer und Salzburger Männer* den Landeshauptstadtvergleich anführen, liegen Linzer Frauen mit einer Erwerbsquote von 78,9 % nur auf Platz 5. Im Bundesländervergleich liegt die Frauenerwerbsquote 2024 in Oberösterreich mit 80,60 % (wie auch Niederösterreich) an dritter Stelle nach Salzburg (82,8 %) und Tirol (81,6 %) (e. B.).

Ein wichtiger Einflussfaktor für die Erwerbsbeteiligung von Frauen ist die Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsplätzen. Betrachten wir die Betreuungsquoten der 0- bis 2-Jährigen nach Landeshauptstädten, so finden wir (nach Wien) die höchsten Werte in Klagenfurt und Eisenstadt (siehe Grafik 4.4 weiter unten in diesem Kapitel), den einzigen beiden Landeshauptstädten, in denen die Frauenerwerbsquote jene der Männer (leicht) übersteigt. Dass Linz hingegen bei diesen Betreuungsquoten mit 25 % den vorletzten Platz einnimmt, könnte – neben anderen Faktoren – eine Erklärung für die recht große Diskrepanz der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern in Linz sein. Näheres zu den Kinderbetreuungsquoten in den Städten und Bundesländern folgt später in diesem Kapitel.

41 Die Erwerbsquote erfasst Erwerbstätige und gemeldete Erwerbsarbeitslose.

42 Der Arbeitsmarktservice zählt alternative Geschlechter zur Kategorie Männer (dies wird dargestellt durch „Männer“).

Tabelle 4.1: Erwerbsquotenvergleich (2023)

	Frauen	Männer*	Insgesamt
Bregenz	76,4 %	78,3 %	77,4 %
Eisenstadt	82,1 %	80,5 %	81,3 %
Graz	77,2 %	80,1 %	78,8 %
Innsbruck	80,0 %	81,5 %	80,8 %
Klagenfurt	79,8 %	79,6 %	79,7 %
Linz	78,9 %	81,8 %	80,4 %
Salzburg-Stadt	80,7 %	81,8 %	81,3 %
St. Pölten	80,3 %	81,7 %	81,0 %
Wien	72,4 %	76,6 %	75,6 %
Oberösterreich	80,6 %	82,5 %	81,6 %
Österreich	78,4 %	80,5 %	79,5 %

Quelle: Arbeitsmarktservice (o. J.): Arbeitsmarktprofile 2023, e. D. * Männer und alternative Geschlechter

In Linz ist die Zahl der Arbeitsplätze im Zeitraum 2018 bis 2023 um 7.361 bzw. rund 5,9 % gestiegen. Die ÖNACE-Wirtschaftsbereiche⁴³, die zwischen 2021 und 2022 die höchsten Beschäftigungszuwächse in Oberösterreich verzeichneten, sind Erziehung und Unterricht, Beherbergung und Gastronomie und freiberufliche/technische Dienstleistungen. Das kumulierte Beschäftigungswachstum von unselbstständig beschäftigten Frauen in Linz betrug zwischen 2022 und 2023 1,1 % (Oberösterreich: ebenfalls plus 1,1 %), jenes der Linzer Männer* rund 0,6 % (Oberösterreich: plus rund 3,2 %). Gegenüber 2018 betrug das Beschäftigungswachstum von Frauen und Männern* jeweils 6,1 % bzw. 5,7 % (Arbeitsmarktservice Oberösterreich, o. J., e.B).

Ausmaß der Erwerbsbeteiligung: Voll- und Teilzeitbeschäftigung

In Linz betrug die Teilzeitquote⁴⁴ im Jahr 2020 51,1 % (Österreichischer Städtebund, 2023, S. 41). Dieser Anteil ist seit dem Jahr 2009 um 25 % oder um 10 Prozentpunkte gestiegen (Böhm & Buchinger, 2011, S. 73).⁴⁵ Grafik 4.2 zeigt die Teilzeitquoten in den österreichischen Landeshauptstädten und in den jeweiligen Bundesländern für das Jahr 2020. Die Teilzeitquoten von Frauen sind in den Landeshauptstädten stets niedriger als im gesamten Bundesland.⁴⁶ Dies kann auf die bessere Erwerbssituation für Frauen in den Städten wie auch auf die bessere Kinderbetreuungsinfrastruktur zurückgeführt werden. Die höchste Teilzeitquote unter den Landeshauptstädten wurde in Innsbruck verzeichnet (53,8 %), die niedrigste in Eisenstadt (45,8 %), dicht gefolgt von Wien und Klagenfurt (jeweils 46,2 %). Eisenstadt profitiert einerseits von der Nähe zu Wien und dessen besseren Erwerbsmöglichkeiten⁴⁷ (Österreichischer Städtebund, 2023), andererseits könnte – so wie in Wien und Klagenfurt – ein Zusammenhang mit der höheren Kinderbetreuungsquote bestehen. Linz liegt mit einer weiblichen Teilzeitquote von 51,1 % im Mittelfeld der Landeshauptstädte, während Oberösterreich mit 57,7 % die höchste Teilzeitquote im Bundesländervergleich einnimmt.

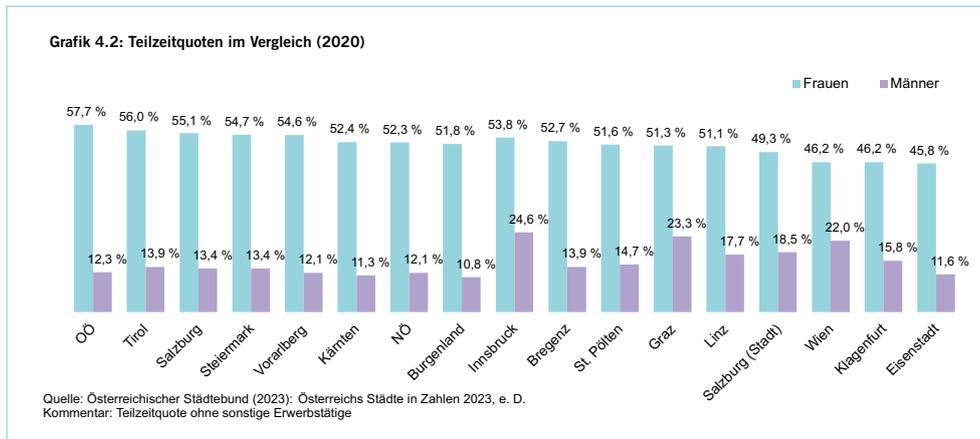
43 Die ÖNACE-Klassifikation ist eine Systematik zur Einteilung wirtschaftlicher Aktivitäten von Unternehmen. Die größte Aggregationsebene sind die Sektoren (Primär/Landwirtschafts-, Sekundär/Produktions- und Tertiär/Dienstleistungssektor), die kleinste sind die Haupttätigkeiten der Firmen (z. B. Großhandel mit Papier und Pappe).

44 Anteil der in Teilzeit erwerbstätigen Personen an der Summe aller in Voll- und Teilzeit Beschäftigten ohne Berücksichtigung sonstiger Erwerbstätiger wie geringfügig angestellte Arbeitnehmer*innen.

45 Aktuellere Zahlen für Linz sind derzeit nicht veröffentlicht. Daher ist unklar, ob die COVID-19-Pandemie eine Auswirkung auf die Teilzeitquote gehabt hat.

46 Umgekehrt sind die Teilzeitquoten von Männern in den Landeshauptstädten höher, vermutlich weil hier Arbeit häufiger mit Aus- oder Weiterbildungsmöglichkeiten kombiniert wird.

47 Die regionalen (Teilzeit-)Erwerbsquoten werden für die jeweilige Wohnbevölkerung nach Hauptwohnsitz erhoben. Die Erwerbsquoten von Pendler*innen fließen in die Erwerbsstatistik ihres Wohn- und nicht ihres Arbeitsortes ein.



Österreichweit gaben im Jahr 2024 6 % aller in Teilzeit erwerbstätigen Frauen an, in Teilzeit zu arbeiten, weil sie keine Vollzeitbeschäftigung finden konnten (Statistik Austria, 2024). Von unfreiwilliger Teilzeitarbeit am meisten betroffen sind Frauen in den Altersgruppen 45–49 Jahre und 50–54 Jahre (35 % der 105.000 unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten) (Statistik Austria, o. J.-a). Oft wird Teilzeitarbeit aber bewusst gewählt, wobei sich die Motive dafür stark zwischen den Geschlechtern unterscheiden. Das Hauptmotiv für 15- bis 64-jährige teilzeitbeschäftigte Männer ist, dass keine Vollzeitbeschäftigung erwünscht ist (23,3 % der teilzeitbeschäftigten Männer) oder dass eine schulische oder berufliche Aus- und Weiterbildung absolviert wird (20,5 %), für nur 6,4 % ist die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen der wichtigste Grund. Bei Frauen in dieser Altersgruppe ist die Betreuungsarbeit von Kindern oder pflegebedürftigen Erwachsenen mit Abstand der häufigste Grund (39,5 %). Bei den 25- bis 49-jährigen Frauen nennen gar 58,9 % der teilzeitarbeitenden Frauen diese Ursache. Interessanterweise nennen nur 9,2 % der in Teilzeit arbeitenden Frauen die schulische oder berufliche Aus- und Weiterbildung als Grund für das reduzierte Arbeitszeitausmaß. Aufgrund des deutlich höheren Anteils von Frauen an den Teilzeitbeschäftigten insgesamt sind in absoluten Zahlen jedoch deutlich mehr Frauen als Männer aufgrund von Aus- und Weiterbildung teilzeitbeschäftigt (Statistik Austria, 2022b).

Neben dem Fehlen von Vollzeitarbeitsplätzen für Frauen sind es auch Lücken im Kinderbetreuungsangebot, die Grund dafür sind, dass viele Linzerinnen möglicherweise unfreiwillig teilzeitbeschäftigt sind. Wie aus einer Zusatzbefragung zum Mikrozensus 2010 hervorgegangen ist, würden österreichweit 14 % der teilzeitbeschäftigten Mütter mehr arbeiten, wenn es geeignete Kinderbetreuungsmöglichkeiten gäbe. Darüber hinaus würden 23 % der nicht erwerbstätigen Mütter am Arbeitsmarkt teilnehmen, wenn dies der Fall wäre. Das Fehlen von Betreuungsplätzen ist dabei ein geringeres Problem als die eingeschränkten Betreuungszeiten (hinsichtlich des Arbeitstages bzw. Arbeitsjahres). Für 32 % der Menschen in Österreich, die ein inadäquates Angebot beklagen, ist der Preis für die Kinderbetreuung zu hoch (Statistik Austria, 2012). Uns ist keine Wiederholung dieser Befragung bekannt – eine solche wäre aus unserer Sicht eine dringende statistische Aufgabe.

Im folgenden Abschnitt wird ein Überblick über die Kinderbetreuungssituation in Linz bzw. in Oberösterreich gegeben.

Exkurs: Kinderbetreuung

Elementare Bildungseinrichtungen stellen die ersten Bildungsinstitutionen dar, in denen bereits Kinder unter fünf Jahren die Möglichkeit haben, ihre kognitiven und sozialen Fähigkeiten in einem strukturierten Rahmen auszuprägen. Darüber hinaus stellt ein bedarfsgerechtes Angebot an Einrichtungen eine wesentliche Voraussetzung für die Erwerbstätigkeit der Eltern dar und leistet damit auch einen zentralen Beitrag zur Gleichberechtigung der Geschlechter (Bundeskanzleramt & Statistik Austria, 2024; Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, o. J.).

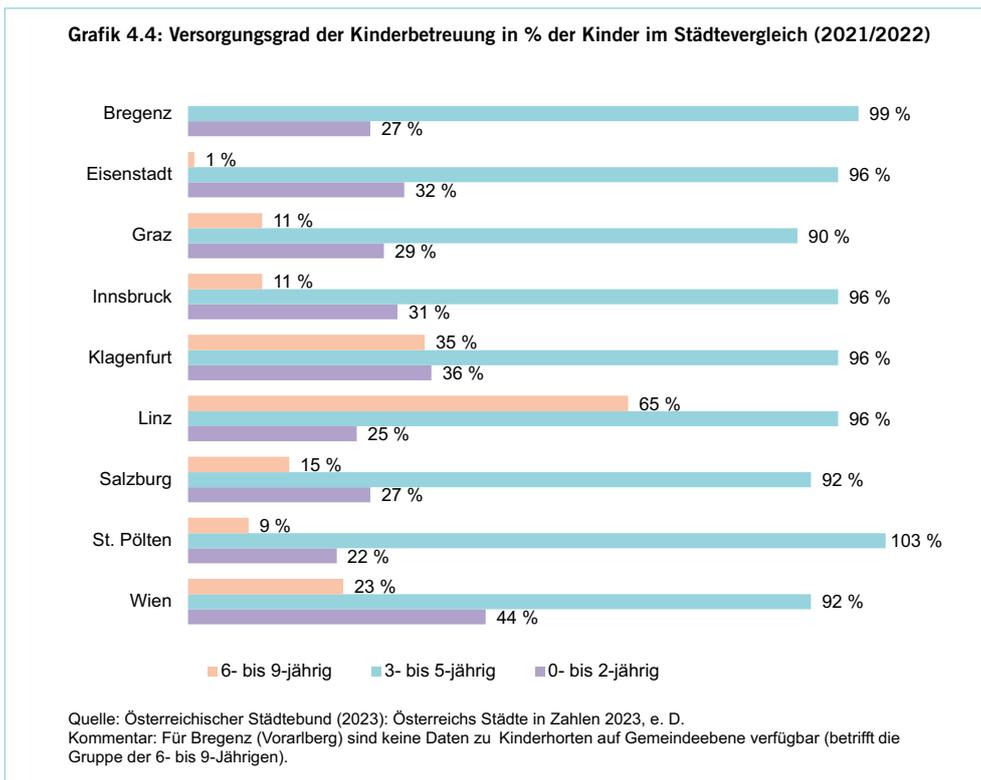
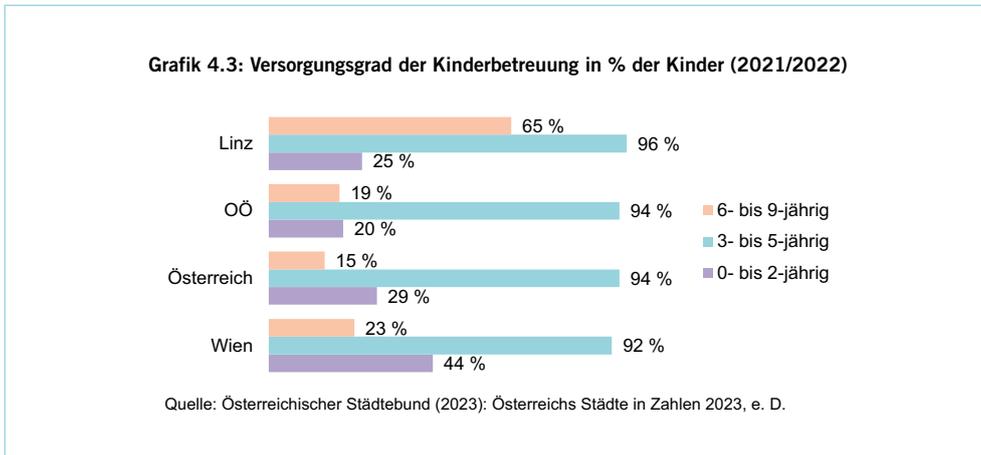
Da die Zuständigkeit für das elementare Bildungswesen in Österreich bei den einzelnen Bundesländern liegt, definiert die Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG die Kooperationsgrundsätze zwischen Bund und Ländern. Darin sind bestimmte Bedingungen festgelegt, die von den Ländern getroffen werden müssen, um finanzielle Mittel zu erhalten. Die aktuelle Vereinbarung gilt für die Jahre 2022/23 bis 2026/27 und verfolgt die Ziele, Bildungschancen für Kinder zu verbessern, Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern sowie Integration von Kindern mit Migrationsbezug zu unterstützen. Im Detail liegt der Fokus auf der Intensivierung der Sprachförderung, der Verbesserung der Qualifikation von Elementarpädagog*innen, der verbindlichen Vermittlung grundlegender Werte und der Definition bildungs- und betreuungsspezifischer Ziele. Zudem soll die Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Schule verstärkt werden und auch die Kooperation zwischen dem Bund und den Ländern hinsichtlich der Maßnahmen für elementare Bildungseinrichtungen stärker kontrolliert werden. Das verpflichtende beitragsfreie Kindergartenjahr für Fünfjährige soll künftig beibehalten werden und der Ausbau des Bildungsangebots für Kinder unter drei Jahren soll fokussiert werden. Als weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sollen künftig die Öffnungszeiten flexibilisiert und erweitert sowie der Betreuungsschlüssel in den Gruppen verbessert werden (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, o. J.).

Besonders gefördert wird der Ausbau von Plätzen für 0- bis 2-Jährige und von Plätzen, die dem „Vereinbarkeitsindikator für Beruf und Familie“ (VIF) genügen, weil dadurch eine Vollzeitbeschäftigung der Eltern ermöglicht wird. Im Detail beinhalten die VIF-Kriterien, dass eine Kinderbetreuungseinrichtung mindestens 45 Stunden pro Woche (von Montag bis Freitag) geöffnet sein muss, davon an vier Tagen pro Woche für mindestens 9,5 Stunden. Des Weiteren muss die Einrichtung ein Mittagessen anbieten und darf maximal fünf Wochen im Jahr geschlossen sein (Arbeiterkammer Oberösterreich, o. J.-a).

Unter den Kindern, die in einer VIF-konformen Betreuungseinrichtung untergebracht sind, liegt in Oberösterreich im Jahr 2023/2024 der Anteil bei den 0- bis 2-Jährigen nur bei 28,6 % (2022: 24,1 %) und bei den 3- bis 5-Jährigen bei nur 39,7 % (2022: 37,9 %). Damit ist der Anteil der VIF-konformen Einrichtungen in Oberösterreich zwar im Vergleich zum Vorjahr (2022/23) deutlich angestiegen, trotzdem bildet Oberösterreich hinsichtlich der VIF-konformen Einrichtungen weiterhin deutlich abgeschlagen das Schlusslicht im Bundesländervergleich. In der Altersgruppe der 0- bis 2-Jährigen liegt Oberösterreich sogar mit über 10 Prozentpunkten hinter dem vorletzten Bundesland, der Steiermark (38,7 %). In der Stadt Linz ist die Situation hinsichtlich der VIF-konformen Kindertagesheime im Vergleich zu allen anderen politischen Bezirken Oberösterreichs am besten (0- bis 2-Jährige: 89,5 %; 3- bis 5-Jährige: 87,2 %), in Schärding am schlechtesten (0- bis 2-Jährige: 3,8 %; 3- bis 5-Jährige: 10,7 %) (Bundeskanzleramt & Statistik Austria, 2024).

In Bezug auf die allgemeine Betreuungsquote ist aber auch Linz verhältnismäßig weit abgeschlagen. In Linz wurden im Jahr 2021/2022 25 % der 0- bis 2-Jährigen in Kindertagesheimen betreut (siehe Grafik 4.3). Linz liegt damit zwar über dem oberösterreichischen Durchschnitt von 20 %,

aber unter dem österreichischen von 29 %. Bei den 3- bis 5-Jährigen liegt die Linzer Betreuungsquote bei 96 %. 65 % der Linzer Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren werden am Nachmittag in einem Hort betreut. Dieser Wert liegt deutlich über dem Durchschnitt Oberösterreichs (19 %) und Österreichs (15 %).



Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Vergleich der Kinderbetreuungsquoten der österreichischen Landeshauptstädte (Grafik 4.4). Linz ist hier bei der externen Betreuung der schon schulpflichtigen 6- bis 9-jährigen Kinder Spitzenreiter (65 %). Bei den 0- bis 2-Jährigen jedoch liegt Linz mit

nur 25 % vor St. Pölten (22 %) auf dem vorletzten Platz (Österreichischer Städtebund, 2023). Vergleichen wir statt österreichischen europäische Kinderbetreuungsquoten, so sieht die Lage noch misslicher aus: Während der EU-weite Durchschnitt der Betreuungsquoten für diese Altersgruppe 37,5 % beträgt, haben einige Länder (Niederlande, Dänemark, Luxemburg und Norwegen) Betreuungsquoten von über 60 % (Eurostat, 2024). Tatsächlich hat weder Österreich als Ganzes noch Linz die (2002 beschlossenen) Barcelona-Ziele erreicht, bis 2010 für 33 % der 0- bis 2-Jährigen Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen – von den inzwischen auf 45 % angehobenen Zielen (bis 2030) ganz zu schweigen⁴⁸ (Rat der Europäischen Union, 2022).

Vorschulische und schulbegleitende Kinderbetreuung hat ein großes Inklusionspotenzial. In den oberösterreichischen Krippen und Kleinkindbetreuungseinrichtungen beträgt der Anteil der Kinder mit einer anderen Muttersprache als Deutsch 21 %; in Kindergärten steigt der Anteil auf 27 % und in den Horten liegt er bei 38 % (siehe Tabelle 4.2). Wien ist mit durchschnittlich rund 56 % (über alle Einrichtungsarten) Spitzenreiter, aber gleichzeitig auch das einzige Bundesland, das in den Horten geringere Anteile von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache verzeichnet als in den vorschulischen Betreuungseinrichtungen. Allerdings ist Wien ein besonderer städtischer Ballungsraum und deshalb nicht unmittelbar mit den anderen Bundesländern vergleichbar (Bundeskanzleramt & Statistik Austria, 2023).

Tabelle 4.2: Anteil von Kindern nichtdeutscher Muttersprache in Kinderbetreuungseinrichtungen in % (2022/23)

	Kinder in Krippen und Kleinkindbetreuungseinrichtungen	Kinder in Kindergärten	Kinder in Horten	Kinder in altersgemischten Einrichtungen
Burgenland	14 %	21 %	38 %	19 %
Kärnten	12 %	18 %	15 %	12 %
Niederösterreich	14 %	22 %	19 %	11 %
Oberösterreich	21 %	27 %	38 %	11 %
Salzburg	21 %	24 %	20 %	17 %
Steiermark	_*	_*	_*	_*
Tirol	16 %	13 %	23 %	_*
Vorarlberg	21 %	32 %	24 %	27 %
Wien	52 %	62 %	45 %	64 %

Quelle: Statistik Austria (2023a): Kindertagesheimstatistik, Kinder in Kindertagesheimen nach der Staatsangehörigkeit und der Muttersprache 2022/23, e. D.

* keine Daten verfügbar

Ob Kinderbetreuungseinrichtungen in Anspruch genommen werden, hängt oft davon ab, wie gut deren Öffnungszeiten mit den Bedürfnissen der Familien (z. B. Arbeitszeiten der Eltern) übereinstimmen. Wie Tabelle 4.3 entnommen werden kann, sind fast 80 % der Kindertagesheime in Oberösterreich vor 7:30 Uhr geöffnet. Oberösterreich liegt etwas unter dem österreichischen Durchschnitt (ohne Wien: rund 83 %). Schlusslicht bildet Vorarlberg mit 76 % der Einrichtungen. Beim Anteil der Einrichtungen mit Öffnungszeiten bis nach 18:00 Uhr liegt Oberösterreich mit 5 % leicht unter dem österreichischen Durchschnitt (ohne Wien) von 6 % (siehe Tabelle 4.3).

⁴⁸ Allerdings hat sich Österreich eine Sondervereinbarung ausgehandelt, sodass das Ziel für Österreich bei nur 31,9 % liegt (ORF, 2023).

Tabelle 4.3: Öffnungszeiten von Kinderversorgungseinrichtungen im Vergleich in % (2022/23)

	Anteil von Kinderbetreuungseinrichtungen mit Öffnungszeiten vor 7:30	Anteil von Kinderbetreuungseinrichtungen mit Öffnungszeiten nach 18:00
Burgenland	80 %	1 %
Kärnten	81 %	5 %
Niederösterreich	90 %	2 %
Oberösterreich	80 %	5 %
Salzburg	86 %	7 %
Steiermark	89 %	2 %
Tirol	79 %	10 %
Vorarlberg	76 %	16 %
Wien	85 %	32 %

Quelle: Statistik Austria (2023a): Kindertagesheimstatistik, Kindertagesheime nach Öffnungszeiten und Schließtagen 2022/23, e. B.

Für Linz gibt es keine genaueren Daten zur Erwerbstätigkeit der Mütter mit Kindern in institutionellen Betreuungseinrichtungen. Man kann jedoch davon ausgehen, dass der Anteil nicht erwerbstätiger Personen mit Betreuungspflichten insbesondere bei jenen mit 0- bis 2-jährigen Kindern in Betreuung, ähnlich dem oberösterreichischen Durchschnitt, sehr gering ist. Denn in den meisten (städtisch geführten) Einrichtungen besteht nur bei einer Erwerbstätigkeit beider Eltern ab 20 Stunden ein Anspruch auf einen Betreuungsplatz. Für die 3- bis 5-Jährigen mit Hauptwohnsitz in Linz (mit mindestens einem Elternteil, der auch in Linz hauptgemeldet ist) bzw. für 2-Jährige, die bis zum ersten März des Betriebsjahres das 3. Lebensjahr vollenden, besteht eine Versorgungsgarantie (Stadt Linz, o. J.-a). Zusätzlich wurden auch flexible Betreuungseinrichtungen für Kinder im Alter von 0 bis 3 geschaffen (wie „Das Nest“, der Omadienst und die Spielstube), welche sich an Eltern richtet, die weniger als 20 Wochenstunden erwerbstätig sind oder nur für einen kurzen Zeitraum eine Kinderbetreuung benötigen (Stadt Linz, o. J.-b).

Eine Elternbefragung der Arbeiterkammer Oberösterreich im Jahr 2017 (Arbeiterkammer Oberösterreich, 2018) ermittelte, dass es in Oberösterreich, insbesondere in kleineren Gemeinden, oft große Probleme gab, einen geeigneten Kinderbetreuungsplatz zu finden (fast 40 % der Befragten gaben dies an). Insbesondere die beschränkten Öffnungszeiten in der Kleinkindbetreuung sowie die in vielen Gemeinden geltenden Altersbeschränkungen bei der Kleinkindbetreuung (oft ab 2,5, manchmal erst ab 3 Jahren) führten zu „Betreuungslöchern“, die mit Verwandten und Bekannten ausgeglichen werden mussten.⁴⁹ Probleme wie diese versuchte das Land Oberösterreich in den letzten Jahren zu adressieren.

Konkret beschloss das Land Oberösterreich im Jahr 2022 den sogenannten „Gemeinsamen Pakt für das Kinderland Oberösterreich“. In diesem Pakt wurden insgesamt 20 zentrale Maßnahmen sowie ein Budget von 38,5 Mio. Euro festgelegt. Unter die beschlossenen Maßnahmen fallen beispielsweise Verbesserungen der Arbeitsbedingungen (durch eine Reduktion der Gruppengröße

⁴⁹ Die große Zahl an Karenzmodellen und die Abhängigkeit der Betreuungsnachfrage nach sich teilweise kurzfristig ergebenden beruflichen Möglichkeiten für Mütter machen eine genaue Bedarfsplanung der Gemeinden, insbesondere bei den 0- bis 2-jährigen Kindern, schwierig (Oberösterreichischer Landesrechnungshof, 2017). Regelmäßige Bedarfserhebungen werden nicht durchgeführt. Die Nutzung von Betreuungsangeboten hängt letztlich auch maßgeblich von der örtlichen Nähe zum Wohnort oder zum Arbeitsplatz der primären Bezugspersonen ab. Ein stärkerer Miteinbezug der Eltern bei der Planung und eine Ausdehnung des Angebots mit Versorgungsgarantien gäben Eltern schon früh die Sicherheit, dass ihr Kind einen geeigneten Platz erhält. Die Planung des beruflichen Wiedereinstiegs könnte dadurch erleichtert werden.

und den Einsatz zusätzlicher Arbeitskräfte) und des Gehalts von pädagogischen Fach- und Assistenzkräften. Weitere zentrale Maßnahmen betreffen den Bau und die Finanzierung neuer Einrichtungen und die Ausweitung der Öffnungszeiten (Oberösterreichische Landesregierung, 2022).

Im Jahr 2023 investierte das Land Oberösterreich 154 Mio. Euro (2016: 216,7 Mio. Euro) in den Bereich der Kinderbetreuung. Geplant wurde der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen unterschiedlicher Altersgruppen, konkret von 128 Kindergartenprojekten, 75 Krabbelstuben und 7 Hortprojekten. Im September 2023 wurde eine Mindestöffnungszeit von 47 Wochen festgelegt und die Öffnungszeiten wurden ausgebaut. Zudem sind weitere Bauprojekte von Kindergärten, Krabbelstuben und Horten in Planung (Oberösterreichische Landesregierung, 2023).

Die Arbeiterkammer Oberösterreich formulierte im Kinderbetreuungsatlas 2023 folgende Empfehlungen für die Kinderbetreuung: Die Abschaffung der Elternbeiträge in der Nachmittagsbetreuung (siehe unten) und die Einführung eines zweiten verpflichtenden, kostenlosen Kindergartenjahres für alle Kinder. Zudem wurde ein Rechtsanspruch auf einen qualitätsvollen Betreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr bis zur achten Schulstufe sowie ein bundeseinheitlicher Qualitätsrahmenplan für Krabbelstuben und Kindergärten gefordert. Es sollte eine nachhaltige finanzielle Absicherung der Einrichtungen mit einer verpflichtenden Bedarfserhebung in Gemeinden erfolgen. Weiterhin seien bessere Arbeitsbedingungen und höhere Einkommen für das Personal sowie eine Ausbildungsoffensive zur langfristigen Personalgewinnung notwendig (Arbeiterkammer Oberösterreich, o. J.-a).

Seit 1. Februar 2018 ist die Nachmittagsbetreuung (ab 13 Uhr) in Oberösterreich für Kinder ab dem 30. Lebensmonat kostenpflichtig. Die Einhebung der Elternbeiträge werden in den Budget-Begleitzeiten und der Elternbeitragsverordnung OÖ geregelt. Seit ersten September 2024 gelten neue Tarifbestimmungen für den Elternbeitrag. Diese bemessen sich nun nach dem Familienbruttoeinkommen. Es gibt drei unterschiedliche Tarife, die sich an den Tagen der Nachmittagsbetreuung orientieren (2, 3, oder 5 Wochentage). Der monatliche Mindestbetrag bei einer Betreuung an 5 Tagen pro Woche beläuft sich auf 50 Euro, während der Höchstbetrag mindestens 128 Euro (Krabbelstuben und Kindergärten) bzw. 129 Euro (Schulkinder) betragen darf. Zu beachten ist, dass in diesen Beiträgen das Mittagessen und anfallende Materialkosten noch nicht inkludiert sind (Arbeiterkammer Oberösterreich, o. J.-b).

In Linz gilt ein eigenes Tarifmodell für Nachmittagsbetreuung, dessen Bemessungsgrundlage die Höhe des Haushaltsbruttoeinkommens abzüglich des Familienabsetzbetrages ist. Der Familienabsetzbetrag beträgt für einen Haushalt mit einem Kind 1.914 Euro und zusätzlich 159 Euro für jedes weitere Kind. Der Tarif beträgt 2 Prozent der Bemessungsgrundlage und umfasst fünf Besuchstage. Die Obergrenze der Bemessungsgrundlage ist derzeit mit 3.194 Euro festgelegt; der Elternbeitrag für den Nachmittagstarif ab 13 Uhr kann daher derzeit maximal 70,27 Euro (2 Prozent der Bemessungsgrundlage plus 10 Prozent Mehrwertsteuer) pro Monat betragen (Stadt Linz, o. J.-c). Neben dem Elternbeitrag ist auch der Essensbeitrag sozial gestaffelt und beträgt 1,4 % des Haushaltsbruttoeinkommens der Eltern. Die Untergrenze liegt bei 26,89 Euro pro Monat und die Obergrenze bei 94,12 Euro. Zudem gibt es bei mehreren Kindern eine Geschwisterermäßigung. Der zusätzlich anfallende Materialbeitrag für Werkarbeiten ist unabhängig vom Einkommen und beträgt insgesamt 56 Euro pro Jahr (Stadt Linz, o. J.-c).

Väterkarenz

Die Väterkarenz, durch die – jenseits von Kinderbetreuungseinrichtungen – Müttern eine Erwerbstätigkeit ermöglicht werden kann, hat in Österreich quantitativ weiterhin nur eine marginale Bedeutung. Im Jahr 2022 waren nur 1,1 % der erwerbstätigen Väter mit 0- bis 2-jährigen Kindern in Karenz (Kaindl & Schipfer, 2023, S. 58). In Oberösterreich waren lediglich 0,2 % der erwerbstätigen Männer mit Kindern unter 15 Jahren in Väterkarenz (Kaindl & Schipfer, 2023, S. 62). Das Wiedereinstiegsmonitoring der Arbeiterkammer Österreich zeigt dabei einen Rückgang an der Väterbeteiligung in den letzten Jahren. Waren im Jahr 2017 noch 20,5 % der Kinderbetreuungsgeldbezieher*innen Männer, waren es im Jahr 2021 nur noch 16,7 %. Im Jahr 2021 waren in Österreich von allen Betreuungsgeld beziehenden Eltern nur 3,4 % Männer. In einigen europäischen Ländern liegt dieser Wert für Männer deutlich über 40 % (OECD, 2022). Neben möglichen Effekten der COVID-19-Pandemie könnte vor allem die Einführung des Familienzeitbonus für Männer (FZB) eine Ursache für den Rückgang des Kindergeldbezugs von Männern sein. Der FZB wird für maximal einen Monat gewährt und kann zeitgleich zum Mutterschutz der Partnerin in Anspruch genommen werden. Er verdrängt möglicherweise den länger möglichen Bezug von Kinderbetreuungsgeld (Riesenfelder & Danzer, 2024).

Die Beteiligung von Vätern an einer Kinderauszeit variiert stark nach dem höchsten Bildungsabschluss: Unter den zuvor überwiegend beschäftigten Männern, die sich 2021 in Kinderauszeit befanden, waren 38 % Akademiker und 14 % hatten einen BHS-Abschluss; damit sind diese beiden Gruppen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung (18,1 % Akademiker, 10,8 % mit BHS-Abschluss) überrepräsentiert (Riesenfelder & Danzer, 2024).

Im Jahr 2023 wurden zur Umsetzung einer EU-Richtlinie Änderungen zur Elternkarenz beschlossen, um die Betreuungs- und Pflegeaufgaben gerechter aufzuteilen. Um den vollen Anspruch auf 24 Monate Elternkarenz zu erhalten, müssen nun beide Elternteile mindestens zwei Monate übernehmen. Falls nur ein Elternteil in Karenz geht, reduziert sich der Anspruch auf 22 Monate (Parlament Österreich, 2023).

Dass Männer prinzipiell der Meinung sind, Kinderbetreuung sei wichtig, zeigt eine 2023 durchgeführte, österreichweite Online-Umfrage des Familienbundes mit 668 männlichen Befragten ab 18 Jahren. Dabei gaben 67 % an, dass es „äußerst wichtig“ sei, sich Zeit für sein Kind zu nehmen. Diese Ergebnisse geben Anlass zur Hoffnung, dass sich diese veränderten Einstellungen in Zukunft in den Väterkarenzstatistiken widerspiegeln werden, denn je jünger die befragten Männer, desto eher sahen sie Wichtigkeit darin, nach der Geburt eines Kindes den Beruf zurückzustellen (Familienbund Österreich, 2023). Wie die obigen Daten zum jüngsten Rückgang der Väterbeteiligung jedoch zeigen, ist eine „automatische“ stetige Zunahme der Männerbeteiligung keineswegs garantiert. Hier sind dringend Politikansätze gefragt, die Männer stärker für die Familienarbeit sensibilisieren und in die Pflicht nehmen.

Geschlechtsspezifische Arbeitsmarktsegregation

Der Linzer Arbeitsmarkt ist, wie jener in Österreich insgesamt, von einer starken geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung geprägt und wird von einer geschlechtsspezifischen Segregation in der Bildung unterstützt. Traditionelle Rollenvorstellungen und gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen reproduzieren eine Arbeitsteilung nach Geschlecht. Diese Arbeitsteilung betrifft einerseits die Ungleichverteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Reproduktionsarbeit, andererseits die horizontale Segregation (Ungleichverteilungen der Geschlechter in Branchen, Berufen und Tätigkeitsfeldern) sowie die vertikale Segregation (Ungleichverteilung über Hierarchieebenen) des Arbeitsmarktes. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist nicht zuletzt deswegen für Frauen von Nachteil, weil sie mit anhaltenden Ungleichheiten in Bezug auf die Entlohnung von Männern und Frauen einhergeht (siehe Kapitel „Sozioökonomische Lage“). Durch die Beitragsabhängigkeit der Geldleistungen im österreichischen Sozialversicherungssystem (z. B. Arbeitslosengeld, Krankengeld, Pension) wirkt sich die schlechtere Entlohnung von Frauen auf die soziale Sicherheit entlang ihres gesamten Lebensverlaufs aus.

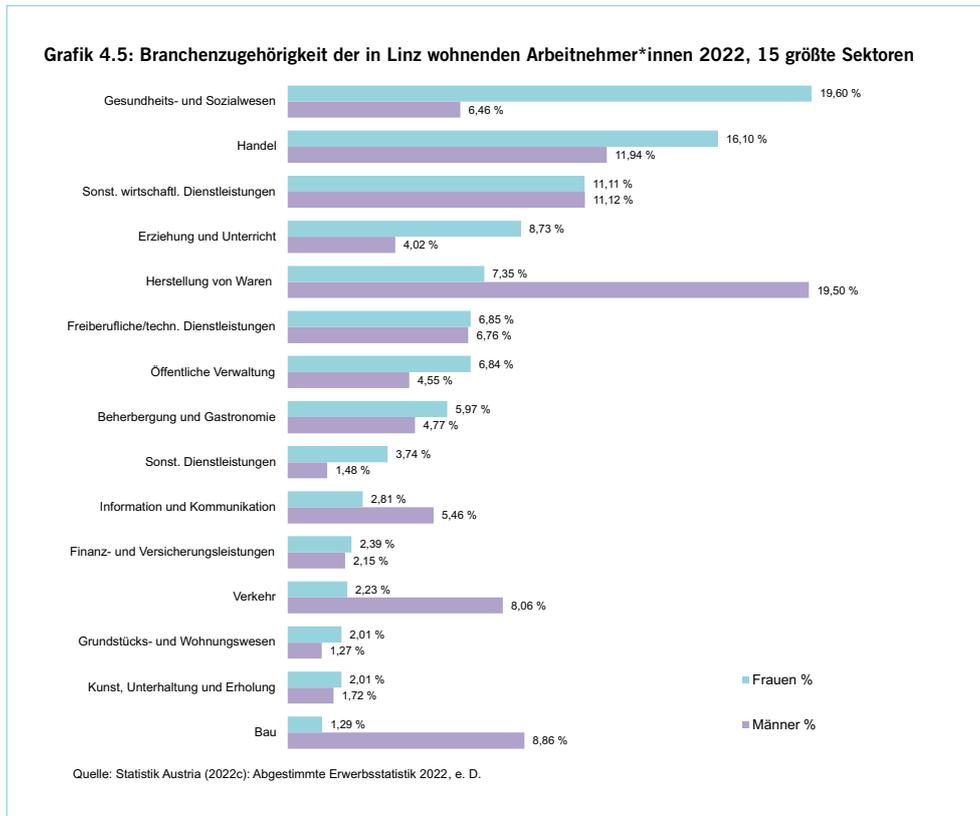
Horizontale Teilung des Arbeitsmarktes

Unter der horizontalen Teilung des Arbeitsmarktes wird verstanden, dass Frauen und Männer tendenziell in unterschiedlichen wirtschaftlichen Sektoren bzw. Branchen tätig sind. Österreichweit arbeiteten im Jahr 2022 85,5 % der erwerbstätigen Frauen, aber nur 57,5 % der erwerbstätigen Männer im Dienstleistungssektor sowie 13,7 % der erwerbstätigen Frauen, jedoch 41,5 % der erwerbstätigen Männer in der Industrie und Gewerbebereich⁵⁰ (Statistik Austria, 2022a, S. 19).

Betrachtet man den Linzer Arbeitsmarkt anhand der Beschäftigung von Frauen und Männern in den verschiedenen Wirtschaftssektoren, zeigt sich ein ähnliches Bild: In der Stadt Linz sind rund 90 % aller erwerbstätigen Frauen, aber nur rund 70 % der Männer im tertiären Sektor (Dienstleistungssektor) beschäftigt (absolut: rund 47.360 Frauen gegenüber rund 41.629 Männern). Im sekundären Sektor (Sachgüterproduktion und Gewerbe) hingegen sind in Linz 9 % aller erwerbstätigen Frauen im Vergleich zu 29 % der erwerbstätigen Männer beschäftigt. Grafik 4.5 zeigt eine detailliertere Aufteilung der Linzer Arbeitnehmer*innen für die 15 größten Sektoren. Die Branchen, in denen mehr Frauen als Männer vertreten sind, sind insbesondere Gesundheits- und Sozialwesen (19,6 %), Handel (16,1 %), Erziehung und Unterricht (8,73 %), öffentliche Verwaltung (6,8 %) sowie Beherbergung und Gastronomie (5,9 %) (Statistik Austria, 2022c).

Im Vergleich zur oberösterreichischen Situation zeigt sich, dass die Frauenbeschäftigung in den Wirtschaftszweigen Industrie und Gewerbe nur in der Landeshauptstadt so niedrig ist, nicht aber im Bundesland. Dort sind immerhin 14,1 % der Frauen in der Produktion beschäftigt (Arbeiterkammer Oberösterreich, 2022, S. 9f.), während in Linz nur 7,3 % der Frauen in diesem Sektor tätig sind (Statistik Austria, 2022c).

⁵⁰ Klassifikation der Wirtschaftsbereiche nach ÖNACE 2008.



Vertikale Teilung des Arbeitsmarktes

Der österreichische Arbeitsmarkt zeichnet sich auch durch eine stark ausgeprägte vertikale Segregation aus. Das bedeutet, dass erwerbstätige Frauen und Männer oft auf unterschiedlichen beruflichen Hierarchieebenen zu finden sind. Führungsfunktionen sind beispielsweise nach wie vor eine Männerdomäne (Hudelist & Haager, 2024).

Im Zeitraum zwischen 2014 und 2024 hat sich der Anteil der Geschäftsführerinnen in den von der Arbeiterkammer Wien analysierten österreichweiten Top-200-Unternehmen⁵¹ von nur 5,6 auf 12,2 % erhöht. Der Frauenanteil variiert allerdings mit dem Wirtschaftsbereich der Unternehmen. Die höchsten Frauenanteile bei den Geschäftsführungspositionen wurden im letzten Jahrzehnt im Dienstleistungssektor gezählt. Allerdings kam es zwischen 2019 und 2022 zu einem deutlichen Rückgang der Geschäftsführerinnen, deren Anteil sich im Jahr 2024 bei 16 % einpendelt. Dafür holten weibliche Geschäftsführungen in der Finanzbranche auf: im Jahr 2024 betrug ihr Anteil 19,4 %. Die größten Zuwächse gab es im Bereich Handel. Zwischen 2015 und 2018 stieg der Frauenanteil um 6,7 Prozentpunkte, 2024 liegt der Frauenanteil in der Geschäftsführung bei 11,1 %. Bei den Aufsichtsratspositionen hat sich der Frauenanteil in den analysierten Top-200-Unternehmen über alle Sektoren von 18,5 % (2018) auf 26,8 % (2024) erhöht (siehe Tabelle 4.4 für die Jahre 2022–24) (Hudelist & Haager, 2024).

51 Das sind die 200 umsatzstärksten Unternehmen Österreichs, die über einen Aufsichtsrat verfügen.

Zur Besetzung von Aufsichtsräten ist am 1. Jänner 2018 das Gesetz zur „Frauenquote“ (Mindestanteilsgebot) in Kraft getreten. Konkret legt das Gesetz fest, dass der Aufsichtsrat börsennotierter Gesellschaften und Unternehmen mit mehr als 1.000 MitarbeiterInnen fortan aus mindestens 30 % Frauen und mindestens 30 % Männern bestehen muss, sofern der Aufsichtsrat aus mindestens sechs Mitgliedern und die Belegschaft aus mindestens 20 % Arbeitnehmerinnen und 20 % Arbeitnehmern besteht (§ 7 Art. 1 GFMA-G). Die quotenpflichtigen Unternehmen haben ihr Soll im Jahr 2020 erreicht; jedoch zeigt sich in Tabelle 4.4, dass viele Unternehmen insbesondere in Handel und Industrie nicht unter die Quotenregelung fallen (mit Frauenanteilen deutlich unter 30 %). Dennoch ist die Quotenregelung offensichtlich ein wirksames Instrument, denn der Frauenanteil hat sich in den analysierten Top-200-Unternehmen binnen 6 Jahren von 18,5 % (2018) auf 26,8 % (2024) deutlich erhöht. Es ist höchste Zeit, die bestehenden Kriterien auf Geschäftsführungen auszudehnen und die Frauenquote anzuheben, da ein Ziel von 30 % wenig ambitioniert ist. Zudem wird Österreich durch die EU-Richtlinie 2022/2381 verpflichtet, bis 2026 einen Mindestanteil von Frauen sicherzustellen: entweder 40 % in Aufsichtsräten oder 33 % in Aufsichtsräten und Geschäftsführungen (Hudelist & Haager, 2024).

Tabelle 4.4: Frauenanteile in Geschäftsführung und Aufsichtsrat nach Sektoren in Österreich

Sektoren	Geschäftsführung			Aufsichtsrat		
	2022	2023	2024	2022	2023	2024
Finanz	15,2 %	15,7 %	19,3 %	30,5 %	32,2 %	33,9 %
Dienstleistung	10,4 %	14,0 %	16,0 %	32,2 %	34,1 %	33,8 %
Handel	9,1 %	11,9 %	11,1 %	14,6 %	15,2 %	16,5 %
Industrie	5,1 %	6,4 %	7,7 %	20,7 %	21,3 %	23,1 %
Top 200*	8,9 %	10,5 %	12,2 %	24,7 %	25,5 %	26,8 %

Quelle: Hudelist & Haager (2024), Frauen.Management.Report (S29, S33), e. D.
* Die 200 umsatzstärksten Unternehmen Österreichs

Leider gibt es keine aktuellen Daten zur vertikalen Segregation von Frauen in Linzer Betrieben.⁵² Wie der Evaluierungsbericht des Programmes „Gleiche Chancen – Gleiche Rechte II“ des öffentlichen Sektors jedoch zeigt, ist Teilzeit ein wesentliches Hemmnis bei der Führungskräfteentwicklung (Gleichbehandlungsbeauftragte Linz, 2020).

⁵² Für Unternehmen der Stadt Linz sind Daten für 2018 aus einer Evaluierung des Frauenförder- und Gleichstellungsprogrammes II zugänglich (Gleichbehandlungsbeauftragte Linz, 2020). Diese unterscheiden sich jedoch nicht wesentlich von den im 2. Linzer Frauenbericht dargestellten Daten und werden daher hier nicht wiederholt.

Lücken

- Es fehlen detaillierte Daten zu prekär bzw. atypisch beschäftigten Arbeitnehmer*innen (Anzahl und Dauer prekärer Beschäftigungen) nach Herkunft und familiärem Status.
- Eine Aktualisierung der Daten zu beruflichen Laufbahnen und Karrieren von Frauen in privatwirtschaftlichen Linzer Betrieben ist erforderlich (letzte Erhebung 2001).
- Daten zur Beschäftigung von Frauen mit Behinderungen sowie über die Erfüllung der Beschäftigungsquote von Menschen nach dem Behinderteneinstellungsgesetz fehlen für Linz.
- Regelmäßige Erhebungen des Bedarfs an Kleinkinderbetreuung auf Gemeindeebene sind wünschenswert.
- Es fehlen Daten zur Erwerbstätigkeit von Linzer Müttern mit Kindern in institutionellen Betreuungseinrichtungen.
- Linzspezifische Daten über die Öffnungszeiten der Kindergärten (nach Stadtteilen) fehlen.

Trends

Erwerbsbeteiligung

- 2023 sind 48,4 % der unselbstständig Erwerbstätigen in Linz weiblich.
- Teilzeitarbeit ist auch in Linz weiblich: Im Jahr 2022 sind insgesamt rund 51,3 % aller erwerbstätigen Frauen teilzeitbeschäftigt; die Teilzeitquote der Linzerinnen ist jedoch um 6,3 Prozentpunkte niedriger als jene in Oberösterreich gesamt.
- Die Arbeitsmarktintegration (Erwerbsquote) von Frauen in Linz ist im Jahr 2023 mit 78,9 % niedriger als der oberösterreichische Durchschnitt mit 80,6 % – bei einer niedrigeren Teilzeitquote bei den Linzerinnen.

Kinderbetreuung

- Die Linzer Betreuungsquote von Kindern im Alter von 3 bis 9 Jahren ist verglichen mit der gesamtösterreichischen (ohne Wien) gut. Bei anderen Altersgruppen lassen sich jedoch einige Schwachstellen erkennen.
- Die Betreuung (insbesondere VIF-konforme Betreuung) von Kindern zwischen 0 und 2 Jahren liegt im österreichischen und noch stärker im europäischen Vergleich zurück und hat Verbesserungsbedarf. Sie könnte ein Erklärungsfaktor für die verhältnismäßig hohen Unterschiede zwischen Männern und Frauen bei Teilzeitarbeit und der Erwerbsbeteiligung sein.
- Lücken in der Kinderbetreuung schränken die Chancen der Erwerbsbeteiligung vieler Frauen nach wie vor stark ein.

Arbeitsmarktsituation

- Der Arbeitsmarkt in Linz ist – wie überall in Österreich – von einer deutlichen horizontalen und vertikalen Segregation geprägt.
- Rund 90 % aller unselbstständig erwerbstätigen Frauen arbeiten in Linz im tertiären Sektor (Dienstleistungssektor) gegenüber rund 70 % der Männer.
- Nur rund 9 % aller Frauen arbeiten in Linz im sekundären Sektor (Produktionssektor) gegenüber rund 29 % der Männer.
- Führungsfunktionen sind nach wie vor eine Männerdomäne.

Diskussion und Reflexion des Status quo

Die Erwerbsquote der in Linz wohnhaften Frauen liegt im oberösterreichischen Durchschnitt und die Frauenerwerbsquoten in Oberösterreich im österreichischen Mittelfeld. Gemäß dem österreichischen Trend steigt die Teilzeitbeschäftigung von Frauen kontinuierlich an. In Linz ist der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen vergleichbar mit anderen Landeshauptstädten, aber niedriger als im Landesdurchschnitt. Dies mag auf bessere Erwerbsmöglichkeiten (beispielsweise im in der Stadt größeren Dienstleistungssektor) oder auf ein besseres institutionelles Kinder- und Altenbetreuungsangebot zurückführbar sein. Die deutliche Mehrheit der erwerbstätigen, in Linz gemeldeten Frauen ist im Dienstleistungssektor beschäftigt. Diese Arbeitnehmerinnen profitierten während der letzten Jahre vom Beschäftigungswachstum im Handel und im Gesundheits- und Sozialwesen.

Trotz der zunehmenden Erwerbspartizipation und der höheren Qualifikationen sind Frauen in Führungspositionen immer noch stark unterrepräsentiert. Daten für Linz fehlen hier leider. Wie der Evaluierungsbericht des Programmes „Gleiche Chancen – Gleiche Rechte II“ des öffentlichen Sektors zeigt, ist Teilzeit ein wesentliches Hemmnis bei der Führungskräfteentwicklung (Gleichbehandlungsbeauftragte Linz, 2020). Neben Maßnahmen, die eine Umverteilung der unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern anstreben, sollten hier verstärkt neue Maßnahmen, wie eine Arbeitszeitreduktion, propagiert werden.

Mangelhafte Kinderbetreuung als Barriere beim Zugang zum Arbeitsmarkt

Die flächendeckende Versorgung mit Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche bis 15 Jahre – bezogen auf die örtliche Lage sowie ihre Öffnungszeiten – ist eine Grundvoraussetzung für die Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Kinderbetreuungspflichten. Dies betrifft in Linz (wie auch in Österreich insgesamt) nach wie vor überwiegend Frauen.

Der allgemeine Grad an vorschulischer und schulischer Kinderbetreuung ist in Linz im österreichweiten und insbesondere im europäischen Vergleich – stark ausbaufähig. Mannigfaltige Versorgungslücken, insbesondere im Bereich der 0- bis 2-Jährigen, verhindern den Zugang zu Beschäftigung für viele Frauen bzw. schränken ihn stark ein. Ein Grund dafür ist, dass sich das gesamte Kinderbetreuungsangebot den Veränderungen der Gesellschaft, des Arbeitsmarktes und der Lebensvorstellungen bzw. Lebensnotwendigkeiten noch nicht ausreichend angepasst hat. Eine Elternbefragung zeigte beispielsweise, dass es vor allem in kleineren Gemeinden Probleme mit dem Platzangebot sowie passenden Öffnungszeiten gibt (Arbeiterkammer Linz, 2018). Diese

Probleme erschweren die Planung des Erwerbseinstiegs nach der Karenz. Aufgrund rechtlicher Bestimmungen – für einen Krabbelstufenplatz in Linz ist eine Beschäftigung von mindestens 20 Stunden nachzuweisen – ist z. B. die Aufnahme einer Erwerbsarbeit für Frauen mit mehreren Kindern nicht möglich, wenn sie gerne weniger als 20 Wochenstunden arbeiten würden. Dies betrifft oft auch Frauen mit Migrationshintergrund, die im Durchschnitt mehr Kinder als gebürtige Österreicherinnen bekommen, vor allem auch in jüngeren Jahren (Bundeskanzleramt, o. J., S. 326). Verbesserungsbedarf gibt es auch für jene erwerbstätigen Frauen (und Männer) mit Kinderbetreuungspflichten, die unregelmäßige und sogenannte untypische Arbeitszeiten haben, was für viele der erwerbstätigen Frauen der Fall ist. Dies betrifft in gleichem Maße die vorschulische und schulbegleitende Kinderbetreuung, etwa im Bereich der täglichen Öffnungszeiten sowie der Schließtage, insbesondere während der Ferien.

Besonders schwierig ist die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung, wenn mehrere Kinder zu versorgen sind. In diesen Fällen ist es nahezu unmöglich, rasch nach der Geburt der Kinder wieder voll erwerbstätig zu sein, da das Betreuungsangebot erst für Kinder von 3 bis 5 Jahren zufriedenstellend ist. Dass das Betreuungsangebot bei den 3- bis 5-Jährigen höher ist als bei den 0- bis 2-Jährigen, liegt auch an der jeweiligen Nachfrage. Hier wirkt das Festhalten an traditionellen Rollenvorstellungen daran mit, die strukturellen Benachteiligungen zu reproduzieren. Zum Beispiel stimmten 2014 rund 42 % der österreichischen Befragten in einer Untersuchung über Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit in verschiedenen Ländern der Aussage „Ein Kind im Vorschulalter leidet wahrscheinlich unter der Berufstätigkeit seiner Mutter“ zu (Buber-Ennser & Pabova, 2014). Die aktuellste Befragung zeigt einen Rückgang dieser Einstellung, aber in ungleichem Ausmaß: Während nur 25 % der befragten Frauen der obigen Aussage zustimmten, liegt die Zustimmung unter befragten Männern bei 40 % (Schmidt & Neuwirth, 2023).

Jedenfalls verlassen nach einer Geburt in der Regel nach wie vor die Frauen den Arbeitsmarkt, um die Kinderbetreuung zu übernehmen (Buh, 2023). So sind ca. 2/3 aller Österreicherinnen mit einem Kind unter 3 Jahre entweder in Mutterschutz, in Karenz oder nicht erwerbstätig (Neuwirth & Wurm, 2024). Außerdem bleiben die Teilzeitquoten von Frauen in Österreich auch lange nach dem Vorschulalter der jüngsten Kinder hoch. Die neusten verfügbaren Daten (Neuwirth & Wurm, 2024) zeigen, dass Erwerbsstunden von Frauen mit dem zunehmenden Alter der Kinder tendenziell erhöht werden. Mit Kindern zwischen 3 und 6 Jahren arbeitet etwa die Hälfte der Frauen 20 Stunden oder weniger, mit jüngstem Kind zwischen 15 und 24 Jahren arbeiten mehr als drei Viertel der Frauen mehr als 20 Stunden, was immer noch deutlich unter dem Erwerbsumfang von Frauen ohne Kinder liegt. Bemerkenswert ist auch, dass Männer in heterosexuellen Beziehungen mit Kindern selten ihr Arbeitsausmaß reduzieren. Vollzeitbeschäftigung ist hier die Regel, so dass 4 von 5 Vätern in dieser Lebensphase mehr als 36 Wochenstunden arbeiten. Väter tendieren nach der Geburt eines Kindes sogar dazu, Überstunden zu machen (Neuwirth & Wurm, 2023).

Zusammenfassend lässt sich auch in den neuesten Daten der langjährige Trend feststellen, dass vor allem Frauen in heterosexuellen Beziehungen mit Kindern in Karenz gehen und ihr Erwerbsummaß langfristig reduzieren. Bei Männern hingegen ist der häufigste Grund für Teilzeitbeschäftigung eine Aus- und Weiterbildung.

Teilung des Arbeitsmarktes

Um die auch für Linz charakteristische Teilung des Arbeitsmarktes – horizontal wie vertikal – nachhaltig aufzubrechen, ist ein ehrlicher politischer Wille zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit Voraussetzung. Ein deutliches Signal hierfür könnte die Koppelung der öffentlichen Auftragsvergabe und Wirtschaftsförderung durch die Stadt Linz an betriebliche Gleichstellungsstandards und -maßnahmen sein (Papouschek et al., 2009). Die Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie faire Stellenbesetzung und Karriere- und Personalentwicklung könnten dafür als betriebliche Gleichstellungsstandards für die öffentliche Auftragsvergabe herangezogen werden. Neben der Geschlechterdimension sollten hier aber auch andere soziale Merkmale wie Herkunft, Beeinträchtigungen oder Alter systematisch berücksichtigt werden.

Eine derartig veränderte Auftragsvergabepolitik könnte dazu beitragen, betriebliche Strukturen, Arbeitsorganisationen und Karrieremodelle zu verändern (Acker, 1990). Das würde nicht nur der Förderung der Geschlechtergerechtigkeit dienen, sondern ist angesichts der zunehmenden Alterung der erwerbstätigen Bevölkerung und der wachsenden gesundheitlichen Belastungen von Arbeitnehmer*innen – insbesondere auch seit der COVID-19-Pandemie, siehe auch Kapitel 6 – ein Gebot der Stunde.

Zudem müssten deutliche Anstrengungen unternommen werden, um die im Vergleich zum Dienstleistungssektor tendenziell besser bezahlten technischen Berufsfelder für Frauen zugänglicher zu machen. Dies erfordert ein nachhaltiges Einwirken auf die Berufswahl ebenso wie ein Einwirken auf die Personalverantwortlichen in den Unternehmen.

Ausblick: Maßnahmen und Möglichkeiten

- Schließen der Datenlücken und regelmäßige Veröffentlichung der arbeitsmarktspezifischen Daten
- Umfassende Adaptierung/Flexibilisierung der vorschulischen und schulischen Kinderbetreuungsangebote (zeitlich, örtlich) an die diversen Bedürfnisse der Eltern und Kinder
- Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten für Kinder im Alter von 0 bis 2 Jahren und 6 bis 9 Jahren nach VIF-Kriterien; insbesondere Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten zu Tageszeiten außerhalb der „Norm“ bzw. in den Ferien
- Zudem sind o. g. wichtige Forderungen der AK OÖ zu betonen: ein zweites verpflichtendes, kostenloses Kindergartenjahr, ein Rechtsanspruch auf einen (qualitätsvollen) Betreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr bis zur achten Schulstufe (also eine Ausweitung der Versorgungsgarantie). Gleichzeitig sollten die Arbeitsbedingungen und das Einkommen verbessert und die Ausbildungssituation im Pädagogikbereich verbessert werden.
- Setzung von Anreizen für die partner*innenschaftliche Teilung der Karenz, um Männer stärker in die Kinderbetreuung einzubinden, z. B. durch proportional ansteigende Kindergeldleistungen und Karenzzeit, je mehr Karenzzeit von den Vätern übernommen wird. Alternativ können Vätern Anspruch auf längere Karenzzeit erhalten, der verfällt, wenn er nicht genutzt wird.
- Begleitung dieser Maßnahmen durch Bildungsoffensiven, Imagekampagnen oder Kooperationen mit Unternehmen mit dem Ziel, Männer stärker in die Sorge- und Betreuungsarbeit einzubinden

- Jenseits dieser Maßnahmen sind auch oft die Rahmenbedingungen für eine gerechte Aufteilung der Sorgearbeit hinderlich. Neben einer Reduktion der Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern (siehe Kapitel 5) würden auch eine Reduktion der Vollzeitarbeitszeit sowie die Möglichkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens potentiell mehr Zeitressourcen für eine ausgeglichene und gerechte Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit ermöglichen (Weeks, 2020).
- Imagekampagnen zum Aufbrechen von Geschlechterstereotypen in der Arbeitswelt; Sichtbarmachung von Role-Models
- Koppelung der öffentlichen Auftragsvergabe und Wirtschaftsförderung an Gleichstellungsstandards und -maßnahmen unter Berücksichtigung sozialer Merkmale wie Geschlecht, Alter, Herkunft, Behinderungen – dadurch Schaffung von Anreizen zu Veränderungen in der Wirtschaft (etwa neue Arbeitszeitmodelle, qualifizierte Teilzeitjobs, Quoten auf Führungsebenen)
- Aufklärungskampagnen (Schulen, Berufsschulen, Universitäten) über die Folgen von Teilzeitarbeit und langen Erwerbspausen für Einkommensprofile und Pensionen
- Teilzeitbeschäftigung sollte kein Ausschlusskriterium für langfristige Führungspositionen sein. Bei jeder nachzubesetzenden Führungsfunktion ist vor der Ausschreibung zu prüfen, ob diese auch in Teilzeitarbeit ausgeübt werden kann (Gleichbehandlungsbeauftragte Linz, 2020).
- Mentoringprogramme für diverse Zielgruppen von erwerbstätigen Frauen
- Intensivierung von Arbeitsmarktaktivierungsmaßnahmen sowie Qualifikations- und Weiterbildungsmaßnahmen (inkl. finanzieller Absicherung) für Frauen mit Migrationshintergrund
- Aktive Umsetzung des Frauenförder- und Gleichstellungsprogramms II der Stadt Linz
- Imagekampagnen und lohnpolitische Maßnahmen zur Aufwertung von typischen Frauenberufen (z. B. Krankenpflege, Sozialarbeit, Pädagogik)
- Eine schrittweise Arbeitszeitverkürzung als wichtiger Schritt in Richtung einer gerechteren Verteilung von unbezahlter Haus- und Sorgearbeit, die derzeit noch größtenteils von Frauen gestemmt wird

Quellen

- Acker, Joan. (1990). Hierarchies, Jobs, Bodies: A Theory of Gendered Organizations. *Gender and Society*, 4(2), 139–158.
- Arbeiterkammer Linz. (2022). Kind oder Berufstätigkeit? Wenn (potentielle) Eltern diskriminiert werden [Pressekonferenz]. Arbeiterkammer Oberösterreich. https://ooe.arbeiterkammer.at/service/presse/PKU_2022_12-05-Elternbefragung.pdf
- Arbeiterkammer Oberösterreich (2018): AK-Elternbefragung: Wohin mit meinem Kind? Unterlagen der Pressekonferenz vom 28.2.2018. https://media.arbeiterkammer.at/ooe/presseunterlagen/2018/PKU_2018_Elternbefragung_Kinderbetreuung_28.02.pdf
- Arbeiterkammer Oberösterreich. (2022). Frauenmonitor 2022. Arbeiterkammer OÖ. Die Lage der Frauen in Oberösterreich. https://ooe.arbeiterkammer.at/service/infosundzeitschriften/frauenmonitor/KOM_2022_Frauenmonitor_2022.pdf
- Arbeiterkammer Oberösterreich. (o. J.-a). AKOÖ Kinderbetreuungsatlas 2023. Arbeiterkammer Oberösterreich. https://ooe.arbeiterkammer.at/beratung/berufundfamilie/kinderbetreuung/AKOOe_Kinderbetreuungsatlas.html
- Arbeiterkammer Oberösterreich. (o. J.-b). Kinderbetreuungsgesetz. Arbeiterkammer Oberösterreich. <https://ooe.arbeiterkammer.at/beratung/berufundfamilie/kinderbetreuung/Kinderbetreuungsgesetz.html>
- Arbeitsmarktservice Oberösterreich. (o. J.). AMS I Arbeitsmarktprofile 2023 Linz. http://www.arbeitsmarktprofile.at/409/teil_05.html
- Böhm, Renate, & Buchinger, Birgit. (2011). Erster Linzer Frauenbericht. Magistrat der Stadt Linz, Frauenbüro. <https://www.linz.at/images/files/1-Frauenbericht.pdf>
- Buber-Ennsner, Isabella, & Pabova, Ralina. (2014). Attitudes towards parental employment across Europe, in Australia and in Japan. Vienna Institute of Demography Working Papers 5/2014. https://www.oew.ac.at/fileadmin/subsites/Institute/VID/PDF/Publications/Working_Papers/WP2014_05.pdf
- Buh, Brian. (2023). Employment status of working-age couples. In Norbert Neuwirth, Isabella Buber-Ennsner, & Beat Fux (Hrsg.), *Families in Austria: Partnerships, fertility intentions and economic situation in challenging times*. Generations and Gender Program. 10.25365/phaidra.449
- Bundeskanzleramt. (o. J.). Frauenbericht 2010. Bericht betreffend die Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008. 2010.
- Bundeskanzleramt & Statistik Austria. (2023). Statistik über die elementare Bildung und das Hortwesen. Bundesanstalt Statistik Österreich. https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/KTH-2022-23.pdf
- Bundeskanzleramt & Statistik Austria. (2024). Statistiken zur elementaren Bildung 2023/24 – Monitoring-Bericht [Monitoring-Bericht]. Bundesanstalt Statistik Österreich. https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/KTH-Monitoring-Bericht_2022-23_barrierefrei.pdf
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung. (o. J.). Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG. Bundesministerium Bildung, Wissenschaft und Forschung. https://www.bmbwf.gv.at/Themen/ep/v_15a.html
- Deindl, Raphael. (2024). Familialismus reloaded? Zum Wandel von Wohlfahrtsstaat und Familie in Österreich. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 49(3), 357–376. <https://doi.org/10.1007/s11614-024-00576-0>
- Eurostat. (2024). Children in formal childcare or education by age group and duration – % over the population of each age group [Dataset].
- Familienbund Österreich. (2023). Was sich Väter wünschen. Online-Umfrage 2023. Ergebnisse und Analyse. https://www.familienbund.at/cms/fileadmin/Broschueren/VB_Umfrage_Broschuere.pdf
- Gleichbehandlungsbeauftragte Linz. (2020). Gleiche Rechte – Gleiche Chancen. 2020–2025. UGL-weites Frauenförder- und Gleichstellungsprogramm. <https://ars.electronica.art/about/files/2022/04/gleichrechte.pdf>
- Goldin, Claudia. (2014). A Grand Gender Convergence: Its Last Chapter. *American Economic Review*, 104(4), 1091–1119. <https://doi.org/10.1257/aer.104.4.1091>
- Hudelist, Simone, & Haager, Theresa. (2024). Frauen.Management.Report.2024. Lichtblicke ohne Leuchttürme. Arbeiterkammer Wien. <https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitssoziales/frauen/Frauen.Management.Report.2024.pdf>
- Kaindl, Markus, & Schipfer, Rudolf Karl. (2023). Familien in Zahlen 2023: Statistische Informationen zu Familien in Österreich (S. 5026724 b) [Application/pdf]. University of Vienna. Project: Family Studies in Austria. <https://phaidra.univie.ac.at/o:2040075>
- Neuwirth, Norbert, & Wurm, Lorenz. (2024). Erwerbstätigkeit im Paarkontext. Beziehungsweise, 5.
- Oberösterreichische Landesregierung. (2022). Gemeinsamer Pakt für das Kinderland OÖ. Mehr Gehalt, kleinere Gruppen und weitere spürbare Verbesserungen. [Information zur Pressekonferenz]. https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/LK/PK_20Unterlage_20Gemeinsamer_20Pakt_20f_20C3_20BCr_20das_20Kinderland_200_20C3_2096_Internet.pdf
- Oberösterreichische Landesregierung. (2023). Kinderland Nr. 1 nimmt Fahrt auf! Mehr Kinder, mehr Gruppen im Kindergartenjahr 2022/2023 [Information zur Pressekonferenz]. https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/LK/PK_LH-Stv.in._20Mag.a_20Haberlander_27062023_Internet.pdf
- Oberösterreichischer Landesrechnungshof. (2017). System der Kinderbetreuung im Vorschulalter (LRH-Bericht Initiativprüfung No. LRH-100000-31/11-2017-FU). https://www.lrh-ooe.at/Mediendateien/Berichte2017/IP_Kinderbetreuung_Bericht_signed.pdf

- OECD. (2022). PF2.2: Parents' use of childbirth-related leave. <https://www.oecd.org/els/family/pf2-2-use-childbirth-leave.pdf>
- ORF. (2023, Dezember 27). Kinderbetreuung: Österreich hinkt trotz Rekords hinterher. news.ORF.at. <https://orf.at/stories/3344051/>
- Österreichischer Städtebund. (2023). Österreichs Städte in Zahlen – 2023 (Städte in Zahlen). <https://www.staedtebund.gv.at/ePaper-oestiz/oestiz-2023/#p=43>
- Papuschek, Ulrike, Haidinger, Bettina, & Schönauer, Annika. (2009). Koppelung von Wirtschaftsförderung und öffentlicher Auftragsvergabe an betriebliche Gleichstellungsmaßnahmen (No. 37). Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. <https://www.zeitschriftwiso.at/index.php?elD=dumpFile&t=f&f=941&token=c794d89c2e03019e2eee441f8f8226aaaa5cb52d>
- Parlament Österreich. (2023). Bundesrat genehmigt neue Regelungen zur Elternkarenz und Auslaufen der geblockten Altersteilzeit (PK1015/05.10.2023) | Parlament Österreich. https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2023/pk1015#XXVII_A_03478
- Rat der Europäischen Union. (2022). Empfehlung des Rates zur frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung. <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14785-2022-INIT/de/pdf>
- Riesenfelder, Andreas, & Danzer, Lisa. (2024). Wiedereinstiegsmonitoring 2024. Kontinuitäten, Trendbrüche und Nachwirkungen der Covid-Krise. Arbeiterkammer Wien. https://forschungsnetzwerk.ams.at/dam/jcr:3c691acb-e31a-4209-8d53-810891b19740/2024-AK_Wien-LuR-Wiedereinstiegsmonitoring_2024.pdf
- Schmidt, Eva-Maria, & Neuwirth, Norbert. (2023). Do children suffer if their mother's work? In Norbert Neuwirth, Isabella Buber-Ennser, & Beat Fux (Hrsg.), Families in Austria: Partnerships, fertility intentions and economic situation in challenging times (S 49). Generations and Gender Program. 10.25365/phaidra.449
- Stadt Linz. (o. J.-a). Allgemeine Informationen der Krabbelstuben. Stadt Linz. https://www.linz.at/serviceguide/viewchapter.php?chapter_id=122078
- Stadt Linz. (o. J.-b). Flexible Kinderbetreuungseinrichtungen. Stadt Linz. <https://www.linz.at/soziales/89700.php>
- Stadt Linz. (o. J.-c). Tarife der Kindergärten. Stadt Linz. https://www.linz.at/serviceguide/viewchapter.php?chapter_id=122352
- Statistik Austria (2012): Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ad-hoc-Modul der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2010. http://www.forba.at/data/downloads/file/605-Hirschbichler_13Maerz2012.pdf.
- Statistik Austria. (2022a). Arbeitsmarktstatistiken 2022. https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/Arbeitsmarktstatistiken-2022_Web-barrierefrei.pdf
- Statistik Austria. (2022b). Teilzeiterwerbstätig (ILO) nach Grund für Teilzeitarbeit, Alter und Geschlecht – Jahresdurchschnitt 2022 [Dataset]. https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://www.statistik.at/fileadmin/pages/360/Tab4_teilzeiterwerbstaetige_nach_grund_alter_geschlecht.ods&ved=2ahUKewjV_cDMsbilAxWlov0HHRSDdh0QFnoECBMQAQ&usq=AOvVaw3-cJI-gZCFAPts3flpdTse
- Statistik Austria. (2022c). Abgestimmte Erwerbsstatistik 2022 [Dataset]. STATcube-Statistische Datenbank von STATISTIK AUSTRIA; Geschlecht nach Personen, Jahr und ÖNACE 2008 der Arbeitsstätte (Ebene +4) nach Wohnort – Gebietsstand 2022 (Ebene +1)
- Statistik Austria. (2023a). 08_Familien_Erwerbstaetigkeit_2023 [Dataset]. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/258/08_Familien_Erwerbstaetigkeit_2023.ods
- Statistik Austria. (2023b). Bildung in Zahlen 2022/2023.
- Statistik Austria. (2024). Erwerbstätigkeit. Statistik Austria. <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/gender-statistiken/erwerbstaetigkeit>
- Statistik Austria. (o. J.-a). Gender-Statistik Erwerbstätigkeit. Bundesanstalt Statistik Österreich. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/360/Infotext_Gender-Statistik_Erwerbstaetigkeit.pdf
- Statistik Austria. (o. J.-b). Infotext_GenderStatistik_Armuts_und_Ausgrenzungsgefaehrdung.pdf. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/364/Infotext_GenderStatistik_Armuts_und_Ausgrenzungsgefaehrdung.pdf
- Statistik Austria. (2023b). Zeitverwendung 2021/22 – Ergebnisse der Zeitverwendungserhebung.
- Weeks, Kathi. (2020). Anti/Postwork Feminist Politics and A Case for Basic Income. tripleC: Communication, Capitalism & Critique. Open Access Journal for a Global Sustainable Information Society, 575–594. <https://doi.org/10.31269/triplec.v18i2.1174>

Kapitel 5

Sozioökonomische Lage

Lebensunterhalt

Einkommen

Erwerbsarbeitslosigkeit

Sozialtransfers

Niedriglohnbeschäftigung

Armut

EinBlick

Trotz erheblicher Fortschritte, z. B. im Bildungsbereich (siehe Kapitel 3) bestehen nach wie vor gesellschaftliche Ungleichheiten, die sich negativ auf die wirtschaftliche Situation von Frauen auswirken. Wie wir in Kapitel 4 sehen konnten, sind Frauen in Österreich seltener Vollzeit erwerbstätig und übernehmen in der Regel den Großteil unbezahlter Haus- und Betreuungsarbeit, wobei die ungleiche Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit strukturelle Benachteiligungen reproduziert. Traditionelle Geschlechterrollen bestehen in Österreich weiter fort, auch wenn zuletzt in einer Umfrage nur eine von acht Personen angab, dass es für Männer wichtiger sei, einen Job zu haben als für Frauen, und nur 27 % meinten, dass Heim und Kinder für Frauen eine größere Bedeutung hätten als für Männer (Setz, 2023).

Frauenarbeit wird schlechter bezahlt

Die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, bei der Frauen den größten Teil der Sorgearbeit übernehmen, wird durch zahlreiche gesamtgesellschaftliche, rechtliche und ökonomische Rahmenbedingungen gestützt. Ein wesentlicher Faktor ist die geringere Entlohnung von Frauen im Vergleich zu Männern, da die Übernahme der Karenzzeit durch den schlechter verdienenden Elternteil für viele Familien eine finanzielle Notwendigkeit darstellt.

Der Gender Pay Gap ist in Österreich besonders stark ausgeprägt. Im EU-27-Ranking lag Österreich im Jahr 2022 mit einem Gender Pay Gap – gemessen als Unterschied der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste von Männern und Frauen in Prozent der Männerverdienste – von 18,4 % an zweitletzter Stelle.⁵³ Nur in Estland war der Gender Pay Gap noch größer (Eurostat, o. J.). In Österreich steigen Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern mit dem Alter an und haben große Auswirkungen auf deren Pensionen. Im Durchschnitt waren im Jahr 2022 die Pensionen österreichischer Frauen um 41,1 % niedriger als jene der österreichischen Männer. Pensionsunterschiede sind unter anderem auf die hohe Teilzeitquote der Frauen in Österreich – die zweithöchste in der EU – zurückzuführen, die wiederum damit zusammenhängt, dass österreichische Frauen den Großteil unbezahlter Haushalts- und Sorgearbeit leisten (Statistik Austria, 2024a, Kapitel 4). Das Aufholen der Frauen im Bereich der Bildung spiegelt sich für viele bislang nicht auf finanzieller Ebene wider. Selbst besser qualifizierten Frauen gelingt es nicht immer, ihren Bildungsabschlüssen entsprechende Karrieren oder Entgelte zu realisieren. So bestehen deutliche Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen bei allen Bildungsabschlüssen. Besonders hoch waren diese im Jahr 2020 bei Universitäts-/FH-Abschlüssen (31 %), Matura (34 %) und Lehrabschlüssen (40 %), jeweils gemessen am Median-Jahreseinkommen. Berücksichtigt man nur die Einkommen von vollzeitbeschäftigten Frauen und Männern, so lagen die Einkommensunterschiede bei diesen Bildungsabschlüssen bei 24,5 %, 21,9 % und 22,4 % (Achleitner, 2022). Für die beschriebenen Diskrepanzen ist unter anderem die nach wie vor existierende „vertikale Teilung“ des Arbeitsmarktes (d. h. die Ungleichverteilung der Geschlechter auf verschiedenen Hierarchieebenen) verantwortlich.

Sofern geschlechtsspezifische Bildungs- und Berufswege, Arbeitsmarktsegregation sowie Diskriminierung bestehen bleiben und hohe Einkommensdifferenzen statt einer solidarischen Lohnpolitik dominieren, ist nicht zu erwarten, dass sich die Einkommenssituation von Frauen in Österreich in den kommenden Jahren wesentlich verbessern wird.

⁵³ Hierbei ist anzumerken, dass der Gender Pay Gap in Österreich im Vergleich zu 2016 um ca. 1,7 Prozentpunkte gesunken ist (2016: 20,1 %). Dabei ist Österreich im EU-Vergleich vom fünftletzten Platz im Jahr 2016 auf den zweitletzten Platz im Jahr 2022 gerutscht.

Die weibliche Armutsgefährdung

Eine traditionelle Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit kann zu einer stark ausgeprägten Verarmung im Alter führen (Biffi, 2010). Aber auch bereits im aktiven Erwerbsleben trägt sie zu einer höheren Armutsgefährdung⁵⁴ bei. Armutsberichterstattungen belegen seit Jahren, dass vor allem alleinlebende Frauen, Alleinerzieherinnen, Pensionistinnen und Frauen migrantischer Herkunft von einem erhöhten Armutsrisiko betroffen sind (Schuster et al., 2018; Statistik Austria, 2024b).

In diesem Zusammenhang ist auf die große Bedeutung sozialer Transfers zur Vermeidung von Armut hinzuweisen. In Österreich wären 26 % der Haushalte (ohne Pensionist*innenhaushalte) armutsgefährdet; durch Sozialtransfers⁵⁵ sind es „nur“ 15 %. Bei den alleinlebenden Frauen wären 35,8 % armutsgefährdet; nach der Vergabe von Sozialleistungen sind es 28 %. Bei Haushalten mit einer weiblichen Hauptverdienerin sind ohne Sozialleistungen 34 % armutsgefährdet und nach Sozialtransfers 23 %. Bei den Ein-Eltern-Haushalten, die überwiegend aus alleinerziehenden Müttern mit Kind(ern) bestehen (siehe Kapitel 2), sind vor Sozialleistungen sogar 62 % armutsgefährdet, mit Sozialleistungen reduziert sich ihr Anteil auf 41 %. Hervorzuheben ist auch, dass 67 % der österreichischen Bevölkerung mit außereuropäischer Nationalität (Nicht-EU/EFTA) vor Sozialtransfers armutsgefährdet sind; nach Sozialtransfers sind es noch 46 % (Statistik Austria, 2024b). Nach Geschlecht differenzierte Daten bezüglich ausländischer Staatsbürger*innen sind nicht verfügbar. Ebenso werden Frauen mit Behinderung in den meisten relevanten Publikationen nicht erfasst. Auf Ebene der Bundesländer sind ebenfalls keine aktuellen Daten verfügbar.

Die Tragweite von Überschuldung und Armutsgefährdung wird im Folgenden genauer erläutert.

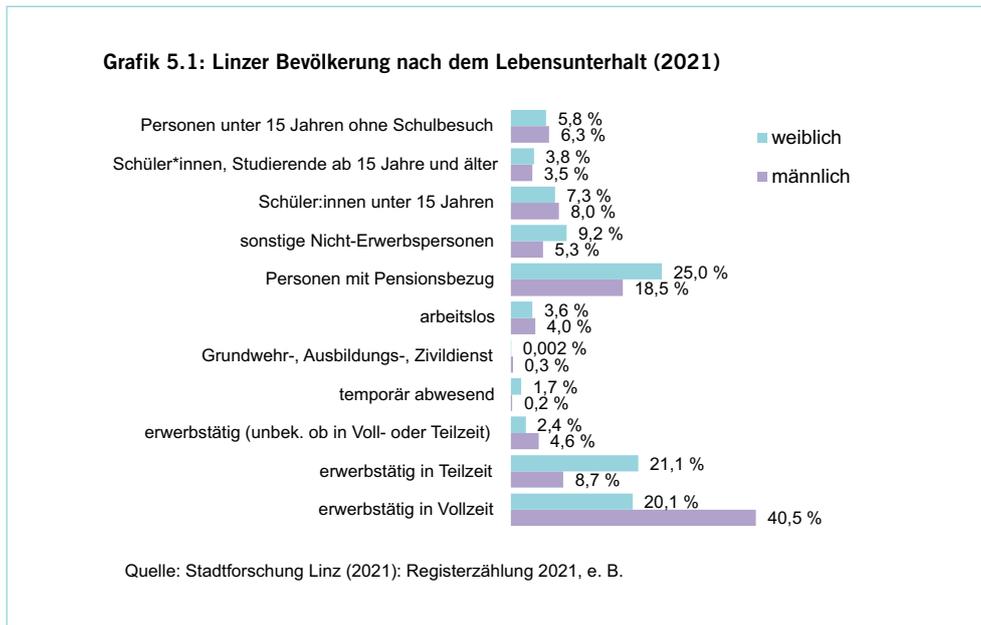
Daten Fakten

Lebensunterhalt

Informationen über den Lebensunterhalt einer spezifischen Wohnbevölkerung können wichtige Anhaltspunkte für kommunal- und sozialpolitische Maßnahmen liefern. Die letzten entsprechenden Daten für Linz stammen aus der Registerzählung 2021. Die in der Grafik 5.1 dargestellten Lebensunterhalte beziehen sich auf die Linzer Wohnbevölkerung im Jahre 2021. Sie zeigen, dass die größten geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Erwerbstätigkeit bestehen, und bestätigen damit einmal mehr die Beobachtungen aus Kapitel 4. Während 21,1 % der weiblichen Bevölkerung in Teilzeit arbeitete, war dies nur für 8,7 % der Männer der Fall, wohingegen doppelt so viele Männer (40,5 %) wie Frauen (20,1 %) Vollzeit erwerbstätig waren. Es zeigt sich aber auch, dass Frauen unter den Personen mit Pensionsbezug, den „sonstigen Nichterwerbspersonen“ und den temporär abwesenden Personen überrepräsentiert sind. Auch hier ist anzunehmen, dass die Aufteilung der Sorgearbeit eine wichtige Ursache ist.

54 Als armutsgefährdet gelten jene Haushalte, deren äquivalisiertes Nettohaushaltseinkommen weniger als zwei Drittel des Medians der entsprechenden Vergleichsgruppe ausmacht.

55 Dazu zählen: Familienbeihilfe, Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, bedarfsorientierte Mindestsicherung, Wohnbeihilfe oder Kinderbetreuungsgeld.



Einkommen

Das mittlere monatliche Bruttoeinkommen der unselbstständig erwerbstätigen Linzerinnen betrug im Jahr 2023 2.343 Euro. Linzerinnen verdienten damit durchschnittlich 63,3 % des durchschnittlichen Einkommens der Linzer. Der geschlechtsspezifische Einkommensunterschied betrug folglich 36,7 % (Arbeiterkammer Oberösterreich, o. J., e. B.). Seit dem Ersten Linzer Frauenbericht 2011 hat sich die geschlechtsspezifische Einkommensdifferenz in Linz um 4,2 Prozentpunkte bzw. um rund 13 % vergrößert (Böhm & Buchinger, 2011). Grund dafür ist, dass die Erwerbsquote der Frauen größtenteils aufgrund vermehrter Teilzeitbeschäftigung gestiegen ist. Bei Arbeiter*innen ist die Einkommensdifferenz etwas größer als bei Angestellten. In Oberösterreich und Österreich hingegen ist der Einkommensunterschied tendenziell bei Angestellten größer (Arbeiterkammer Oberösterreich, 2023).

Tabelle 5.1: Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen, nach beruflichem Status (1. Halbjahr 2023)

	monatliches Bruttoeinkommen (Median)			Anteil der monatlichen Frauenbruttoeinkommen an den Männerbruttoeinkommen	Einkommensdifferenz
	Gesamt	Frauen	Männer		
Linz-Stadt	€ 2.981	€ 2.343	€ 3.702	63,3 %	36,7 %
Arbeiter*innen	€ 2.602	€ 1.718	€ 3.033	56,6 %	43,4 %
Angestellte	€ 3.244	€ 2.587	€ 4.461	58,0 %	42,0 %
Oberösterreich	€ 2.883	€ 2.203	€ 3.354	65,7 %	34,3 %
Arbeiter*innen	€ 2.687	€ 1.832	€ 2.952	62,1 %	37,9 %
Angestellte	€ 3.201	€ 2.440	€ 4.419	55,2 %	44,8 %

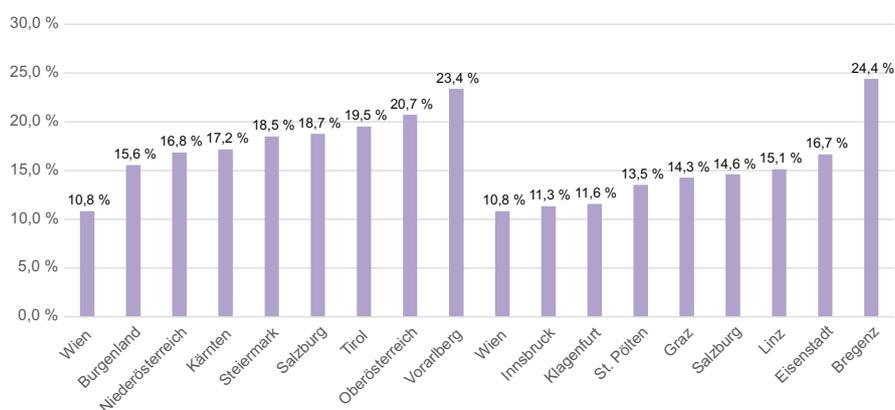
Quelle: Arbeiterkammer Oberösterreich (2023), e. D.

Kommentar: Medianwerte nach Wohnort; inkl. Teilzeitbeschäftigte über der Geringfügigkeitsgrenze, ohne Beamt*innen und Lehrlinge

Im Vergleich mit anderen oberösterreichischen Bezirken zeigte die Arbeiterkammer Oberösterreich (o. J., e. B.) für das Jahr 2023, dass der Einkommensunterschied in Steyr (Stadt) am höchsten war und noch weit über jenem von Linz (Stadt) lag. Grund dafür war jedoch nicht, dass Frauen in Steyr besonders schlecht verdienten, sondern dass der Median der Männerlöhne überdurchschnittlich hoch war (4.425 Euro im Vergleich zu 3.354 Euro im Durchschnitt aller Bezirke). Bezirke, in denen Frauen über ein geringes Medianeinkommen verfügten, sind meistens auch durch ein geringes Medianeinkommen der Männer gekennzeichnet (z. B. Freistadt, Eferding oder Rohrbach) (Arbeiterkammer Oberösterreich, o. J., e. B.).

Auch bei den Vollzeitinkommen gab es 2022 in Linz eine deutliche Einkommensdifferenz, diese betrug 15,1 %⁵⁶ (siehe Grafik 5.2). Da diese Vergleichsgröße aber wesentlich weniger Frauen einschließt, muss diese Zahl vorsichtig interpretiert werden, zumal es zu einem Selektionsmechanismus kommen kann: Vermutlich sind insbesondere Frauen mit hohem Verdienstpotezial unter den Vollzeitarbeitenden vertreten. Im Vergleich der Bundesländer und Landeshauptstädte weisen Oberösterreich und Linz eine überdurchschnittlich hohe Einkommensdifferenz auf. Nur in Vorarlberg gab es eine höhere Einkommensdifferenz als in Oberösterreich und nur in Bregenz und Eisenstadt eine höhere als in Linz. Bregenz und Eisenstadt weisen jedoch einen sehr geringen Urbanisierungsgrad auf, welcher in der Regel, wie der Bundesländer- und Städtevergleich zeigt, tendenziell mit der Einkommensdifferenz korreliert. D. h. bezogen auf die Größe der Stadt weist Linz eine relativ hohe Einkommensdifferenz auf.

Grafik 5.2: Einkommensdifferenzen in Bundesländern und Landeshauptstädten (arithm. Mittel) (ganzjährig Vollzeitbeschäftigte)



Quelle: AK Oberösterreich; Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2022; Durchschnittliche Jahres-Bruttobezüge der Arbeitnehmer*innen mit ganzjährigen Bezügen und Vollzeitbeschäftigung 2022 (wohnsitzbezogen)

⁵⁶ Die Datengrundlage für diese Berechnung ist eine etwas andere. Hier wurden Lohnsteuerdaten herangezogen, die im arithmetischen Mittel statt dem Median berechnet werden und die alle sozialen Stellungen (inkl. Beamt*innen und Lehrlinge) miteinschließen. Die Daten beziehen sich außerdem auf ganzjährig Beschäftigte im Jahr 2022.

Die branchen- und berufsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes hat einen großen Einfluss auf die Einkommenssituation der Österreicherinnen. Tabelle 5.2 (Daten von 2021) zeigt, dass Branchen mit höherem Frauenanteil tendenziell niedrigere Löhne zahlen (z. B. „Beherbergung und Gastronomie“, „sonstige Dienstleistungen“) und jene mit höherem Männeranteil tendenziell höhere. Den höchsten Frauenanteil hatte z. B. das „Gesundheits- und Sozialwesen“, mit einem unterdurchschnittlichen jährlichen Medianeinkommen von 27.628 Euro, während der „Bergbau“ mit dem niedrigsten Frauenanteil (15 %) das höchste Medianeinkommen unter allen Branchen verzeichnete. Insgesamt haben Branchen mit einem Medianeinkommen über dem nationalen Durchschnittseinkommen (31.402 Euro) nur einen Frauenanteil von 38 %, ⁵⁷ Wirtschaftszweige mit einem unterdurchschnittlichen Medianeinkommen jedoch einen Frauenanteil von 49 %. Allerdings gibt es Ausnahmen wie etwa die Sektoren „öffentliche Verwaltung“ oder „Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“; beide zeichnen sich durch einen höheren Frauenanteil und überdurchschnittliche Löhne aus. Darüber hinaus beobachten wir eine (eher schwache) positive Korrelation zwischen der geschlechtsspezifischen Einkommensdifferenz innerhalb einer Branche und dem jährlichen Bruttoeinkommen jener Branche. Es besteht demnach eine Tendenz zu höheren geschlechtsspezifischen Einkommensunterschieden, je höher die Einkommen einer Branche sind. Bei Wirtschaftszweigen mit überdurchschnittlichem Einkommen lag der Einkommensunterschied im Schnitt bei 32,2 %; bei jenen mit unterdurchschnittlichem Einkommen bei 29,7 %. Demnach hatte z. B. der Sektor „Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ zwar einen eher hohen Frauenanteil im Verhältnis zum hohen Medianeinkommen, gleichzeitig aber auch das zweithöchste Verdienstgefälle.

Die Korrelation zwischen Medianeinkommen und Lohnschere ist möglicherweise auch Ausdruck einer vertikalen Segregation innerhalb von Branchen: Frauen verbleiben (gewollt oder ungewollt) auf niedrigeren Hierarchieebenen mit niedrigeren Gehältern (siehe Tabelle 5.2) und sind häufig Teilzeit beschäftigt (Rechnungshof, 2022). So hat etwa der Sektor „Handel“ (inkl. Instandhaltung und Reparatur von Fahrzeugen) einen relativ hohen Frauenanteil, ein niedriges Medianeinkommen und eine ausgeprägte Lohnschere. Diese Merkmale könnten auf eine vertikale Segregation mit einer Konzentration von Männern in besser bezahlten Führungspositionen zurückzuführen sein. Sieht man von den „Exterritorialen Organisationen“ (mit insgesamt nur 221 Beschäftigten) ab, stellte die „Öffentliche Verwaltung“ den einzigen Sektor mit verhältnismäßig hohem Einkommen, hohem Frauenanteil und niedrigem Verdienstgefälle dar und steht somit dem Trend der horizontalen und vertikalen Arbeitsmarktsegregation entgegen.

Daten zu sektorspezifischen Einkommensunterschieden in Linz oder Oberösterreich sind leider nicht verfügbar.

⁵⁷ Durchschnitt ohne Gewichtung des unterschiedlichen Beschäftigungsausmaßes der Branchen; e. B. (Rechnungshof, 2022).

Tabelle 5.2: Lohnunterschiede nach Branchen in Österreich (2021)

Branche	Frauenanteil der Beschäftigten in der Branche	Median der jährl. Bruttoeinkommen insg.	Verdienstgefälle
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	37 %	€ 9.450	30 %
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	15 %	€ 46.402	23 %
Herstellung von Waren	27 %	€ 31.987	38 %
Energieversorgung	21 %	€ 44.025	39 %
Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzung	22 %	€ 27.852	32 %
Bau	13 %	€ 27.141	27 %
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	55 %	€ 24.666	41 %
Verkehr und Lagerei	22 %	€ 28.860	26 %
Beherbergung und Gastronomie	57 %	€ 13.081	21 %
Information und Kommunikation	35 %	€ 38.635	36 %
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	52 %	€ 44.903	42 %
Grundstücks- und Wohnungswesen	57 %	€ 29.697	33 %
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	55 %	€ 31.017	43 %
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	41 %	€ 18.706	25 %
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	62 %	€ 40.596	27 %
Erziehung und Unterricht	60 %	€ 27.985	27 %
Gesundheits- und Sozialwesen	77 %	€ 27.628	26 %
Kunst, Unterhaltung und Erholung	48 %	€ 20.149	39 %
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	66 %	€ 23.704	39 %
Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	70 %	€ 16.537	6 %
Exterritoriale Organisation und Körperschaften	51 %	€ 38.773	19 %

Quelle: Rechnungshof (2022): Allgemeiner Einkommensbericht 2022, e. D.

Der Einkommensunterschied auf Basis der Bruttostundenverdienste zwischen Männern und Frauen betrug in Gesamtösterreich im Jahr 2022 18,4 % und war damit um 4,5 Prozentpunkte niedriger als im Jahr 2012. Österreich lag mit diesem Einkommensunterschied rund 6 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der EU-Staaten (Statistik Austria, 2024c). Neben der eben beschriebenen Branchenzugehörigkeit oder dem Stundenausmaß einer Erwerbsarbeit gibt es weitere Ursachen für den geschlechtsspezifischen Einkommensunterschied, der die unterschiedlichen Erwerbsbiografien und Positionierungen von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt widerspiegelt. Laut Geisberger und Glaser (2021) können Branche, Beruf, Bildung, Alter, Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, Ausmaß der Beschäftigung, Art des Arbeitsvertrags, Unternehmensgröße und Region einen Teil des geschlechtsspezifischen Lohngefälles erklären. Die angeführten Faktoren waren beispielsweise für 6,4 Prozentpunkte des geschlechtsspezifischen Verdienstun-

terschieds von 20,4 % im Jahr 2018 verantwortlich. Die restlichen 14 Prozentpunkte blieben allerdings durch diese mess- und beobachtbaren einkommensrelevanten Dimensionen unerklärt (Statistik Austria, 2024a).

Dass Diskriminierung, besonders in Bezug auf bestimmte Gruppen von Frauen, für den unerklärten Anteil des Lohnunterschieds eine Rolle spielt, ist unbestritten. So zeigen internationale Studien, dass Frauen beim Zugang zu männerdominierten Berufen diskriminiert werden (Yavorsky, 2019; Schmieder et al., 2024). Aber auch Migrationshintergrund stellt eine Zugangsbarriere dar, die sich auf das erzielbare Einkommen betroffener Personengruppen auswirkt. In einer experimentellen Studie dokumentierte Weichselbaumer (2017) Diskriminierung bei der Stellenbesetzung am österreichischen Arbeitsmarkt. Fiktive Bewerber*innen mit einem (durch Foto und Namen signalisierten) Migrationshintergrund aus Nigeria hatten bei gleicher Qualifikation eine um ca. 50 % geringere Wahrscheinlichkeit, zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden, als Bewerber*innen ohne erkennbaren Migrationshintergrund (Weichselbaumer, 2017). Auch Frauen mit türkischem Migrationshintergrund erfuhren in einem ähnlichen Experiment signifikante Diskriminierung, vor allem wenn sie auf dem Bewerbungsfoto ein Kopftuch trugen (Weichselbaumer, 2020). Auch am Job werden Migrantinnen oft benachteiligt. Hofer et al. (2013) zeigten insbesondere für Frauen aus Ländern des ehemaligen Jugoslawien, dass ihre Stundenlöhne deutlich geringer ausfallen als für Österreicherinnen mit gleicher Qualifikation.

Betrachtet man die langfristige Entwicklung der Realeinkommen⁵⁸ unselbstständig Erwerbstätiger in Österreich ab dem Basisjahr 1998, so ist festzustellen, dass die inflationsbereinigten Bruttojahreseinkommen nach einer langen Stagnation seit 2019 wieder ansteigen. Frauen hatten im Jahr 2021 ein um 9 % höheres reales Bruttojahreseinkommen (Median) als 1998, während Männer ein um 2 % höheres inflationsbereinigtes Bruttojahreseinkommen hatten. Bei den realen Nettojahreseinkommen war ab 1998 sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen eine lange Phase der Stagnation und des Rückgangs zu beobachten, welche erst seit 2015 wieder ansteigen. Während die Nettojahreseinkommen der Frauen im Jahr 2021 gegenüber 1998 um 13 % gewachsen sind, haben die der Männer im gleichen Zeitraum um 4 %⁵⁹ zugenommen. Das reale Nettojahreseinkommen der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten ist seit 2004 um insgesamt 9 % (18 % bei Frauen und 5 % bei Männern) gestiegen (Rechnungshof, 2022, Tabellen 9 und 10). Dabei ist ein schnelleres Einkommenswachstum bei Frauen generell wünschenswert – nur so kann die Einkommenslücke geschlossen werden.

Bei Aufschlüsselung der unselbstständig Erwerbstätigen nach sozialer Stellung (Arbeiter*innen, Angestellte, Beamt*innen) wird jedoch deutlich, dass Realeinkommen nicht über alle Gruppen hinweg gleich gestiegen sind. Arbeiter*innen haben seit 1998 starke Verluste erlitten; überdurchschnittliche Einbußen gab es dabei vor allem bei den Arbeiterinnen. Der Median des realen Bruttojahreseinkommens von Arbeitern betrug im Jahr 2021 nur 98 % des Wertes von 1998 und bei Arbeiterinnen sogar nur 90 %. Die geschlechtsspezifische Einkommensschere öffnet sich unter Arbeiter*innen also weiter. Insgesamt hat im Jahr 2021 das reale Nettojahreseinkommen aller Arbeiter*innen im Median wieder das Niveau von 1998 erreicht (Rechnungshof, 2022, Tabelle 12).

⁵⁸ Unter Realeinkommen werden inflationsbereinigte Einkommen verstanden.

⁵⁹ Die größten Veränderungen in den Realeinkommen hängen offensichtlich mit Steuerreformen zusammen. Die drei Jahre mit Steuerreformen (2009, 2016, 2020) weisen die deutlichsten prozentuellen Steigerungen auf (Rechnungshof, 2022).

COVID und systemrelevante Berufe

Berufe mit einem hohen Frauenanteil, z. B. Pflegeberufe, fallen häufig durch eine hohe psychische und physische Belastung, atypische und unregelmäßige Arbeitszeiten sowie durch eine geringere soziale Absicherung auf. Während der COVID-19-Pandemie wurden viele ebensolcher Berufe – von Kinderpädagog*innen über Berufsfahrer*innen – als „systemrelevant“ eingestuft. In einer Studie für die AK Wien wurden 11 systemrelevanter Berufe näher analysiert (Schönherr & Zandonella, 2020). Bei 6 der 11 Berufe lag der Frauenanteil bei über oder knapp unter 80 %, bei 8 war der Frauenanteil über 50 % und nur bei zweien gab es einen deutlich höheren Männeranteil. Besonders im Gesundheits- und Sozialbereich, der für die Beschäftigung von Frauen in Linz bedeutend ist, befinden sich viele dieser von Frauen dominierten, systemrelevanten und gleichzeitig schlecht bezahlten Berufe. Die pandemiebedingten Gefahren und Zusatzbelastungen in derartigen Beschäftigungen haben die strukturelle Kluft zwischen sogenannter Systemrelevanz und fehlender gesellschaftlicher Anerkennung sowie zu niedriger Entlohnung deutlich sichtbar gemacht und die Rufe nach gesellschaftlicher Wertschätzung und angemessener Entlohnung lauter werden lassen (Schönherr & Zandonella, 2020). Mittlerweile scheint Österreich jedoch wieder zum Status quo zurückgekehrt zu sein und die eben noch als „systemrelevant“ gepriesenen Berufe sind wieder aus dem öffentlichen Interesse gerückt.

Erwerbsarbeitslosigkeit

In der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation sind Linzerinnen etwas weniger von Erwerbslosigkeit betroffen als in Linz lebende Männer. 2023 betrug die Arbeitslosenquote in Linz durchschnittlich 5,7 %, wobei die der Frauen mit 5,3 % geringer ausfiel als die der Männer mit 6,1 %. Gegenüber 2022 hat die Zahl arbeitslos gemeldeter Personen in Linz deutlich zugenommen (3,6 %); dabei war der Anstieg unter Männern mit +6,2 % deutlich stärker ausgeprägt als unter Frauen (+0,2 %) (Arbeitsmarktservice Oberösterreich, o. J.). Der geschlechtsspezifische Unterschied könnte aber Ergebnis eines Selektionseffektes sein, da grundsätzlich mehr Männer in eine Erwerbstätigkeit eingebunden sind. Es ist anzunehmen, dass erwerbsinaktive Frauen häufig niedriger qualifiziert sind als erwerbsaktive Frauen. Falls die derzeit erwerbsinaktiven, weniger qualifizierten Frauen am Arbeitsmarkt teilnehmen würden, wären auch sie aller Wahrscheinlichkeit nach vermehrt von Arbeitslosigkeit betroffen, sodass ein geringerer Geschlechterunterschied bei der Erwerbslosigkeit festzustellen wäre.

Bildungsstand, Staatsangehörigkeit und Erwerbslosigkeit

Besonders vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen sind Arbeitnehmerinnen ohne österreichische Staatsangehörigkeit. Während in Linz 2016 36,7 % der arbeitslosen Frauen keine österreichischen Staatsangehörigen waren, waren es 2023 48 %. Grund dafür ist vor allem, dass sich die Gruppe der in Linz lebenden Personen ohne österreichische Nationalität, und darunter die Gruppe der Personen mit Staatsangehörigkeit außerhalb der EU, stark vergrößert hat (hier sind keine nach Geschlecht getrennten Daten verfügbar). Waren im Jahr 2014 17,4 % der Linzer Hauptwohnsitzbevölkerung keine österreichischen Staatsbürger*innen, hat sich dieser Anteil bis ins Jahr 2024 mit 29,4 % mehr als verdoppelt (Stadtforschung Linz, o. J.-a; Statistik Austria, o. J.-b). Ein großes Problem der Linzer*innen ohne EU-Staatsangehörigkeit ist die mangelnde Anerkennung ihrer Qualifikationen, die sie in ihren jeweiligen Herkunftsländern erworben haben. Folglich arbeiten Personen mit nicht anerkannten Ausbildungsabschlüssen oft in instabilen Beschäftigungsverhältnissen im Niedriglohnbereich, in dem die Fluktuation allgemein hoch ist. Darüber hinaus sind nicht-österreichische Arbeitnehmer*innen stärker von Konjunkturschwankungen betroffen, da sie durch größere Anteile von temporären und prekären Verträgen in rezessiven Phasen oft schneller freigesetzt werden.

Bildung ist ebenfalls ein wichtiger Faktor für das Risiko von Arbeitslosigkeit. 2023 hatten 57 % der Linzer Erwerbslosen nur eine Pflichtschulausbildung, 23 % eine Lehrausbildung, 3 % eine mittlere, 8 % eine höhere Ausbildung und 7 % eine akademische Ausbildung (Arbeitsmarktservice Oberösterreich, o. J.). Unter arbeitslosen Männern ist der Anteil, der nur einen Lehrabschluss hat, höher als bei den Frauen (25,3 % im Vergleich zu 20,2 %). Umgekehrt ist der Anteil der Arbeitslosen mit akademischer Ausbildung unter den Frauen (9,7 %) größer als bei den Männern (5,8 %). Angemerkt sei, dass diese Abweichungen teilweise nur die unterschiedlichen Bildungserfolge von Männern und Frauen widerspiegeln. Tabelle 5.3 fasst die Merkmale der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen in Linz zusammen.

Tabelle 5.3: Arbeitslosigkeit in Linz im Jahresdurchschnitt 2023

	Frauen	Männer*	gesamt
Gesamtanzahl			
unselbstständig Beschäftigte	43.599	49.885	93.484
Arbeitslose	3.057	4.125	7.183
Arbeitslosenquote	7,0 %	8,3 %	7,7 %
nach Bildungsstand			
Pflichtschule	56,0 %	57,8 %	57,0 %
Lehre	20,2 %	25,3 %	23,1 %
Mittlere Ausbildung	3,7 %	2,3 %	2,9 %
Höhere Ausbildung	8,6 %	7,6 %	8,0 %
Akademische Ausbildung	9,7 %	5,8 %	7,4 %
unbekannt	1,8 %	1,2 %	1,5 %
nach Staatsbürgerschaft			
Österreich	52,2 %	53,2 %	52,8 %
nicht-österreichisch	47,8 %	46,8 %	47,2 %
nach Gesundheitsstatus			
mit Behinderung	24,7 %	29,3 %	27,4 %
ohne Behinderung	75,3 %	70,7 %	72,6 %
nach Alter			
Jugendliche < 25 J.	12,4 %	13,0 %	12,8 %
Erwachsene 25–44 J.	53,7 %	46,0 %	49,3 %
Ältere ≥ 45 J.	33,8 %	40,9 %	37,9 %

Quelle: Arbeitsmarktservice OÖ (2024): Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2023 in Linz-Stadt, unveröffentlichte Daten.
* Männer und alternative Geschlechter

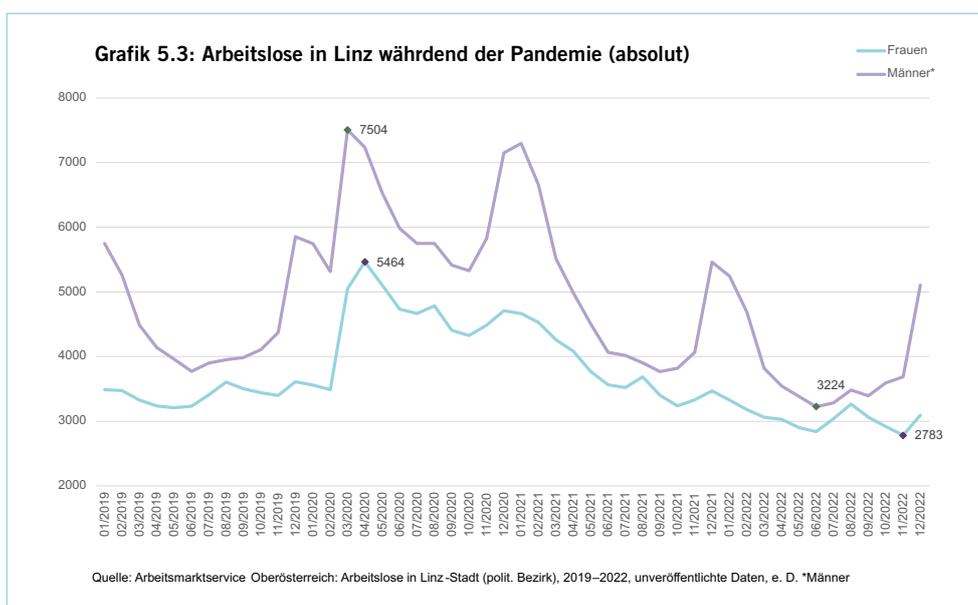
Exkurs: COVID-19 und Erwerbsarbeitslosigkeit

Die COVID-19-Pandemie führte ab März 2020 zu einer deutlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit in ganz Österreich, welche sich erst wieder im zweiten Jahr der Pandemie erholte. Betroffen waren vor allem Arbeitnehmer*innen der „Tourismus-“ und „Baubranche“ sowie Arbeitnehmer*innen des „Dienstleistungssektors“. Zudem hatte die COVID-19-Pandemie Auswirkungen auf die Umstände der Erwerbstätigkeit, wobei es dabei je nach Branche starke Unterschiede zu verzeichnen gab. Während in Berufen mit viel zwischenmenschlichem Kontakt der Schutz der Gesundheit im Zentrum der Umstrukturierungen stand, stellten viele Beschäftigungen anderer Bereiche auf Home-Office um. Die neuen Umstände am Arbeitsmarkt zeigten auch in Oberösterreich

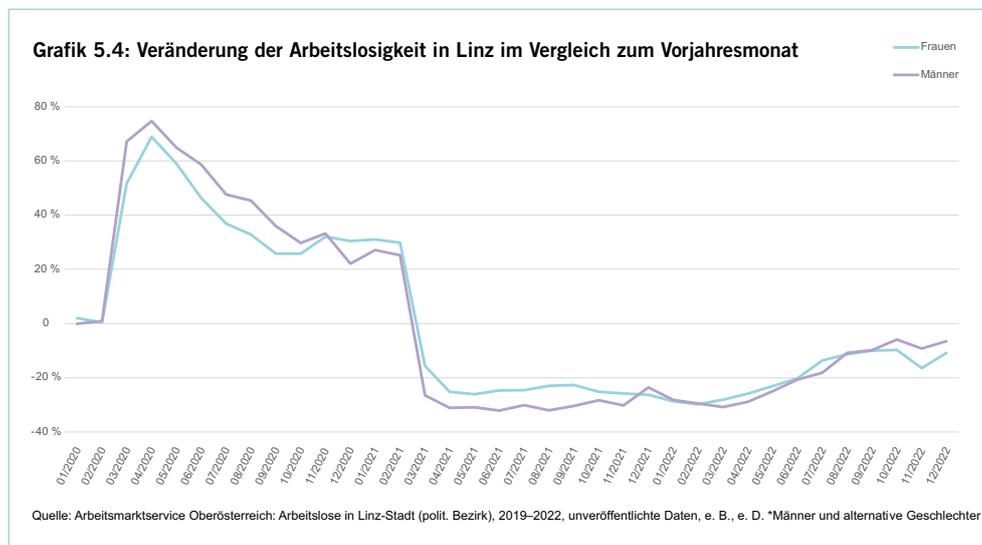
ihre Wirkung. Laut einer Studie des SORA-Instituts (Zandonella & Hoser, 2022) gaben 43 % der Arbeitnehmer*innen in Oberösterreich zu Pandemiezeiten an, dass sich ihre psychische Gesundheit verschlechtert hat, 34 % bemerkten eine Verschlechterung ihrer körperlichen Gesundheit, 44 % eine Verschlechterung der Beziehung zu Freund*innen und 39 % eine finanzielle Verschlechterung. Unter Arbeiter*innen berichtete ein höherer Anteil der Befragten in allen Dimensionen von Verschlechterungen im Vergleich zu Angestellten und öffentlich Bediensteten. Frauen gaben eine etwas stärkere Verschlechterung der psychischen Gesundheit an als Männer – vor allem, wenn sie in einem Haushalt mit Kindern lebten. Bei Arbeitnehmer*innen äußerte sich die Belastung meist in Symptomen wie „Erschöpfung“ (67 %), „Interessen- und Freudlosigkeit“ (65 %) oder „Ein- und Durchschlafproblemen“ (64 %). 21 % der Arbeitnehmer*innen waren von Suizidgedanken betroffen. Die aufgetretenen Arbeitsbelastungen während der Pandemie äußerten sich z. B. durch „zunehmenden Leistungsdruck“ (93 %), „Infektionsrisiko bei der Arbeit“ (92 %) oder „Entgrenzung der Arbeit“ (88 %). Auch in Familien führten die Folgen der Pandemie zu starken psychischen Belastungen, wie Kapitel 6 ausführen wird.

Arbeitslosigkeit und geringfügige Beschäftigung in Linz während der COVID-19-Pandemie

Die folgende Grafik 5.3 visualisiert die Zahl der Arbeitslosen in Linz (politischer Bezirk) während der COVID-19-Pandemie. Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit wurde im März bzw. April des Jahres 2020 erreicht. Die Zahl arbeitsloser Männer und der Menschen mit alternativer Geschlechtsangabe (im Folgenden durch Männer* zusammengefasst) lag in Linz zu diesem Zeitpunkt bei 7.504, die Zahl arbeitsloser Frauen bei 5.464. Demnach war die absolute Anzahl arbeitsloser Linzerinnen deutlich geringer als jene der Männer*. Dieses Verhältnis lässt sich über den gesamten Beobachtungszeitraum feststellen, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung. Während die Zahl der arbeitslosen Männer* in Linz auch nach dem ersten Höhepunkt schwankte (mit weiteren Höhepunkten jeweils im Jänner 2021 und 2022) sank die Anzahl der arbeitslosen Linzerinnen recht kontinuierlich und erreichte im November 2022 ihren niedrigsten Wert (2.783). Bei den Männern* wurde der niedrigste Wert im Juni 2022 erreicht (Arbeitsmarktservice Oberösterreich, 2024a). Die stärkeren Schwankungen der Gruppe der Männer* dürften sich neben Auswirkungen der COVID-19-Pandemie vor allem auch durch die saisonale Winterarbeitslosigkeit erklären lassen, die z. B. in der „Baubranche“ (mit einem besonders hohen Männeranteil, siehe Grafik 4.5 in Kapitel 4) stark ausgeprägt ist.

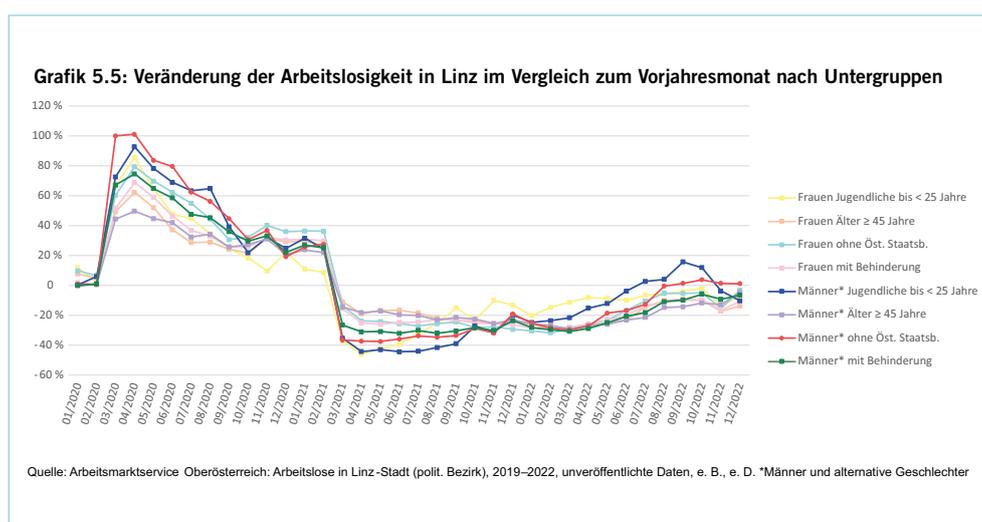


Grafik 5.4 zeigt die Veränderung der Arbeitslosigkeit von Linzer*innen in den Jahren der COVID-19-Pandemie im Vergleich zum selben Monat des Vorjahres. Die Veränderungsrate der arbeitslosen Linzer*innen erreichte im April 2020 ihren Höhepunkt mit rund 75 % bei Männern* und 69 % bei Frauen. Das heißt, die Zahl arbeitsloser Linzer*innen hat sich gegenüber April 2019 um 69 % bzw. 75 % erhöht. Das Minimum, sprich der stärkste Rückgang der Arbeitslosigkeit, wurde bei Männern* im Juni 2021 erreicht (-32 %), bei Frauen im Februar 2022 (-29 %) und fiel damit bei Männern* etwas stärker aus. Im Gegensatz zu den absoluten Arbeitslosenzahlen, in denen Männer* – wie oben diskutiert – aufgrund der höheren Erwerbstätigkeitsquote überrepräsentiert sind, stellt diese Grafik die relative Veränderung der Arbeitslosigkeit dar und weist eine geringere Geschlechterdifferenz auf. Bei Berechnung der monatlichen Veränderungsrate im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat werden saisonale Schwankungen bereinigt, was zu einem klareren Bild der Corona-Arbeitslosigkeit führt. Dabei zeigt sich, dass Frauen von den Lockdowns der zweiten Welle – November 2020 bis Februar 2021 – stärker betroffen waren als Männer*. Die Zahl der arbeitslosen Linzerinnen war im Dezember 2020 gegenüber dem noch pandemiefreien Vorjahresmonat um 30 % gewachsen (Januar 31 %, Februar 30 %), die Zahl arbeitsloser Männer* in Linz dagegen nur um 22 % (Januar 27 %, Februar 25 %) (Arbeitsmarktservice Oberösterreich, 2024a). Auch hier könnten sektorspezifische Unterschiede eine Rolle spielen. Die durch den ersten Lockdown ausgelöste weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hatte Auswirkungen auf stark konjunkturabhängige Branchen mit hohem Männeranteil, etwa auf die „Warenherstellung“ und die „Baubranche“. Demgegenüber waren während der zweiten und dritten Welle vor allem personenbezogene Dienstleistungen, wie „Tourismus“, „Gastronomie“ und „Handel“, betroffen (Europäische Kommission, 2021).



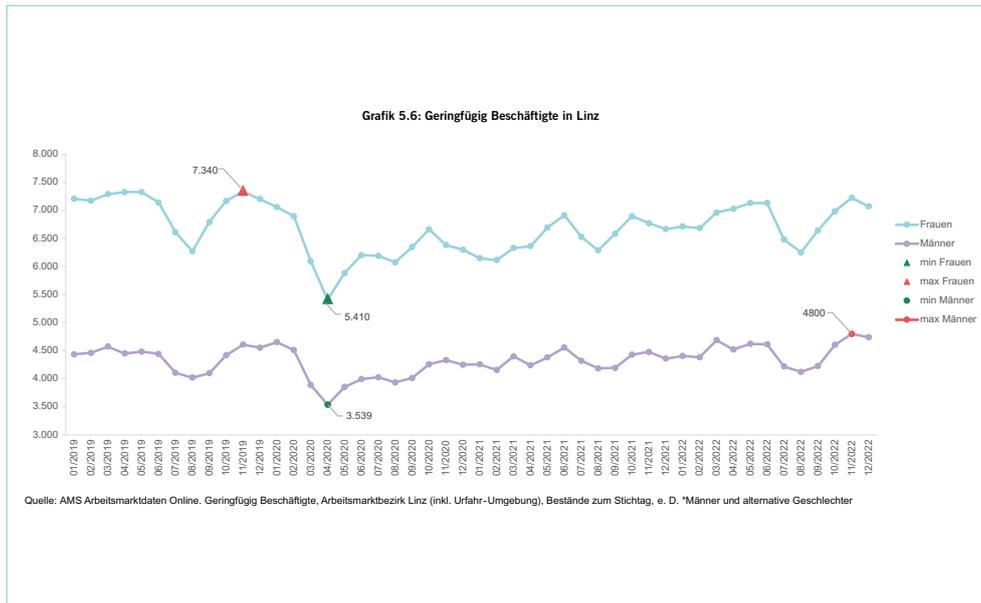
Die folgende Grafik 5.5 zeigt die Veränderung der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum selben Monat im Vorjahr nochmals, nun allerdings unterschieden nach demografischen Gruppen. Dadurch lässt sich erkennen, in welchen Teilgruppen sich die Arbeitslosenrate aufgrund der COVID-19-Pandemie besonders verändert hat. So zeigt sich, dass im April 2020, am Höhepunkt der Arbeitslosigkeit der Linzer*innen, besonders Männer* ohne österreichische Staatsangehörigkeit von einem Anstieg der Arbeitslosenrate betroffen waren, welche sich gegenüber April 2019 verdoppelte. Gefolgt wird diese Gruppe von Männern* und Frauen unter 25. Die Arbeitslosenrate von Männern* über 45 stieg zu diesem Zeitpunkt im Vergleich zum Vorjahresmonat am wenigsten an.

In der zweiten Phase, zwischen Dezember 2020 und Februar 2021, war, wie oben besprochen, vor allem bei Frauen ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat zu verzeichnen. Die Feinauswertung zeigt eine höhere Betroffenheit von Frauen ohne österreichische Nationalität. In den Gruppen der Frauen und Männer* unter 25 sowie in geringerem Maße in der Gruppe der Männer* ohne österreichische Nationalität erholte sich die Arbeitslosenquote im darauffolgenden Frühjahr (am stärksten im April und Mai 2021) am stärksten, unter den Frauen bzw. Männern* über 45 am wenigsten. Bis Mitte bzw. Herbst des Jahres 2022 reduzierte sich die Arbeitslosenrate der meisten Gruppen weiter (Arbeitsmarktservice Oberösterreich, 2024a).



Frauen sind viel häufiger geringfügig beschäftigt als Männer*; das stimmte auch für die Zeit während der COVID-19-Pandemie, wie die folgende Grafik 5.6 zeigt. Die Zahl der geringfügig beschäftigten Frauen in Linz (Arbeitsmarktbezirk inkl. Urfahr-Umgebung⁶⁰) erreichte im Zeitraum von 2019–2022 ihren Höchstwert im November 2019 vor der COVID-19-Pandemie. Im ersten Lockdown wurde, vermutlich durch die Auflösung vieler geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse, bei Frauen und Männern* ein Minimum an geringfügig Beschäftigten erreicht; bei Frauen war der Rückgang jedoch drastischer. Ab Mai 2020 kam es bei Frauen wieder zu einem recht deutlichen Anstieg geringfügiger Beschäftigungen. Im Unterschied zu Männern* wurde bis Ende 2022 der Vor-Pandemie-Wert jedoch noch nicht wieder erreicht (Arbeitsmarktservice Oberösterreich, 2024b).

⁶⁰ Daten für den „Arbeitsmarktbezirk“ sind besser verfügbar bzw. aufbereitet und aus konjunktureller Sicht relevanter, da viele Arbeitnehmer*innen aus umliegenden Bezirken ihren Arbeitsplatz in Linz haben. Aus stadtpolitischer Sicht wäre der Wohnort der Bürger*innen, also – wie in den vorangegangenen Grafiken – der politische Bezirk, interessanter; diese Daten sind aber für geringfügig Beschäftigte nicht verfügbar.



Insgesamt zeigt unsere Auswertung, dass unterschiedliche Gruppen unterschiedlich stark von der volatilen Arbeitsmarktsituation während der COVID-19-Pandemie betroffen waren. Vor allem Männer* ohne österreichische Nationalität waren nach Ausbruch der Pandemie von einer Verdoppelung der Arbeitslosigkeit betroffen. In der zweiten Phase, Dezember 2020 bis Februar 2021, waren Frauen stärker betroffen. Aber auch junge Männer* und Frauen sowie Frauen ohne österreichische Nationalität und geringfügig Beschäftigte waren stark betroffen. Die Auswertung zeigt, dass die horizontale Segregation des Arbeitsmarkts, spezifische Vulnerabilitäten und – vermutlich – prekäre Anstellungsverhältnisse immer zu berücksichtigen sind, wenn politisch auf Arbeitslosigkeit reagiert wird.

Transferleistungen

Der Zugang zu Sozialleistungen und Transferzahlungen erfolgt in Österreich über Erwerbsarbeit und/oder Ehe. Nicht berufstätige, verheiratete Frauen sind daher nur mittelbar in die Sozialversicherung integriert. Folglich ist die Stabilität der Ehe Voraussetzung für die finanzielle Absicherung vieler Frauen, die in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihren erwerbstätigen Ehepartner*innen stehen.

Arbeitslosengeld

Aufgrund der durchschnittlich niedrigeren Einkommen von Frauen beziehen diese im Durchschnitt auch geringere Arbeitslosengeldzahlungen als Männer, wie Tabelle 5.4 zeigt. Darüber hinaus erhielten Frauen in Linz über den gesamten Beobachtungszeitraum durchschnittlich geringere Notstandshilfeleistungen als Männer*. So erhielten Frauen im Jahr 2023 82 % des durchschnittlichen Arbeitslosengeld-Tagessatzes der Männer* und rund 85 % des durchschnittlichen Notstandshilfe-Tagessatzes der Männer*. Der anteilmäßig niedrigere durchschnittliche Notstandshilfebezug von Frauen ergibt sich aus dem ebenfalls niedrigeren Arbeitslosengeldbezug.

Tabelle 5.4: Durchschnittliche monatliche Tagessatzhöhe des Arbeitslosengeldes und der Notstandshilfe in Linz

	Frauen		Männer*	
	Arbeitslosengeld	Notstandshilfe	Arbeitslosengeld	Notstandshilfe
2010	€ 24,1	€ 17,7	€ 29,6	€ 22,8
2020	€ 28,9	€ 26,1	€ 35,2	€ 30,9
2023	€ 32,9	€ 27,0	€ 40,1	€ 31,8

Quelle: Arbeitsmarktservice Oberösterreich (2024): Durchschnittliche Tagessatzhöhe, e. D.

* Männer und alternative Geschlechter

Wie Tabelle 5.5 entnommen werden kann, stiegen die Anträge auf Notstandshilfe der Linzer Gesamtbevölkerung zwischen 2010 und 2020, um dann bis 2023 wieder zu sinken. Eine genaue Betrachtung der Anträge pro Jahr (siehe Grafik 5.7) zeigt bei Frauen und Männern* ein kontinuierliches Wachstum bis 2016. Während der Hauptpandemiejahre von 2020 und 2021 zeigt sich ein drastischer Anstieg, an dessen Höhepunkt 2021 die Anträge der Linzer Frauen um 28 % und unter Linzer Männern* um 20 % gegenüber 2019 gestiegen waren (e. B.). Im Jahr 2010 stellten Männer* jeweils rund zwei Drittel aller Anträge auf Notstandshilfe, aber Frauen erhielten rund vier Mal so viele Ablehnungen wie Männer*.⁶¹ Im Jahr 2023 hingegen stellten Männer* nur noch 58 % der Anträge, die absolute Zahl der Ablehnungen war weit geringer als 2010 und die überproportionale Ablehnung weiblicher Antragsstellerinnen war verschwunden (Arbeitsmarktservice Oberösterreich, o. J., e. B.). Diese Entwicklung hängt sehr wahrscheinlich mit der 2018 erfolgten Abschaffung der Anrechnung des Partner*inneneinkommens bei der Notstandshilfe zusammen.

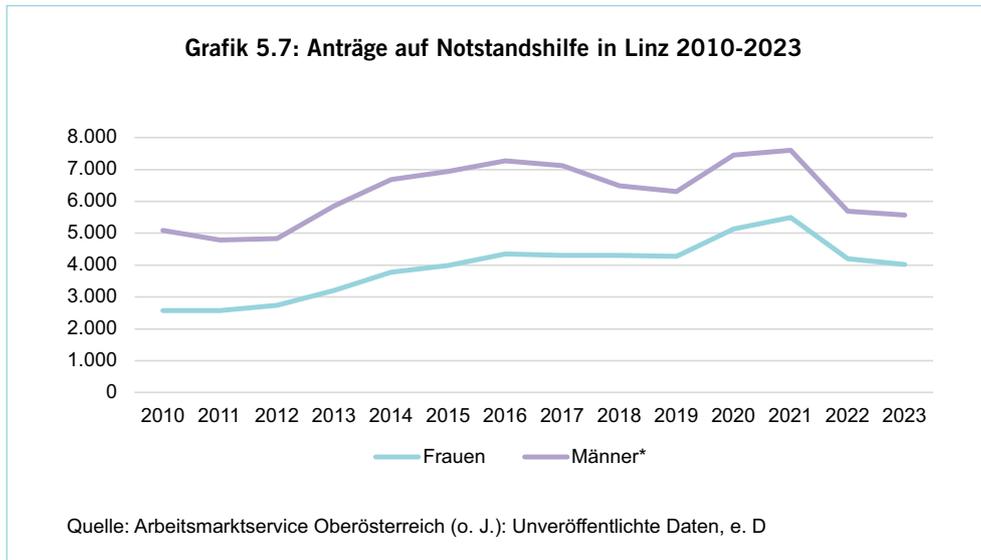
Tabelle 5.5: Anträge auf Notstandshilfe und abgelehnte Anträge in Linz

Anträge auf Notstandshilfe			
	Frauen	Männer*	Gesamt
2010	2.580	5.094	7.674
2020	5.140	7.446	12.586
2023	4.014	5.565	9.579
Ablehnung der Anträge mangels Notlage			
	Frauen	Männer*	Gesamt
2010	284	79	363
2020	4	4	8
2023	2	6	8

Quelle: Arbeitsmarktservice Oberösterreich (o. J.): Unveröffentlichte Daten, e. D.

* Männer und alternative Geschlechter

⁶¹ In der Kategorie „Ablehnung wegen mangelnder Notlage“.



Pensionen

In Linz leben insgesamt 30.399 Frauen, die älter als 60 Jahre sind (rund 28 % der weiblichen Linzener Gesamtbevölkerung). Davon sind 8.307 Frauen über 80 Jahre alt (rund 7,7 % der weiblichen Linzener Gesamtbevölkerung) (siehe Kapitel 1, Grafik 1.2; Stadtforschung Linz, 2024).

Laut der aktuellsten Lohnsteuerstatistik aus dem Jahr 2021 erzielten Linzer Pensionistinnen ein durchschnittliches Jahresnettoeinkommen⁶² von 20.945 Euro und Linzer Pensionisten eines in der Höhe von 27.470 Euro. Somit lag der geschlechtsspezifische Einkommensunterschied Linzener Pensionist*innen im Durchschnitt bei 6.525 Euro bzw. bei 23,8 % (siehe Tabelle 5.6).

Tabelle 5.6: Geschlechtsspezifische Pensionsunterschiede in Landeshauptstädten

	Durchschnittlicher Nettojahresbezug in Euro		Weibl. Nettojahreseinkommen in Relation zum männl. Einkommen	Pensionsunterschied
	Männer	Frauen		
Linz	€ 27.470	€ 20.945	76,2 %	23,8 %
Graz	€ 27.638	€ 21.601	78,2 %	21,8 %
Innsbruck	€ 27.592	€ 20.121	72,9 %	27,1 %
Klagenfurt	€ 27.190	€ 21.129	77,7 %	22,3 %
Salzburg	€ 27.308	€ 20.964	76,8 %	23,2 %
St. Pölten	€ 26.943	€ 20.281	75,3 %	24,7 %
Wien	€ 26.264	€ 21.591	82,2 %	17,8 %

Quelle: Stadtforschung Linz (o. J.): Lohnsteuerstatistik 2021, e. B.

⁶² Einkommen aus Pensionsbezügen; enthält keine anderen Einkommensarten wie z. B. Einkünfte aus der Vermietung von Immobilien.

Im Vergleich zu anderen in Tabelle 5.6 dargestellten österreichischen Landeshauptstädten war der geschlechtsspezifische Einkommensunterschied bei Pensionist*innen nur in Innsbruck und St. Pölten höher als in Linz. In Wien war er mit rund 17,8 % am niedrigsten.

Insgesamt ist die geschlechtsspezifische Pensionslücke in Österreich seit 2010 langsam gesunken (2010: 44,7 %, 2022: 41,1 %⁶³). Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass das durchschnittliche Pensionsantrittsalter der Frauen im gleichen Zeitraum von 57,1 auf 60,1 Jahre gestiegen ist (Statistik Austria, 2023a). Außerdem steigt die Erwerbsbeteiligung von Frauen kontinuierlich an. Mit der Pensionsreform 2003 kam es allerdings zu massiven Verschlechterungen für Frauen, da sich der Durchrechnungszeitraum für die Berechnung der Pensionshöhe von 15 auf die besten 40 Jahre an hob, wodurch Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit für Kindererziehung oder Altenbetreuung stärker ins Gewicht fallen. Seitdem gab es eine Reihe an Reformen, um Frauen im Alter besser abzusichern. Seit dem Jahr 2005 können Eltern ein freiwilliges Pensionsplitting vereinbaren, das derzeit jedoch noch wenig genutzt wird. Zusätzlich werden für jedes ab 2005 geborene Kind 48 Versicherungsmonate als Beitragszeit für das Pensionskonto angerechnet. Die jüngsten Reformen (2020) umfassen die Einführung von Ausgleichszulagen und Pensionsboni (bedarfsorientierte Zusatzleistung für Pensionist*innen mit geringem Einkommen, siehe unten) (BMSGPK, 2024). Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, die hohen finanziellen Einbußen aufgrund von Erwerbsunterbrechungen abzufedern.

Um Härtefällen vorzubeugen, gibt es in Österreich Ausgleichszulagen, die niedrige Pensionsbezüge auf eine „Mindestpension“ anheben. Im Jahr 2023 betrug der Ausgleichszulagenrichtsatz für alleinstehende Pensionsbezieher*innen 1.110,26 Euro und die durchschnittliche Höhe entsprechender Zahlungen in Oberösterreich 362 Euro pro Monat (Dachverband der Sozialversicherungsträger, 2024). Zum Vergleich: die Armutsgefährdungsschwelle lag 2023 für einen Ein-Personen-Haushalt bei 1.572 Euro und damit deutlich über dem Richtsatz der „Mindestpension“ (Statistik Austria, 2024d). Österreichweit waren 2022 rund 67 % der Pensionist*innen, die eine Ausgleichszulage bezogen, Frauen (Statistik Austria, 2023b). Diese Überrepräsentation ist vermutlich eine Folge des Gender Pension Gap und deutet darauf hin, dass die durchschnittlich niedrigeren Pensionen von Frauen in Österreich zu ihrer überdurchschnittlichen Betroffenheit von Altersarmut führen.

Bedarfsorientierte Mindestsicherung und Sozialhilfe

Wer in Österreich kein eigenes Einkommen bezieht und auch sonst keinen Anspruch auf Sozialleistungen hat, aber eine Daueraufenthaltsberechtigung besitzt, kann zur Sicherung der Grundbedürfnisse Mindestsicherung oder Sozialhilfe beantragen (Pratscher, 2023). Tabelle 5.7 zeigt die geschlechtsspezifischen Daten zum Mindestsicherungsbezug in Linz zwischen 2020 und 2023 (Statistik Austria, 2024f). Hier zeigt sich, dass der Frauenanteil relativ konstant über 50 % lag und im Vergleich zum letzten Frauenbericht im Durchschnitt etwas gestiegen ist (2017: 51 %) (Schuster et al., 2018). Im Beobachtungszeitraum 2020 bis 2023 ist der Frauenanteil um 0,4 Prozentpunkte gestiegen. Markanter ist der erhebliche Abwärtstrend der absoluten Anzahl von Bezieher*innen. Während 2017 7.030 Personen in Linz eine Mindestsicherung bezogen (Schuster et al., 2018), waren es 2020 nur mehr 3.862. 2021 war wiederum ein leichter Anstieg zu verzeichnen – vermutlich aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie – gefolgt von Rückgängen in den Jahren 2022 und 2023. Im Beobachtungszeitraum 2020 bis 2023 ist ein Rückgang von 38,3 % bei den männlichen Beziehern und ein Rückgang von fast 40 % bei den Bezieherinnen zu verzeichnen.

⁶³ Gemessen als Differenz zwischen den durchschnittlichen (arith. Mittel) Alterspensionen (Auszahlung 14-mal pro Jahr) ohne zwischenstaatliche Teilleistungen (Statistik Austria, 2023: Gender Statistiken > Pensionen)

Tabelle 5.7: Geschlechtsspezifische Unterschiede im Bezug der bedarfsorientierten Mindestsicherung in Linz

Vergleich Mindestsicherungsbezug: Männer und Frauen				
	Anzahl der Personen			
	2020	2021	2022	2023
Männer	1.842	2.007	1.486	1.239
Frauen	2.020	2.298	1.657	1.383
Gesamt	3.862	4.305	3.143	2.622
Frauenanteil in %	52,3 %	53,4 %	52,7 %	52,7 %

Quelle: Statistik Austria (2024): Sozialhilfestatistik Oberösterreich, e. D.

Auf Ebene der Bundesländer sind Daten bis 2022 verfügbar und enthalten außerdem mehr Informationen zu den Bezieher*innen. In Oberösterreich bezogen im Jahr 2022 8.057 Personen und Bedarfsgemeinschaften eine Mindestsicherung, deutlich weniger als 2016 (Schuster et al., 2018). Insgesamt hatte Oberösterreich im Zeitraum von 2012 bis 2022 den größten Rückgang der Anzahl von Mindestsicherungsbezieher*innen (um ca. 43 %) im Bundesländervergleich zu verzeichnen (Pratscher, 2023, Tabellen 2 und 3). Als Gründe für den Rückgang werden die verbesserte Wirtschaftslage, verschiedene Maßnahmen zur Krisenbewältigung während der Pandemie sowie die Ausweitung bestehender Sozialleistungen und Einmalzahlungen genannt, die allesamt dazu geführt hätten, dass die Mindestsicherung (als letzte Möglichkeit) nicht in Anspruch genommen werden musste (Pratscher, 2023). Eine bundesländerspezifische oder linzspezifische Analyse, welche die besonders starken Rückgänge erklären könnte, liegt nicht vor.

Fest steht, dass der Bezug von Mindestsicherung und Sozialhilfe in Oberösterreich weiblich geprägt ist. Im Jahr 2022 waren ca. 58,3 % der erwachsenen oberösterreichischen Bezieher*innen weiblich (Pratscher, 2023, e. B., Tabelle 5).⁶⁴ Alleinerziehende machten in Oberösterreich 21 % der Bedarfsgemeinschaften und 38 % der Bezieher*innen aus, so wie Kinder von Alleinerziehenden die überwiegende Mehrheit der beziehenden Kinder (rund 74 % der beziehenden Kinder) ausmachten. Die überwiegende Mehrheit (97 %) der alleinerziehenden Bedarfsgemeinschaften in Oberösterreich hatte eine weibliche Erziehungsperson (Pratscher, 2023, Tabelle 9 und Tabelle 10).

Gemessen am Leistungsanspruch pro Bedarfsgemeinschaft zählt Oberösterreich mit 619 Euro im Jahresdurchschnitt zu den Bundesländern mit den niedrigsten monatlichen Leistungen. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass 77,8 % der Bedarfsgemeinschaften in Oberösterreich nur Teilleistungen beziehen, d. h. die Mindestsicherung/Sozialhilfe als Ergänzung zu anderen Einkommen (z. B. Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Unterhaltszahlungen) fungiert (Pratscher, 2023, e. B.). Ein Teil der Mindestsicherungsbezieher*innen in Oberösterreich fällt auf Personen, die aufgrund ihres sehr niedrigen Erwerbseinkommens nicht für ihren Lebensunterhalt aufkommen können („working poor“). Im Jahr 2022 waren ca. 7 % der Bezieher*innen erwerbstätig und 43 % im Vorschul-, Pflichtschul- oder Pensionsalter oder Schüler*innen nach der Pflichtschule (Pratscher, 2023, Tabelle 7). Transferleistungen an vulnerable Gruppen von Frauen, wie Frauen mit Behinderungen, werden in den relevanten Publikationen nicht erfasst. Für Linz werden derzeit, im Gegensatz zum letzten Frauenbericht, keine geschlechterdifferenzierten Daten zur Verfügung gestellt, weshalb eine geschlechtsspezifische Analyse der bedarfsorientierten Grundsicherung in Linz leider nicht möglich ist.

⁶⁴ Die zugrundeliegenden Zahlen beziehen sich auf die Anzahl der Jahresbezieher*innen in Oberösterreich und nicht auf die Summe aller Personen, die im Jahr 2022 Mindestsicherung bezogen haben.

Niedriglohnbeschäftigung und Armutsgefährdung

Vor allem jüngere Arbeitnehmer*innen sind in Österreich im Niedriglohnsektor (Erwerbstätigkeit, die mit weniger als zwei Drittel des Medianlohns entlohnt wird⁶⁵) beschäftigt, wie eine Auswertung der Verdienststrukturerhebung 2018 zeigt (Geisberger, 2021). 24,5 % der unter 30-jährigen Erwerbstätigen waren zu diesem Zeitpunkt im Niedriglohnsektor beschäftigt. In der Altersgruppe der 30- bis 49-Jährigen waren es rund 12 % und in der Gruppe der Beschäftigten über 50 Jahre rund 11 %. Wie die Erwerbsarbeitslosigkeit betrifft auch die Niedriglohnbeschäftigung vor allem Pflichtschulabgänger*innen: 35,6 % dieser Gruppe waren im Niedriglohnbereich beschäftigt. Auffallend ist auch die Konzentration der Niedriglohnbeschäftigten nach Branchen und Staatsangehörigkeit. Besonders hoch ist der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten im Bereich „Beherbergung und Gastronomie“ (ÖNACE, 2008) mit 58,7 % der Beschäftigten. Darüber hinaus weisen Personen mit türkischer oder außereuropäischer Staatsangehörigkeit die höchsten Anteile an Niedriglohnbeschäftigten auf (Türkei: 37,4 %, „Sonstige“: 40,7 %). Nicht zuletzt zeichnet sich der österreichische Niedriglohnsektor durch geschlechtsspezifische Dynamiken aus: 9,3 % der Männer, jedoch 22,4 % der Frauen waren im Jahr 2018 Niedriglohnbeschäftigte. Im EU-Vergleich entspricht dies einem überdurchschnittlichen Frauenanteil (Geisberger, 2021).

Insgesamt ist das Armutsrisiko österreichischer Frauen etwas höher als jenes österreichischer Männer: Im Jahr 2023 waren 15 % der volljährigen Frauen und 13 % der volljährigen Männer armutsgefährdet. Frauen in besonderen Lebenslagen sind in erheblichem Umfang betroffen. So liegen Armutsgefährdungsquoten nach Sozialtransfers bei Einelternhaushalten⁶⁶ (41 %), weiblichen Hauptverdienerinnen (23 %) und alleinlebenden Pensionistinnen (28 %) besonders hoch (Statistik Austria, 2024b). Weibliche Alleinerziehende sind außerdem häufig von der Teuerungs- dynamik betroffen: Im 4. Quartal 2021 berichteten 19,2 % der Personen aus Haushalten mit weiblicher Alleinerzieherin von Schwierigkeiten, mit dem Haushaltseinkommen auszukommen. Der Wert erreichte mit 37,5 % (Gesamtbevölkerung: 16,3 %) im dritten Quartal 2022 einen Höhepunkt. Seither blieb er auf hohem Niveau und betrug im ersten Quartal 2024 etwa 31,6 % (Gesamtbevölkerung: 13 %) (Statistik Austria, 2024f).

Die Armutsgefährdung von besonders vulnerablen Frauengruppen, wie etwa Frauen mit Behinderungen, wird in den offiziellen Statistiken nicht erfasst.

Leider ist die Stichprobe der Europäischen Erhebung über die soziale Lage (EU-SILC) für Linz zu klein, um detaillierte Angaben über Frauen mit überdurchschnittlichem Armutsrisiko machen zu können. Die bundes- und landesweiten Tendenzen der Armutsgefährdung lassen sich jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit auf Linz übertragen. Das bestätigen unter anderem auch Ergebnisse der Zusatzbefragung von Linzer Einrichtungen, die im Rahmen des Ersten Linzer Frauenberichtes (Böhm & Buchinger, 2011) durchgeführt wurde. Aufgrund der hohen Pensionslücken und der Vielzahl älterer Linzerinnen (siehe Kapitel 1) ist daher auch für Linz von einer deutlich ausgeprägten Altersarmut unter Frauen auszugehen.

Scheidung und Überschuldung

Neben der fehlenden eigenständigen Existenzsicherung kann sich die Situation von Frauen im Scheidungsfall durch während der Ehe eingegangene Bürgschaften oder Mithaftungen massiv verschärfen. Ob sich finanzielle Unsicherheiten zu umfassenden Krisen ausweiten, hängt unter anderem von der Dauer der gerichtlichen Klärung ab.

⁶⁵ Definition nach Eurostat, ILO, OECD. Grundlage sind Bruttostundenverdienste.

⁶⁶ Wie in Kapitel 2 besprochen, machen Alleinerzieherinnen die überwiegende Mehrheit von Einelternhaushalten aus.

So spielen auch bei österreichischen Frauen Scheidung bzw. Trennung und Bürgschaften bzw. Mithaftungen überproportionale Rollen bei der Überschuldung: 2023 nannten 15 % der Frauen die Scheidung (Männer: 9 %) und 9 % der Frauen die Bürgschaft (Männer: 2 %) als Überschuldungsgrund. Neu ist, dass Frauen 2023 auch Lebenshaltungs- und Wohnkosten häufiger als Überschuldungsgrund genannt haben (14 % der Frauen gegenüber 11 % der Männer), nämlich mehr als doppelt so häufig als noch 2022 (6 % der Frauen, 5 % der Männer) (Dachorganisation asb, o. J.-a.). Gründe für die vermehrte Nennung von Lebenshaltungs- und Wohnkosten als Überschuldungsursache sind wahrscheinlich die gestiegenen Lebenshaltungskosten in Kombination mit der ohnehin höheren Armutsgefährdung von Frauen. Eine oberösterreichische Beratungsstelle für Schuldnerhilfe verzeichnet 2023 vermehrt Beratungsfälle und bestätigt den enormen Anstieg der Lebenshaltungskosten als Hauptursache (Schuldnerhilfe Oberösterreich, 2023). Für Oberösterreich ist keine separate Auswertung nach Geschlecht oder Bildungsstand verfügbar. Für Linz sind keine Daten verfügbar.

Trends

- In Linz beträgt der geschlechtsspezifische Einkommensunterschied (Gender Pay Gap) ohne Rücksicht auf das Arbeitsausmaß 36,7 %. Betrachtet man nur die ganzjährig Vollzeitbeschäftigten liegt er bei 15,1 %. Innerhalb der Gruppe der Arbeiter*innen ist der geschlechtsspezifische Einkommensunterschied größer als unter Angestellten.
- Der geschlechtsspezifische Einkommensunterschied in Linz ist niedriger als im österreichischen Durchschnitt. Im Vergleich der Landeshauptstädte haben allerdings nur die eher kleinen Städte Bregenz und Eisenstadt höhere Einkommensunterschiede.
- Frauen weisen in Linz geringere Arbeitslosenquoten auf als Männer. Frauen und Männer waren von der pandemiebedingten Arbeitslosigkeit zu unterschiedlichen Zeitpunkten mehr bzw. weniger betroffen: in der ersten Phase eher Männer – darunter insbesondere Männer ohne österreichische Staatsangehörigkeit – in der zweiten Phase, im Winter 2020/21, eher Frauen – ebenfalls insbesondere jene ohne österreichische Staatsangehörigkeit. Die geschlechtsspezifische Einkommensdifferenz bei Pensionist*innen ist in Linz vergleichsweise hoch und liegt bei 23,8 %.
- Frauen in Oberösterreich und Linz sind eher Bezieherrinnen von Mindestsicherung und Sozialhilfe (Frauenanteil der Beziehenden: 58,3 % in Oberösterreich und 52,7 % in Linz). Dabei sind Frauen in besonderen Lebenslagen, wie Alleinerzieherinnen, überrepräsentiert.
- Frauen in Österreich sind insgesamt eher armutsgefährdet als Männer. Frauen in besonderen Lebenslagen, wie etwa Alleinerziehende, haben ein erhöhtes Risiko armutsgefährdet zu sein. Frauen in Österreich sind nach einer Scheidung nach wie vor häufiger von Überschuldung betroffen als Männer. Außerdem treiben rasch steigende Lebenshaltungskosten überdurchschnittlich viele Frauen in die Überschuldung.

Lücken

- Es fehlen Daten zur Armutsgefährdung und zur manifesten Armut (vor und nach Sozialleistungen) für Oberösterreich und Linz nach Geschlecht, Herkunft, sozioökonomischem Status, Haushaltsform und Bildungsniveau.

- Wissen und Daten zur sozialen Lage von Frauen mit Behinderungen in Linz werden benötigt.
- Es fehlen Analysen des bereinigten Einkommensunterschieds für Linz und Oberösterreich.
- Daten zu den geschlechtsspezifischen Entwicklungen der Realeinkommen in Linz sind nicht vorhanden.
- Daten über das aktuelle Niveau der Inanspruchnahme einer Schuldner*innenberatung in Linz und Oberösterreich fehlen.

Diskussion und Reflexion des Status quo

Lebensunterhalt, Geschlechterordnung und Überschuldung

Wie bei den meisten in diesem Bericht diskutierten Themen ist die traditionelle gesellschaftliche Geschlechterordnung wesentliche Ursache für sozioökonomische Problemlagen und Existenzgefährdungen von Frauen. Dass das Festhalten an traditionellen Lebensformen oftmals keine finanzielle Absicherung für Frauen bietet, zeigt sich beispielsweise daran, dass im Durchschnitt mehr als jede dritte Ehe geschieden wird (Statistik Austria, 2024e).⁶⁷

Frauen sind in ihrer Erwerbsbeteiligung gegenüber Männern quantitativ (vor allem aufgrund von Teilzeit-Arbeitsverhältnissen) und qualitativ (bspw. aufgrund von Beschäftigungen in Niedriglohnbranchen oder auf Positionen am unteren Ende der Unternehmenshierarchien) benachteiligt. Im Trennungs- bzw. Scheidungsfall kann dies zu einer prekären finanziellen Lage führen, vor allem wenn es Kinder zu versorgen gilt. Eine Umverteilung der unbezahlten Betreuungsarbeit zwischen Frauen und Männern sowie zwischen Privathaushalten und der Öffentlichkeit bleibt die wichtigste politische Empfehlung (siehe Kapitel 4). Beides sind Grundvoraussetzungen, um die eigenständige Existenzsicherung von Müttern abzusichern.

Einkommen

Zum Gender Pay Gap

Ein wesentliches Hindernis für die eigenständige Existenzsicherung von Frauen ist die Einkommensschere. Die für Linz konstatierte Einkommensdifferenz zwischen Frauen und Männern von durchschnittlich 36,7 % ist zunächst politisch zu skandalisieren. Um die Schere zu schließen, gilt es konkrete Maßnahmen umzusetzen. Gleiches Entgelt bei gleicher, gleichartiger und gleichwertiger Arbeit ist eines der wichtigsten gleichstellungspolitischen Ziele. Die Gleichbehandlungsgesetzesnovelle zur Förderung der Einkommenstransparenz in Österreichs Unternehmen vom Jänner 2011 war ein Signal des politischen Willens, letztlich jedoch nicht ausreichend. Hinzu kommt die kürzlich verabschiedete EU-Richtlinie 2023/970, die ab 2027 schrittweise auch in Österreich umgesetzt werden muss. Die Richtlinie sieht eine Reihe neuer Regelungen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Lohndiskriminierung und zur Förderung der Lohntransparenz, wie etwa Veröffentlichungspflichten für Unternehmen, vor (Bundeskanzleramt Österreich, 2023). Darüber hinaus bedarf es auch politischer Maßnahmen zur Förderung einer gerechten Aufteilung der Sorgearbeit und zur Bekämpfung der horizontalen wie vertikalen Segregation des Arbeitsmarktes und der direkten Diskriminierung.

⁶⁷ Die österreichweite Gesamtscheidungsrate lag 2023 bei 36,1 %, damit ist sie von 41 % seit der Veröffentlichung des letzten Linzer Frauenberichts (2018) zurückgegangen (Statistik Austria, 2024e).

Die „Frauenstrategie für Oberösterreich 2030“ wurde 2018 mit einer ähnlichen Zielsetzung von der Landesregierung beschlossen. Nach einer Bestandsaufnahme der Lebenssituation von Frauen in Oberösterreich folgten eine Reihe von Regionalforen, Workshops und Online-Befragungen. Die erarbeiteten Forderungen zum Thema Beruf und finanzielle Absicherung sind breit gefächert und reichen von der konkreten Forderung nach einem Mindestlohn in Höhe von 1.500 Euro brutto bis hin zur eher vagen Forderung nach einer Aufwertung typischer „Frauenberufe“ (bspw. pädagogische und soziale Berufe) (Schuster et al., 2018). Die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen wird in regelmäßigen Abständen evaluiert, jedoch ist die objektive Bewertung des Fortschritts schwierig. Umso wichtiger sind regelmäßige Berichterstattung (z. B. Frauenreferat des Landes Oberösterreich, 2024a, 2024b) und die Evaluation durch unabhängige Organisationen.

Erwerbsarbeitslosigkeit

Insgesamt sind Männer stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Frauen. Wie erläutert, ist die niedrigere Arbeitslosenquote von Frauen wahrscheinlich auf die geringere Erwerbsbeteiligung gering qualifizierter Frauen zurückzuführen. Während der COVID-19-Pandemie zeigten sich zeitlich differenzierte Dynamiken: In der ersten Phase waren Männer vom Anstieg der Arbeitslosigkeit stärker betroffen, in der zweiten Phase hingegen Frauen.

Die Arbeitslosenstatistik zeigt, dass niedrig qualifizierte Personen besonders häufig von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Aber auch Personen ohne österreichische Staatsangehörigkeit sind in den Erwerbslosigkeitszahlen überrepräsentiert. Nicht-österreichische Staatsbürger*innen, die durchschnittlich auch niedriger qualifiziert sind, weisen zudem eine geringere Erwerbsquote auf. Die Erwerbspartizipation der Frauen dieser Gruppe ist wesentlich geringer als die der Österreicherinnen.⁶⁸ Qualifikations- und Weiterbildungsmaßnahmen spielen eine zentrale Rolle bei der Arbeitsmarktintegration, welche eine Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben ist.

Ausblick: Maßnahmen und Möglichkeiten

Lohnpolitik

- Herstellung von Lohntransparenz (bei gleichzeitiger Wahrung des Datenschutzes) durch eine detaillierte Aufgliederung sämtlicher Bestandteile der Gehälter in betrieblichen Einkommensberichten, z. B. durch eine frühzeitige und angemessene Einführung der EU-Richtlinie 2023/970
- Weitere Imagekampagnen und lohnpolitische Maßnahmen zur Aufwertung von typischen „Frauenberufen“ (z. B. Sozialbereich, pädagogischer Bereich)
- Regelmäßige Überprüfung des Gender Pay Gaps und Frauenbeschäftigungsanteils in Linz nach Branchen
- Öffentliche Auftragsvergabe nur an Unternehmen, die sich zur Lohntransparenz bekennen und Maßnahmen zur Umsetzung implementieren, z. B. eine frühzeitige und angemessene Einführung der EU-Richtlinie 2023/970
- Politisches Engagement zur Bekämpfung von eklatanten Lohnunterschieden zwischen einzelnen Branchen, Arbeitsmarktsegmenten und innerhalb betrieblicher Hierarchien

⁶⁸ Beispielsweise lag bei in der Türkei geborenen Personen die Erwerbsquote der Männer mit 77,3 % fast genau gleichauf mit in Österreich geborenen Männern (77,2 %). Die Erwerbsquote von Frauen, die in der Türkei geboren wurden, lag mit 44,3 % jedoch 26,3 Prozentpunkte unter jener in Österreich geborener Frauen (Wiedenhofer & Baumgartner, 2022).

- Monetäre Anrechnung von Kindererziehungszeiten für das Pensionskonto in Höhe des Erwerbseinkommens unselbstständig Beschäftigter

Existenzsicherung

- Erhöhung der Nettoersatzrate des Arbeitslosengeldes (z. B. auf 75 % des Nettoeinkommens) und Kaufkraftsicherung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe
- Erhöhung der bedarfsorientierten Mindestsicherung und Sozialhilfe auf ein existenzsicherndes Niveau; Unterstützung der besonders von Armutsgefährdung betroffenen Gruppen der Alleinerziehenden, Pensionistinnen und Frauen mit außereuropäischer Staatsangehörigkeit

Abhängigkeit

- Verpflichtende Aufklärung und Information in Schulen und Ausbildungsinstitutionen über rechtliche Folgen von Eheverträgen, Bürgschaften und Mithaftungen
- Verstärkte Präventionsarbeit vor Eheschließungen; Bereitstellung muttersprachlicher Beratung am Standesamt über Rechtsfolgen von Eheverträgen, Scheidungen, Bürgschaften und Mithaftungen unter Berücksichtigung interkultureller Aspekte

Quellen

Achleitner, Sophie. (2022). Bildungsreport. Ein Pay Gap kommt selten allein: Bildung, Gender und Einkommen in Österreich. (Bildungstriologie). Momentum Institut. https://www.momentum-institut.at/wp-content/uploads/2022/07/FINAL_moment_Bildungstriologie_20220622.pdf

Arbeiterkammer Oberösterreich. (o. J.). Monatliche Bruttoeinkommen (Median) 2023 in den Bezirken. Abgerufen 21. August 2024, von https://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/verteilungsgerechtigkeit/einkommen/WSG_2023_Einkommen_OOE_Bezirke.jpg

Arbeiterkammer Oberösterreich. (2023). Beschäftigte zahlen die Rechnung für profit-getriebene Inflation: Daher Inflationsabgeltung und Wohlstandteilhabe für die Beschäftigten! (Informationsblatt 38/2023; Daten und Fakten zur Einkommensverteilung). Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich. https://ooe.arbeiterkammer.at/service/broschuerenundratgeber/steuerundeinkommen/B_2023_Daten-und-Fakten-zur-Einkommensverteilung.pdf

Arbeitsmarktservice Oberösterreich. (o. J.). Tagsatzhöhen NH; NH Anträge-Bescheide. Unveröffentlichte Daten.

Biffi, Gudrun. (2010). Die ökonomische Situation der Frauen in Österreich. In Bundeskanzleramt (Hrsg.), Frauenbericht 2010. Bericht betreffend die Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008 (S 465–501). Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst im Bundeskanzleramt Österreich.

BSMSGPK. (2024). Pensionshöhen 2023: Inklusive Gender Gap, Ausgleichszulage und Pensionsbonus. Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz.

Böhm, Renate, & Buchinger, Birgit. (2011). Erster Linzer Frauenbericht. Magistrat Stadt Linz/Frauenbüro. <https://www.linz.at/frauen/56114.php>

Bundeskanzleramt Österreich. (2023, April 24). „Gender Pay Gap“: Rat der EU nimmt neue Vorschriften zur Lohntransparenz an. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/europa-aktuell/2023/04/gender-pay-gap-rat-der-eu-nimmt-neue-vorschriften-zur-lohntransparenz-an.html>

Dachorganisation asb. (o. J.). Überschuldung von Frauen. Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldenberatungen. Abgerufen 28. August 2024, von https://schuldenberatung.at/wp-content/uploads/2024/03/asbFactSheet_Frauen2023_EndV.pdf

Dachverband der Sozialversicherungsträger. (2024). Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen. Dachverband der Sozialversicherungsträger. <https://www.sozialversicherung.gv.at/cdscontent/?contentid=10007.892165>

Europäische Kommission. (2021). The sectoral impact of the COVID-19 crisis: An unprecedented & atypical crisis. Publications Office. <https://data.europa.eu/doi/10.2765/982245>

Eurostat. (o. J.). Gender pay gap statistics. Abgerufen 20. August 2024, von https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Gender_pay_gap_statistics

Frauenreferat des Landes Oberösterreich. (2024a). Bericht 2024 mit ausgewählten statistischen Daten (Frauen.Leben – Frauenstrategie für Oberösterreich 2030). Amt der Oö. Landesregierung, Direktion Kultur und Gesellschaft, Abteilung Gesellschaft, Frauenreferat. <https://www.frauenreferat-ooe.at/frauenstrategie.htm>

Frauenreferat des Landes Oberösterreich. (2024b). Gleichstellungsbericht – Evaluierung 2024 (Frauen.Leben – Frauenstrategie für Oberösterreich 2030). Frauenreferat des Landes Oberösterreich. <https://www.frauenreferat-ooe.at/frauenstrategie.htm>

- Geisberger, Tamara. (2021). Entwicklung und Verteilung der Niedriglohnbeschäftigung in Österreich und in der EU: Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2018. *Statistische Nachrichten*, 09/2021. https://www.statistik.gv.at/fileadmin/pages/335/Niedriglohn_VSE2018_09_2021.pdf
- Geisberger, Tamara, & Glaser, Thomas. (2021). Gender Pay Gap. Analysen zum Einfluss unterschiedlicher Faktoren auf den geschlechtsspezifischen Lohnunterschied. *Statistische Nachrichten*, 06/2021, 434–447.
- Hofer, Helmut, Titelbach, Gerlinde, Weichselbaumer, Doris, & Winter-Ebmer, Rudolf. (2013). Diskriminierung von MigrantInnen am österreichischen Arbeitsmarkt. Institut für Höhere Studien. <https://irihs.ihs.ac.at/id/eprint/2246/1/IHSPR6311119.pdf>
- Pratscher, Kurt. (2023). Mindestsicherung und Sozialhilfe der Bundesländer im Jahr 2022. *Statistische Nachrichten*, 11/2023. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/348/Mindestsicherung_und_Sozialhilfe_der_Bundeslaender_im_Jahr_2022.pdf
- Rechnungshof. (2022). Allgemeiner Einkommensbericht 2022: Bericht des Rechnungshofes (2022/1). Rechnungshof Österreich. https://rechnungshof.gv.at/rh/home/news/news/aktuelles/Allgemeiner_Einkommensbericht_2022.html#
- Schönherr, Daniel, & Zandonella, Martina. (2020). Arbeitsbedingungen und Berufsprestige von Beschäftigten in systemrelevanten Berufen in Österreich: Sonderauswertung des Österreichischen Arbeitsklima Index. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.
- Schuldnerhilfe Oberösterreich. (2023). Jahresbericht 2023. <https://www.schuldner-hilfe.at/news/jahresbericht-2023-der-schuldnerhilfe-ooe/>
- Schuster, Julia, Fitz, Theresa, & Kapfer, Leonie. (2018). Zweiter Frauenbericht der Stadt Linz. Magistrat der Stadt Linz, Frauenbüro. <https://www.linz.at/frauen/56114.php>
- Schmieder, Julia, Weichselbaumer, Doris, Welteke, Clara, & Wrohlich, Katharina. (2024). Parental Leave and Discrimination in the Labor Market, IZA Discussion Paper 17451.
- Setz, Ingrid. (2023). Attitudes towards gender equality in education and (unpaid) work. In Norbert Neuwirth, Isabella Buber-Ennsner, & Beat Fux (Hrsg.), *Families in Austria: Partnerships, fertility intentions and economic situation in challenging times. Generations and Gender Program*. https://www.ggp-austria.at/fileadmin/user_upload/k_ggp_austria/GGPat_Families_in_Austria_2023.pdf
- Stadtforschung Linz. (o. J.-a). Lohnsteuerstatistik 2021. Magistrat der Landeshauptstadt Linz. https://www.linz.at/zahlen/050_Infrastruktur/030_Wirtschaft/030_Lohnsteuerstatistik/
- Statistik Austria. (o. J.-b). STATatlas. Anteil nicht österreichischer Staatsangehörige in %. https://www.statistik.at/atlas/?mapid=them_bevoelkerung_staatsangehoerigkeit&layerid=layer1&sublayerid=sublayer0&languageid=0&bbox=1492996,6039774,1786514,6204878,8
- Stadtforschung Linz. (2024). Bevölkerung – Geschlecht, Alter und Familienstand. Magistrat der Landeshauptstadt Linz. https://www.linz.at/zahlen/040_Bevoelkerung/040_Bevoelkerungsstruktur/2-1JSCH.pdf
- Statistik Austria. (2023a). Ausgleichszulagenbezieher:innen im Dezember 2022. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/363/Tab5_Ausgleichszulagenbezieherinnen_2022.ods
- Statistik Austria. (2023b, Dezember 22). Pensionen. STATISTIK AUSTRIA: Gender Statistiken. <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/gender-statistiken/pensionen>
- Statistik Austria. (2024a). Armut. Bundesanstalt Statistik Österreich. <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/armut>
- Statistik Austria. (2024b). Einkommen. Bundesanstalt Statistik Österreich. <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/gender-statistiken/einkommen>
- Statistik Austria. (2024c). Frauen verdienen 2022 brutto pro Stunde um 18,4 % weniger als Männer: Geschlechterunterschiede bei Einkommen, Erwerbstätigkeit und unbezahlter Arbeit weiterhin hoch (Pressemitteilung: 13 284-050/24). Bundesanstalt Statistik Österreich. <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2024/03/20240305GenderStatistik2024.pdf>
- Statistik Austria. (2024d). Scheidungen und Auflösungen eingetragener Partner:innen. Bundesanstalt Statistik Österreich. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/417/Scheidungen__Aufloesung_eingetr__Partnerinnenschaften.ods
- Statistik Austria. (2024e). TABELLENBAND EU-SILC 2023. Bundesanstalt Statistik Österreich. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/Tabellenband_EUSILC_2023.pdf
- Statistik Austria. (2024f). Krisenfolgen und die soziale Lage von Frauen: Sonderauswertung. Statistik Austria. Statistik Austria, & Bundeskanzleramt. (2023). Statistiken zur elementaren Bildung 2022/23 – Monitoring-Bericht. https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/KTH-Monitoring-Bericht_2022-23_barrierefrei.pdf
- Weichselbaumer, Doris. (2017). Discrimination Against Migrant Job Applicants in Austria: An Experimental Study. *German Economic Review*, 18(2), 237–265. <https://doi.org/10.1111/geer.12104>
- Weichselbaumer, Doris. (2020). Multiple Discrimination against Female Immigrants Wearing Headscarves. *ILR Review*, 73(3), 600–627. <https://doi.org/10.1177/0019793919875707>
- Wiedenhofer, Galik, & Baumgartner, Katrin. (2022). Arbeitsmarktsituation von Migrant:innen in Österreich: Modul der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2021. Statistik Austria, Bundesanstalt Statistik Österreich.
- Yavorsky, Jill. (2019). Uneven Patterns of Inequality: An Audit Analysis of Hiring-Related Practices by Gendered and Classed Contexts. *Social Forces*, 98(2), 461–492. <https://doi.org/10.1093/sf/soy123>
- Zandonella, Martina, & Hoser, Bernhard. (2022). Zur psychosozialen Situation der Oberösterreicher*innen während der Pandemie.

Gesundheiten

Gesundheitszustand

Gesundheitsverhalten

Erkrankungen

Lebenserwartung und Mortalität

Sexualität, reproduktive
Gesundheit und Geschlechts-
identität

Gewaltverhältnisse

EinBlick

Frauengesundheiten – zur Genese eines neuen Verständnisses

Seit der Gründung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Jahr 1948 ist die Gesundheit von Frauen eines ihrer Hauptanliegen. Politisiert wurde das Thema durch die Frauengesundheitsbewegung (Women's Health Movement), die in den 1970er Jahren im Zuge der zweiten Welle des Feminismus aufkam. Ein zentraler Diskurs war die „Feminisierung“ der Gynäkologie, die bis dahin von einem männlichen Blick und einer Pathologisierung von als weiblich definierten Körpern geprägt war. Aus dieser Auseinandersetzung entwickelten sich unter anderem Forderungen nach reproduktiver Selbstbestimmung und legalen Abtreibungsmöglichkeiten.

Die Festschreibung der Frauengesundheit in UN-Dokumenten markierte die zunehmende internationale Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Bedeutung. Initiiert wurde die offizielle Verankerung vom WHO-Regionalbüro Kopenhagen in den 1990er Jahren. Die sechs Handlungsprioritäten der WHO-Konferenz „Women's Health Counts“ von 1994 lauteten: „[e]rhöhte gesundheitliche Sicherheit von Müttern“, „Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit“, „Einführung frauenfreundlicher Kostenstrategien“, „Schaffung von effizienten Vorsorgeprogrammen und Unterstützung von Programmen zur Förderung gesunder Lebensweisen“, „Bekämpfung von körperlicher und sexueller Gewalt gegen Frauen“ sowie „Verbesserung für Frauen, die in Gesundheitsberufen arbeiten“ (Bundesministerium für Gesundheit, 2011, S. 40). Wegweisend war auch die Weltbevölkerungskonferenz 1994 in Kairo, die mit der Formulierung des Rechts auf reproduktive Gesundheit einen Paradigmenwechsel in der internationalen Bevölkerungspolitik einleitete (Hinz, 2024).

Für Österreich war der 1995 erstellte Frauengesundheitsbericht „Austrian Women's Health Profile“ (Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz, 1995) ein erster wichtiger Schritt zur Erfassung der gesundheitlichen Situation der weiblichen Bevölkerung. In der Zwischenzeit folgten auf nationaler Ebene weitere Frauengesundheitsberichte (Bundesministerium für Gesundheit und Frauen, 2006; Bundesministerium für Gesundheit, 2011), der erste österreichische Gender-Gesundheitsbericht mit einem Fokus auf psychische Gesundheit (Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2019a) sowie der LGBTIQ+ Gesundheitsbericht 2022 (Gaiswinkler et al., 2023).

Die vom Frauenreferat des Landes Oberösterreich erstellte „Frauenstrategie 2030“ widmet dem Thema „Frauen und Gesundheit“ ein eigenes Kapitel (Haberlander, 2018). Als angestrebte Maßnahmen wurden hier unter anderem frauenspezifische Gesundheitsförderungsprogramme zur HPV-Impfung, Präventionsprogramme zu Essstörungen und Tabakkonsum sowie die verstärkte Information von Migrantinnen über das oberösterreichische Gesundheitssystem genannt.

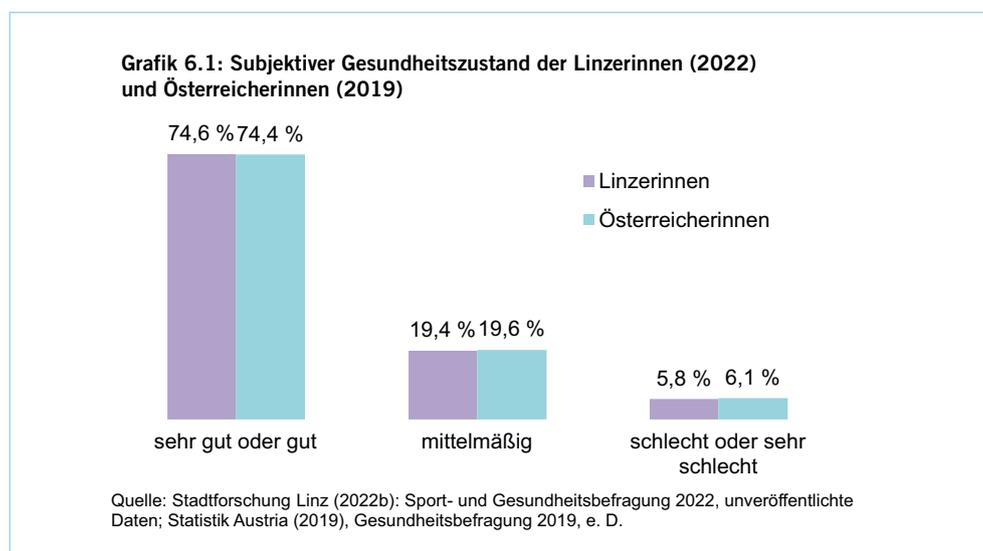
Insgesamt zeigen die skizzierten Beispiele, dass sich in der politischen Arbeit mittlerweile ein Verständnis dafür entwickelt hat, dass Gesundheit bzw. Krankheit nicht unabhängig von Geschlecht und sozioökonomischen Faktoren gedacht werden kann und Menschen dementsprechend unterschiedliche gesundheitsbezogene Bedürfnisse haben.

DatenFakten

Im zweiten Frauenbericht der Stadt Linz 2018 wurden die Daten für dieses Kapitel vor allem dem „Gesundheitsbericht Linz 2009–2013“ (Birgmann et al., 2013) entnommen. Da das Institut für Gesundheitsplanung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mehr existiert und somit keine aktualisierten Daten zur Verfügung stehen, wird für diesen Bericht vorrangig die Gesundheits- und Sportbefragung 2022 (Stadtforschung Linz, 2022a) der Stadt Linz genutzt, von der uns auch unveröffentlichte weiterführende Daten vorliegen (Stadtforschung Linz, 2022b). Diese Befragung ist in Umfang und Inhalt jedoch nicht sehr detailliert, daher wird an einigen Stellen auf ältere Daten des Instituts für Gesundheitsplanung zurückgegriffen. Zur Gesundheits- und Sportbefragung 2022 sei angemerkt, dass Geschlecht und Alter nicht verpflichtend anzugeben waren, weshalb die Aussagekraft der Daten aufgrund der Stichprobengröße manchmal eingeschränkt ist.

Subjektiver Gesundheitszustand der Linzer*innen

Ihren Gesundheitszustand schätzten im Jahr 2022 74,6 % der Linzer Frauen und 72,4 % der Linzer Männer als „sehr gut“ oder „gut“ ein. Etwa 19,4 % der Linzerinnen empfanden ihre Gesundheit als „mittelmäßig“ und 5,8 % als „schlecht“ oder „sehr schlecht“ (Stadtforschung Linz, 2022b). Grafik 6.1 zeigt, wie die Linzerinnen im Vergleich zu den Österreicherinnen ihre Gesundheit beurteilten. Dabei zeigen sich keinerlei Unterschiede in der Einschätzung der eigenen Gesundheit.⁶⁹ Eine Auffälligkeit beim geschlechtsspezifischen Vergleich der Daten für Linz (2022) und Österreich (2019) ist, dass der Anteil der Frauen in Linz, die ihre Gesundheit als (sehr) gut einschätzten etwas größer war (um 2,2 Prozentpunkte höher) als jener der Männer, während es sich beim geschlechtsspezifischen Vergleich in Österreich genau umgekehrt verhielt (Anteil der österreichischen Männer, die ihren Gesundheitszustand als (sehr) gut einschätzten, lag um 3 Prozentpunkte höher als jener der Österreicherinnen) (Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2022b, S. 440; Stadtforschung Linz, 2022b).



⁶⁹ Es ist hierbei jedoch zu beachten, dass die Daten für Linz aus dem Jahr 2022 (also aus einem Jahr nach Ausbruch der COVID-19-Pandemie) stammen, jene für Österreich aus 2019.

Laut dem Gesundheitsbericht Linz 2009–2013 haben das Bildungsniveau oder die Höhe des (Äquivalenz-)Einkommens⁷⁰ mehr Einfluss auf den subjektiven Gesundheitszustand als das Geschlecht. Die Einschätzung des Gesundheitszustandes verschlechtert sich insbesondere mit niedrigerem Bildungsstand und geringerem Einkommen, aber auch mit zunehmendem Alter. Personen mit niedrigerem Bildungsniveau verfügen mit großer Wahrscheinlichkeit auch über ein geringeres Einkommen und sind aufgrund von Arbeitsbelastungen (schwere körperliche oder psychisch belastende Arbeit, bspw. Pflege oder Bau) oder gesundheitsschädigenden Verhaltensweisen (wenig Sport, ungesunde Ernährung oder Tabakkonsum als dysfunktionale Copingstrategien im Umgang mit erhöhtem Stress) häufiger von bestimmten Gesundheitsrisiken betroffen (Birgmann et al., 2013).

Nennenswerte geschlechtsspezifische Unterschiede in der subjektiven Einschätzung des Gesundheitszustands zeigten sich 2022 aber bspw. in der Altersgruppe der 30- bis 39-jährigen Linzer*innen: Rund 76 % der Männer gegenüber 86 % der Frauen schätzten ihren Gesundheitszustand als (sehr) gut ein. Auch in der Altersgruppe der Personen über 70 haben Frauen ihren Gesundheitszustand besser eingeschätzt als Männer (65,3 % im Vergleich zu 54,1 % bezeichneten ihn als (sehr) gut) (Stadtforschung Linz, 2022b).

Daten zur Einschätzung des Gesundheitszustands von TIN*-Personen liegen für Linz nicht vor. Österreichweite Daten weisen jedoch deutlich auf ihren schlechteren Gesundheitszustand hin. So gaben 2022 nur 58 % der Inter*personen, 45 % der Trans*personen und 43 % der nichtbinären Personen einen (sehr) guten allgemeinen Gesundheitszustand an. Schwule und lesbische Menschen beurteilten ihren Gesundheitszustand zu je 71 % als „gut“ oder „sehr gut“, was eher mit den durchschnittlichen, oben genannten Daten für Linzer Frauen und Männer vergleichbar ist. Menschen mit einer bi/pansexuellen (51 %) oder queeren sexuellen Orientierung (47 %) gaben wiederum deutlich seltener einen (sehr) guten allgemeinen Gesundheitszustand an (Gaiswinkler et al., 2023).

Migrant*innen, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen oder Sexarbeiterinnen sind aufgrund sozioökonomischer Einflussfaktoren gesundheitlich stärker gefährdet. Die gesundheitliche Lage dieser Personengruppen in Linz zu bewerten ist kaum möglich, da die vorhandenen Daten der Gesundheitsbefragung 2013 sowie der Gesundheits- und Sportbefragung 2022 dafür nicht detailliert genug sind. Hier besteht ein großer Aufholbedarf in der Forschung.

Im Allgemeinen sind Alleinerziehende oft psychisch und physisch stärker belastet als Eltern mit Partner*innen, da sie die alleinige Verantwortung für Kind/er, Haushalt und Finanzen tragen und folglich auch stärker in den Erwerbsarbeitsmarkt integriert sind. Aus den multiplen Belastungen ergeben sich vielfältige gesundheitliche Risiken. Eine Berliner Studie kam etwa zu dem Ergebnis, dass Alleinerzieherinnen signifikant häufiger an diversen Beschwerden (etwa Schlaflosigkeit, Kreislaufproblemen, Menstruationsbeschwerden), Erkrankungen (wie etwa Magenerkrankungen oder Erkrankungen der Atmungsorgane) sowie psychischen Beeinträchtigungen (bspw. Depressionen) leiden. Außerdem nehmen Alleinerzieherinnen aufgrund mangelnder zeitlicher und finanzieller Ressourcen Gesundheitsleistungen tendenziell seltener bzw. später in Anspruch als verheiratete oder kinderlose Frauen, weshalb Krankheiten oft nicht rechtzeitig behandelt werden. Die Ergebnisse zeigten überdies, dass Alleinerzieherinnen häufiger rezeptfreie Medikamente zur Selbstbehandlung einnahmen, bspw. Schmerz- und Schlafmittel, die zum Teil Suchpotenzial

⁷⁰ Das Äquivalenzeinkommen ist das gewichtete Pro-Kopf-Einkommen eines Haushalts nach Personenanzahl und dem Alter der jeweiligen Personen.

aufweisen. Fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten erschweren die Inanspruchnahme von Therapien, stationären Behandlungen oder Genesungsurlauben für Alleinerziehende und der gesetzliche Pflegeurlaub reicht oft nicht aus (Pochobradsky et al., 2002, S. 15).

Bei der vulnerablen Gruppe der Menschen mit Migrationserfahrung stellen die ökonomische Schlechterstellung, die hohe Armutsgefährdung sowie die zuweilen prekären Beschäftigungsverhältnisse erhöhte Gesundheitsrisiken dar. Zusätzliche Unsicherheit bezüglich des Aufenthaltsstatus und das xenophobe oder rassistische gesellschaftliche Klima können bestehende gesundheitliche Belastungen verstärken (Birgmann et al., 2013). Der Forschungsbericht des Österreichischen Integrationsfonds „Migration in Österreich: Gesundheitliche und ökonomische Aspekte“ aus dem Jahr 2021 verdeutlicht, dass in Österreich zwar grundsätzlich ein niederschwelliger und rechtlich abgesicherter Zugang zur Gesundheitsversorgung besteht, dieser jedoch durch eine prekäre soziale Lage erschwert wird. Das österreichische Gesundheitssystem setzt auf Eigenverantwortung, wodurch mangelnde Sprachkenntnisse zu Informationsdefiziten über Ansprüche und Angebote führen und sich somit negativ auf die Gesundheit auswirken können. Zudem fehlt es oftmals an kultureller Kompetenz auf Seiten der Gesundheitsanbieter*innen. Abschließend soll darauf hingewiesen sein, dass der Bericht des Österreichischen Integrationsfonds keine geschlechtsspezifischen Daten ausweist, weshalb keine gesonderten Aussagen zur Gesundheitssituation von Migrantinnen getroffen werden können (Österreichischer Integrationsfonds, 2021).

Gesundheitsverhalten

Sportliche Betätigung

Viele der folgenden Daten stammen aus der eingangs erwähnten Sport- und Gesundheitsbefragung (Stadtforschung Linz, 2022a, 2022b). Aufgrund der Datenlage sind Auswertungen nach Altersgruppen und Geschlecht nicht immer aussagekräftig, weshalb zum Vergleich auch Daten aus dem Österreichischen Gesundheitsbericht (Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2022b) herangezogen werden.

Regelmäßige Bewegung gilt als wichtiger Faktor für die Erhaltung der Gesundheit. Mit Blick auf die Linzer*innen im Jahr 2022 fällt daher positiv auf, dass die Anteile der Personen, die berichteten, mehrmals wöchentlich Sport zu treiben, über alle Altersgruppen hinweg relativ hoch waren (zwischen 33,7 % bis 57,7 %) und sogar größer waren als jene, die sich laut Angabe nur einmal die Woche körperlich betätigen (siehe Grafik 6.2). In den Altersgruppen der 15- bis 19-jährigen und der 20- bis 29-jährigen Linzer gaben jeweils sogar über 50 % der Männer an, mehrmals pro Woche Sport zu betreiben. Bei den Frauen war in der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen (45,1 %) sowie der 60- bis 69-Jährigen (57,1 %) eine besonders hohe mehrmalige wöchentliche Sportaktivität zu verzeichnen.⁷¹

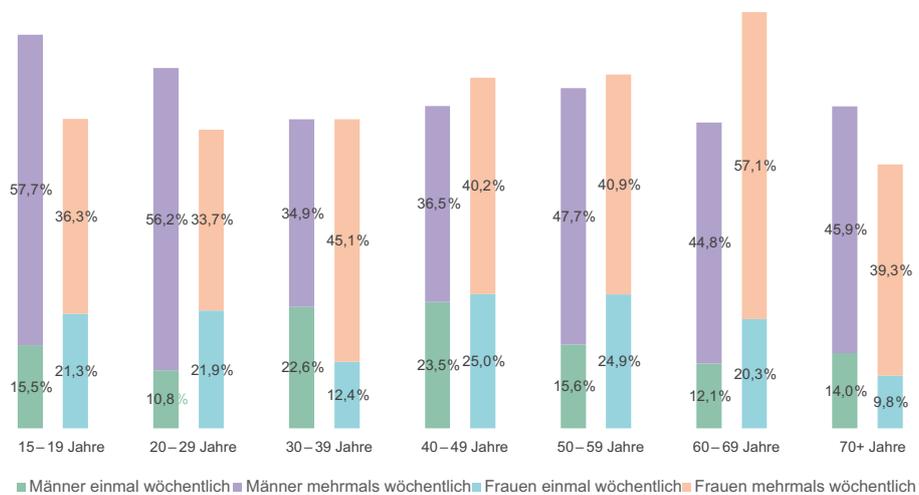
In der Gesundheits- und Sportbefragung aus dem Jahr 2022 berichteten 61 % der Linzer*innen, mindestens einmal pro Woche Sport zu treiben (Stadtforschung Linz, 2022a, S. 58). Dieser Prozentsatz ist im Vergleich zu den beiden früheren Befragungen 2018 und 2012 zurückgegangen. Während im Jahr 2012 noch 75 % der befragten Personen angaben, mindestens einmal pro Woche Sport zu treiben, war deren Anteil 2018 (72 %) zurückgegangen und lag bei der letzten

⁷¹ Zu beachten ist, dass die fehlenden Prozentwerte auf 100 % die Kategorien „seltener als einmal pro Woche“, „nie“, „keine Angabe“ inkludieren.

Befragung im Jahr 2022 auf dem Niveau von 2006 (60 %) (Stadtforschung Linz, 2022a, S. 57). 2022 gaben 44,9 % der Linzer Männer an, mehrmals die Woche Sport zu betreiben, unter den Linzerinnen waren es 41,7 %. Deutliche Unterschiede zeigten sich zwischen Personen mit deutscher und nicht-deutscher Muttersprache. Während 48,2 % der Personen mit deutscher Muttersprache berichteten, mehrmals die Woche Sport zu treiben, stimmten dem nur 18 % der Personen mit anderer Muttersprache zu. Außerdem zeigte sich auch die Tendenz, dass sich Personen mit höherem Einkommen häufiger sportlich betätigen (bis 1.000 Euro: 28,9 % mehrmals pro Woche; ab 3.501 Euro: 65,3 % mehrmals pro Woche) (Stadtforschung Linz, 2022a, S. 58).

Auf dem ersten Platz ausgeübter Sportarten landete bei den Linzer*innen in der Befragung 2022 mit deutlichem Abstand das Wandern (53,5 %), gefolgt von Fitnessstraining (38,1 %) und Laufen (30,4 %). Bei den Top Drei der beliebtesten Sportarten der Linzer*innen zeigten sich geschlechtsspezifische Unterschiede. Während 60,3 % der Linzerinnen angaben, in ihrer Freizeit zu wandern, waren es bei den Männern nur 47,1 %. Beim Fitnessstraining (Männer: 42,3 %; Frauen: 33,8 %) sowie beim Laufen (Männer: 32,8 %; Frauen: 27,9 %) waren die Anteile der Männer höher als jene der Frauen (Stadtforschung Linz, 2022a, S. 75ff). Im Vergleich zum 2. Linzer Frauenbericht (Schuster et al., 2018, Daten für 2012) betreiben die Linzer Männer nun etwas mehr Sport. Dies dürfte zwar zum Teil auf die unterschiedliche Alterszusammensetzung der weiblichen und männlichen Bevölkerung (siehe Kapitel 1) zurückzuführen sein; dennoch hat sich in den jüngeren Altersgruppen das Geschlechterverhältnis zugunsten einer höheren sportlichen Aktivität von Männern verschoben.

Grafik 6.2: Sportliche Betätigung der Linzer*innen nach Altersgruppen



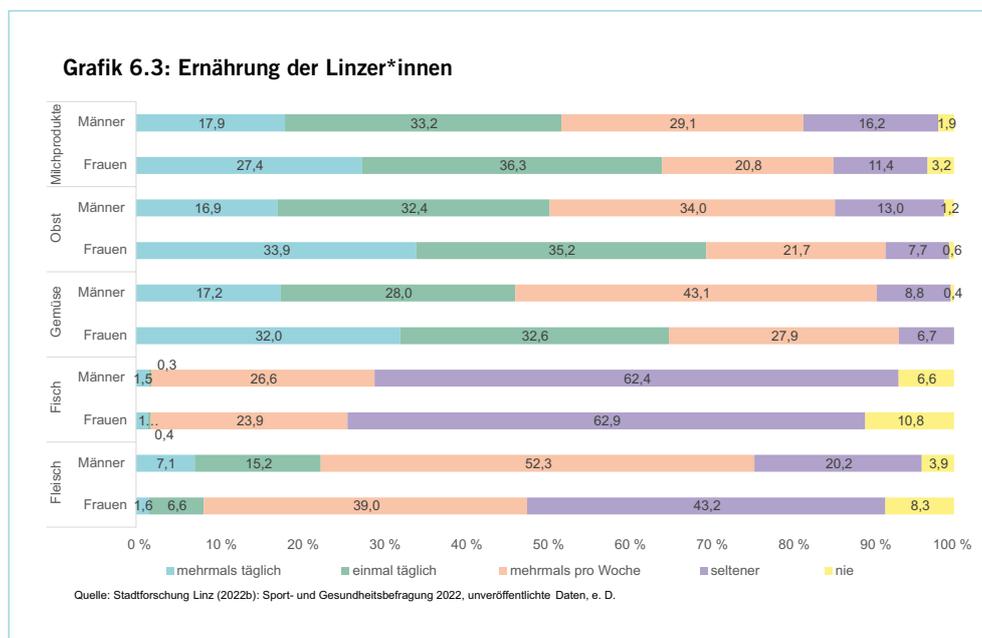
Quelle: Stadtforschung Linz (2022b): Sport- und Gesundheitsbefragung 2022, unveröffentlichte Daten, e. D. Hinweis: Nach Geschlecht differenzierte Altersgruppen beziehen sich auf z. T. recht kleine Stichproben.

Ernährung

In der Gesundheits- und Sportbefragung der Stadt Linz aus dem Jahr 2022 meinten 26,9 % der befragten Linzer*innen, auf eine gesunde und ausgewogene Ernährung zu achten, und 54 % der Befragten gaben an, „eher“ darauf zu achten. Zwischen den Antworten der Männer und Frauen können allerdings deutliche Unterschiede festgestellt werden. Auf die Frage, ob sie auf eine ge-

sunde und ausgewogene Ernährung achten würden, antworteten 34,3 % der Linzerinnen mit „ja“ und 51 % mit „eher ja“. Im Vergleich dazu antworteten bei den Männern nur 18,9 % mit „ja“ und 57,2 % mit „eher ja“ (Stadtforschung Linz, 2022a, S. 64).

Entsprechend zeigte sich auch, dass die befragten Frauen häufiger Obst und Gemüse aßen als die befragten Männer; dies wird in Grafik 6.3 dargestellt. Während nur 17,2 % bzw. 16,9 % der Männer berichteten, mehrmals täglich Gemüse bzw. Obst zu sich zu nehmen, gaben beinahe doppelt so viele Linzerinnen an, sich mehrmals täglich von Obst (33,9 %) und Gemüse (32 %) zu ernähren. Ein deutlicher geschlechtsspezifischer Unterschied konnte auch in Bezug auf den Fleischkonsum festgestellt werden. Insgesamt gab die Mehrheit der Frauen (51,5 %) an, „seltener (als mehrmals pro Woche)“ oder „nie“ Fleisch zu essen, wohingegen die Mehrheit der Männer (74,6 %) laut eigener Angabe entweder „mehrmals täglich“, „einmal täglich“ oder „mehrmals pro Woche“ Fleisch gegessen hat. Im Detail zeigt sich, dass 8,3 % der Linzerinnen angaben, „nie“ Fleisch zu konsumieren, aber nur 3,9 % der Linzer Männer. Unter den Männern berichteten 7,1 % „mehrmals täglich“, 15,2 % „einmal täglich“ und 52,3 % „mehrmals pro Woche“ Fleisch zu konsumieren. Die Anteile der Frauen, die angaben, „mehrmals täglich“ (1,6 %), „einmal täglich“ (6,6 %) oder „mehrmals pro Woche“ (39 %) Fleisch zu essen, waren im Vergleich eher klein (Stadtforschung Linz, 2022a, S. 66).



Rauchen

Auch beim Konsum von Tabak zeigten sich Unterschiede zwischen Männern und Frauen. So berichteten bei der Gesundheits- und Sportbefragung 2022 21,1 % der Männer, täglich zu rauchen, aber nur 12 % der Frauen. Insgesamt gab die Mehrheit der Linzer*innen entweder an, nie geraucht zu haben (46,6 %) oder nicht mehr zu rauchen (29,8 %). Dabei haben mehr Frauen (54,6 %) als Männer (37,9 %) nie geraucht (Stadtforschung Linz, 2022a, S. 68).

Ein Vergleich mit früheren Erhebungen aus den Jahren 2018 und 2012 zeigt, dass der Raucher*innenanteil stetig zurückgeht. So gaben im Jahr 2012 noch 24 % der Linzer*innen an, täglich zu rauchen, während es im Jahr 2022 nur mehr 16,4 % waren. Wenig überraschend

zeigte die Studie daher auch altersspezifische Unterschiede bezüglich des Rauchverhaltens von Linzer*innen (Stadtforschung Linz, 2022a, S 67). Besonders hoch war der Raucher*innenanteil 2022 bei den 40- bis 49-jährigen Männern mit 30,9 %; in dieser Altersgruppe rauchten 14,2 % der Frauen täglich. Bis auf die 15- bis 19-jährigen Linzer*innen waren unter den täglichen Raucher*innen in allen Altersgruppen mehr Männer als Frauen vertreten. Bei den 15- bis 19-Jährigen waren es jedoch 13,4 % der Linzerinnen im Vergleich zu nur 4 % der Linzer, die angaben, täglich zu rauchen. Bei den Personen, die berichteten, noch nie geraucht zu haben, überwogen in fast allen Altersgruppen die Anteile der Frauen. Lediglich bei den 15- bis 19-Jährigen war das Verhältnis wiederum umgekehrt: Hier gaben 87 % der Männer und 74,7 % der Frauen an, noch nie geraucht zu haben (Stadtforschung Linz, 2022b).

Die oberösterreichischen Ergebnisse des Drogenmonitorings 2019, durchgeführt vom Institut Suchtprävention der pro mente OÖ, weisen deutliche Unterschiede zu den Linzer Ergebnissen auf.⁷² Bei den 15- bis 19-Jährigen, die täglich rauchten, war hier bspw. der Anteil der Männer (21,1 %) (fast dreimal) größer als jener der Frauen (7,7 %). Der Anteil der täglich Rauchenden war in Oberösterreich 2019 mit 17 % ähnlich hoch wie in Linz 2022, der Anteil der Gelegenheitsraucher*innen beinahe doppelt so hoch. Die überwiegende Mehrheit der Oberösterreicher*innen gab jedoch an, nicht zu rauchen (71 %, Linz 2022: 76,4 %). Die Tendenz, dass immer weniger Menschen rauchen, zeigte sich in Oberösterreich ebenso wie in Linz. Im Vergleich zur vorhergehenden Befragung im Jahr 2000 ist der Anteil der Nichtraucher*innen in Oberösterreich bis 2019 um 30 % gestiegen. Außerdem haben sich Geschlechterdifferenzen stark reduziert (Institut Suchtprävention – pro mente OOE, 2019).

Das Rauchverhalten von LGBTIQ*-Personen wurde im Rahmen der österreichweiten „LGBTIQ+ Gesundheitsbefragung“ 2022 erhoben. 20 % der befragten Personen gaben an, in den letzten 30 Tagen täglich oder fast täglich geraucht zu haben. Am höchsten war der Anteil (fast) täglich Rauchender bei intergeschlechtlichen Personen (25 %), gefolgt von Trans*personen (23 %) und lesbischen Personen (22 %). Insgesamt gaben etwa zwei Drittel der Befragten an, in den letzten 30 Tagen nicht geraucht zu haben (Gaiswinkler et al., 2023, S. 45).⁷³

Alkoholkonsum

Laut dem Drogenmonitoring Oberösterreich des Instituts Suchtprävention (pro mente OÖ) wird Alkoholkonsum in Österreich als zentraler Bestandteil des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens gesehen. Die Befragung zum persönlichen Umgang der Oberösterreicher*innen mit Alkohol im Drogenmonitoring Oberösterreich von 2015 belegte den Stellenwert von Alkohol am Arbeitsplatz und im sozialen Leben. „Geselliges Zusammensein“ wurde häufig mit dem Konsum von Alkohol in Verbindung gebracht und Personen, die dies ablehnten, oftmals unter Druck gesetzt. Bei der Befragung gab auch jede*r sechste Oberösterreicher*in an, Alkoholkonsum als vermeintliche Strategie zur Lösung von Problemen zu nutzen (Institut Suchtprävention – pro mente OOE, 2019, S. 198–199). Leider liegen keine aktuelleren Daten zur Einstellung der Oberösterreicher*innen zum Alkoholkonsum vor.

⁷² Unterschiede in den Ergebnissen der Sport- und Gesundheitsbefragung 2022 zu jenen des Drogenmonitorings könnten auch auf die geringe Stichprobe in Linz und die unterschiedlichen Erhebungszeiträume – insbesondere mit Hinblick auf die COVID-19-Pandemie – zurückzuführen sein.

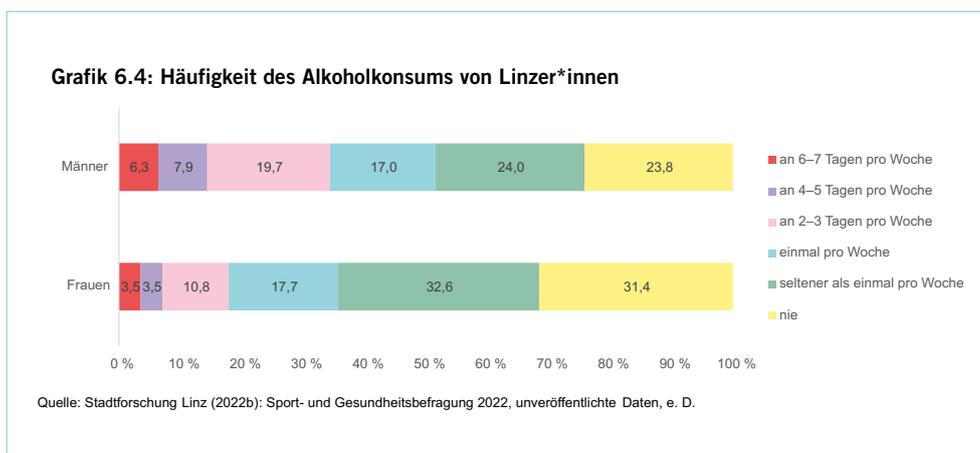
⁷³ Anzumerken ist, dass im Rahmen dieser Erhebung auch E-Zigaretten miteinbezogen wurden.

Die Gesundheits- und Sportbefragung der Stadt Linz aus dem Jahr 2022 zeigte, dass 17,4 % der Linzer*innen einmal in der Woche Alkohol konsumierten, während 55 % seltener und 27,7 % nie ein alkoholisches Getränk zu sich nahmen. Im Vergleich zur Befragung aus dem Jahr 2018 erhöhte sich die Zahl jener, die nie Alkohol trinken, um beinahe 10 Prozentpunkte (Stadtforschung Linz, 2022b).

Frauen tranken im Durchschnitt seltener Alkohol als Männer. Wie Grafik 6.4. zeigt, tranken 6,3 % der Linzer an 6 bis 7 Tagen pro Woche Alkohol, bei Linzerinnen traf dies nur auf 3,5 % zu. Unterscheidet man nach Altersgruppen, zeigt sich, dass in fast allen Altersgruppen die Mehrheit der Frauen selten (weniger als einmal pro Woche) oder gar keinen Alkohol konsumierte. In der Gruppe der 15- bis 29-Jährigen, die angaben, nie Alkohol zu trinken, war der Männeranteil (60,4 %) jedoch größer als jener der Frauen (40,1 %). Der Anteil der Linzer*innen, die häufig Alkohol konsumieren (6 bis 7 Tage pro Woche), steigt mit dem Alter. Bei Frauen war er bei den 50- bis 59-jährigen Linzerinnen am höchsten (9 %), bei den Männern trat der Höhepunkt später ein, nämlich im Alter von 60–69 Jahren (13,4 %). In allen Altersgruppen ab 30 Jahren (mit Ausnahme der 50- bis 59-Jährigen) waren Personen, die keinen Alkohol konsumierten, mit jeweils rund einem Drittel in der Minderheit (Stadtforschung Linz, 2022b).

Auch im Rahmen des bereits erwähnten Drogenmonitorings Oberösterreich 2019 wurde die Häufigkeit des Alkoholkonsums untersucht. Insgesamt ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei der Befragung der Linzer*innen 2022. Oberösterreichische Frauen konsumieren tendenziell weniger häufig Alkohol als Männer. Während insgesamt 58 % der Männer angaben, zwischen zweimal wöchentlich bis zu täglich Alkohol zu konsumieren, war das nur für 26,7 % der Frauen der Fall. Umgekehrt berichteten 59,3 % der Frauen, nur einmal in zwei Wochen, einmal im Monat, weniger als einmal im Monat oder nie Alkohol zu trinken. 28,5 % der Oberösterreicherinnen gaben an, seltener als einmal im Monat oder nie Alkohol zu trinken. Dies galt nur für 12,2 % der Männer (Institut Suchtprävention – pro mente OOE, 2019, S. 208).

Der österreichweite LGBTIQ+ Gesundheitsbericht aus dem Jahr 2022 hat ergeben, dass 36 % der Befragten mehrmals bzw. an ein bis zwei Tagen pro Woche Alkohol konsumierten. 33 % meinten, sie würden seltener als wöchentlich trinken und 3 % gaben einen täglichen Konsum an (Gaiswinkler et al., 2023, S. 44).

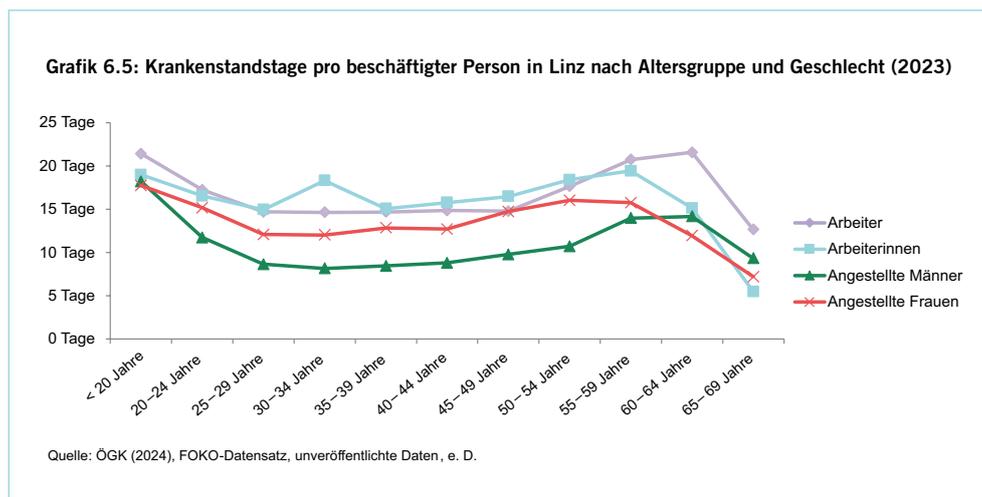


Krankenstand

Krankenstandstage ermöglichen nur bedingt Aufschluss über den Gesundheitszustand von Arbeitnehmer*innen. Schwankungen im Laufe der Zeit hängen mit einer Vielzahl anderer Faktoren zusammen, wie z. B. der individuellen Arbeitsplatzsicherheit, dem Geschlecht und der allgemeinen Arbeitsmarktsituation.

Arbeiter*innen haben im Vergleich zu Angestellten österreichweit eine höhere Krankheitsanfälligkeit. 2023 waren Arbeiter*innen in Linz durchschnittlich 16 (Frauen) bzw. 17 (Männer) Tage pro Jahr im Krankenstand, Angestellte hingegen 14 (Frauen) bzw. 10 (Männer) Tage. Unter den Angestellten war der geschlechtsspezifische Unterschied der in Anspruch genommenen Krankenstandstage mit durchschnittlich 4 Tagen deutlich stärker ausgeprägt: Frauen waren häufiger und tendenziell länger krank als Männer; dieser Unterschied betrug bei den 45- bis 54-Jährigen sogar 5 Tage (ÖGK, 2024, e. B.). Diese Geschlechterdifferenz bei den Angestellten war 2016 schwächer ausgeprägt (Schuster et al., 2018).

Grafik 6.5 illustriert die Krankenstandstage für Beschäftigte in Linz nach Altersgruppe und Geschlecht. Dabei zeigt sich, dass im Jahr 2023 junge Beschäftigte (<20 Jahre) mehr Krankenstand in Anspruch nahmen als 25- bis 29-Jährige. Ab dem mittleren Lebensalter stieg die Anzahl der Krankenstandstage wieder. Der starke Rückgang der Krankenstandstage im höheren Alter (55+ Jahre) ist vermutlich darauf zurückzuführen, dass gesundheitlich stärker belastete Arbeitskräfte früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden („Healthy Worker Effekt“). Der Effekt zeigt sich sowohl für Arbeiter*innen als auch Angestellte. Wie aus der Grafik 6.5 hervorgeht, benötigten weibliche Angestellte in den meisten Altersgruppen etwas mehr Krankenstandstage als Männer. Bei den Arbeiter*innen ist die Anzahl der Krankenstandstage bei Männern und Frauen über alle Altersgruppen relativ ähnlich. Im höheren Alter (60+ Jahre) sinken die Krankenstandstage von Frauen unter jene von Männern – sowohl bei Arbeiter*innen als auch Angestellten. Da Frauen bis 2023 mit 60 Jahren in Pension gehen konnten und damit in den älteren Altersgruppen deutlich unterrepräsentiert sind, ist davon auszugehen, dass nur die gesündesten Frauen über das Regel-Pensionsalter hinaus im Arbeitsmarkt blieben („Healthy Worker Effect“).

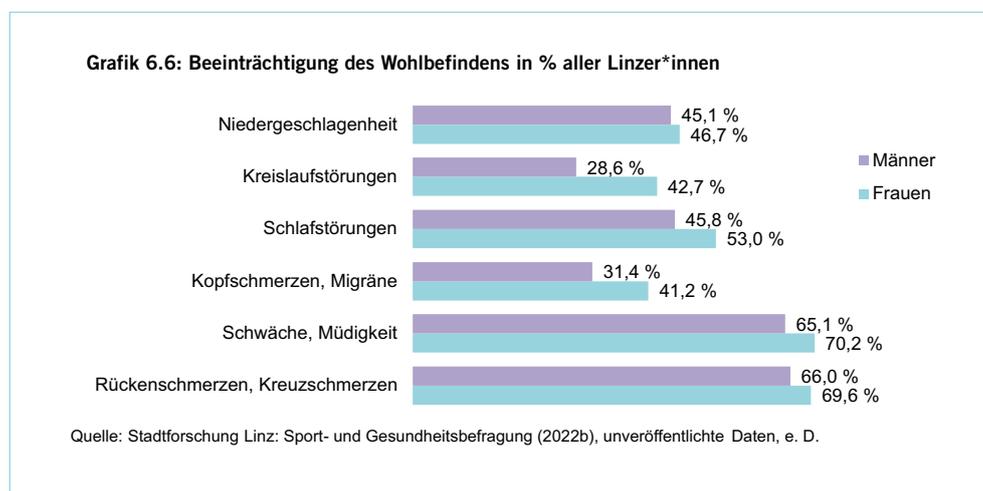


Krankenhausaufenthalte

Bei der Anzahl der Krankenhausaufenthalte im Drei-Jahres-Durchschnitt (2021–2023) pro hundert Linzer*innen gab es in manchen Altersgruppen deutliche geschlechterspezifische Unterschiede. Bei den 0- bis 19-Jährigen lagen Männer und Frauen mit 11 Aufenthalten gleichauf. Bei den 20- bis 49-Jährigen wiesen Frauen mehr Aufenthalte als Männer auf. Besonders deutlich war der Unterschied in der Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen; hier lag die Zahl der Krankenhausaufenthalte für hundert Männer um 11 Aufenthalte unter jenen für hundert Frauen (20 Aufenthalte). In der Altersgruppe der 50- bis 54-jährigen Linzer*innen drehte sich das Verhältnis jedoch um und die geschlechtsspezifische Differenz der Krankenhausaufenthalte vergrößerte sich mit zunehmendem Alter. Am deutlichsten war der Unterschied in der Altersgruppe der über 90-Jährigen. Auf hundert Männer über 90 Jahre kamen durchschnittlich 103 Krankenhausaufenthalte, das waren 24 Aufenthalte mehr als bei hundert Frauen dieses Alters (79 Aufenthalte) (ÖGK, 2024).

Beschwerden

Wie Grafik 6.6 zeigt, berichteten Linzer Frauen 2022 häufiger von Niedergeschlagenheit, Kreislaufstörungen, Schlafstörungen, Kopfschmerzen/Migräne, Schwäche/Müdigkeit sowie Rückenschmerzen/Kreuzschmerzen als Linzer Männern. Besonders häufig nannten Frauen Schwäche bzw. Müdigkeit (70,2 %, Männer: 65,1 %) als Ursache für eine Beeinträchtigung ihres Wohlbefindens. Auch von Rücken- bzw. Kreuzschmerzen berichteten Frauen (69,6 %) und Männer (66 %) sehr oft. Am größten war der geschlechtsspezifische Unterschied bei Kreislaufstörungen, unter denen 42,7 % der befragten Frauen im Vergleich zu 28,6 % der Männer litten. Am geringsten war die Geschlechterdifferenz bei Niedergeschlagenheit mit einem Unterschied von 1,6 Prozentpunkten (Stadtforschung Linz, 2022b).



Ausgewählte Erkrankungen

Beim Thema Gesundheit lassen sich, wie die bisherigen Ausführungen gezeigt haben, zahlreiche Geschlechterdifferenzen feststellen. Grundsätzlich gilt laut dem Österreichischen Gesundheitsbericht 2022, dass Frauen zwar länger leben, jedoch mehr Lebensjahre in mittelmäßiger bis schlechter Gesundheit verbringen als Männer. Frauen sind im höheren Ausmaß von chronischen Erkrankungen betroffen und leiden häufiger unter gesundheitlichen Problemen im Allgemeinen.

Neben ihrem körperlichen Wohlbefinden ist auch ihr psychisches Wohlbefinden oft schlechter als jenes der Männer. Im Gegensatz dazu leiden Männer tendenziell öfter an Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs oder Diabetes und sterben auch häufiger an diesen Krankheiten. Darüber hinaus sterben Männer außerdem öfter an Verletzungen und begehen häufiger Selbstmord (Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2022b, S. 439). Im Folgenden werden geschlechtsspezifische Unterschiede für ausgewählte Krankheiten dargestellt. Da für einige Krankheiten keine Daten aus Linz oder Oberösterreich vorliegen, wird teilweise auch auf den Österreichischen Gesundheitsbericht 2022 zurückgegriffen.

Erkrankungen des Bewegungs- und Stützapparats

Erkrankungen des Bewegungs- und Stützapparats sind bspw. Rückenschmerzen, Nackenschmerzen und Arthrose. Laut der Gesundheits- und Sportbefragung der Stadt Linz aus dem Jahr 2022 waren etwas mehr Linzerinnen (17,6 %) von Wirbelsäulen- oder Bandscheibenerkrankungen betroffen als Linzer (15,3 %). Ein wesentlicher geschlechtsspezifischer Unterschied ist in Bezug auf Erkrankungen der Gelenke zu erkennen. So gaben fast doppelt so viele Linzerinnen (20,2 %) wie Linzer (10,7 %) an, unter einer Erkrankung der Gelenke zu leiden (Stadtforschung Linz, 2022a, S. 26ff.).

Die österreichweite Gesundheitsbefragung aus dem Jahr 2022 hat ergeben, dass Beschwerden des Bewegungsapparats mit zunehmendem Bildungsstand und steigendem Einkommen abnehmen. So litten bspw. 42 % der Personen mit maximal einem Pflichtschulabschluss an chronischen Rückenschmerzen, aber nur 19 % der Personen mit Matura oder einem höheren Bildungsabschluss. Ähnliches gilt für chronische Nackenschmerzen, von denen 31 % der Personen mit maximal einem Pflichtschulabschluss, aber nur 16 % der Personen mit einem höheren Bildungsabschluss betroffen waren (Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2022b, S. 62).

Erkrankungen des Herz-Kreislauf-Systems

Im Jahr 2021 erlitten 6.300 Frauen und 11.900 Männer in Österreich einen Herzinfarkt. Männer sind in allen Altersgruppen häufiger von Herzinfarkten betroffen als Frauen. Ein Vergleich der Jahre 2005–2020 zeigt, dass die Zahl der Neuerkrankungen bei Männern ungefähr gleich geblieben ist, während sie bei Frauen tendenziell abnahm. Auch Schlaganfälle treten bei Männern häufiger auf als bei Frauen (Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2022b, S. 70).

Krebs

Nach Angaben des Österreichischen Gesundheitsberichts 2022 erkrankten in Österreich rund 40.000 Menschen jährlich an Krebs. Erfreulicherweise ist die Krebsinzidenz bei Männern wie Frauen rückläufig. Ebenfalls für Frauen und Männer gilt, dass die Krebsinzidenz im Alter zunimmt. Ein wesentlicher Geschlechterunterschied ist jedoch, dass Krebserkrankungen bei Frauen bereits bei den über 30-Jährigen erstmals deutlich zunehmen; bei den Männern zeigt sich ein epidemiologisch bedeutsamer Anstieg erst bei den 45- bis 59-Jährigen. Somit ist die Krebsinzidenz bei Personen unter 60 bei den Frauen höher; in der Altersgruppe der über 60-Jährigen waren Männer 2019 jedoch 1,7-mal häufiger erkrankt als Frauen. Die meisten Krebsneuerkrankungen bei Frauen betrafen die Brust (29 %) oder die Verdauungsorgane (22 %); bei den Männern kamen Krebserkrankungen der Prostata und der Verdauungsorgane gleich häufig vor (26 %) (Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2022b, S. 73f.).

Atemwegserkrankungen

Der Österreichische Gesundheitsbericht aus dem Jahr 2022 hat ergeben, dass Asthma und die chronisch obstruktive Lungenkrankheit (COPD) die am häufigsten vorkommenden Atemwegserkrankungen der Österreicher*innen sind. Chronische Atemwegserkrankungen treten im fortgeschrittenen Alter häufiger auf. Ein höheres Bildungsniveau bzw. ein höheres Haushaltseinkommen senken wiederum das Erkrankungsrisiko (Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2022b, S. 65f.).

Psychische Erkrankungen

In der österreichischen Gesundheitsbefragung aus dem Jahr 2019 gaben 5,7 % der österreichischen Männer und 9,2 % der Österreicherinnen an, in den letzten zwölf Monaten depressiv gewesen zu sein. Mit zunehmendem Alter waren höhere Anteile und größere geschlechtsspezifische Unterschiede zu beobachten (Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2019b, S. 29).

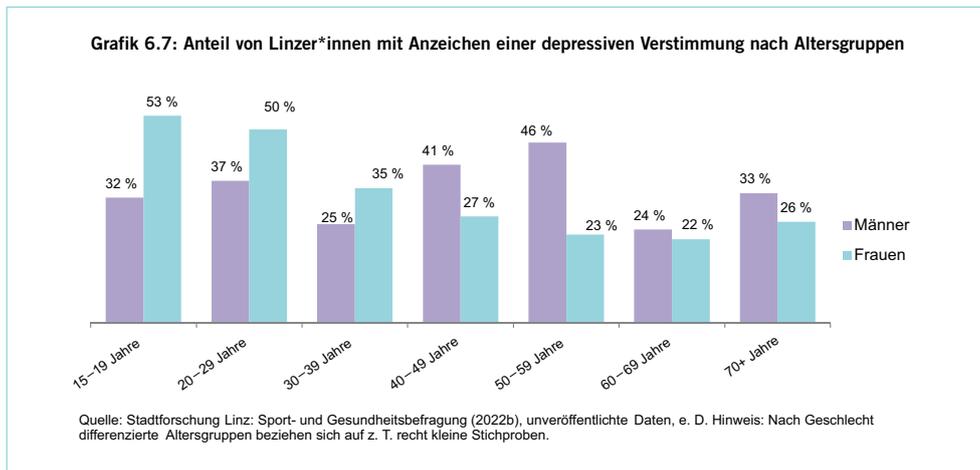
Bei der Diagnose von Depressionen ist jedoch ein doppelter Gender Bias zu beachten. Zum einen gehen die Diagnosekriterien von einer „idealtypisch weiblichen“ Depression aus. „Männliche Symptome“, wie bspw. Aggressivität, Wutausbrüche und Feindseligkeit, werden in der diagnostischen Bewertung oft nicht ausreichend berücksichtigt. Zum anderen kann das Diagnosegespräch selbst verzerrt sein, da auch ein geschützter Rahmen nicht frei von geschlechterstereotypischen Erwartungen ist. In der Folge werden Männer seltener als depressiv diagnostiziert und es kommt zu manchen Fehldiagnosen. Insgesamt werden Frauen eher über- und Männern eher unterdiagnostiziert (Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2022b, S. 78f.).

Die häufigsten psychischen Erkrankungen der Linzer*innen waren 2022 Depressionen (11,9 %), gefolgt von Angstzuständen bzw. Panikattacken (10,3 %) sowie Burn-out bzw. Erschöpfungszuständen (8,5 %). 13,5 % der Linzer und 10,1 % der Linzerinnen gaben zum Zeitpunkt der Befragung an, in den letzten 12 Monaten an einer Depression erkrankt gewesen zu sein; das waren im Vergleich zur österreichischen Gesundheitsbefragung 2019 mehr als doppelt so viele Männer. Außerdem waren im Gegensatz zur österreichischen Gesundheitsbefragung 2019 besonders jüngere Altersgruppen von Linzer*innen von Depressionen betroffen (über 20 % der unter 30- und bis 15-Jährigen). Auch von Angstzuständen und Panikattacken waren besonders jüngere Linzer*innen betroffen. Zudem waren geschlechtsspezifische Unterschiede bei Angstzuständen bzw. Panikattacken (Linzerinnen: 11,4 %, Linzer: 8,9 %) und beim Burn-out bzw. bei den Erschöpfungszuständen (Linzerinnen: 9,4 %, Linzer: 7,5 %) auszumachen (Stadtforschung Linz, 2022a, S. 30ff.).

Die Gesundheits- und Sportbefragung der Stadt Linz untersuchte auch Anzeichen für depressive Verstimmungen.⁷⁴ Solche zeigten sich bei vielen Teilnehmer*innen, nämlich bei 34,4 % der Männer und 31,7 % der Frauen. Überdurchschnittlich betroffen waren unter anderem Linzer*innen mit nicht-deutscher Muttersprache und Menschen mit niedrigem Einkommen (Äquivalenzeinkommen unter 1.500€) (Stadtforschung Linz, 2022a, S. 23). Anzeichen einer depressiven Verstimmung traten bei jüngeren Menschen häufiger auf (bei über 40 % der 15- bis 29-Jährigen) als bei älteren Personen.

⁷⁴ Dazu wurde der WHO-5-Fragebogen zum Wohlbefinden genutzt. Anzeichen für depressive Verstimmung sind natürlich nicht mit einer klinisch diagnostizierten Depression gleichzusetzen.

Wie Grafik 6.7 zeigt, waren in den Altersgruppen der 15- bis 39-Jährigen deutlich mehr Frauen von Anzeichen einer depressiven Verstimmung betroffen, bei den über 40-Jährigen verhielt es sich genau umgekehrt. Die Ergebnisse müssen aufgrund der relativ kleinen Stichproben der nach Geschlecht differenzierten Altersgruppen jedoch mit Vorsicht betrachtet werden.

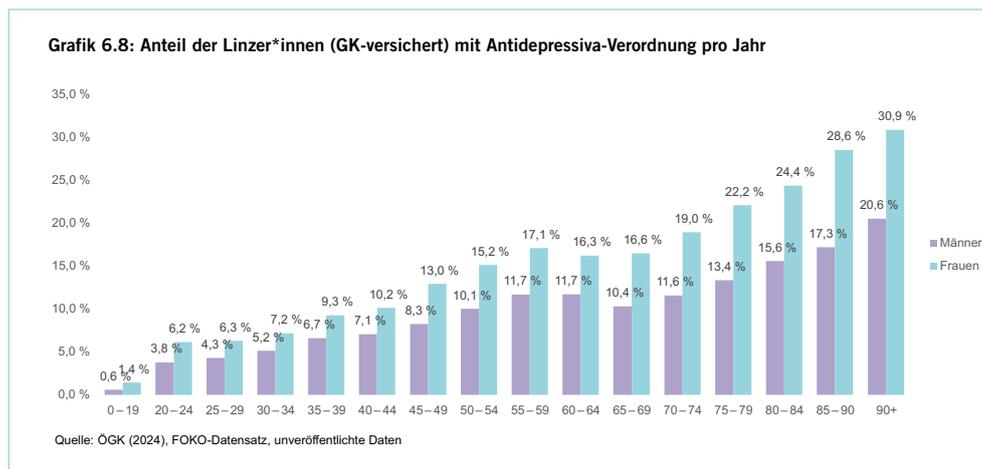


Zahlreiche internationale Studien haben gezeigt, dass nicht-heterosexuelle und TIN*-Personen eine stärkere psychische Belastung und eine geringere Lebenszufriedenheit aufweisen (Siegel et al., 2023). Im Jahr 2022 waren Depressionen die häufigste psychische Erkrankung in der LGBTIQ*-Gemeinschaft in Österreich, insgesamt gaben 53 % der befragten LGBTIQ*-Personen an, an dieser zu leiden. Besonders betroffen waren Inter*- (75 %), Trans*- (67 %) und nicht-binäre (76 %) Personen sowie bi-/pansexuelle (62 %) und queere Menschen (66 %). Zudem litten 39 % der befragten Personen an Angststörungen, 34 % an Burn-out und 20 % an einer post-traumatischen Belastungsstörung (Gaiswinkler et al., 2023, S. 43). Im Allgemeinen leiden viele LGBTIQ*-Personen als Folge von gesellschaftlicher Diskriminierung und Stigmatisierung unter „Minoritätenstress“ (Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2019a, S. 49). Umso wichtiger ist die Förderung gesellschaftlicher Akzeptanz für vielfältige Geschlechter- und Identitätsrollen, die zur Prävention von psychischen Erkrankungen und Suiziden beitragen kann (Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2019a, S. 64).

Zur gesundheitlichen Lage von Alleinerziehenden in Linz oder Oberösterreich liegen keine Daten vor. Eine Erhebung spezifischer Daten wäre für die 34.200 alleinerziehenden Oberösterreicherinnen (und 9.400 Väter) bzw. für die 7154 alleinerziehenden Linzerinnen (und 1201 Väter) (Statistik Austria, 2023b) eine wichtige Voraussetzung, um passgenaue Unterstützungsangebote entwickeln zu können.

Grafik 6.8 gibt einen Überblick über die Verordnung von Antidepressiva in Linz nach Altersgruppen und Geschlecht im Zeitraum 2021–2023. Tendenziell stieg die Verordnungshäufigkeit mit zunehmendem Alter an. Den über 90-Jährigen wurden durchschnittlich am häufigsten Antidepressiva verschrieben (insg. 28,3 %). Außerdem bekamen Frauen aller Altersgruppen deutlich häufiger Antidepressiva verordnet als Männer. Während mehr als 10 % der über 40-jährigen Linzerinnen Antidepressiva verordnet bekamen, erreichten Männer erst ab der Altersgruppe der 50- bis 54-Jährigen die 10 %-Marke. Zu beachten ist, dass es bei den Antidepressiva Medika-

mente gibt, deren Preis unter der Rezeptgebühr liegt und die daher nicht im Datensatz inkludiert sind. Zudem werden Antidepressiva nicht nur bei Depressionen verschrieben, sondern auch in Krisensituationen, bei Angststörungen oder bei Schlafproblemen (ÖGK, 2024). Interessant ist allerdings der Kontrast zu Grafik 6.7, die die Anteile der Linzer*innen mit Anzeichen einer depressiven Verstimmung nach Geschlecht und Altersgruppen darstellt und zeigt, dass jüngere Frauen stärker von depressiver Verstimmung betroffen sind und Männer ab 40 Jahren häufiger als Frauen. Denkbar ist, dass Männer häufiger versuchen, ihre psychischen Probleme selbst zu bewältigen, anstatt ärztliche Hilfe zu suchen.



Suizide

Im Zeitraum 2016–2023 lag die altersstandardisierte Mortalitätsrate⁷⁵ der unter 75-jährigen Linzerinnen hinsichtlich der Todesursache „Selbsttötung oder Selbstbeschädigung“ bei 7,2 (pro 100.000 Personen) und ist damit im Vergleich zur Periode 2009–2015 angestiegen. Höher war die Quote jedoch in den Jahren 2002–2008 mit 8,8 bei den Linzerinnen und 24 bei den Linzern. Zuletzt ist die Suizidrate der Männer jedoch stetig gesunken und lag in der letzten Periode zwischen 2016–2023 bei 15,7. Über alle genannten Zeiträume hinweg waren die Selbsttötungsraten der Männer in Linz damit durchgehend mehr als doppelt so hoch als jene der Frauen in Linz (Statistik Austria, 2024e, e. B.).

Wie diese Daten für Linz (wie auch österreichische Daten) zeigen, begehen Männer häufiger Suizid als Frauen. Bei Frauen bleibt es häufig bei Suizidversuchen, da gewählte Methoden meist weniger drastisch ausfallen. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede in den Suizidraten stehen im Zusammenhang mit stereotypen Geschlechterrollen. (Erfolgreiche) Suizide von Männern werden eher mit Attributen wie Autonomie und Kontrolle in Verbindung gebracht, während erfolglose Suizidversuche als „unmännlich“ interpretiert werden. Außerdem wirken sich geschlechtsspezifische Verhaltensweisen auf die höhere Suizidalität von Männern aus. Mehrere Langzeitstudien haben bspw. gezeigt, dass problematischer Alkoholkonsum, der tendenziell häufiger bei Männern auftritt, das Suizidrisiko beeinflusst (Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2019a, S. 37).

⁷⁵ Die Mortalitätsrate ist die Zahl der Todesfälle pro 100.000 Einwohner*innen. Da regionale Populationen in ihrer Altersstruktur teilweise stark voneinander abweichen, wird zur Berechnung der altersstandardisierten Mortalitätsraten eine frei wählbare „Standardpopulation“, in unserem Fall die „Standardbevölkerung Europa 2013“, herangezogen. Dadurch können Mortalitätsraten räumlich verglichen werden, ohne dass unterschiedlichen Altersstrukturen und Geschlechterproportionen die Aussagen verzerren.

Zudem fehlen vielen Männern in psychischen Krisen aufgrund historisch gewachsener stereotyper Geschlechterbilder oftmals emotionale Kompetenzen und Bewältigungsmechanismen, die bereits im Kindesalter erlernt werden müssen. Folglich kommt es in Krisensituationen zu Gefühlen der Ausweglosigkeit, für die jedoch häufig keine professionelle psychologische Hilfe in Anspruch genommen wird. Das fehlende Zurückgreifen von männlich sozialisierten Personen auf soziale, unterstützende und gesundheitsfördernde Maßnahmen lässt sich auch hinsichtlich medizinischer Dienstleistungen feststellen. Frauen nehmen Körpersignale oftmals schneller wahr und werden gesundheitserhaltend aktiv. Für Männer steht die Inanspruchnahme von (medizinischen) Dienst- und Hilfeleistungen jedoch im Widerspruch mit Eigenschaften, die mit Maskulinität assoziiert werden, wie Unabhängigkeit, Leistungsfähigkeit oder Autonomie (Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2019a, S. 52). Viele Männer denken, ihre psychischen Erkrankungen selbst bewältigen zu können, und greifen zur Selbstmedikation durch Alkohol oder andere Substanzen (Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2019a, S. 54). Diese Zusammenhänge können möglicherweise den widersprüchlichen Befund erklären, warum Männer etwas häufiger Anzeichen einer depressiven Verstimmung zeigten (Grafik 6.7), Frauen häufiger Antidepressiva verordnet bekommen haben (Grafik 6.8)⁷⁶ und Männer häufiger Suizid begingen.

Laut dem LGBTIQ+-Gesundheitsbericht haben insbesondere LGBTIQ*-Personen in Österreich ein erhöhtes Suizidrisiko. Wie bereits erwähnt, sind sie in Bezug auf psychische Erkrankungen eine besonders vulnerable Risikogruppe (Gaiswinkler et al., 2023). Inwiefern die oben genannten Daten LGBTIQ*-Personen miteinschließen, bleibt ungewiss.

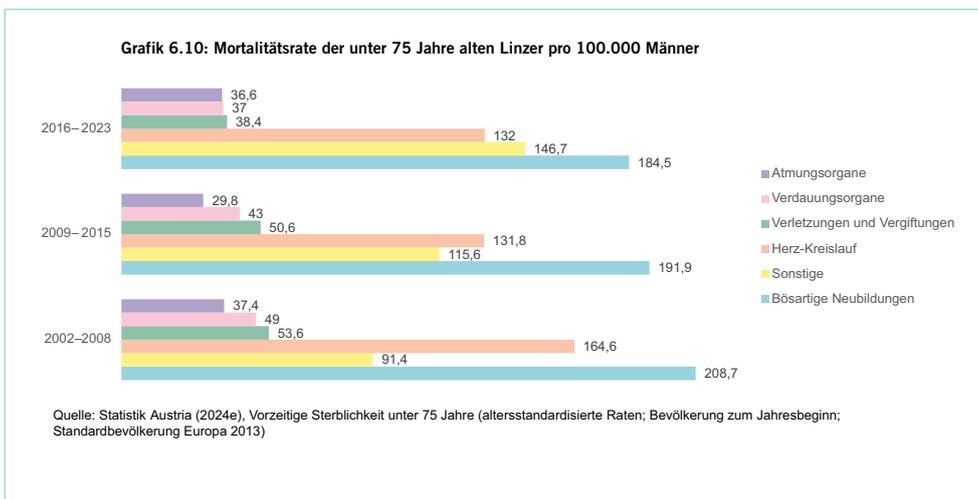
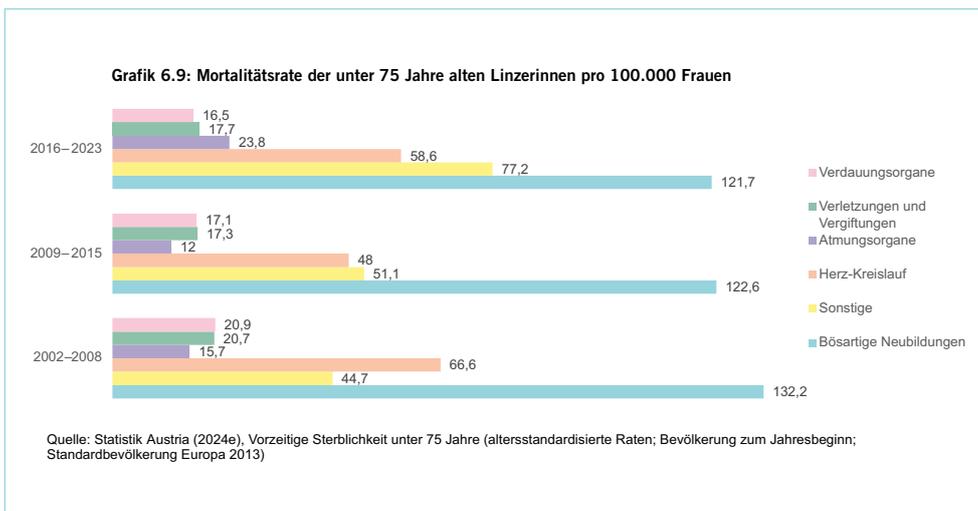
Lebenserwartung und Mortalität

Die Lebenserwartung der Österreicher*innen hat in den letzten Jahrzehnten stetig zugenommen. Sie betrug im Jahr 2023 bei den Frauen 84,2 Jahre und bei den Männern 79,4 Jahre. In Oberösterreich lag die Lebenserwartung sogar etwas höher, nämlich bei 84,4 Jahren bei den Frauen im Vergleich zu 79,9 Jahren bei den Männern (Statistik Austria, 2023a).

Ein Vergleich der altersstandardisierten Mortalitätsraten der unter 75-jährigen Linzer*innen (siehe Grafik 6.9 und 6.10) zeigt, dass die Mortalität von Frauen unabhängig von der Todesursache und über drei Perioden hinweg deutlich niedriger war als bei Männern (Statistik Austria, 2024e).

Im Zeitraum 2016–2023 starben im Jahresdurchschnitt 121,7 pro 100.000 der unter 75-jährigen Linzer Frauen (Männer: 184,5) an bösartigen Neubildungen (Krebs). Bei den Linzer Männern war die Zahl im Vergleich zu den Perioden 2002–2008 (208,7) und 2009–2015 (191,9) rückläufig, was, wenn auch im geringeren Ausmaß, ebenso auf die Linzerinnen zutraf. Auch bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen war zwischen den Perioden 2002–2008 und 2009–2015 zunächst eine rückläufige Entwicklung bei beiden Geschlechtern zu beobachten. Im Zeitraum 2016–2023 ist die Rate der Linzer Frauen, die an Herz-Kreislauf-Erkrankungen starben, jedoch wieder deutlich angestiegen. Ebenso ist die Sterblichkeit aufgrund von Erkrankungen der Atmungsorgane bei beiden Geschlechtern zwischen diesen Zeiträumen gestiegen. Mortalitätsraten aufgrund anderer Erkrankungen (bspw. der Verdauungsorgane) oder aufgrund von Verletzungen oder Vergiftungen sind tendenziell rückläufig (Statistik Austria, 2024e).

⁷⁶ Dabei ist aber aufgrund der Unterschiede zwischen den Methoden zur Messung depressiver Verstimmung und der Verschreibungspraxis von Antidepressiva Vorsicht geboten.



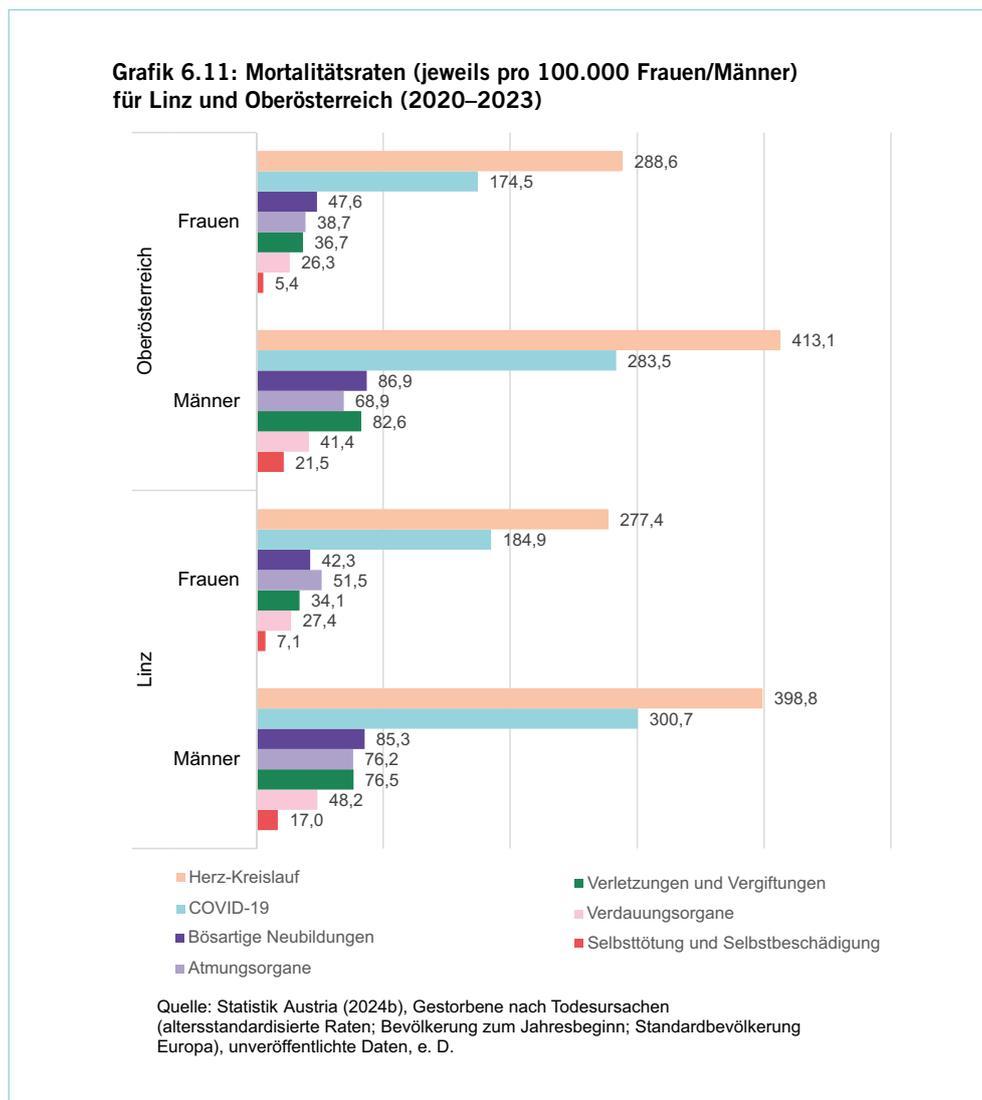
Zu den häufigsten Todesursachen im Jahr 2022 zählten insgesamt – also inklusive der über 75-Jährigen – österreichweit Herz-Kreislauf-Erkrankungen (34,3 %) und Krebs (22,7 %). Österreicherinnen starben zu 36,9 % an Krankheiten des Herz-Kreislauf-Systems, österreichische Männer zu 31,7 % – dieser Unterschied ergibt sich jedoch aus einem höheren Frauenanteil in der älteren Bevölkerung.⁷⁷ Bösartige Neubildungen waren dagegen bei Männern (24,5 %) etwas häufiger die Todesursache als bei Frauen (20,9 %) (Statistik Austria, 2024c, S. 16).

Grafik 6.11 zeigt die Mortalitätsraten der Linzer*innen aller Altersgruppen im Vergleich zu jenen der Oberösterreicher*innen für die Periode 2020–2023. In Bezug auf alle Todesfälle zeigt sich, dass Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowohl in Linz als auch in Oberösterreich die häufigste Todesursache waren. Die Mortalitätsraten der Männer waren, sowohl in Linz als auch in Oberösterreich, in allen Kategorien höher als jene der Frauen. Demnach starben auch am COVID-19-Virus

⁷⁷ Die Sterblichkeit durch Krankheiten des Herz-Kreislaufsystems war, nach Bereinigung um die Altersstruktur, auch österreichweit bei Männern höher als bei Frauen.

deutlich mehr Männer als Frauen. In Linz war der (altersstandardisierte) geschlechtsspezifische Unterschied besonders ausgeprägt: Die COVID-19-Mortalitätsrate der Linzer (85,3) war doppelt so hoch ist wie jene der Linzerinnen (42,3) (Statistik Austria, 2024b). Dazu mehr Details im nächsten Abschnitt.

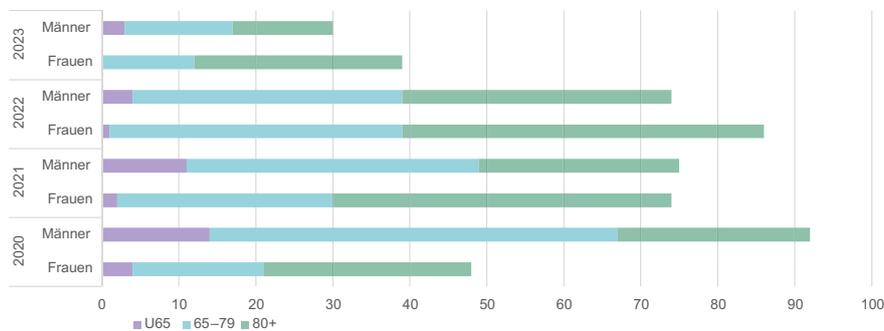
Die Ursachen für die geschlechtsspezifischen Unterschiede der Mortalitätsraten sind komplex und Resultat biologischer und sozio-kultureller Faktoren, wie etwa dem eingangs erwähnten divergierenden Gesundheitsverhalten von Frauen und Männern. Schönemann et al. (2017) führen bis zu 89 % der Unterschiede in der Lebenserwartung auf das unterschiedliche Gesundheitsverhalten von Männern und Frauen zurück.



COVID-19-Pandemie

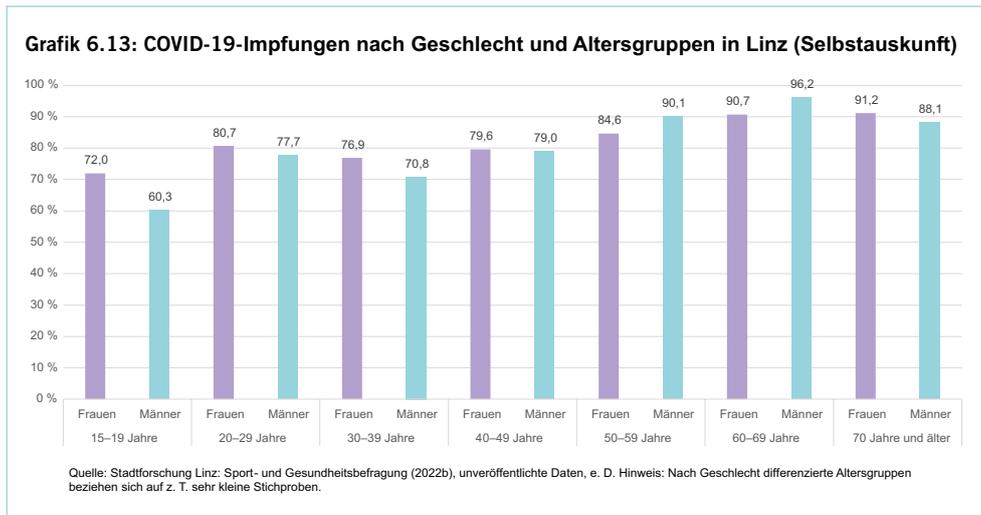
Zwischen 2020–2023 starben in absoluten Zahlen etwas mehr Linzer (271) als Linzerinnen (247) an einer COVID-19-Erkrankung. Mit Blick auf Grafik 6.12 zeigt sich, dass insbesondere zu Beginn der COVID-19-Pandemie deutlich mehr Männer als Frauen verstarben. Im Jahr 2021 waren die Zahlen der COVID-19-Todesfälle von Frauen und Männern ähnlich, aber ab dem Jahr 2022 waren es deutlich mehr Frauen, die aufgrund der Krankheit verstarben. Im Jahr 2023 nahm die Anzahl der COVID-19-Todesfälle in Linz insgesamt ab. Bei Berücksichtigung der Altersstruktur zeigt sich insgesamt ein höherer Anteil der (über) 80-Jährigen bei den verstorbenen Frauen. Die verhältnismäßig hohen Zahlen verstorbener Frauen in den Jahren 2022 und 2023 sind daher der Altersstruktur der Linzer Bevölkerung geschuldet (siehe Kapitel 1). Aus diesem Grund zeigen die altersstandardisierten Mortalitätsraten der obigen Grafik 6.11 eine doppelt so hohe Mortalitätsrate bei Männern. Dieses Ergebnis deckt sich mit dem österreichischen und vielen internationalen Befunden, dass Männer, die am COVID-19-Virus erkranken, eher einen schweren oder tödlichen Verlauf haben als Frauen. Laut einer sozialmedizinischen Studie aus den USA variieren die geschlechtsspezifischen Unterschiede jedoch regional in erheblichem Ausmaß, weshalb eine alleinige Verursachung durch biologische Faktoren sehr unwahrscheinlich ist. Biologische und soziale Geschlechterunterschiede bei unterliegenden Begleiterkrankungen wie Herz-Kreislauf-Beschwerden sowie intersektionale Unterschiede im Gesundheitsverhalten (bspw. Tabak- und Alkoholkonsum, Tragen von Masken) und soziostrukturelle Faktoren (etwa Berufsrisiken) spielen vermutlich ebenfalls eine Rolle (Danielsen et al., 2022).

Grafik 6.12: Aufgrund von COVID-19 Verstorbene in Linz (absolut) 2020–2023 nach Altersgruppen



Quelle: Statistik Austria (2024a), Gestorbene nach Todesursachen (absolut), Wohnbezirk zum Jahresbeginn, unveröffentlichte Daten, e. D.

In Hinblick auf die Schutzimpfung gegen eine COVID-19-Erkrankung (siehe auch Grafik 6.13) zeigt sich, dass 2022 laut Eigenauskunft insgesamt etwas mehr Linzerinnen (83,5 %) als Linzer (81,3 %) geimpft waren. Nur in den Altersgruppen der 50- bis 69-Jährigen (in denen Männer deutlich stärker von einem Sterberisiko betroffen waren als Frauen) waren es mehr Männer (Stadtforschung Linz, 2022b).



Wie die SORA-Studie „Zur psychosozialen Situation der Oberösterreicher*innen während der Pandemie“ von Zandonella & Hoser (2022) verdeutlicht, hatte die COVID-19-Pandemie auch Auswirkungen auf die psychische Lage der oberösterreichischen Bevölkerung. Vier von zehn Oberösterreicher*innen berichteten, dass sich ihre soziale und psychische Gesundheit verschlechtert habe. 39 % gaben eine Verschlechterung ihrer psychischen Gesundheit und 42 % eine Verschlechterung ihrer freundschaftlichen Beziehungen an. Einbußen in der psychosozialen Gesundheit äußerten sich bei den Oberösterreicher*innen in Schlafstörungen (62 %), Freudlosigkeit (60 %), Erschöpfung (59 %) und Nervosität bzw. Ängstlichkeit (57 %). Weitere Symptome waren unkontrollierbare Sorgen (45 %) und Einsamkeit (42 %). 19 % der Oberösterreicher*innen litten unter Suizidgedanken. Zudem meinte etwa jeweils ein Drittel der Befragten, dass sich die COVID-19-Pandemie negativ auf ihre körperliche Gesundheit (31 %) und finanzielle Situation (32 %) ausgewirkt habe.

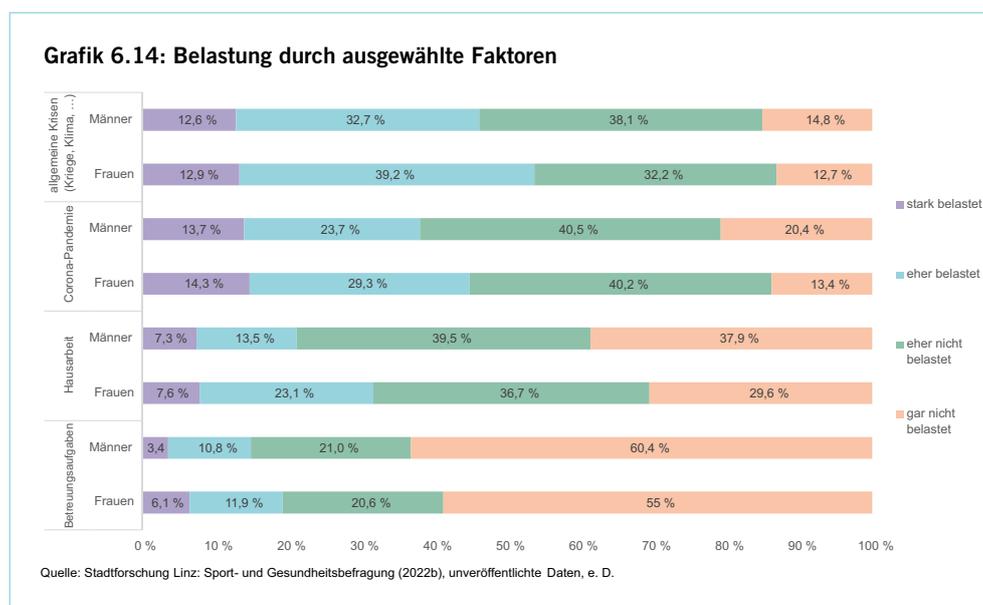
In den Jahren der COVID-19-Pandemie verschlechterte sich die psychosoziale Gesundheit in allen Gesellschaftsgruppen, dennoch traf es Personen mit geringen ökonomischen Ressourcen, Arbeiter*innen, junge Menschen in Ausbildung, Personen mit Betreuungspflichten und Frauen mit Kindern ganz besonders. Über die Hälfte der Personen des unteren ökonomischen Drittels⁷⁸ berichtete von Verschlechterungen der finanziellen Lage (56 %) sowie der psychischen (52 %) und sozialen Situation (52 %). Bei 45 % dieser Personen verschlechterte sich zudem auch der gesundheitliche Zustand (Zandonella & Hoser, 2022).

Oberösterreichische Haushalte mit Kindern oder Jugendlichen waren während der COVID-19-Pandemie ebenfalls überdurchschnittlich von negativen Auswirkungen auf ihre psychische Gesundheit und finanzielle Lage betroffen. Während 46 % der Personen mit Kindern berichteten, Auswirkungen der Pandemie auf ihre psychische Gesundheit zu spüren, traf dies nur auf 36 % der Personen ohne Kinder zu. Bei den Alleinerziehenden waren es sogar 51 % (Zandonella & Hoser, 2022, S. 23). Belastend empfanden Personen in Haushalten mit Kindern das Homeschooling

⁷⁸ Die Personen wurden im Bericht auf Basis des äquivalisierten Haushaltsnettoeinkommens und der subjektiven Einschätzung der finanziellen Zukunftssicherung dem „unteren ökonomischen Drittel“ zugeordnet. Sie verfügen über ein geringes Einkommen, sind finanziell nicht abgesichert und häufig arbeitsgefährdet. Die Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe (15 %) ist dreimal so hoch wie im oberösterreichischen Durchschnitt (Zandonella & Hoser, 2022, S. 13).

(58 %), die Betreuung der Kinder von zu Hause (44 %) und die Situation in den Kindergärten, Krippen und Krabbelstuben (38 %) (Zandonella & Hoser, 2022, S. 24). Besonders deutlich fällt hier auch der Unterschied zwischen den Geschlechtern aus. So gaben während der Pandemie mehr Frauen mit Kindern (51 %) als Männer mit Kindern (40 %) an, dass sie sich belastet fühlen (Zandonella & Hoser, 2022, S. 25). Die ungleiche Betroffenheit war Resultat der pandemiebedingten Verstärkung ungleicher Sorgearbeit. Das galt auch in Bezug etwa auf das – bereits in Kapitel 3 erwähnte – Homeschooling. 36 % der Frauen mit Kindern gaben an, durch das Homeschooling in den vergangenen zwei Jahren belastet gewesen zu sein, jedoch nur 24 % der Männer mit Kindern. 22 % der Oberösterreicherinnen mit Kindern fühlten sich von der zusätzlich benötigten Betreuung der Kinder zu Hause sehr stark belastet, aber wiederum nur 10 % der Oberösterreicher mit Kindern (Zandonella & Hoser, 2022, S. 24). Auch die von der Caritas in Auftrag gegebene österreichweite Studie der Statistik Austria (2024d) wies auf die höhere Belastung von Frauen durch die COVID-19-Pandemie hin: So berichteten deutlich mehr Frauen als Männer von negativen Auswirkungen auf ihre psychische Gesundheit in den letzten zwölf Monaten (jeweils zwischen 3,8–7,5 Prozentpunkte Unterschied im Befragungszeitraum 3. Quartal 2022 bis 4. Quartal 2023). Besonders betroffen waren laut dieser Studie weibliche Alleinerziehende, von denen im 3. Quartal 2023 34,4 % von negativen Auswirkungen berichteten, im Vergleich zu 20,4 % der Gesamtbevölkerung (Statistik Austria, 2024d).

Für Linz liegen deutlich weniger detaillierte Analysen vor. Im Rahmen der Linzer Gesundheits- und Sportbefragung aus dem Jahr 2022 wurde jedoch erhoben, wodurch sich Linzer*innen belastet fühlen. Aus der Grafik 6.14 geht hervor, dass sich die Befragten vor allem von der COVID-19-Pandemie sowie von allgemeinen Krisen belastet fühlten. Dabei fielen geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Angaben einer „starken“ Belastung eher gering aus, bei der Antwortmöglichkeit, sich „eher“ belastet zu fühlen, überwogen die Anteile der Frauen in einem größeren Ausmaß. Dasselbe galt für die Belastung durch Hausarbeit. In Bezug auf eine Belastung durch Betreuungsaufgaben gaben allerdings beinahe doppelt so viele Frauen wie Männer eine „starke“ Belastung an. Männer fühlten sich hinsichtlich aller vier Belastungsfaktoren häufiger „eher nicht belastet“ und „gar nicht belastet“ als Frauen (Stadtforschung Linz, 2022b).



Sexualität, reproduktive Gesundheit und Geschlechtsidentität

Sexualität, Reproduktion und Geschlechteridentität stehen in engem Zusammenhang mit Gesundheit. Beispielsweise sind weltweit ein Drittel aller Gesundheitsprobleme von Frauen zwischen 15 und 44 Jahren sexueller oder reproduktiver Natur (Bustreo, 2015). Deshalb veröffentlichte die WHO im Jahr 2004 eine Strategie zur reproduktiven Gesundheit, welche von 191 Mitgliedsstaaten im Rahmen der World Health Assembly ratifiziert wurde. Die fünf zentralen Elemente der Strategie sind die Verbesserung der Versorgung von Neugeborenen, die Bereitstellung von Familienplanungsdiensten, die Förderung sexueller Gesundheit, die Bekämpfung sexuell übertragbarer Infektionen sowie die Verhinderung unsicherer Schwangerschaftsabbrüche⁷⁹ (World Health Organization, o. J.).

Mit der Ansage „Ob Kinder oder keine entscheiden wir alleine!“ trug die Neue Autonome Frauenbewegung der 1970er Jahre die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihre biologische Reproduktion lautstark in die Öffentlichkeit. In den letzten 40 Jahren haben sich in Bezug auf weibliche Sexualität und Körperlichkeit ambivalente gesellschaftliche Entwicklungen vollzogen. Einerseits haben verschiedene rechtliche Reformen – von der Fristenlösung (der Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten drei Monate wurde straffrei gestellt) bis zur eingetragenen Partner*innenschaft – bessere Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben geschaffen. Andererseits hat das Thema Sexualität aber nicht an politischem Konfliktpotenzial verloren, wie die immer wieder aufflammenden Debatten um die Fristenlösung oder das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare zeigen.

Der Verhütungsbericht des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2024a) verweist auf die gesellschaftliche Relevanz eines leistbaren Zugangs zu Verhütungsmitteln. Der Bericht verdeutlicht, dass die Wahl einer Verhütungsmethode vor allem von den Kosten abhängt. Laut Bedarfserhebung des Verhütungsberichts würden 36,6 % der Frauen ihr Verhütungsverhalten ändern, wenn die Kosten übernommen werden würden. Zudem wurde gezeigt, dass 50 % der Frauen die Kosten für die Verhütung selbst übernahmen. Bei 27,2 % teilte sich das Paar die Kosten, bei 12,9 % trugen die Partner*innen und bei 7,8 % die Eltern die Kosten. Durch die fehlende Kostenteilung der – überwiegend männlichen – Partner*innen sind Frauen weitaus stärker mit Verhütungskosten belastet. Eine zentrale Erkenntnis des Verhütungsberichts ist außerdem, dass es noch immer an Wissen über Verhütungsmethoden mangelt und dementsprechend in qualifizierte Aufklärungsarbeit und Beratung investiert werden muss (Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2024a).

Dieses Defizit spiegelt sich auch in der Platzierung Österreichs in dem europäischen „Contraception Policy Atlas“ wider. Aufgrund der fehlenden Kostenübernahme von Verhütungsmitteln sowie des erschwerten Zugangs zur Verhütungsberatung schnitt Österreich im europäischen Vergleich eher schlecht ab (EPF, 2023). Um dem Problem, dass die Kosten die Wahl des Verhütungsmittels oft beeinflussen, entgegenzuwirken, startete im Herbst 2024 bis Ende 2026 ein Pilotprojekt in Vorarlberg. Das Gesundheitsministerium stellte rund 1 Million Euro zur Verfügung, um etwa 3.500 Frauen kostenlos ein Verhütungsmittel ihrer Wahl sowie eine Verhütungsberatung anzubieten. Ziel des Projekts ist die Generierung von wissenschaftlichen, von sozioökonomischen Faktoren unabhängigen Daten, um bundesweite Modelle entwickeln zu können (Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2024b).

⁷⁹ Die Strategie sieht dabei die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit sicherer Schwangerschaftsabbruchsleistungen „im rechtlich erlaubten Ausmaß“ vor (World Health Organization, 2004, S. 22).

Über die sexuelle Gesundheit von lesbischen Frauen liegen für Österreich keine aktuellen Daten vor. Für diese Gruppe können ein eingeschränktes Vertrauen zu Gynäkolog*innen und Angst vor Stigmatisierung zum Verschweigen der sexuellen Orientierung führen, wodurch bestimmte Aspekte der sexuellen Gesundheit Gefahr laufen, nicht besprochen zu werden (Buchinger & Gschwandtner, 2006).

Über die Gesundheitssituation von Sexarbeiter*innen⁸⁰ in Österreich bzw. über ihre gesundheitsbezogenen Bedürfnisse ist wenig bekannt. In Oberösterreich haben über 90 % der Sexarbeiter*innen Migrationserfahrung. Aufgrund von Sprachbarrieren oder kulturellen Unterschieden können Barrieren bei der Informations- und Aufklärungsarbeit bestehen. Der in Linz angesiedelte Verein maiz bietet mehrsprachige Infomaterialien⁸¹ persönliche Beratung und Streetwork für Sexarbeiterinnen an (maiz, o. J.). Sexarbeiter*innen benötigen für ihre Gesundheitsvorsorge kostenfreie Untersuchungsmöglichkeiten in Verbindung mit muttersprachlicher Beratung, insbesondere zu Beginn ihrer Tätigkeit als Sexarbeiter*in (Schuster et al., 2018).

Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung

Positive Entwicklungen gibt es im Zusammenhang mit der Entpathologisierung von Geschlechtsidentitäten zu verzeichnen, die nicht dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht entsprechen. Seit Juni 2018 wird Trans*geschlechtlichkeit in der internationalen Klassifikation der Krankheiten der WHO (ICD-11) nicht mehr als psychische Störung angeführt (TGEU, 2018). Dennoch gibt es bei der Gesundheitsversorgung von Trans*menschen viele Schwierigkeiten. Mit der gesundheitlichen Versorgung in Österreich „sehr“ oder „eher“ zufrieden waren 2022 nur 41 % der Trans*personen. 22 % waren „sehr“ bzw. „eher“ unzufrieden. Im Vergleich dazu waren die befragten cisgeschlechtlichen (LGBIQ-)Personen⁸² zu 59 % (sehr) zufrieden und zu 13 % (sehr) unzufrieden. 81 % der befragten Trans*personen gaben an, im Zuge ihres Transitionsprozesses in Psychotherapie gewesen zu sein. Weitere 69 % dieser Gruppe hatten eine Hormonbehandlung und 36 % eine geschlechtsangleichende Operation in Anspruch genommen (Gaiswinkler et al., 2023).

Ein weiterer Fortschritt, der ebenfalls im Juni 2018 erzielt wurde, war die bereits erwähnte Entscheidung des österreichischen Verfassungsgerichtshofs – nicht zuletzt aufgrund einer Klage aus Oberösterreich –, dass intersexuelle Personen ein Recht auf adäquate Bezeichnung ihres Geschlechtseintrags im Personenstandsregister (etwa durch „divers“, „inter“ oder „offen“) haben (Verfassungsgerichtshof Österreich, 2018). Interessenvertretungen von intergeschlechtlichen Personen kämpfen schon sehr lange um rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung ihres Geschlechts, die nicht zuletzt auch von gesundheitlicher Bedeutung ist. Nach wie vor werden intergeschlechtliche Kinder medizinisch nicht notwendigen Interventionen und chirurgischen Eingriffen unterzogen. Dabei kommt es auch zu Menschenrechtsverletzungen gegenüber nicht-einwilligungsfähigen Kindern, die schwerwiegende physische und psychische Schäden zur Folge haben können (Bundesministerium für Inneres, 2024; Mader et al., 2022). Ungerechtigkeiten des medizinischen Systems gegenüber Inter*personen spiegeln sich auch in deren Zufriedenheitswerten wider: Nur 33 % der Inter*personen waren 2022 mit der Gesundheitsversorgung in Österreich zufrieden und 34 % unzufrieden; Bewertungen aus dieser Personengruppe fielen damit am schlechtesten aus (Gaiswinkler et al., 2023).

80 Der Begriff Sexarbeit bezeichnet konsensuelle sexuelle oder sexualisierte Dienstleistungen gegen Entgelt. Diese sind abzugrenzen von unfreiwilliger Prostitution.

81 Siehe die einmal pro Jahr herausgegebene Broschüre „Cupiditas“. <https://www.maiz.at/medien/cupiditas>

82 Cis ist der Gegenbegriff zu trans (von lat. „diesseits“ versus „jenseits, darüber hinaus“); der Begriff „Cismenschen“ bezeichnet also Personen, deren Geschlechtsidentität der bei der Geburt zugewiesenen Geschlechtsklassifikation entspricht.

In der Linzer Umfrage zur Lebenssituation von LGBTQI*-Personen aus dem Jahr 2023 wurden unter anderem Fragen zu Erfahrungen im Gesundheitsbereich gestellt. Ein Viertel der Befragten gab an, unangebrachte Fragen zur sexuellen Orientierung bzw. Geschlechtsidentität gestellt bekommen zu haben. 7,3 % der Personen gaben an, vom medizinischen Personal misgelandert worden zu sein. 5,8 % berichteten häufig und weitere 6,4 % manchmal Angst zu haben, vom medizinischen Personal diskriminiert oder intolerant behandelt zu werden. Jede fünfte Person gab außerdem an, medizinische Versorgung aufgrund dieser Angst gelegentlich vermieden zu haben. 9,5 % der Befragten empfanden, dass auf ihre besonderen Bedürfnisse manchmal nicht eingegangen wurde (Stadtforschung Linz, 2023, S. 35). Aus einer von der „Wiener Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche und transgender Lebensweisen“ (WASt) in Auftrag gegebenen Studie aus dem Jahr 2015 geht außerdem hervor, dass sich ein hoher Prozentsatz von LGBTQI*s im Gesundheitssystem nicht outet (Schönpflug et al., 2015).

Gewaltverhältnisse

Geschlechtsspezifische Gewalt stellt für Frauen ein erhebliches Gesundheitsrisiko dar. In Österreich hat jede dritte Frau im Erwachsenenalter (18–74 Jahre) körperliche oder sexuelle Gewalt inner- oder außerhalb intimer Partnerschaften erlebt (Statistik Austria, 2022, S. 9f.). Auch weltweit ist laut WHO in etwa eine von drei Frauen von körperlicher und/oder sexueller Gewalt betroffen. Sexuelle Gewalt gegen Frauen tritt am häufigsten in Partnerschaften auf. Etwa ein Drittel der 15- bis 49-jährigen Frauen sind in ihrer Partnerschaft Gewalt ausgesetzt (World Health Organization, 2024). Mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention hat sich Österreich 2014 dazu verpflichtet, Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen und entsprechende Präventionsmaßnahmen zu implementieren. Um diesem Ziel nachzukommen, sind ausreichend finanzierte Opferschutzeinrichtungen und Beratungsstellen, die nach wie vor stark frequentiert sind, unerlässlich. Seit 2011 sind auch Spitäler gesetzlich verpflichtet, Opferschutzgruppen einzurichten. Am Kepler Universitätsklinikum/Med Campus III gibt es bspw. ein Team zur Betreuung von Gewaltopfern, das mit anderen Institutionen wie etwa der Polizei oder Gewaltschutzzentren vernetzt ist.

Die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt wurde auch zur Priorität der Europäischen Kommission. Die „Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025“ definiert entsprechende Maßnahmen (Europäische Kommission, 2020). Außerdem wurde im Jahr 2022 eine Prävalenzstudie zur geschlechtsspezifischen Gewalt gegen Frauen in Österreich durchgeführt, die von Eurostat und dem Bundeskanzleramt beauftragt wurde. Die Notwendigkeit dieser Befragung ergab sich aus der Erkenntnis einer Studie der „Fundamental Rights Agency“ aus dem Jahr 2014, nach welcher bei Gewalt gegen Frauen von einer hohen Dunkelziffer auszugehen sei (Agency for Fundamental Rights, 2014). Aus diesem Grund wurde von Eurostat auch die europaweite vergleichbare Studie zur Erhebung von „[g]eschlechtsspezifische[r] Gewalt gegen Frauen und andere[r] Formen von interpersoneller Gewalt“ konzipiert. Im Rahmen ihrer Umsetzung wurden auch 6.240 in Österreich lebende Frauen im Alter von 18 bis 74 Jahren befragt (siehe Statistik Austria, 2022). Im Zentrum der Befragung standen die Schwerpunkte Gewalt inner- und außerhalb intimer Beziehungen, Stalking, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und Gewalt in der Kindheit. Die Ergebnisse bestätigten, dass jede dritte Frau im Erwachsenenalter (18–74 Jahre) körperliche oder sexuelle Gewalt inner- oder außerhalb intimer Beziehungen erlebt. Zum Zeitpunkt der Befragung waren 16 % der in Österreich lebenden Frauen in einer intimen Beziehung bereits Opfer von physischer und oder sexueller Gewalt geworden. 22 % der befragten Frauen gaben an, schon einmal von Stalking betroffen gewesen zu sein und 27 % hatten bereits sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz erfahren. 7 % der befragten Frauen gaben an, in der Kindheit (unter 15 Jahre) sexuelle Gewalt (diese inkludiert Vergewaltigung) erlebt zu haben (Statistik Austria, 2022, S. 9f.). Besonders gefährdet ist die Gruppe der Frauen mit Behinderungen, die im Durch-

schnitt noch häufiger institutioneller, häuslicher und sexueller Gewalt ausgesetzt sind als Frauen ohne Behinderungen. Außerdem leben Frauen mit Behinderungen oft in prekären Verhältnissen und sind im öffentlichen Raum wenig sichtbar (Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2022a).

In Österreich werden jährlich mehr Frauen als Männer Opfer von Tötungsdelikten. Laut dem Verein Autonomer Österreichischer Frauenhäuser werden durchschnittlich drei Frauen pro Monat getötet (Autonome Österreichische Frauenhäuser, 2024). Im Jahr 2023 gab es einen Höchststand von 42 Morden an Frauen im Vergleich zu 30 Morden an Männern (Statista, 2024) und im Jahr 2024 mit Stand 24.9.2024 bereits 21 Femizide (einer davon wurde in Linz begangen) sowie 34 Mordversuche oder Fälle schwerer Gewalt. Im Jahr 2022 wurden 39 Frauen und 33 Männer ermordet (Statista, 2024); 1.787 Frauen und 1.791 Kinder wurden in Schutzunterkünften wie Frauenhäusern und Übergangswohnungen untergebracht (Autonome Österreichische Frauenhäuser, 2024).

Österreichweit gibt es 30 Frauenhauseinrichtungen, die insgesamt 839 Plätze für Frauen und Kinder bieten. Das Bundesland Niederösterreich verfügt mit sechs Einrichtungen über die meisten Frauenhäuser mit insgesamt 128 Plätzen für Frauen und Kinder. In Wien und Oberösterreich gibt es jeweils fünf Einrichtungen. In Wien bieten diese fünf Einrichtungen jedoch 228 Plätze für Frauen und Kinder, während in Oberösterreich 109 Plätze zur Verfügung stehen. Laut Statistik der Autonomen Österreichischen Frauenhäuser wären nach der EU-Empfehlung in Oberösterreich 42 zusätzliche Plätze notwendig (Autonome Österreichische Frauenhäuser, 2023).

Das Gewaltschutzzentrum in Oberösterreich hat im Jahr 2023 insgesamt 3.779 Klient*innen beraten. 78 % der gefährdeten Personen waren weiblich, 89 % der Gefährder*innen männlich. 63 % der gefährdeten Personen und 56 % der Gefährder*innen hatten eine österreichische Nationalität. Die größte Gruppe von Klient*innen waren 31- bis 40-Jährige (24 %), gefolgt von 41- bis 50-Jährigen (18,68 %) und 22- bis 30-Jährigen (18,63 %) (Gewaltschutz Zentrum Oberösterreich, 2023a, 2023b). Frauen mit Fluchterfahrung sind aufgrund ihrer prekären sozialen und ökonomischen Lage einer besonders hohen Gewaltgefährdung ausgesetzt. Obwohl sich Österreich zum Schutz von Asylwerberinnen bekannt hat, wird laut Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) von der österreichischen Regierung zu wenig unternommen, um diesen tatsächlich zu gewährleisten. Asylsuchende Frauen, die trotz Gewalterfahrung durch den Partner in den Grundversorgungseinrichtungen keine geschützte und entsprechend gut betreute Unterkunft bekommen können, haben derzeit in Linz und Oberösterreich keine geschützte und gewaltfreie Alternative (Frauenhaus Linz, o. J.).⁸³

Die Dokumentation des Gewaltschutzzentrums Oberösterreich zeigt, dass viele Frauen bereits im jungen Alter Gewalterfahrungen machen. In Oberösterreich – Zahlen zu Linz liegen hier nicht vor – waren im Jahr 2023 rund 16 % der Klient*innen unter 22 Jahre alt. Im Jahr 2023 wurden 2.665 Betretungs- und Annäherungsverbote verhängt. In Linz-Stadt wurden 2023 insgesamt 1074 Klient*innen gezählt und 755 Betretungs- und Annäherungsverbote ausgesprochen (Gewaltschutz Zentrum Oberösterreich, 2023b).

⁸³ So bemängelte der Österreichische Schattenbericht für GREVIO, dass in Oberösterreich und Kärnten Asylwerberinnen nur wenige Tage oder Wochen in Frauenhäusern unterkommen können, ehe sie wieder in die Asylunterkünfte zurückkehren müssen (NGO-Koalition GREVIO Schattenbericht, 2016, S. 133). Der Forderung des Istanbul-Konventions-Vertragsstaatenkomitees von 2021 nach der Zugänglichkeit von Unterstützungsleistungen unabhängig vom Asylstatus ist die österreichische Bundesregierung laut Umsetzungsbericht von 2023 – mit Verweis auf unterschiedliche Regelungen in den Bundesländern – nicht nachgekommen (Bundeskanzleramt, 2023).

Im Forschungsbericht zum Thema „Gewalterfahrungen von Frauen mit Migrationshintergrund im Kontext von COVID-19“ wurden zwischen Ende Juni und Anfang September 2020 Expert*innen diverser österreichischer Unterstützungs- und Beratungseinrichtungen interviewt. Die Expert*innengruppe war sich einig, dass sowohl Frauen mit als auch ohne Migrationshintergrund (unabhängig von den Herkunftsregionen) Gewalterfahrungen machen. Sie wiesen außerdem darauf hin, dass Formen und Ursachen von Gewalt und folglich damit verbundene Herausforderungen bei allen von Gewalt betroffenen Frauen ähnlich sind. Eine zentrale Gemeinsamkeit ist, dass in Familien, in denen Gewalt auftritt, patriarchale und traditionelle Rollenbilder vorherrschen, die eine klare geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die Unterordnung der weiblichen Familienmitglieder beinhalten. Religiöse Faktoren, geschlechtsspezifische Sozialisation, niedriges Bildungsniveau, aber auch eine schlechte ökonomische Situation können diese Rollendynamiken verstärken. Zudem lässt sich in westlichen Ländern ein reaktionärer Backlash in der Politik beobachten, der auch traditionelle Geschlechterbilder wieder erstarken lässt. Gewalttaten sind letztendlich häufig ein Resultat von Rollenkonflikten. Zentrale Konfliktthemen sind dabei Finanzen, Haushaltsführung, Kindererziehung, Freizeitgestaltung, Sexualität und Trennung bzw. Scheidung. Wichtig zu erwähnen ist, dass unterschiedliche Gewaltformen, wie psychische, physische, sexualisierte und ökonomische Gewalt, meist in Kombination auftreten. Die psychische Gewalt stellt häufig eine erste Phase dar, die im Verlauf durch andere Formen ergänzt wird und schließlich in physischer Gewalt mündet (Flotzinger et al., 2021).

COVID-19-Pandemie und Gewalt an Frauen

Während der COVID-19-Pandemie rückte das Problem häuslicher Gewalt verstärkt in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Ob es tatsächlich zu einem quantitativen Anstieg von Übergriffen kam, ist allerdings nicht eindeutig feststellbar. Eine vom Bundesministerium in Auftrag gegebene Studie hat jedenfalls ergeben, dass die Berichterstattung in den Medien sowie Kampagnen gegen Gewalt an Frauen zugenommen haben. Im Jahr 2021 kam es in Österreich auch zu einem deutlichen Anstieg der Betretungs- und Annäherungsverbote (um 17,5 % im Vergleich zum Vorjahr). Die meisten Verbote wurden in Wien, Niederösterreich und Oberösterreich ausgesprochen. In Oberösterreich waren es 2.169 Fälle. Im Jahr 2022 kam es österreichweit zu einem weiteren Anstieg um 7 % (Bundesministerium für Inneres, 2023). Ein Anstieg polizeilicher Anzeigen muss jedoch keine Zunahme der Fälle von häuslicher Gewalt bedeuten, sie können auch das Resultat verstärkter gesellschaftlicher Sensibilisierung sein. In einer repräsentativen Dunkelfeld-Studie aus Deutschland, in der Daten aus den Jahren 2016 und 2021 verglichen wurden, war kein signifikanter Anstieg häuslicher Gewalt aufgrund der COVID-19-Pandemie zu beobachten. Auch andere internationale Befunde zeigen kein eindeutiges Bild hinsichtlich einer gestiegenen Prävalenz von häuslicher Gewalt zu Pandemiezeiten. Allerdings ist grundsätzlich von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Zusätzliche Forschung zu den wenigen existierenden deutschsprachigen und internationalen repräsentativen Studien würde die Chance bergen, bestimmte Risikofaktoren für häusliche Gewalt zu identifizieren, um schließlich geeignete Präventionsansätze zu entwickeln (Lotzin et al., 2023).

Auch wenn quantitativ kein eindeutiger pandemiebedingter Anstieg der häuslichen Gewalt festgestellt werden konnte, hatten die COVID-19-Pandemie und damit verbundene Maßnahmen massive Auswirkung für Gewaltbetroffene. Ein zentrales Problem waren bspw. erschwerte Bedingungen, um Hilfe in Anspruch zu nehmen und aus einer Gewaltbeziehung auszusteigen. Beengte Lebensbedingungen aufgrund der Ausgangsbeschränkungen führten oftmals dazu, dass Frauen

der verstärkten Kontrolle ihrer gewalttätigen Partner⁸⁴ ausgesetzt waren. Durch die Präsenz der Täter im Haus konnten sich Betroffene keine Freiräume schaffen und sich auch ihrem sozialen Umfeld nur erschwert mitteilen. Neben der sozialen Isolation wirkte sich die Pandemie auch negativ auf die psychischen Krisen und Ängste der Betroffenen aus. Hinzu kam oftmals auch die Verschlechterung der ökonomischen Situation durch einen Jobverlust, der die Abhängigkeit Betroffener von gewalttätigen Partnern verstärkte. Aufgrund geschlossener Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen waren Frauen außerdem vermehrt für die zusätzliche Sorgearbeit zuständig. Als Folge des Rückgriffs auf traditionelle Rollenbilder und dementsprechende Arbeitsteilung führte die Pandemie laut Expert*innen zu Rückschritten in Hinblick auf die Geschlechtergerechtigkeit und die Selbstbestimmung von Frauen (Flotzinger et al., 2021).

Die angespannte wirtschaftliche Lage wirkte sich auch auf die psychische Verfassung der Männer aus. Psychische Belastung, gesundheitliche Ängste und beengte Wohnverhältnisse führten insgesamt zu einem erhöhten Stressspiegel und eventuell auch zu einem größeren Aggressionspotential. Ein möglicher Verlust des Arbeitsplatzes, ökonomischer Stress und damit einhergehende Veränderungen im Machtgefüge können zudem zur missbräuchlichen Nutzung von Gewalt als Ressource der Wiederherstellung von Macht beitragen (Flotzinger et al., 2021).

Die COVID-19-Pandemie hatte auch erhebliche Folgen für Unterstützungseinrichtungen. Obwohl die Arbeit mit Betroffenen intensiv weitergeführt wurde, musste die Vorgehensweise angepasst werden. Während der strengen Ausgangsbeschränkungen arbeiteten die Beratungsstellen fast ausschließlich telefonisch oder digital über Video- bzw. rein auditive Internettelefonie, aber auch per Mail oder Chat. Klient*innen, die nicht über die notwendigen Geräte, IKT- oder Sprachkompetenzen verfügten, konnten nur schlecht erreicht werden. Positiv ausgewirkt hat sich jedoch die verstärkte Medienberichterstattung zur Sensibilisierung der Bevölkerung, wodurch mehr Fälle häuslicher Gewalt von Nachbar*innen gemeldet wurden. Außerdem haben Frauen, die dezentral wohnen, von der verbesserten Fernberatung profitiert (Flotzinger et al., 2021).

Diskussion und Reflexion des Status quo

Der Gesundheitszustand, die gesundheitlichen Beschwerden und das Gesundheitsverhalten der Linzer Frauen unterscheiden sich teilweise und zum Teil in erheblichem Ausmaß von jenen der Linzer Männer; aber auch unter den Frauen sind Gruppenunterschiede festzustellen. So hat bspw. die ökonomische Situation von Frauen in Linz einen wesentlichen Einfluss auf ihre Gesundheit. Die ökonomische Benachteiligung von Frauen insgesamt und ihre manchmal nur schlecht gewährleistete Existenzsicherung – mit all den Konsequenzen für die soziale Sicherheit, die psychische Belastung, die Wohnsituation oder die Ernährung – stellen ein wesentliches Gesundheitsrisiko für Frauen dar (Birgmann et al., 2013; Schuster et al., 2018).

Bevor wir nun näher auf die Gesundheit und Gesundheitsrisiken von Frauen unterschiedlicher Gruppen eingehen, erfolgt eine Auseinandersetzung mit den infrastrukturellen Bedingungen der Gesundheitsversorgung in Linz.

⁸⁴ Wie vom Verein bff (Frauen gegen Gewalt) vorgeschlagen, gendern wir im Themenbereich Gewalt gegen Frauen in Beziehungen – im Gegensatz zum restlichen Bericht – nicht, da 99 % der Täter in diesem Bereich männlich sind und auf den geschlechtsspezifischen Charakter dieser Taten verwiesen werden soll. In anderen Bereichen – etwa beim sexuellen Missbrauch von Kindern – gibt es auch einen signifikanten Anteil von Täterinnen, weshalb der bff hier von Täter*innen spricht (bff Frauen gegen Gewalt e.V., o. J.).

Gendermedizin und gesundheitsbezogene Infrastruktur

Nach Michel Foucault ist die Geschichte der Medizin eng mit der Entwicklung von Machtstrukturen und Wissensformationen verbunden, wobei medizinische Praktiken nicht nur dem Heilen dienen, sondern auch gesellschaftliche Kontrolle und die Disziplinierung von Körpern ermöglichen (Foucault, 1987, 2000, 2006). Gerade die moderne Schulmedizin versteht Körperlichkeit oft in fragmentierter Art und Weise (Organmedizin) bzw. konzentriert ihr Interesse auf hormonelle und genetische Dispositionen. Ein ganzheitliches Körper- und Gesundheitsverständnis bleibt damit oft der sogenannten Ganzheits- oder Alternativmedizin vorbehalten. Darüber hinaus war die Medizin lange durch einen androzentristischen Bias – d. h. von einem Blick von Männern auf Männer – geprägt. Dieser hatte zur Folge, dass das Verständnis von Auswirkungen sozialer, biologischer und psychosozialer Unterschiede zwischen Männern und Frauen auf die Prävalenz bestimmter Erkrankungen, Krankheitsbilder/Symptome oder Therapieerfolge erst in den 1990er Jahren durch die Gendermedizin Einzug in die medizinische Forschung fand (Kolip & Hurrelmann, 2016; Rieder & Lohff, 2008).

Gendermedizin findet auch in Österreich zunehmende Beachtung. Bspw. gibt es seit dem Jahr 2010 an der Medizinischen Universität Wien eine eigene „Gender Medicine Unit“ sowie einen eigenen Lehrgang „Gender Medicine“ (Medizinische Universität Wien, o. J.). Im Studienangebot der 2014 gegründeten Medizinischen Fakultät der Johannes Kepler Universität Linz sind Lehrveranstaltungen zur Gendermedizin verankert (Birgmann et al., 2013; Schuster et al., 2018). Außerdem wurde die Gendermedizinerin Alexandra Kautzky-Willer im Jahr 2016 zur Wissenschaftlerin des Jahres gewählt. Inhaltlich wird im Gebiet der Gendermedizin unter anderem der Frage nachgegangen, welche Geschlechterunterschiede es in den Entstehungsprozessen von Krankheiten gibt und warum. Dabei werden nicht nur biologische Unterschiede, sondern auch der differierende Einfluss von psychosozialen (bspw. unterschiedliche Copingstrategien) und sozioökonomischen (z. B. unterschiedlicher Zugang zum Gesundheitssystem) Aspekten auf Gesundheit und Krankheit untersucht. Dadurch sollen sowohl in der Diagnostik als auch in der Therapie unterschiedliche Bedürfnisse bestmöglich versorgt werden. Die Gendermedizin wird auch als erster Schritt in Richtung einer personalisierten („maßgeschneiderten“) Medizin gesehen. Dabei geht es auch um die Frage, welche Maßnahmen getroffen werden können, um sozioökonomische Risikogruppen mit medizinischer Vorsorge und gesundheitsförderlichen Maßnahmen bestmöglich anzusprechen (Rieder & Lohff, 2008). Laut der Politikwissenschaftlerin Magdalena Eitenberger (zitiert in Möller, 2024) sind hierfür Anpassungen von Studiendesigns, Medikamenten und Strukturen des Gesundheitssystems an die Diversität der Bevölkerung notwendig. Demnach geht es nicht nur um eine Differenzierung zwischen Männern und Frauen, sondern vor allem um die Berücksichtigung unterschiedlicher Differenzkategorien und der damit einhergehenden Gesundheitsrisiken. Mehrgewichtige Personen, Frauen in der Menopause, People of Color oder Trans*personen werden nach wie vor zu selten in präklinischen Studien berücksichtigt. Hier ist die Etablierung intersektionaler Forschungsansätze notwendig (Möller, 2024).

Ansätze frauen- und diversitätsgerechter Gesundheitsversorgung in Linz

In Linz können bereits Ansätze identifiziert werden, die versuchen, Genderkompetenz nachhaltig im Gesundheitssystem zu verankern und zielgruppenspezifische Angebote zu entwickeln. Zu nennen ist hier etwa das Projekt „Gender Friendly Hospital“ am Kepler Universitätsklinikum Linz, Med Campus III, mit seinen geschlechtsspezifischen Leitlinien für eine frauengerechte Gesundheitsversorgung (inklusive Zielen und Maßnahmen) (Dieplinger & Labek, 2011). Teil des Projekts war die Einrichtung des Zentrums für Sozialmedizinische Frauenheilkunde und Gendermedizin. Darüber hinaus sei an dieser Stelle noch auf das Projekt „Migrant Friendly Hospital“ im Kepler Universitätsklinikum Linz, Med Campus III, hingewiesen, das von der Pflegedirektion durchge-

führt wird. An der FH Gesundheitsberufe OÖ ist Gendermedizin ein fixer Bestandteil des Curriculums (Oberösterreichische Gesundheitsholding, 2021). Auch in den medizinischen Studiengängen der JKU ist Gendermedizin verpflichtend verankert.

Manche Gesundheits- und Sozialeinrichtungen der Stadt Linz bieten bedürfnisorientierte Gesundheitsberatungen für bestimmte Gruppen von Frauen (bspw. Alleinerzieherinnen, Migrantinnen) an. Zu nennen wäre hier bspw. der Verein „Migrare“, der auch in Wels einen Standort hat und psychosoziale Beratung in verschiedenen Sprachen speziell für Migrant*innen anbietet. In den meisten dieser Einrichtungen geht es vor allem um Informationsvermittlung und Sensibilisierung für rollenstereotypes Verhalten, das die psychische und physische Gesundheit von Frauen belasten kann. Frauen- und migrationsspezifische Gesundheits- und Sozialeinrichtungen stellen eine wesentliche Ressource für Linzer Frauen dar, sind jedoch nur mit begrenzten Mitteln ausgestattet.

Trends

- Gesundheit wird von verschiedenen Faktoren – Geschlecht, Alter, sozioökonomische Faktoren wie Bildung und Einkommen – wesentlich beeinflusst.
- Mit einem schlechteren Gesundheitszustand im Alter sinkt auch die subjektiv wahrgenommene Verfassung der Linzer*innen.
- Linzerinnen aller Altersgruppen leiden häufiger an Rückenschmerzen, Niedergeschlagenheit, Schlafstörungen, Migräne und Kreislaufstörungen als gleichaltrige Männer.
- Linzer sind stärker von Depressionen und Anzeichen einer depressiven Verstimmung betroffen als Linzerinnen; Letztere bekommen jedoch in allen Altersgruppen häufiger Antidepressiva verschrieben.
- Armutsgefährdung bzw. manifeste Armut sind Gesundheitsrisiken, insbesondere bei älteren Frauen.
- Die Lebenserwartung von Frauen ist höher als die von Männern; Grund dafür ist u. a. ein unterschiedliches Gesundheitsverhalten.
- LGBTIQ*-Personen empfinden ihren Gesundheitszustand als schlechter und sind mit der Gesundheitsversorgung in Österreich weniger zufrieden als die Durchschnittsbevölkerung.

Lücken

- Es fehlen nach Herkunft und Geschlecht differenzierte Daten über die Gesundheitssituation von Menschen in Linz.
- Es fehlen Daten zur Gesundheitssituation von Linzer*innen mit Behinderungen. Wie der Österreichische Frauengesundheitsbericht (Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, 2022a) verdeutlicht, ist eine Differenzierung nach Geschlecht wichtig, da Frauen mit Behinderungen oft spezifische Probleme erfahren.
- Informationen über die gesundheitliche Situation von Alleinerziehenden in Linz sind wünschenswert.

- Linz- und oberösterreichspezifische Daten über die Gesundheitsversorgung geflüchteter Frauen fehlen.
- Daten zu Gewalterfahrungen Linzer Frauen fehlen. Hier wäre eine Erhebung sinnvoll.
- Eine Erhebung zu den gesundheitlichen Bedürfnissen von Sexarbeiter*innen in Linz wäre wünschenswert.
- Die Daten aus dem letzten Frauenbericht stammen primär aus dem Gesundheitsbericht, welcher im Jahr 2013 vom Institut für Gesundheitsplanung verfasst wurde. Aufgrund der Auflösung des Institutes mangelt es nun an der systematischen Datenerhebung diverser Faktoren zum Gesundheitszustand der Linzer*innen. Insbesondere die mögliche Abhängigkeit des Gesundheitszustands von der sozioökonomischen Lage konnte daher in diesem Bericht nicht reproduziert werden.

Ausblick: Maßnahmen und Möglichkeiten

- Schließen der Datenlücken
- Regelmäßige Fortschreibung des Linzer Gesundheitsberichts unter Ergänzung von Diversitätsmerkmalen
- Regelmäßige geschlechtsdifferenzierte Datenerfassung von Erkrankungen, Diagnosen und Therapien (etwa in den Linzer Krankenanstalten) und systematische Nutzung dieser Daten für die Gesundheitspolitik und -planung
- Erfassung der potenziell unterschiedlichen gesundheitsbezogenen Bedürfnisse verschiedener Gruppen von Frauen (bspw. Migrantinnen, Frauen mit Behinderungen, Sexarbeiterinnen, Alleinerziehende, Frauen mit niedriger Bildung und wenig Einkommen) und Berücksichtigung dieser in der Gesundheitsversorgung
- Flächendeckende Implementierung von Gender-Mainstreaming⁸⁵ sowie ihre regelmäßige und transparente Evaluierung unter Berücksichtigung anderer sozialer Diversitätsmerkmale in allen gesundheitsbezogenen Linzer Einrichtungen, um Gender- und Diversitätskompetenz nachhaltig zu verankern
- Aktives Vorantreiben der Gendermedizin, die unterschiedliche Bedürfnisse bezüglich des Gesundheitswesens und der Behandlungsformen auf wissenschaftlicher Basis erhebt
- Ausbau von bedürfnisgerechten Gesundheitsangeboten für Trans*- und Inter*personen
- Steigerung des Anteils weiblicher Expertinnen (auch mit migrantischer Herkunft) im Gesundheitssektor, insbesondere in Entscheidungsfunktionen
- Verpflichtende Einführung von gender- und diversitätsspezifischen Lehrveranstaltungen in allen Linzer Ausbildungsinstitutionen für Gesundheitsberufe, um generiertes Wissen der Gendermedizin breiter zugänglich zu machen
- Adäquate Finanzierung frauenspezifischer Gesundheitseinrichtungen zur Ermöglichung einer niederschweligen Versorgung der Linzer Stadtteile (u. a. psychosoziale Beratung und Begleitung für Migrantinnen, Alleinerzieherinnen, junge Mütter in psychischen Krisen etc.)

- Finanzierung von Vernetzungs-, Kooperations- und Koordinationstätigkeiten der frauen-, gesundheits- und soziokulturellen Einrichtungen in der Stadt Linz
- Entwicklung eines übersichtlichen, regelmäßig aktualisierten Katalogs über gesundheitsbezogene Angebote in der Stadt Linz
- Kostenfreie Psychotherapie auf Krankenschein
- Bereitstellung finanzieller Mittel für Krankenhäuser und psychiatrische Kliniken/ Einrichtungen zur Verbesserung der psychosozialen Grundversorgung (Beschäftigung von Spezialist*innen für verschiedene Problemlagen: Sozialarbeiter*innen, Rechtsexpert*innen, psychoonkologische Berater*innen, geriatrisches Personal)
- Schaffung eines Zentrums für psychosoziale Gesundheit (Sozialdienst und psychologischer Dienst) in einem Linzer Krankenhaus
- Intensivierung zielgruppenspezifischer Angebote im Bereich der Sexualaufklärung (kultursensibel, muttersprachlich, niederschwellig), vor allem an Schulen
- Politisches Bekenntnis zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
- Aufstockung der staatlichen Finanzierung von Gewaltschutzstellen wie z. B. Frauenhäusern: Gemäß der Istanbul-Konvention muss der Zugang für alle von Gewalt betroffenen Frauen sichergestellt werden. Gesetzliche Verankerung einer Grundfinanzierung
- Laut dem Bericht im Auftrag des Österreichischen Integrationsfonds (Flotzinger et al., 2021) wird empfohlen, dass zur Problematik der Gewalt an Frauen mehr Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung der Gesellschaft, mehrsprachige, niederschwellige und anonyme Angebote sowie eine Kombination aus Präsenz- und Fernbetreuung geschaffen werden müssen.
- Ausbau der Gewaltpräventionsarbeit, vor allem auch in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen
- Einrichtung einer Anlaufstelle für Frauen mit Behinderungen, die Gewalt erfahren haben
- Finanzierung von Beratungsstellen für Sexarbeiterinnen (muttersprachliche Beratung und Information, Sicherstellung des Zugangs zu gesundheitlicher Versorgung ohne Bedingungen)
- Zielgruppengerechte Bewerbung gesundheitsbezogener Angebote (hinsichtlich Sprache, Settings der Informationsvermittlung etc.)
- Kostenfreier Zugang zu Verhütungsmitteln und Notfallkontrazeption
- Sicherstellung der Finanzierung von Linzer Jugend-, Familien- und Sexualberatungsstellen
- Öffentlichkeitswirksame Kampagnen zur Bedeutung selbstbestimmter Sexualität für Frauen und Sichtbarmachung nicht-heteronormativer Sexualität
- Streichung des Schwangerschaftsabbruchs aus dem Strafgesetzbuch

85 Gender-Mainstreaming ist eine für alle Mitgliedstaaten der EU verpflichtende Strategie zur Umsetzung einer Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik. Ziel ist die Implementierung einer Geschlechterperspektive in allen politischen Entscheidungen.

Quellen

- Agency for Fundamental Rights. (2014). Gewalt gegen Frauen: Eine EU-weite Erhebung: Ergebnisse auf einen Blick. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2014-vaw-survey-at-a-glance-oct14_de.pdf
- Autonome Österreichische Frauenhäuser. (2023). Infoblatt über Femizide in Österreich. <https://www.aeof.at/index.php/zahlen-und-daten/femizide-in-oesterreich>
- Autonome Österreichische Frauenhäuser. (2024). AÖF – Zahlen & Daten. <https://www.aeof.at/index.php/zahlen-und-daten/bff-frauen-gegen-gewalt-e.v.-o.-j.-taeter-taeterinnen-abgerufen-3.-januar-2025-von-https://www.frauen-gegen-gewalt.de/de/infotek/gewalt-gegen-frauen/taeter-taeterinnen.html>
- Birgmann, Richard, Peböck, Markus, Reif, Martin, & Luft, Dagmar. (2013). Gesundheitsbericht Linz 2009–2013. Institut für Gesundheitsplanung. https://www.linz.at/images/gesundheitsbericht_linz_2009-2013.pdf
- Buchinger, Birgit, & Gschwandtner, Ulrike. (2006). Kärntner Frauengesundheitsprogramm. <https://www.solution.co.at/gender-mainstreaming/251-2006-kaerntner-frauen-gesundheitsprogramm-kurzfassung-1/file.html>
- Bundeskanzleramt. (2023). Umsetzungsbericht zu den Empfehlungen des Vertragsstaatenkomitees vom 7. Dezember 2021. https://www.coordination-vaw.gv.at/dam/jcr:031bac64-b584-4faf-b5fc-76636c3c5e57/Umsetzungsbericht_Empfehlungen_Vertragskomitee_12_2023_barrierefrei.pdf
- Bundesministerium für Gesundheit. (2011). Österreichischer Frauengesundheitsbericht 2010/2011. https://goeg.at/sites/goeg.at/files/2017-06/Frauengesundheitsbericht_2011_LF.pdf
- Bundesministerium für Gesundheit und Frauen. (2006). Österreichischer Frauengesundheitsbericht 2005/2006. Ludwig Boltzmann Institut für Frauengesundheitsforschung. https://goeg.at/sites/goeg.at/files/2017-06/Frauen_GB_2006.pdf
- Bundesministerium für Gesundheit und Konsumentenschutz. (1995). Austrian Women's Health Profile.
- Bundesministerium für Inneres. (2023). Gewaltschutzbericht 2020-2022. https://www.bundeskriminalamt.at/502/files/Gewaltschutz/Gewaltschutzbericht_2020-2022_20230704_webBF.pdf
- Bundesministerium für Inneres. (2024). Änderung der Geschlechtszugehörigkeit. oesterreich.gv.at – Österreichs digitales Amt. https://www.oesterreich.gv.at/themen/persoeliche_dokumente_und_bestatigungen/aenderung-der-geschlechtszugehoerigkeit.html
- Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz. (2019a). Gender-Gesundheitsbericht: Schwerpunkt Psychische Gesundheit am Beispiel Depression und Suizid: Ergebnisbericht. https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:ac442a16-1aa0-444b-a828-263640374cda/Gendergesundheitsbericht_%202019.pdf
- Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz. (2019b). Österreichische Gesundheitsbefragung 2019. <https://www.statistik.at/services/tools/services/publikationen/detail/848>
- Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz. (2022a). Frauengesundheitsbericht. https://www.google.com/url?sa=t&source=web&rct=j&opi=89978449&url=https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:7157d267-ef16-4a8b-8861-56e9cbf54089/Frauengesundheitsbericht_2022_FINAL.pdf&ved=2ahUKewj3_WfjJCAXuGv0HHaIkNggQFnoECBgQAQ&usq=AOvVaw3UHWZ2F4AMesbAYgTvXu2n
- Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz. (2022b). Österreichischer Gesundheitsbericht 2022. https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:2d34f74b-4638-4b37-bfce-85dbf12482eb/%C3%96sterr.Gesundheitsbericht_%202022.pdf
- Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz. (2024a). Verhütungsbericht 2024 – Bedarf und Versorgung mit Verhütungsmitteln in Österreich. https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:203fa7b5-f26d-4c9d-87c3-f005b59365ec/Verh_%C3%BCtungsbericht_2024_%20-%20Bedarf_%20und_%20Versorgung_%20von_%20Verh_%C3%BCtungsmitteln_%20in_%20%C3%96sterreich.pdf
- Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz. (2024b, Juni 11). Verhütungsbericht bestätigt starke Kostenabhängigkeit bei Wahl der Verhütungsmethode. <https://www.sozialministerium.at/Services/Neuigkeiten-und-Termine/verhuetungsbericht.html>
- Bustreo, Flavia. (2015). Ten top issues for women's health. World Health Organization. <https://www.who.int/news-room/commentaries/detail/ten-top-issues-for-women-s-health>
- Danielsen, Ann Caroline, Lee, Katharine MN, Boulicault, Marion, Rushovich, Tamara, Gompers, Annika, Tarrant, Amelia, Reiches, Meredith, Shattuck-Heidorn, Heather, Miratrix, Luke W., & Richardson, Sarah S. (2022). Sex disparities in COVID-19 outcomes in the United States: Quantifying and contextualizing variation. *Social Science & Medicine*, 294, 114716. <https://doi.org/10.1016/j.socscimed.2022.114716>
- Dieplinger, Anna Maria, & Labek, Anna. (2011). Gender Friendly Hospital – Leitlinien und Beispiele für ein geschlechtergerechtes Krankenhaus. In Andrea Wesenauer & Sarah Sebinger (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit und Gesundheit: Gesundheitliche Versorgung und Gesundheitsförderung – Eine Frage der sozialen Gerechtigkeit?* (2. Aufl.). Mabuse-Verl.
- EPF. (2023). Contraception Policy Atlas Europe. https://www.epfweb.org/sites/default/files/2023-02/Contraception_Policy_Atlas_Europe2023.pdf
- Europäische Kommission. (2020). Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025 (Nummer COM/2020/152 final). <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=COM%3A2020%3A152%3AFIN>
- Flotzinger, Michael, Liebeswar, Claudia, Schmied, Gabriele, Stark, Martin, & Steiner, Karin. (2021). Gewalterfahrung von Frauen mit Migrationshintergrund im Kontext von Covid-19. <https://www.integrationsfonds.at/mediathek/mediathek-publikationen/publikation/gewalterfahrungen-von-frauen-mit-migrationshintergrund-9125/>
- Foucault, Michel. (1987). *Der Wille zum Wissen* (24. Auflage). Suhrkamp.
- Foucault, Michel. (2000). *Dispositive der Macht: Über Sexualität, Wissen und Wahrheit*. Merve Verl.
- Foucault, Michel. (2006). *Die Geburt der Biopolitik: Vorlesung am Collège de France 1978–1979* (9. Auflage). Suhrkamp.
- Frauenhaus Linz. (o. J.). Frauenhaus Linz. Abgerufen 8. Oktober 2024, von <https://www.frauenhaus-linz.at/index.htm>
- Gaiswinkler, Sylvia, Pfabigan, Johanna, Pentz, Richard, Teuffl, Lukas & Winkler, Roman. (2023). LGBTIQ+

- Gesundheitsbericht 2022. Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK), Wien. https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:27c3947b-0c67-4627-96f3-eb6a03b87355/LGBTIQ_Gesundheitsbericht_2022_formatiert_fin.pdf
- Gewaltschutz Zentrum Oberösterreich. (2023a). Tätigkeitsbericht 2023 - 25 Jahre GSZ OÖ. https://www.gewaltschutzzentrum.at/oberoesterreich/wp-content/uploads/sites/7/2024/09/25_Jahre_Taetigkeitsbericht-Web-Version.pdf
- Gewaltschutz Zentrum Oberösterreich. (2023b). Zahlen 2023. https://www.gewaltschutzzentrum.at/oberoesterreich/wp-content/uploads/sites/7/2024/04/20240423Statistik_GSZ_2023_neu.pdf
- Haberlander, Christine. (2018). Starke Frauen. Starkes Land. „Frauen.Leben- Frauenstrategie für Oberösterreich 2023“. https://www.frauenreferat-ooe.at/Mediendateien/broschuere_frauenstrategie_2030.pdf
- Hinz, Catherina. (2024). 30 Jahre Kairo-Konferenz. Aus Politik und Zeitgeschichte, 2024(43–44), 41–46.
- Institut Suchtprävention - pro mente OOE. (2019). Drogenmonitoring Oberösterreich 2019. https://www.praevention.at/fileadmin/user_upload/08_Sucht/Drogenmonitoring/Drogenmonitoring_Ooe_2019_Cannabis_Ergebnisbericht_Final_Ultimo.pdf#page236
- Kolip, Petra, & Hurrelmann, Klaus (Hrsg.). (2016). Handbuch Geschlecht und Gesundheit: Männer und Frauen im Vergleich (2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage). Hogrefe Verlag.
- Lotzin, Annett, Flechsenhar, Aleya, Garthus-Niegel, Susan, Georg, Anna Katharina, Holl, Julia, Von Hülsen, Leonie, Kenntemich, Laura, Kliem, Sören, Kröger, Christoph, Mack, Judith T., Mojahed, Amara, Nunius, Sabine, Schröder, Johanna, Seitz, Katja, Von Thadden, Alexandra, Volkert, Jana, Zrnic Novakovic, Irina, & Lueger-Schuster, Brigitte. (2023). Häusliche Gewalt und ihre psychischen Folgen während der COVID-19-Pandemie – Zentrale Befunde aus dem deutschsprachigen Raum. Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz, 66(8), 920–929. <https://doi.org/10.1007/s00103-023-03747-8>
- Mader, Esto, Gregor, Joris Atte, Saalfeld, Robin K., Hornstein, René, Rain, Müller, Paulena, Grasmeier, Marie C., & Schadow, Toni (Hrsg.). (2022). Trans* und Inter*Studien: Aktuelle Forschungsbeiträge aus dem deutschsprachigen Raum (1. Auflage). Westfälisches Dampfboot.
- maiz. (o. J.). Maiz-autonomes Zentrum von und für MigrantInnen. <https://www.maiz.at/de>
- Medizinische Universität Wien. (o. J.). Gender Medicine I Studium an der MedUni Wien. Medizinischen Universität Wien. Abgerufen 8. Oktober 2024, von <https://www.meduniwien.ac.at/web/studium-weiterbildung/universitaere-weiterbildung/alle-lehrgaenge-und-kurse/gender-medicine/>
- Möller, Hanna. (2024). Gendermedizin I Wie gendersensibel ist die Forschung? Rudolphina – Wissenschaftsmagazin der Universität Wien. <https://rudolphina.univie.ac.at/gendermedizin-wie-gendersensibel-ist-die-forschung>
- NGO-Koalition GREVIO Schattenbericht. (2016). Österreichischer NGO-Schattenbericht für GREVIO. https://www.frauenring.at/sites/default/files/artikel/GREVIO-Schattenbericht_2016_de.pdf
- Oberösterreichische Gesundheitsholding. (2021). Gendermedizin – Fokus Frau Frauen sind anders krank. visite. Gesundheitsmagazin der Oberösterreichischen Gesundheitsholding. https://www.ooeeg.at/fileadmin/media/ooeg/visite/OOEG-visite-2_21_gendermedizin-WEB.pdf
- ÖGK. (2024). Auswertung zu Gesundheitsindikatoren der Linzer Bevölkerung. Unveröffentlichte Daten.
- Österreichischer Integrationsfonds. (2021). Migration in Österreich: Gesundheitliche und ökonomische Aspekte. https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/content/AT/monitor/Forschungsbericht_Gesundheit_final_Web.pdf
- Pochobradsky, Elisabeth, Habl, Claudia, & Schleicher, Barbara. (2002). Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen ÖBIG. https://goeg.at/sites/goeg.at/files/inline-files/Publikation_Soziale_Ungleichheit_Februar_2020_2703.pdf
- Rieder, Anita, & Lohff, Brigitte (Hrsg.). (2008). Gender Medizin. Geschlechtsspezifische Aspekte für die klinische Praxis. Springer Vienna. <https://doi.org/10.1007/978-3-211-68290-6>
- Schönpflug, Karin, Hofmann, Roswitha, Klapeer, Christine M., Huber, Clemens, & Eberhardt, Viktoria. (2015). Queer in Wien. Stadt Qien Studie zur Lebenssituation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender-Personen und Intersexuellen (LGBTIs) (S 146). Institut für Höhere Studien. <https://www.digital.wienbibliothek.at/wbrup/download/pdf/3108784>
- Schünemann, Johannes, Strulik, Holger, & Trimborn, Timo. (2017). The gender gap in mortality: How much is explained by behavior? Journal of Health Economics, 54, 79–90. <https://doi.org/10.1016/j.jhealeco.2017.04.002>
- Schuster, Julia, Fitz, Theresa, & Kampfer, Leonie. (2018). Zweiter Frauenbericht der Stadt Linz. Magistrat der Stadt Linz. <https://www.linz.at/frauen/56114.php>
- Siegel, Magdalena, Nöstlinger, Christiana, Dürbauer, Flo, Kirchner, Stefanie, Niederkrotenthaler, Thomas, & Zemp, Martina. (2023). Psychische Gesundheit von LGBT*-Jugendlichen in Österreich: Scoping Review und Forschungsagenda auf Basis internationaler Evidenz. neuropsychiatrie, 37 (4), 196–205. <https://doi.org/10.1007/s40211-022-00436-x>
- Stadtforschung Linz. (2022a). Gesundheit & Sport. Bürger*innenbefragung 2022. https://www.linz.at/zahlen/112_Befragungen/GesundheitsUndSportbefragung2022.pdf
- Stadtforschung Linz. (2022b). Sport- und Gesundheitsbefragung 2022. Unveröffentlichte Daten.
- Stadtforschung Linz. (2023). Befragung zur Lebenssituation von LGBTIQ*-Personen in Linz. https://www.linz.at/zahlen/112_Befragungen/LGBTIQ-Befragung2023.pdf
- Statista. (2024). Anzahl der angezeigten vollendeten Morde in Österreich nach Geschlecht der Opfer von 2016 bis 2023. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/981564/umfrage/angezeigte-morde-in-oesterreich/>
- Statistik Austria. (2022). Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen in Österreich. Prävalenzstudie beauftragt durch Eurostat und das Bundeskanzleramt. https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Geschlechtsspezifische-Gewalt-gegen-Frauen_2021_barrierefrei.pdf
- Statistik Austria. (2023a). Lebenserwartung Österreich Bundesländer 2023. Statista. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/687979/umfrage/lebenserwartung-in-oesterreich-nach-geschlecht-und-bundeslaendern/>
- Statistik Austria. (2023b). Österreich – Alleinerziehende Bundesländer 2023. Statista. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1235088/umfrage/alleinerziehenden-haushalte-in-oesterreich-nach-bundeslaendern/>

- Statistik Austria. (2024a). Gestorbene nach Todesursachen (absolut, Wohnbezirk zum Jahresbeginn). Unveröffentlichte Daten.
- Statistik Austria. (2024b). Gestorbene nach Todesursachen (altersstandardisiert; Bevölkerung zum Jahresbeginn; Standardbevölkerung Europa). Unveröffentlichte Daten.
- Statistik Austria. (2024c). Jahrbuch der Gesundheitsstatistik 2022. https://www.statistik.at/fileadmin/user_upload/GesundheitsJB-2022_barr_Web.pdf
- Statistik Austria. (2024d). Krisenfolgen und die soziale Lage von Frauen: Sonderauswertung. Statistik Austria. https://www.caritas.at/fileadmin/storage/global/caritas-at/Ueber-uns/Mediendatenbank-Service/Armut/Caritas_Sonderauswertung_Krisenfolgen_soziale_Lage_Frauen.pdf
- Statistik Austria (2024e). Vorzeitige Sterblichkeit unter 75 Jahre (altersstandardisierte Raten; Bevölkerung zum Jahresbeginn; Standardbevölkerung Europa 2013). Unveröffentlichte Daten
- TGEU. (2018, Juni 18). World Health Organisation Moves to End Classifying Trans Identities as Mental Illness – TGEU – Transgender Europe TGEU – Transgender Europe. <https://tgeu.org/world-health-organisation-moves-to-end-classifying-trans-identities-as-mental-illness/>
- Verfassungsgerichtshof Österreich. (2018). Personenstandsgesetz – Intersexuelle Personen – Der Österreichische Verfassungsgerichtshof. https://www.vfgh.gv.at/medien/Personenstandsgesetz_-_intersexuelle_Personen.php
- World Health Organization. (o. J.). Sexual and reproductive health for all: 20 years of the Global Strategy. Abgerufen 8. Oktober 2024, von <https://www.who.int/news/item/16-05-2024-sexual-and-reproductive-health-for-all-20-years-of-the-global-strategy>
- World Health Organization. (2024). Violence against women. <https://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/violence-against-women>
- Zandonella, Martina, & Hoser, Bernhard. (2022). Zur psychosozialen Situation der Oberösterreicher*innen während der Pandemie. https://ooe.arbeiterkammer.at/service/presse/Stille_Pandemie-_30.000_Junge_brauchen_Hilfe.html

Kapitel 7

Repräsentanz und Partizipation

Politische Repräsentanz

Soziokulturelle Partizipation

EinBlick

Wie ist es um die Teilhabe und Teilnahme der Linzerinnen am politischen und soziokulturellen Leben dieser Stadt bestellt? Und inwiefern ist Teilhabe wichtig für die Lebenssituation der Linzerinnen?

Repräsentanz hat viel mit der strukturellen Verankerung von Interessenvertretungen in einer Gesellschaft zu tun. Sie hat auch Auswirkungen auf die Verteilung von Ressourcen, wie Geld und Macht, wobei sich Macht hier sowohl auf die Definitionsmacht politischer Ziele als auch auf die Gestaltungsmacht bezieht. Daher ist die Frage, wie Frauen, spezifische Gruppen von Frauen sowie TIN*-Personen in der Stadtpolitik, in politischen Parteien bzw. Organen, in Körperschaften oder in interessenspolitischen Institutionen der Stadt Linz, aber auch in NGOs repräsentiert sind, eine wesentliche. Dieses Kapitel widmet sich daher der folgenden Frage: Wie gut sind Frauen in Linz auf Führungsebenen und bei der aktiven Teilhabe und Mitbestimmung am politischen Geschehen eingebunden?

Doch wie sieht eine gleichberechtigte Teilhabe aus? Eine Definition bezieht sich auf die zahlenmäßige Repräsentanz. Von einer Gleichstellung der Frauen in politischen Entscheidungspositionen wird ausgegangen, wenn die vertretene Anzahl von Frauen dem Frauenanteil in der Gesamtbevölkerung entspricht. Ein solcher Umstand wird auch als deskriptive Repräsentation bezeichnet (Blome & Fuchs, 2017). Derzeit beträgt der Frauenanteil in der Linzer Bevölkerung 51 %, was auch ungefähr der Zusammensetzung der österreichischen Bevölkerung insgesamt entspricht (siehe Kapitel 1).

Zentral ist auch, wie Themen, die die Situation von Frauen betreffen und prägen oder die weiblich konnotiert sind, im öffentlich-politischen Diskurs repräsentiert werden. Dies wird auch als substantielle Repräsentation bezeichnet: hier geht es darum, inwiefern Repräsentant*innen im Interesse der Repräsentierten handeln (Blome & Fuchs, 2017). Haben relevante Akteur*innen der Stadt Linz (bspw. Politiker*innen, Sozialpartner*innen, Arbeitgeber*innen etc.) die Gleichstellung der Geschlechter und Geschlechtergerechtigkeit auf ihrer politischen Agenda? Und wie verhält es sich mit weiteren sozialen Merkmalen der Akteur*innen, wie Alter, Herkunft, soziale Schicht, Behinderung, Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung sowie der inhaltlichen Vertretung von unterprivilegierten Gruppen?

Bei Repräsentanz geht es auch darum, wie öffentliche Mittel verteilt werden. Es stellt sich die Frage, wie frauenpolitische Interessen und Ziele sowie deren Umsetzung in den Budgets der Stadt Linz, ihren Einrichtungen und Vereinen berücksichtigt werden.

DatenFakten

Politische Repräsentanz der Linzerinnen

Politische Funktionen in der Linzer Stadtpolitik

Seit dem ersten Frauenbericht im Jahr 2011 hat sich der Frauenanteil in der Linzer Stadtpolitik stark verändert. Während 2011 der Frauenanteil in den meisten politischen Funktionen unter 40 Prozent lag, war dies zum Zeitpunkt des zweiten Frauenberichts (2018) nur mehr bei den Vizebürgermeister*innen der Fall (Schuster et. al., 2018). Der Frauenanteil im Linzer Gemeinderat hat sich 2015 zum ersten Mal der 50 %-Marke angenähert (29 Frauen unter 61 Mitgliedern) (Stadt Linz, 2024j). 2024 lag der Frauenanteil mit 29 Frauen von 62 Gemeinderät*innen (46 %) leicht unter diesem Höchststand (Stadt Linz, 2024f, 2024g, e. B.). Im Stadtsenat liegt der Frauenanteil Ende 2024 temporär⁸⁶ bei 57 % (Stadt Linz, 2024a).

Bemerkenswert ist auch, dass Ausschüsse tendenziell dann einen hohen Frauenanteil aufweisen, wenn sie sich mit Themen befassen, die nach tradierten Geschlechterrollen eher Frauen zugeschrieben werden. Hierzu gehören die Ausschüsse für „Kultur, Tourismus und Märkte“, „Klima, Stadtgrün, Frauen und Bildung“ und „Generationen, Soziales und Sport“. In den Ausschüssen für „Wirtschaft, Innovation und Verfassung“, „Planung und Liegenschaften“, „Mobilität und Verkehr“, „Finanzen und Integration“ sowie im Kontrollausschuss liegen Frauenanteile bei den entsprechenden Mitgliedern hingegen deutlich unter 50 %, teilweise sogar unter 25 %. Lediglich der Ausschuss „Sicherheit und Gesundheit“, in dem sowohl ein traditionell männlich-konnotiertes und ein traditionell weiblich-konnotiertes Thema zusammenkommen, hat mit 5 Frauen und 4 Männern ein recht ausgeglichenes Geschlechterverhältnis (Stadt Linz, 2024i, e. B.). Frauen stellen in den oben genannten Ausschüssen mit hohem Frauenanteil sowie im Ausschuss für „Finanzen und Integration“ und „Wirtschaft, Innovation und Verfassung“ entweder die Vorsitzende oder die stellvertretende Vorsitzende, in einigen Fällen auch beide Positionen. Insgesamt haben Frauen aktuell mehr als 50 % der Vorsitze inne (Stadt Linz, 2024i, e. B.), wobei die Position der Bürgermeister*in aktuell nicht berücksichtigt wurde, da hier eine Neuwahl ansteht.

Tabelle 7.1: Repräsentanz von Frauen in der Linzer Stadtpolitik (Stand: Dezember, 2024)

Frauenanteil	Frauenanteil	Anzahl Männer und Frauen
Bürgermeister*in	-	-
Vizebürgermeister*innen	33,0 %	3
Stadträt*innen	75,0 %	4
Stadtsenat	57,1 %	7
Gemeinderät*innen	45,9 %	62
Ausschüsse	49,4 %	172
Mitglieder	49,4 %	79
Ersatzmitglieder	46,1 %	76
Vorsitzende	62,5 %	8
Stellvertreter*innen	66,7 %	9

Quellen: Stadt Linz, 2024a; Stadt Linz, 2024f; Stadt Linz, 2024g; Stadt Linz, 2024i; Stadt Linz, 2024m, e. B. Die Position des/der Bürgermeister*in ist zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts unbesetzt.

⁸⁶ Ende 2024 ist die Position der Bürgermeister*in unbesetzt, deshalb gibt es bis zu den Neuwahlen sieben statt acht Mitglieder des Stadtsenats.

Linzer Stadtparteien

Die Linzer Stadtparteien unterscheiden sich hinsichtlich ihrer geschlechtsspezifischen Zusammensetzung in den verschiedenen Gremien (alle folgenden Werte beziehen sich auf den Stand Oktober 2024):

- Bei der SPÖ beträgt der Frauenanteil im Präsidium ca. 67 %, beim Vorstand rund 45 % (14 Frauen, 17 Männer). Bei den Gemeinderät*innen beträgt der Frauenanteil rund 53 % (SPÖ Linz, 2024, e. B.).
- Bei der ÖVP beträgt der Frauenanteil im Stadtparteivorstand rund 28 % (8 Frauen und 21 Männer) (Die Linzer Volkspartei, o. J., e. B.), in der Gemeinderatsfraktion liegt der Frauenanteil bei ca. 45 % (Stadt Linz, 2024h, e. B.).
- Bei der FPÖ liegt der Frauenanteil bei den Ortsparteiobfrauen–obmännern der Linzer Bezirke bei 22 % (2 Frauen, 9 Männer) (FPÖ Linz, o. J., e. B.) und unter den Gemeinderät*innen beträgt der Frauenanteil rund 33 % (Stadt Linz, 2024h, e. B.).
- Bei „Die Grünen Linz“ treffen wir auf eine paritätische Besetzung von Positionen. Unter den Grünen Gemeinderät*innen liegt der Frauenanteil bei 50 % (Stadt Linz, 2024h, e. B.). Im Gemeinderatsklub und im Vorstand sind Frauen mit 54 % (6 Frauen, 5 Männer) bzw. 67 % (6 Frauen, 3 Männer) sogar in der Mehrheit (Die Grünen Linz, 2024, e. B.)
- Die vier kleineren Parteien, die auch im Gemeinderat vertreten sind, werden hier nicht berücksichtigt. Da keine mehr als 2 Mandate innehat, wäre die Darstellung der personellen Zusammensetzung wenig aussagekräftig.

Politische Repräsentanz von Frauen auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene

Die Unterrepräsentanz von Frauen in politischen Funktionen ist kein Linz-Spezifikum, sondern charakteristisch für die gesamte politische Landschaft auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene in Österreich (Bundeskanzleramt, 2024). Trotzdem sind markante Unterschiede zwischen den politischen Ebenen zu beobachten. Der Frauenanteil im neuen Nationalrat (28. Gesetzgebungsperiode seit 24. Oktober 2024) beträgt rund 36 %. Gegenüber dem Frauenanteil von 41 % im letzten Nationalrat⁸⁷ ist damit ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Bei den Mandatar*innen der ÖVP liegt der Frauenanteil bei ca. 37 %, bei der SPÖ bei rund 42 %, bei den NEOS bei 44 % und bei der FPÖ, die die stärksten Zuwächse verzeichnete, bei rund 23 %. Nur die Grünen haben mit rund 56 % eine Frauenmehrheit unter ihren Mandatar*innen (Parlament Österreich, 2024). Im Bundesrat liegt der Frauenanteil mit 48 %⁸⁸ etwas höher. Die Zusammensetzung des neuen Parlaments widerspricht dem Trend des letzten Jahrzehnts, bei dem der Frauenanteil im Parlament stetig angestiegen war (Bundeskanzleramt, 2024).

Auch in Bezug auf die höchsten politischen Positionen in der zweiten Republik gab es seit dem letzten Linzer Frauenbericht einige Veränderungen. 2019 gab es mit Brigitte Bierlein die erste Bundeskanzlerin in Österreich – allerdings lediglich im Rahmen einer Übergangsregierung vor den Neuwahlen 2019 (Bundeskanzleramt Österreich, o. J.). Eine österreichische Bundespräsidentin gab es noch nie. In der Übergangsregierung von Bierlein und kurzzeitig in der zweiten Regierung Kurz im Jahr 2020 hat der Frauenanteil in der Bundesregierung⁸⁹ zum ersten Mal die

87 Stand 01.10.2024 direkt nach den Neuwahlen, jedoch vor der Konstituierung des neuen Nationalrats. D. h. der Frauenanteil von dem letzten Parlament am Ende der Gesetzgebungsperiode.

88 Stand Dezember 2023

89 Kanzler*in, Minister*innen, Staatssekretär*innen

50 %-Marke und einen geschichtlichen Höhepunkt mit 53 % erreicht (Bundeskanzleramt, 2024). Nach mehreren personellen Wechsels lag der Frauenanteil zum Ende der Regierung Nehammer im Jahr 2024 allerdings nur noch bei 36 % (Parlament Österreich, o. J.).

Der Frauenanteil der oberösterreichischen Landesregierung fällt deutlich niedriger aus. Die oberösterreichische Landesregierung besteht derzeit (Stand Oktober 2024) aus neun Mitgliedern; nur zwei davon sind Frauen (Land Oberösterreich, o. J.). Ähnlich wie bei anderen Spitzenfunktionen gab es noch nie eine Landeshauptfrau in Oberösterreich. Der Frauenanteil in der Landesregierung ist seit 2013 von 11 % auf 22 % (2023) gestiegen. Der Frauenanteil im oberösterreichischen Landtag sank im gleichen Zeitraum allerdings um 7 Prozentpunkte (vier Frauen weniger) (Bundeskanzleramt, 2024).

Seit dem Rücktritt des 7. Bürgermeisters der Stadt Linz im September 2024 ist das Bürgermeister*innenamt nicht besetzt. Seit 1848 bis heute wurden nur Männer zum Bürgermeister gewählt (Stadt Linz, 2024b; Stadt Linz, 2024m). Damit bildet Linz aber keine große Ausnahme in Österreich. Derzeit gibt es unter 2.093 österreichischen Bürgermeister*innen einen Frauenanteil von 11,1 % (Der Österreichischer Gemeindebund, 2024). In Oberösterreich stieg der Frauenanteil der Bürgermeister*innen zwischen 2014 und 2023 um 4 Prozentpunkte auf ebenfalls 11 % (Bundeskanzleramt, 2024), was etwa dem nationalen Trend im gleichen Zeitraum entspricht.

Repräsentanz von Frauen in Interessenvertretungen

Auch in den Interessenvertretungen der Sozialpartnerschaft in Oberösterreich und Linz dominieren Männer in den Entscheidungsfunktionen. Bei der Arbeiterkammer OÖ beträgt der Frauenanteil im Präsidium 40 % und im Vorstand rund 33 %. Unter den acht Ausschussvorsitzenden gibt es zwei Frauen (AK Oberösterreich, 2024b; AK Oberösterreich, 2024a). In der Wirtschaftskammer sind zwei von fünf Präsidiumsmitglieder Frauen (Wirtschaftskammer Oberösterreich, 2024). In der Landwirtschaftskammer Oberösterreich gibt es einen Präsidenten und eine Vizepräsidentin, und im siebenköpfigen Hauptausschuss sitzen drei Frauen (LK Oberösterreich, 2024). Im Präsidium der Landesorganisation Oberösterreich des Österreichischen Gewerkschaftsbundes ist nur eine Frau neben sechs Männern vertreten (Österreichischer Gewerkschaftsbund, o. J.). Auf der Bundesebene sieht die Lage etwas anders aus. Hier beträgt der Frauenanteil der obersten Organe ca. 20 % bei der Arbeiterkammer, 25 % bei der Landwirtschaftskammer, 38 % bei der Wirtschaftskammer und 67 % im Präsidium des ÖGB (Stand Dezember 2023) (Bundeskanzleramt, 2024).

In der Bezirksorganisation Linz-Stadt des Pensionistenverbands sind rund 67 % der Vorstandsmitglieder Frauen (Pensionistenverband Bezirksorganisation Linz-Stadt, o. J., e. B.). Im Vorstand des Oberösterreichischen Seniorenbunds liegt der Frauenanteil bei rund 29 % (OÖ Seniorenbund, o. J., e. B.). Nur Ersteres entspricht annähernd den demografischen Verhältnissen, da Frauen 55 % der 60- bis 79-jährigen bzw. 64 % der über 79-jährigen Linzer*innen ausmachen (Kapitel 1 – Grafik 2). In beiden Organisationen sind die höchsten Positionen jeweils von einem Mann besetzt (OÖ Seniorenbund, o. J.; Pensionistenverband Bezirksorganisation Linz-Stadt, o. J.).

Repräsentanz in politischen Themen

Frauenspezifische Gemeinderatsanträge

Anträge rund um Geschlechtergerechtigkeit und Gleichbehandlung – gegebenenfalls in Bezug auf verschiedene, miteinander verwobene soziale Merkmale wie Geschlecht, Herkunft, Alter, Behinderung, sexuelle Orientierung, Religion – sind im Linzer Gemeinderat des Öfteren auf der Tagesordnung. Neben der Förderung von Gerechtigkeitszielen beinhalteten manche dieser Anträge allerdings auch Forderungen zur Einschränkung der Gleichstellung. Alle Anträge können inklusive Wortprotokoll und Abstimmungsergebnis auf der Website <https://www.linz.at/politik/grsitzungen/> nachgelesen werden.

Geschlechtergerechtigkeit in den Planungsdokumenten und Strategieprogrammen der Stadt Linz

Für die frauenpolitische Vertretung ist es ebenfalls von Bedeutung, inwieweit Gleichstellungspolitik als Querschnittsmaterie und integraler Bestandteil in verschiedenen Linzer Politikbereichen behandelt wird – insbesondere in jenen, die das Leben aller Linzer*innen berühren und prägen. Zwei Beispiele werden hier aufgrund ihrer gleichstellungs- und frauenpolitischen Relevanz angeführt: der Kulturentwicklungsplan und das Frauenförder- und Gleichstellungsprogramm.

Ende 2023 hat der Linzer Gemeinderat die Entwicklung des dritten Kulturentwicklungsplans (KEP3)⁹⁰, der bis 2026 dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit vorgelegt werden soll, beschlossen und finanziert (Stadt Linz, 2023e). Kulturentwicklungspläne gibt es seit dem Jahr 2000; sie beinhalten auch wesentliche geschlechterpolitische Elemente. Der im Jänner 2013 beschlossene „Kulturentwicklungsplan Neu“ sieht unter anderem vor, das Kunst- und Kulturschaffen von Frauen durch neue Formate stärker in die Öffentlichkeit zu tragen. Weiters wurde die Bestrebung einer geschlechterparitätischen Vergabe von Förderungen, Preisen, Stipendien und Projektaufträgen festgeschrieben. Die Erfüllung der Zielvorgaben für die Gleichstellung von Frauen im Personalbereich ist jährlich zu evaluieren und für den gesamten KEP mit seinen vier Leitlinien⁹¹ sollte es alle drei Jahre einen Evaluierungsbericht geben (Landeshauptstadt Linz, 2013). Im Folgenden werden einige Ergebnisse aus dem aktuellsten Bericht (Magistrat der Landeshauptstadt Linz, 2023) zusammengefasst und analysiert.

Seit 2022 wird die Geschlechterkategorie „divers“ in der Datenerhebung zu den Ausschreibungen der Sonderkulturförderprogramme und des Kunstförderpreises erfasst. Dies stellt eine Entwicklung in Richtung Inklusion von TIN*-Personen dar, die jedoch noch unvollständig ist, da sie noch kein systematischer Bestandteil des Evaluierungsprozesses ist. Trotz des Bekenntnisses zur paritätischen Besetzung von Führungspositionen im neuen KEP gibt es viel Luft nach oben. Mit Ausnahme der künstlerischen Direktorin der Museen der Stadt Linz sind alle Leitungs- und Direktionspositionen in den städtischen Kultureinrichtungen der Unternehmensgruppe der Stadt Linz Holding GmbH (UGLH) von Männern besetzt.

Generell scheint das Ziel des KEPs, das Kunst- und Kulturschaffen von Frauen stärker in die Öffentlichkeit zu tragen, Fortschritte zu machen. Es gab in den Berichtsjahren 2019–2022 (Magistrat der Landeshauptstadt Linz, 2023) eine Reihe von Veranstaltungen, Ausstellungen und

⁹⁰ Siehe <https://kep-linz.at/>

⁹¹ Diese vier Leitlinien sind: Chancengleichheit erhöhen, Potenziale fördern, Zugänge schaffen, Stadt öffnen (Landeshauptstadt Linz, 2013, S. 13) und haben jeweils drei Schwerpunkte, wobei die genannten jährlichen Berichte zur „Symmetrie der Geschlechter“ in den Schwerpunkt „Gendergerechtigkeit erreichen“ fallen (Landeshauptstadt Linz, 2013, S. 24–26).

Programmen, die das Kunstschaffen von Frauen in den Mittelpunkt stellten. Ein Beispiel dafür ist die Ausstellung „What the Fem*? Feministische Perspektiven 1950 bis heute“ im Nordico Museum, die mittels zeitgenössischer künstlerischer Positionen und Artefakte einen lebendigen Diskurs zum Thema Feminismus geschaffen hat.⁹² Erwähnt sei an dieser Stelle außerdem die Weiterführung des Marianne.von.Willemer-Preises für digitale Medien,⁹³ mit dem die Stadt Linz in Kooperation mit dem Ars Electronica Center Künstlerinnen auszeichnet, die verschiedene digitale Medien in ihre Arbeit integrieren. Die veröffentlichten, meist qualitativen Informationen erlauben jedoch keine quantitative Analyse der geschlechtsspezifischen Dynamiken in der Fördervergabe, wie sie im KEP Neu angestrebt wird. Eine öffentlich zugängliche, „nach Geschlecht aufgeschlüsselte Darstellung des Anteils von Beteiligten“ (Landeshauptstadt Linz, 2013, S. 27) und die Aufteilung der damit verbundenen Geldmittel (und damit die Grundlage einer Gender-Budgeting-Analyse – zu diesem Begriff s. u.), fehlt.

Das Frauenförder- und Gleichstellungsprogramm der Stadt Linz „Gleiche Rechte – Gleiche Chancen“ wurde erstmals am 21. November 2007 für die Jahre 2007–2013 vom Gemeinderat beschlossen. In der aktuellen Form „Gleiche Rechte – Gleiche Chancen 2020–2025“ wurde dieses Programm neu aufgelegt (Stadt Linz, 2023b). Es gilt für das Magistrat der Stadt Linz und die gesamte Unternehmensgruppe Stadt Linz (UGL) mit dem Ziel der tatsächlichen Gleichstellung aller Mitarbeiter*innen unabhängig von ihrem Geschlecht. Die Einbindung von diversen Geschlechtsidentitäten, zumindest in der allgemeinen Zielsetzung, ist eine positive Entwicklung. Das Programm enthält auch Ziele, wie die langfristige Erhöhung des Frauenanteils unter Beschäftigten und Führungskräften auf 50 %, sowie konkrete Maßnahmen, wie die stärkere Einbindung der Gleichbehandlungsbeauftragten in den gesamten Prozess bei Neu- und Nachbesetzungen von Führungskräften. Darüber hinaus regelt dieses Programm auch die jährliche Berichtspflicht aller Geschäftsgruppen und Unternehmen und verpflichtet zu dreijährlichen Evaluierungsberichten (Die Gleichbehandlungsbeauftragten der Unternehmensgruppe der Stadt Linz, o. J.). Die Ziele und Maßnahmen des Gleichstellungsprogramms sowie die obligatorische Evaluierung sind begrüßenswert. Allerdings sind die (Zwischen-)Evaluierungsberichte des Frauenförder- und Gleichstellungsprogramms nicht öffentlich zugänglich. Um den öffentlichen Austausch, die unabhängige wissenschaftliche Analyse und die allgemeine Transparenz zu fördern und um mit gutem Beispiel voranzugehen, wäre es wünschenswert, dass diese Evaluierungsberichte oder zumindest zentrale Kennzahlen veröffentlicht werden.

Im Sinne des Gender-Mainstreamings⁹⁴ wäre es notwendig, alle anderen politischen Planungs- und Strategieprogramme der Stadt Linz ebenfalls auf Geschlechtergerechtigkeit zu überprüfen und allfällig sichtbar werdende Defizite auszugleichen. Zur Unterstützung dieser Prüfverfahren könnte die nachstehende Checkliste verwendet werden (Buchinger et al., 2010, zit. n. Schuster et al., 2018).

92 Siehe <https://www.nordico.at/ausstellungen/what-the-fem>. Die Ausstellung hatte den Anspruch, feministische Organisationen an der Aktion zu beteiligen. Maiz und das Kollektiv kritisierten, dass sie ihrer Ansicht nach zu spät eingeladen wurden – nämlich als das Konzept bereits feststand. Aus diesem Grund veranstalteten sie eine kritische Intervention mit dem Thema ‚Wer putzt das kritische Museum?‘. <https://www.migrazine.at/artikel/wer-putzt-das-kritische-museum>

93 <https://www.linz.at/Frauen/57564.php>

94 Gender-Mainstreaming ist eine politische Strategie zur Umsetzung von Gleichstellung zwischen den Geschlechtern, die eine umfassende Integration einer geschlechtersensiblen Perspektive in Politikprozesse einfordert. Gender-Mainstreaming soll also dazu beitragen, dass für den jeweiligen Praxiskontext Informationen geschlechterrelevanter Faktoren analysiert werden mit dem Ziel, dass Konsequenzen für Geschlechterverhältnisse reflektiert und in Richtung einer verbesserten Gleichstellung umgesetzt werden können (Bergmann & Pimminger, 2004). Die österreichische Bundesregierung hat sich im Jahr 2000 zur Umsetzung verpflichtet, die oberösterreichische Landesregierung 2001.

Checkliste für die Berücksichtigung von Geschlechtergerechtigkeit bei der Entwicklung bzw. Überarbeitung von Leitbildern und Programmen

A) Überprüfung des Entwicklungsprozesses auf Geschlechtergerechtigkeit

Prozesskriterien	Ja/Nein/ tw./Anzahl	Anmerkungen/ Auffälligkeiten
Waren/Sind Personen aller Geschlechter an der Leitbilderstellung beteiligt?		
Wurde/Wird auf eine gleiche Beteiligung aller Geschlechter geachtet?		
War/Ist Genderkompetenz ein Qualitätsmerkmal für die in den Erstellungsprozess eingebundenen Personen?		
Wurde/Wird auf eine entsprechende Beteiligung von Repräsentant*innen der weiteren Chancengleichheitsdimensionen (Behinderungen, Herkunft, Alter etc.) geachtet?		
Waren/Sind Frauenbeauftragte, Genderexpert*innen bzw. Chancengleichheitsexpert*innen im Erstellungsteam vertreten?		
Gab/Gibt es einen Beirat oder ein vergleichbares Gremium, in dem Frauenbeauftragte, Genderexpert*innen bzw. Chancengleichheitsexpert*innen vertreten waren/sind?		
War/Ist die Berücksichtigung von Chancengleichheit als Querschnittsaufgabe explizit oder implizit Teil des Auftrages zur Leitbild- und Programmerstellung?		

B) Inhaltliche Überprüfung des Leitbildes auf Geschlechtergerechtigkeit

Inhaltskriterien	Ja/Nein/ tw.	Anmerkungen/ Auffälligkeiten
Erwähnung von Chancengleichheit/Gleichstellung/Geschlechtergerechtigkeit im Text		
Chancengleichheit ist explizit als Teil- bzw. Mittel formuliert		
Ziel Chancengleichheit wird im Rahmen angesprochener Themen konkretisiert		
Auf die unterschiedliche Partizipation aller Geschlechter im jeweiligen Politikbereich wird eingegangen		
Die Möglichkeit unterschiedlicher Wirkungszusammenhänge von Maßnahmen nach Geschlecht wird grundsätzlich angesprochen		
Wird erwogen, welche Voraussetzungen erforderlich wären, dass aller Geschlechter an geplanten Maßnahmen gleichermaßen partizipieren können?		
Die Auswirkungen geplanter Maßnahmen werden geprüft in Bezug auf		
das Geschlechterverhältnis		
den Beitrag zur Förderung der Chancengleichheit		
Ziele werden explizit in Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit bzw. Chancengleichheit formuliert oder modifiziert		
Für die Evaluierung von Umsetzungsmaßnahmen sind auch Bewertungen für geschlechtsspezifische Wirkungen vorgesehen		

Quelle: Buchinger et. al (2010) zit. n. Schuster et al. (2018, S. 140)

Repräsentanz durch frauen- bzw. geschlechterspezifische Institutionen und Organe

Frauenpolitische Organe

Die Stadt Linz verfügt über eine Reihe frauenpolitischer Organe:

Frauenbüro und Frauenbeauftragte der Stadt Linz

Das Frauenbüro der Stadt Linz besteht seit 1992 und fungiert als Servicestelle des Magistrats zwischen Bürgerinnen, Verwaltung und Politik. Ein Fokus des Frauenbüros ist die Umsetzung gleichstellungspolitischer Schwerpunkte. Zielgruppen sind Linzerinnen jedes Alters und sozio-ökonomischen Hintergrunds sowie Vereine und Organisationen, die sich mit Frauenthemen auseinandersetzen. Das Frauenbüro greift Anliegen der Bürgerinnen auf, thematisiert sie bei Zuständigen der Politik oder Verwaltung und bemüht sich um Lösungen. Geleitet wird das Linzer Frauenbüro von der Frauenbeauftragten. Die derzeitige Frauenbeauftragte der Stadt Linz ist Dipl. Soz.-Päd.in (FH) Anne Brack (Stand Oktober 2024).

Linzer Frauenausschuss

Der Frauenausschuss wurde 1992 eingerichtet und ist seit 2005 im Statut der Stadt Linz festgeschrieben. Derzeit werden Frauenangelegenheiten im Ausschuss für „Klima, Stadtgrün, Frauen und Bildung“ beraten. Der Frauenausschuss leistet viele Vorarbeiten zu frauenpolitischen Entscheidungen und Maßnahmen. Durch die Beschlüsse des Frauenausschusses konnten seit der Gründung viele Projekte für Linzerinnen realisiert werden, wie z. B. die Einrichtung eines Linzer Frauengesundheitszentrums sowie eines Frauenförderprogramms für das Magistrat Linz, die Entwicklung eines Frauenaktionsplans und die Sensibilisierung von Linzer Betrieben für Frauenförderung und Gleichbehandlung (näheres im Unterkapitel „Frauenpolitische Programme der Stadt Linz“).

Linzer Frauenstadträtin

Mit der am 12. November 2009 beschlossenen Geschäftseinteilung für den Stadtsenat wurde ein Mitglied der Linzer Stadtregierung erstmals mit den „Angelegenheiten der Frauenförderung“ betraut. Die Landeshauptstadt Linz hatte damit erstmals eine Frauenstadträtin. Seither bekleidet Mag.^a Eva Schobesberger dieses Amt. Damit ist sie auch als Vorsitzende des Ausschusses für „Klima, Stadtgrün, Frauen und Bildung“ tätig (Stand Oktober, 2024).

Interventionen der frauenpolitischen Organe

Die Stadt Linz (allen voran das Frauenbüro) betreibt eine Vielzahl von frauen- und gleichstellungspolitischen Projekten, oft in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Partner*innen. Bei den Projekten handelt es sich vor allem um Bildungs- und Aufklärungsprojekte sowie um Maßnahmen mit signalhaftem Charakter. Im Folgenden werden einige frauenpolitische Projekte exemplarisch hervorgehoben:

Das Frauenresort und das Frauenbüro haben mit einer Reihe von Projekten und Kampagnen gegen Gewalt an Frauen einen Schwerpunkt im Gewaltschutz gesetzt. So beteiligt sich die Stadt Linz jährlich an den internationalen „16 Tagen gegen Gewalt an Frauen“ mit verschiedenen Veranstaltungen und Aktionen wie z. B. einem jährlichen Poetry Slam des Frauenbüros im Rahmen der Aktionstage (Stadt Linz, 2023a). Darüber hinaus unterstützen die Frauen- und Sozialresorts im kommenden Arbeitsjahr das Projekt StoP (Stadteile ohne Partnergewalt) des Frauen-

hauses Linz mit 50.000 Euro. StoP Linz hat das „Ziel, gemeinsam mit Bewohner*innen sowie Multiplikator*innen aus Vereinen, Firmen, Bildungseinrichtungen und Politik Gewalt gegen Frauen und Kinder bis hin zu Femiziden zu verhindern“ (Stadt Linz, 2024n), und verfolgt dabei einen innovativen, stadtteilbezogenen Ansatz. Im vergangenen Jahr hat das Frauenbüro der Stadt Linz in Zusammenarbeit mit der Schriftstellerin Stefanie Sargnagel außerdem eine Plakataktion gegen Sexismus gestartet, bei der vier originelle Cartoons zum Thema Sexismus entwickelt und kostenlos verteilt wurden (Stadt Linz, 2023d). Weiters wurde auf Initiative des Frauenbüros und in Zusammenarbeit mit dem Autonomen Frauenzentrum eine Linzer Mädchenwebsite mit einer breiten Palette an Bildungsinformationen sowie Links zu wichtigen (Beratungs-)Einrichtungen online gestellt (Stadt Linz, 2023c).

Die Stadt Linz hat die Themen Gender und Diversity in ihrem internen Ausbildungsprogramm (Magistratslehrgang) mit einem gleichnamigen Modul zur Sensibilisierung von Führungskräften verankert (Stadt Linz, 2024k). Kooperationen der Stadt Linz zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit gehen auch über traditionell weiblich konnotierte Themen hinaus. Bspw. beteiligte sich die Stadt in Kooperation mit dem Verein Südwind am EU-Projekt „Ecoality – Youth and Local Authorities together for climate and gender justice“, in dem vor allem jungen Menschen die Möglichkeit geboten wird, sich mit Verflechtungen der Themen Klimaschutz und Geschlechtergerechtigkeit auseinanderzusetzen und lösungsorientierte Ansätze zu entwickeln (Stadt Linz, 2024c). Solche und andere Projekte sind begrüßenswerte Interventionen zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit. Gleichzeitig sind, wie im nächsten Teil dargestellt wird, ressourcenintensive, strukturelle Ansätze (wie Gender Budgeting) von großer Bedeutung für eine geschlechtergerechte Zukunft, jedoch mit großen Hürden in ihrer Umsetzung konfrontiert.

Gender Budgeting in der Linzer Stadtverwaltung

Gender Budgeting soll dafür sorgen, dass Bund, Länder und Gemeinden mit ihren jeweiligen finanziellen Mitteln geschlechtergerecht umgehen. Mit dieser gleichstellungspolitischen Strategie sollen Prozesse und Ergebnisse der Ressourcenverteilung zwischen den Geschlechtern sichtbar gemacht und in Richtung Gleichstellung verändert werden. Ausgangspunkt ist ein Verständnis dafür, dass öffentliche Budgets ein zentrales Element politischen Handelns bilden. Die Budgetverteilung spiegelt gesellschaftliche und politische Machtverhältnisse und folglich auch Geschlechterverhältnisse wider, denn „Budgetpolitik ist in Zahlen gegossene Gesellschaftspolitik“ (BEIGEWUM, 2002, S 12). Definiert wird Gender Budgeting als die „Anwendung von Gender-Mainstreaming auf den Haushaltsprozess. Sie impliziert eine gleichstellungsorientierte Bewertung von Mittelausstattungen, bei welchen der Aspekt der Gleichstellung auf allen Ebenen des Haushaltsprozesses berücksichtigt wird und die Einnahmen und Ausgaben so umstrukturiert werden, dass die Gleichstellung der Geschlechter gefördert wird“ (Europarat 2015, zit. n. Cengiz & Beveridge, 2015, S. 13).

Gender Budgeting ist aber keine freiwillige bzw. optionale Leistung, sondern eine politische Verpflichtung. „Bund, Länder und Gemeinden haben bei der Haushaltsführung die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern anzustreben“; so lautet Artikel 13(3) der österreichischen Bundesverfassung, der seit 1. Jänner 2009 in Kraft ist. Österreich hat damit als eines der ersten Länder die Verpflichtung aller öffentlichen Gebietskörperschaften zum Gender Budgeting auf rechtlicher Ebene festgeschrieben. Der mit 1. Jänner 2013 in Kraft getretene Artikel 51 Abs. 8 B-VG hält fest: „Bei der Haushaltsführung des Bundes sind die Grundsätze der Wirkungsorientierung insbesondere auch unter Berücksichtigung des Ziels der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern, der Transparenz, der Effizienz und der möglichst getreuen Darstellung der finanziellen Lage des Bundes zu beachten.“

Die Umsetzung dieser gesetzlichen Verpflichtungen ist jedoch keineswegs geradlinig, problemlos oder kritikfrei verlaufen (Achleitner et al., 2023; Marx, 2024). Trotz eines Bekenntnisses zum Gender Budgeting werden die geschlechterpolitischen Auswirkungen von Budgetmaßnahmen häufig nicht berücksichtigt. So kamen auf Bundesebene, Schätzungen zufolge, etwa nur 42 % der COVID-19-Hilfszahlungen zwischen 2020–2024 Frauen zugute. Von der Senkung der Körperschaftssteuer profitieren ebenso überwiegend Männer (Achleitner et al., 2023). Die in den Kapiteln 4 und 5 diskutierten geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in Bezug auf Einkommen, Erwerbsbeteiligung etc. werden somit nicht nur reproduziert, sondern teilweise sogar verstärkt. In einem parlamentarischen Bericht wurde zudem als ein zentrales Umsetzungsproblem festgestellt, dass die in den Budgets angestrebten Gleichstellungsziele nicht unmittelbar mit Haushalts- und Personalressourcen ausgestattet werden müssen (Budgetdienst, 2019, S. 49). Dadurch wird die Umsetzung der Ziele deutlich beeinträchtigt und resultiert im schlechtesten Fall in einer bloß symbolischen Absichtserklärung. Eine wirkungsvolle Umsetzung von Gender Budgeting sollte neben Transparenzkriterien und Sanktionsmechanismen insbesondere die konkrete Verknüpfung von Wirkungszielen mit finanziellen Mitteln beinhalten.

Im Mai 2007 hat der Gemeinderat der Stadt Linz auf Initiative des Frauenausschusses beschlossen, Gender Budgeting im Budgetierungsprozess der Stadt Linz zu verankern. Im April 2017 wurde eine Projektgruppe unter der Leitung der Frauenbeauftragten der Stadt Linz mit der Umsetzung von Gender Budgeting im Förderbereich beauftragt und alle städtischen Förderschiene auf ihre Genderrelevanz überprüft. Ergebnis davon war die Entwicklung einer standardisierten und vergleichbaren Vorgehensweise für geschlechtergerechte Fördervergabe (Magistrat der Landeshauptstadt Linz, 2021, S. V-52).

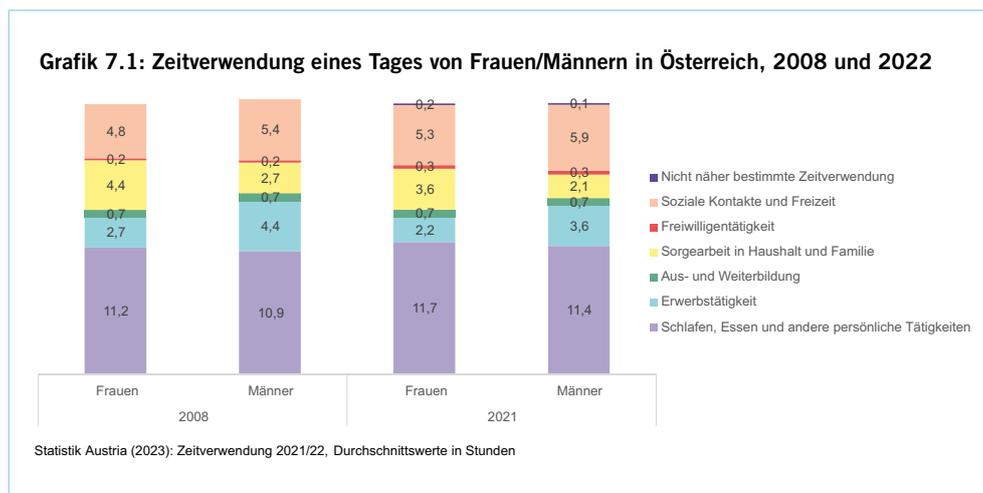
Trotz der gesetzlichen Verankerung bleibt Gender Budgeting nach wie vor politisch umstritten und stößt in der Umsetzung folglich regelmäßig auf Hindernisse. So wurde bspw. in der 50. Gemeinderatssitzung vom 27.5.2021 ein Antrag, mit dem Ziel Gender-Budgeting-Maßnahmen auf alle Magistratsabteilungen (und auf alle Ebenen des Budgetprozesses) auszuweiten, mehrstimmig abgelehnt (Stadt Linz, 2024). Derzeit gibt es nur sehr begrenzt öffentlich zugängliche Informationen über die Gender-Budgeting-Strategie des Linzer Gemeinderats und somit auch wenig Raum für einen gesellschaftlichen Diskurs zu diesem Thema. Die Stadt Wien geht im Vergleich dazu mit gutem Beispiel voran. Sie betreibt eine Informationsseite zu ihrem Gender Budgeting-Prozess, über die detaillierte Informationen zur geschlechtspolitischen Relevanz einzelner Haushaltsvoranschläge veröffentlicht werden (Stadt Wien, o. J.).

Soziokulturelle Partizipation und Interessenvertretung

Gesellschaftliche Teilhabe spiegelt sich nicht nur in politischer Partizipation wider. Linz hat eine sehr reiche und bunte soziokulturelle Infrastruktur, die mit ihren Dienstleistungsangeboten unterschiedlichste Zielgruppen der Bevölkerung ansprechen kann. Die Angebote reichen von Beratung, Unterstützung und Betreuung über Kultur- und Bildungsveranstaltungen bis hin zu Sport- oder sonstigen Freizeitaktivitäten. Ressourcen wie Zeit und Geld stellen jedoch wesentliche Partizipationsvoraussetzungen dar. Neben der ungleichen Verfügbarkeit freier Zeit zwischen den Geschlechtern (siehe Grafik 7.1) sind auch die durchschnittlich schlechteren ökonomischen Verhältnisse vieler Frauen, bzw. spezifischer Gruppen von Frauen, eine Hürde für deren soziokulturelle Partizipation.

Die neuste, repräsentative Zeitverwendungserhebung von Statistik Austria (2023) zeigt für Österreicher*innen, die über 10 Jahre alt sind, dass Mädchen und Frauen im Schnitt weniger Zeit (in etwa eine halbe Stunde) für soziale Kontakte und Freizeit hatten als Buben und Männer. Wäh-

rend Frauen und Mädchen laut der Erhebung im Tagesdurchschnitt 5 Stunden und 19 Minuten Freizeit hatten, waren es bei den Buben und Männern 5 Stunden und 51 Minuten (siehe Grafik 7.1). Ein Vergleich mit den Daten von 2008 ergibt zwar, dass Österreicher*innen heute mehr Freizeit zur Verfügung haben, ein geschlechtsspezifischer Unterschied von 0,6 Stunden pro Tag jedoch über die letzten 14 Jahre hinweg konstant geblieben ist. Die Zeitverwendungserhebung der Statistik Austria (2023) weist auch auf wesentliche geschlechtsspezifische Unterschiede in Bezug auf die Zeitaufwendung für Erwerbstätigkeit und Sorgearbeit hin, welche bereits in Kapitel 4 ausführlich behandelt wurden.



Die hohen Armutsgefährdungsquoten von alleinlebenden Pensionistinnen, Hauptverdienerinnen und alleinerziehenden Frauen (siehe Kapitel 2 und 5) zeigen, dass Lebensunterhalts- und Wohnungskosten für diese Gruppen von Frauen schwer zu tragen sind. Zusätzliche Ausgaben für soziokulturelle Teilhabe sind für armutsgefährdete Frauen oft nicht leistbar. Leider gibt es wenig belastbare Daten zur soziokulturellen Teilhabe entlang anderer, mit Geschlecht verwobener sozialer Kategorien, wie z. B. Alter und Herkunft. Um den Zugang zu kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen auch für einkommensschwächere Gruppen zu ermöglichen, gibt es in Linz eine Reihe einkommensgebundener Förderungen. So haben die Armutskonferenz und das Schauspielhaus Wien im Jahr 2003 die Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“ ins Leben gerufen, an der sich seit Mai 2007 auch Oberösterreich beteiligt. Über 70 Kulturpartner*innen in ganz Oberösterreich können seither mit dem Kulturpass gratis besucht werden. Anspruchsberechtigt sind Personen mit einem monatlichen Einkommen von weniger als 1.572 Euro netto (12-mal im Jahr, oder 14-mal im Jahr 1.348 Euro) bzw. Personen mit einem jährlichen Einkommen unter 18.866 Euro. Bestimmte einkommensschwache Gruppen erhalten den Kulturpass auch ohne Einkommensprüfung (Sozialplattform Oberösterreich, 2024a). Im vergangenen Jahr (2023) wurden 972 Pässe für ganz Oberösterreich ausgestellt (Sozialplattform Oberösterreich, 2024c). Soziodemografische Informationen zu z. B. Geschlecht oder Herkunft der Empfänger sind nicht verfügbar. Der Aktivpass der Stadt Linz stellt für einkommensschwache Linzer*innen ab 18 Jahren (Richtsatz 2024: monatliches Nettoeinkommen bis 1.547,00 Euro) eine weitere Möglichkeit dar, am vielfältigen soziokulturellen Angebot der Stadt Linz teilzuhaben. Aktivpass-Besitzer*innen erhalten Vergünstigungen beim öffentlichen Verkehr, in diversen Kultureinrichtungen sowie bei den Tarifen der Volkshochschule und der Musikschule Linz (Stadt Linz, o. J.). Im Jahr 2023 waren 73,3 % aller Aktivpassinhaber*innen weiblich (Medienservice der Stadt Linz, 2024).

Für die soziokulturelle Partizipation von Frauen ist auch ihre Inklusion in die Institutionen der Kunst- und Kulturszene sowie ihr Zugang zu Positionen und Fördermitteln wesentlich. Hier setzt der Verein FIFTITU %⁹⁵ an, um bessere Bedingungen für Frauen im Kunst- und Kulturbereich zu durchzusetzen. Zu den Leistungen des Vereins zählen Beratung, Mentoring, Umsetzung künstlerischer Projekte und geschlechterpolitische Arbeit. „Die Quote – Eine Provokation“⁹⁶ ist eine online verfügbare Untersuchung der Unterrepräsentanz von Frauen in den oberösterreichischen Kunst- und Kulturinstitutionen (insbesondere auf Führungsebene), um ein Projekt zu erwähnen.

Soziokulturelle Angebote für unterschiedliche Frauengruppen

Über Nutzer*innen soziokultureller Einrichtungen in Linz wissen wir wenig, da die Mehrheit der Einrichtungen keine entsprechenden Daten sammelt. Ein Grund dafür dürfte sein, dass für die meisten Angebote keine Anmeldung und damit keine Geschlechtsangabe erforderlich ist. Auch nach anderen demografischen Merkmalen wie Alter, Herkunft oder sexuelle Orientierung, müssten Besucher*innen bzw. Nutzer*innen gezielt befragt werden, was aus Gründen der Privatsphäre keine wünschenswerte Praxis wäre. Im Rahmen des Ersten Linzer Frauenberichtes aus dem Jahr 2011 wurde eine Vielzahl an Einrichtungen kontaktiert, um eine nach Geschlecht getrennte Auswertung der Nutzer*innenzahlen zu erhalten. Für den vorliegenden Dritten Linzer Frauenbericht wurde keine erneute Erhebung über das Angebot der Einrichtungen und über das Nutzungsverhalten von Besucher*innen durchgeführt. Stattdessen werden in diesem Bericht die verfügbaren Daten zur gesellschaftlichen Partizipation und zu den Partizipationsmöglichkeiten spezifischer Gruppen von Frauen dargestellt. Diese Aufzählungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Soziokulturelle Teilhabe und Angebote für junge Linzer*innen

Die letzte ausführliche Jugendstudie für das Land Oberösterreich wurde im Jahr 2016 durchgeführt, deshalb sind wenige aktuelle Daten verfügbar. Aus dieser Studie ging hervor, dass nur 24 % der jungen Frauen (14 bis 25 Jahre) in Vereinen (z. B. Sportverein, Kultur-/Musikverein) aktiv waren, während es bei den jungen Männern 41 % waren (Landesjugendreferat Oberösterreich, 2016). Auch bei Rettungsdiensten oder der freiwilligen Feuerwehr waren 2016 junge Männer in Oberösterreich doppelt so häufig tätig wie junge Frauen. Die beliebteste Freizeitbeschäftigung von jungen Frauen waren Einkaufsbummeln, Spazieren und Lesen. Burschen betätigten sich eher sportlich oder spielten Videospiele (Landesjugendreferat Oberösterreich, 2016). Neuere österreichweite Daten von 2022 aus dem Bericht zur Lage der Jugend zeigen eine sehr ähnliche Geschlechterdifferenz. 26,2 % der 10- bis 15-jährigen Frauen waren bei Sportvereinen aktiv, bei Männern im gleichen Alter waren es 39,4 %⁹⁷ (Bundeskanzleramt, 2023).

Insgesamt ergibt sich damit ein Bild von deutlichen Unterschieden bezüglich der Freizeitgestaltung von Mädchen und Buben. Wesentlich ist dabei, dass weibliche Jugendliche – wie bereits erwähnt – weniger Freizeit zur Verfügung haben wie Buben (Statistik Austria, 2023, S. 138). Unter 19-jährige Frauen hatten durchschnittlich etwas weniger Freizeit⁹⁸ und verbrachten diese durchschnittlich auch seltener mit Freiwilligentätigkeiten und ihren sozialen Kontakten als männliche Gleichaltrige. Mehr Zeit wendeten diese Mädchen und jungen Frauen für Sorgearbeit innerhalb des Haushalts sowie der Familie und für Aus- und Weiterbildung auf. Diese Tendenz galt

95 Siehe <https://www.fiftitu.at/de>

96 Siehe <https://diequote.at/>

97 Bei den 16- bis 19- bzw. 20- bis 29-Jährigen bleibt dieser geschlechtsspezifische Unterschied bestehen, aber die allgemeine Beteiligung sinkt (Bundeskanzleramt, 2023).

98 Gemessen an der durchschnittlichen Zeit pro Tag der Ausübenden.

für Frauen aller Altersgruppe (Statistik Austria, 2023, S. 138). Der Bericht zur Lage der Jugend aus Österreich (Bundeskanzleramt, 2023) zeigt außerdem, dass Freizeitaktivitäten nicht allen Jugendlichen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Demnach konnten 18 % der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen keine kostenpflichtigen Sport- oder Musikkurse für ihre Kinder leisten. Bei den nicht armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen gaben dies 4 % an.

Die letzte Linzer Bürger*innenbefragung (Stadtforschung Linz, 2017) zeigte, dass 18,2 % der Befragten (sehr) zufrieden mit den „Treffpunkte[n] und Freizeiteinrichtungen für Jugendliche“ in ihrem Wohngebiet waren; 15 % waren (sehr) unzufrieden.⁹⁹ Männlichen Respondenten waren insgesamt zufriedener mit dem Angebot als weibliche: 17 % der Frauen, im Gegensatz zu 12,8 % der Männer, waren (sehr) unzufrieden. Leider gibt es hier keine aktuellen linzspezifischen Daten.

Mädchen können von einer Reihe von Kinder- und Jugendangeboten in Linz profitieren. Der Verein Jugend & Freizeit bietet mit acht Jugendzentren, drei Beratungsstellen und Streetwork-Einrichtungen ein breites Angebot in Linz. Zudem betreibt der Verein TEENIEarbeit (für Kinder zwischen 8 und 12 Jahren) TEENIEclubs an vier Standorten.¹⁰⁰ Mädchenspezifische Angebote sind dabei teilweise vorhanden, z. B. der Mädchen*raum im Jugendzentrum Franx¹⁰¹ sowie die weiter oben bereits erwähnte Mädchenwebsite des Frauenbüros in Zusammenarbeit mit dem Autonomen Frauenzentrum mit Bildungsinformationen und Links zu Beratungsinformationen (Stadt Linz, 2023c).

Das Jugendreferat Oberösterreich bietet mit dem Arbeitskreis für Mädchenarbeit ÖÖ¹⁰² eine Plattform zur Vernetzung und zum Informationsaustausch. Darüber hinaus werden auch Fort- und Weiterbildungen für Mitarbeiter*innen in der Jugendarbeit sowie Beratung und Unterstützung bei der Konzeptualisierung und Umsetzung von geschlechtersensiblen Jugendprojekten angeboten. Ziel des Arbeitskreises ist es, geschlechtersensible Jugendarbeit in Oberösterreich vorantreiben.

Mit der oberösterreichischen Jugendkarte „4youCard“¹⁰³ erhalten alle Jugendlichen zwischen 12 und 26 Jahren mit Wohnsitz in Oberösterreich Zugang zu zahlreichen Ermäßigungen; bspw. für Fahrschulen, Kinos, Sportangebote, Bekleidungsgeschäfte sowie für den öffentlichen Transport oder die Gastronomie.

Zum breiteren Beratungsangebot gehört auch die First Love Ambulanz¹⁰⁴ des Kinder- und Jugendservices Linz am Kepler Universitätsklinikum. Sie bietet Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren Beratung und medizinische Unterstützung rund um die Themen Liebe, Sexualität und Verhütung. Die Beratung ist kostenlos und kann auch anonym (telefonisch) in Anspruch genommen werden. Die First Love Ambulanz bietet außerdem Sexualpädagogische Workshops für Gruppen an.

Für queere und TIN*-Jugendliche bietet die oberösterreichische Jugendgruppe YOUUnited Raum für Vernetzung, Austausch und Kennenlernen. Die Gruppe ist offen für alle LGBTIQ*-Jugendlichen zwischen 14 und 25 sowie deren Begleitpersonen und trifft sich regelmäßig.

99 Die Prozentzahlen sind relativ niedrig, weil nur 10,4 % der Befragten im Alter von 16–25 Jahren waren, was dazu führte, dass die Mehrheit der Befragten keine Angabe machte.

100 Siehe https://www.linz.at/zahlen/060_Soziales/010_KinderundJugendliche/040_Jugendzentren/

101 Siehe <https://vjf.at/franx/>

102 Siehe <https://www.jugendservice.at/fuer-jugendarbeit/jugendarbeit/geschlechtersensible-jugendarbeit>

103 Siehe <https://www.jugendservice.at/4youcard>

104 Siehe <https://www.kepleruniklinikum.at/patienten-angehoerige/beratung/first-love-ambulanz/was-wir-tun/>

Angebote für Migrant*innen

Die primäre staatliche Anlaufstelle für Menschen mit Migrationshintergrund in Linz ist das Integrationsbüro der Stadt Linz,¹⁰⁵ das als Informationsstelle für alle Themen rund um Zuwanderung und Integration fungiert, sich für die Anpassung der Angebote der Stadt Linz an die Bedürfnisse von Menschen mit Migrationshintergrund einsetzt und Sensibilisierungsarbeit betreibt. Das Integrationsbüro leitet z. B. einen „Dolmetschpool“ mit über 140 Dolmetscher*innen in etwa 49 verschiedenen Sprachen, um für viele Migrant*innen eine gute Kommunikation mit der städtischen Verwaltung zu gewährleisten. Außerdem gibt es den Migrations- und Integrationsbeirat (MIB),¹⁰⁶ der als politische Interessenvertretung aller in Linz lebenden Bürger*innen mit Migrationshintergrund fungieren soll. Der Beirat besteht aus maximal 21 Vertreter*innen migrantischer Vereine und Repräsentant*innen von den im Gemeinderat vertretenen Parteien. Neben diesen staatlichen Organen gibt es mehrere unabhängige Organisationen und Beratungsstellen für Migrant*innen; einige davon dezidiert für Frauen.

Ein unabhängiger, jedoch prominenter Verein für Migrant*innen ist bspw. maiz,¹⁰⁷ der von und für Migrant*innen organisiert ist und das Ziel hat, die Lebens- und Arbeitsrealitäten von Migrant*innen in Österreich zu verbessern. Maiz hat eine Vielzahl thematischer Schwerpunkte. Themen wie Sexarbeit, Identität oder Anerkennung werden mit Sachverhalten wie Ausgrenzung, strukturellem Rassismus und Sexismus verbunden. Maiz schafft Räume für Migrant*innen, in denen sie sich treffen, austauschen und weiterbilden können. Explizites Ziel des Vereins ist die Selbst- und Kollektivermächtigung von Migrant*innen, um ihre aktive Teilnahme am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben in Linz zu erleichtern. Außerdem bietet maiz ein breites Beratungsangebot mit Fokus auf Rechtsberatung, Integration und Gewaltprävention. Ein paar Beispiele aus dem derzeitigen Programm sind das PreQual Projekt¹⁰⁸ zur Weiterbildung von Migrant*innen für den Einstieg in Gesundheits- und Pflegeberufe, oder die migrazine,¹⁰⁹ ein mehrsprachiges Online-Magazin zu kultur- und gesellschaftspolitischen Themen rund um Migration.

Der Verein migrare bietet ein frauenspezifisches Angebot unter dem Titel frauen.im.zentrum,¹¹⁰ das Information, Beratung, Begleitung und Vernetzung für Migrant*innen beinhaltet. Beim Projekt NACHBARINNEN unterstützen mobile Berater*innen Frauen bei diversen Anliegen durch Beratung und Information und begleiten sie bei Bedarf zu wichtigen Terminen.

Das in Linz angesiedelte Frauen-Zentrum OÖ¹¹¹ der Volkshilfe Oberösterreich unterstützt und berät (auch in Zusammenarbeit mit Psycholog*innen und Ärzt*innen) Frauen mit Migrationshintergrund bei familiären, beruflichen, gesundheitlichen und bildungsbezogenen Problemen.

In Bezug auf den Arbeitsmarkt hat das BFI Oberösterreich¹¹² zahlreiche Qualifikationsangebote für Migrant*innen, Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte. Neben Sprachkursen gibt es eine Kompetenzfeststellung, gezielte Berufsberatung, Bewerbungstraining, Schnupperpraktika oder EDV-Kurse.

105 Siehe <https://www.linz.at/integration/5235.php>

106 Siehe <https://www.linz.at/integration/mib.php>

107 Siehe <https://www.maiz.at/>

108 Siehe <https://www.maiz.at/de/projekte/maiz-bildung/prequal-projekt>

109 Siehe <https://www.maiz.at/de/publikationen/migrazine>

110 Siehe <https://migrare.at/a/frauen-im-zentrum/>

111 Siehe <https://www.volkshilfe-ooe.at/was-wir-tun/fluechtlinge-migrantinnen/frauenzentrum-oberoesterreich/>

112 Siehe <https://www.bfi-ooe.at/de.html>

Angebote für hochbetagte Frauen

Auch für Seniorinnen gibt es in Linz eine Reihe von Angeboten. Die meisten sind aber nicht geschlechtsspezifisch organisiert. Folglich gibt es wenig soziokulturelle Angebote oder Interessenvertretungen für ältere Frauen in Linz. In den „Clubs Aktiv“¹¹³ der Städtischen Seniorenzentren gibt es täglich kostenlose Veranstaltungen in den Bereichen kreatives Gestalten (z. B. Handarbeiten, Basteln), Bewegung, Gesundheit (z. B. Gedächtnistraining, Hör- und Sehtests), Bildung und Kultur (z. B. Exkursionen, Vorträge) und Geselligkeit (z. B. Singkreise, Lesungen, Ausflüge, Spielrunden). Für Personen mit eingeschränkter Mobilität steht ein Fahrdienst des Samariterbundes zur Verfügung.¹¹⁴ Mehr Informationen über die diversen Angebote, Service- und Beratungsstellen für Senior*innen in Linz sind in der Broschüre „Linz für Senior*innen“ zu finden.¹¹⁵

Während die politische Repräsentanz von Senior*innen durch den Pensionistenverband Linz-Stadt gestärkt wird, ist die mediale Repräsentanz sehr eingeschränkt. Eine Ausnahme bildet bspw. das „Radio für Senior*innen“¹¹⁶ auf Radio FRO. Hier werden täglich Radiosendungen von und für Senior*innen gesendet.

Angebote für Frauen mit Behinderungen

Soziokulturelle Angebote für Personen mit Behinderungen in Linz sind, wie bei den Angeboten für Senior*innen, meistens nicht geschlechtsspezifisch.

Der Freizeitclub Linz des Vereins Miteinander¹¹⁷ bietet einmal wöchentlich Sport-, Bildungs-, Kultur- oder andere Freizeitaktivitäten. Im Empowerment-Center der Selbstbestimmt-Leben-Initiative OÖ¹¹⁸ finden neben Öffentlichkeits- und Bewusstseinsarbeit, Peer-Beratungen sowie Kurse und Schulungen für Menschen mit Behinderungen statt. Hier ist die Peer-Gruppe für Frauen mit Behinderungen hervorzuheben.¹¹⁹

In Linz gibt es außerdem sehr diversifizierte Angebote zur Unterstützung der Qualifizierung und Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderungen.¹²⁰ Diese reichen von Unterstützungsleistungen bei der Berufsorientierung, Beratung und Unterstützung am Arbeitsplatz, Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation bis hin zur vollständigen Berufsausbildung. Verschiedene Maßnahmen sind auch konkret auf Jugendliche mit Behinderungen zugeschnitten.

Angebote und Interessenvertretungen für die LGBTIQ*-Community

Für die LGBTIQ*-Community gibt es in Linz verschiedene Anlaufstellen, die einerseits soziokulturelle Angebote und Beratung zur Verfügung stellen und andererseits als politische Interessenvertretung fungieren.

113 Siehe <https://seniorenzentren.linz.at/clubaktiv.php>

114 Siehe <https://www.asb.or.at/behindertenfahrdienst/>

115 Siehe https://www.linz.at/serviceguide/viewchapter.php?chapter_id=121901

116 Siehe <https://www.fro.at/sendungen/radio-fuer-senioren/>

117 Siehe <https://www.miteinander.com/was-wir-tun/leben-und-freizeit/>

118 Siehe <https://www.ki-i.at/taetigkeitsbereiche/empowerment-center/das-empowerment-center>

119 Siehe S. 62 der Broschüre: https://www.ki-i.at/fileadmin/documents/bildungsprogramm_%20fr_%C3_%BChling_%20_2024_bf.pdf

120 Siehe <https://www.caritas-ooe.at/hilfe-angebote/menschen-mit-behinderungen/ausbildungundarbeit/>

LGBTIQ*-Themen sind in den letzten Jahren verstärkt in kommunalpolitische Prozesse eingebunden worden: Im Herbst 2020 ist Linz dem Rainbow Cities Network beigetreten (ein Zusammenschluss lokaler Kommunen, die sich für die Förderung ihrer LGBTIQ*-Community und gegen deren Diskriminierung einsetzen). Kurz danach wurde gemeinsam mit diversen LGBTIQ*-nahen Organisationen ein LGBTIQ*-Konzept erarbeitet und vom Gemeinderat beschlossen. Das neu entstandene LGBTIQ*-Ressort wurde der Stadträtin (damals Vizebürgermeisterin) Tina Blöchl zugeordnet und administrativ im Gleichbehandlungsbüro unter der Leitung von Patricia Kurz-Khattab angesiedelt. Erstes Ziel des LGBTIQ*-Teams war die „Entwicklung eines Gesamtkonzepts zur Stärkung und Förderung der Community“ in Zusammenarbeit mit Vertreter*innen¹²¹ (Stadt Linz, 2021; Stadt Linz, 2022). Im Rahmen dieser Arbeit wurde 2023 eine Online-Befragung zur Lebenssituation von LGBTIQ*-Personen in Linz durchgeführt (Stadtforschung Linz, 2023, Stadt Linz, 2024d).

Zum Zeitpunkt der Befragung¹²² 2023 zeigte sich, dass sich ein Großteil (88 %) der Befragten in Linz zumindest „eher wohl“ fühlte. Der Anteil der Befragten, die Linz als „LGBTIQ*-freundlich“ bewerten würden, war deutlich geringer (ca. zwei Drittel) und nur 45 % der Befragten waren der Meinung, dass sich die Situation für LGBTIQ*-Personen in Linz in den letzten 5 Jahren verbessert hätte. Rund 20 % waren der Meinung, dass sich die Situation verschlechtert habe, während weitere 20 % sie als „gleichgeblieben“ einschätzten. Hier zeigt sich also durchaus Handlungsbedarf. Einzelne Maßnahmen der Stadtverwaltung, wie die Beflaggung von Rathäusern und dem öffentlichen Raum mit Pride-Flaggen, wurden von den Befragten sehr positiv bewertet. Die überwiegende Mehrheit (77,7 %) der Befragten berichtete, in Linz bereits Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihrer Identität, sexuellen Orientierung, Geschlechtsmerkmale oder ihres Erscheinungsbildes gemacht zu haben (Stadtforschung Linz, 2023).

In der Studie wurden auch Anlaufstellen und Angebote für die LGBTIQ*-Community in Linz abgefragt. Die HOSI Linz erwies sich als die bekannteste Organisation; 65 % der Befragten hatten zumindest einmal Kontakt und es gab kaum Befragte, die HOSI nicht kannten. Die von ihr organisierte linzpride wird von den Befragten sehr positiv gesehen (ca. 93 % positiv). Darüber hinaus organisiert der Verein eine Reihe von soziokulturellen Angeboten, bietet Beratung an und fungiert als politische Interessenvertretung¹²³ (Stadtforschung Linz, 2023).

Die zweitbekannteste Anlaufstelle war laut Befragung die Aidshilfe Oberösterreich; 90 % kannten die Organisation und ein Drittel suchte sie zumindest selten auf. Die Aidshilfe Oberösterreich bietet Testungen für eine Reihe von sexuell übertragbaren Krankheiten und Beratungen an und leistet darüber hinaus Bildungs- und Aufklärungsarbeit¹²⁴ (Stadtforschung Linz, 2023).

121 Folgende NGOs nehmen an der Arbeitsgruppe teil: Aidshilfe OÖ, HOSI Linz, YOUnited Linz, Courage Linz, TSC Wechselschritt oder VIMÖ & BILY.

122 Methodologische Anmerkung: die Befragung war keine repräsentative Studie im statistisch-wissenschaftlichen Sinne. Die Befragung wurde in Zusammenarbeit mit zehn LGBTIQ*-Organisationen in Linz in der queeren Community verbreitet (einer Art „snowball sampling“) und die Ergebnisse basieren auf 327 auswertbaren Online-Fragebögen.

123 <https://www.hosilinz.at/>

124 <https://www.aidshilfe-ooe.at/>

Eine weitere bekannte Anlaufstelle ist Bily,¹²⁵ ein Verein für Jugend-, Familien- und Sexualberatung mit LGBTIQ*-Angebot, zu dem 23,6 % der Befragten laut Angabe mindestens einmal Kontakt hatten. YOUnited,¹²⁶ eine queere Jugendgruppe, sowie COURAGE* Linz,¹²⁷ eine Partner*innen-, Familien- und Sexualberatungsstelle mit LGBTIQ*-Fokus, wurde zum Zeitpunkt der Befragung von jeweils rund 20 % der Teilnehmer*innen zumindest selten aufgesucht. Alle hier genannten Organisationen hatten bei der Linzer LGBTIQ*-Befragung 2023 mitgewirkt (Stadtforschung Linz, 2023).

Auf die Frage hin, ob sich die Befragten bei den Anlaufstellen gut aufgehoben gefühlt hätten, schnitt die Aidshilfe Oberösterreich am besten ab (97 %). Am zweitbesten bewertet wurde das Autonome Frauenzentrum Linz (afz¹²⁸), eine Frauen-, Familien- und Fachberatungsstelle für alle Formen sexualisierter Gewalt, bei der ca. 95 % der betroffenen Befragten angaben, sich „gut“ oder „eher gut“ aufgehoben gefühlt zu haben. Auch der Diözesane Arbeitskreis Homosexuellen-Pastoral (Regenbogenpastoral) der Diözese Linz schnitt mit 95 % sehr gut ab (Stadtforschung Linz, 2023).

Ein weiteres interessantes Ergebnis der LGBTIQ*-Befragung bezieht sich auf die Frage, welche Anlaufstellen in Linz fehlen. Dabei wurden vor allem Räume, in denen queere Personen sich treffen und austauschen können, wie Lokale, Veranstaltungen oder allgemeine Treffpunkte, genannt. Am zweithäufigsten wurden „allgemeine Beratungsstellen“ und medizinische sowie psychologische Angebote, die auf die Bedürfnisse der LGBTIQ*-Gemeinschaft spezialisiert sind, genannt (Stadtforschung Linz, 2023). Als solche „allgemeine Beratungsstelle“ wurde vor Kurzem das LGBTIQ+* Kompetenzzentrum¹²⁹ der Stadt Linz in Kooperation mit den Vereinen Bily und Courage* eröffnet, das der queeren Community als niederschwelliges Erstberatungsangebot dienen soll (Stadt Linz, 2024e).

In Linz gibt es auch spezifische Angebote für Trans*-, Inter*-, und nicht-binäre Menschen (TIN*-Personen). Die Trans* Selbsthilfegruppe Linz¹³⁰ ist für alle offen, die sich nicht oder nicht ausschließlich mit ihrem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht identifizieren. Sie trifft sich regelmäßig und stellt in begrenztem Umfang auch Beratung (per E-Mail) zur Verfügung. Der Verein Intergeschlechtlicher Menschen Österreich (VIMÖ)¹³¹ ist ebenfalls in Linz aktiv und betreibt die Beratungsstelle Vargas¹³² mit Peer-Beratung für Menschen mit Variationen der Geschlechtsmerkmale (VdG).

In Linz gibt es auch spezifische Angebote für queere Frauen wie die Vernetzungsgruppe Queere Frauen Linz, eine Kooperation des afz (Autonomes Frauenzentrum) und der HOSI Linz,¹³³ oder die „Ladies* Night“ der HOSI Linz, ein regelmäßiges Treffen für queere Frauen*.¹³⁴

125 <https://www.bily.info/>

126 <https://younited.cc/>

127 <https://www.courage-beratung.at/>

128 <https://www.frauenzentrum.at/>

129 <https://www.linz.at/LGBTIQ/kompetenzzentrum.php>

130 <https://transinlinz.info/#home>

131 <https://vimoe.at/>

132 <https://varges.at/>

133 <https://www.hosilinz.at/frauen/>

134 https://www.hosilinz.at/ladies_night/

Anlaufstellen für Frauen

Die folgende Auflistung zeigt eine Auswahl an Anlaufstellen, die Frauen in vielen verschiedenen Lebenslagen beratend unterstützen (Frauenbüro der Stadt Linz, o. J.). Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Eine umfangreichere Liste der Beratungsempfehlungen des Frauenbüros Linz kann auf der Webseite gefunden werden: <https://www.linz.at/frauen/6544.php>

Tabelle 7.2: Anlaufstellen und Beratungseinrichtungen für Frauen in Linz

Arge Sie	
Beratung, Begleitung und Wohnen für wohnungslose Frauen	
Adresse	Marienstraße 11, 4020 Linz
Telefon	+43 732 77 83 61
E-Mail	sie@arg-obdachlose.at
Webseite	www.arge-obdachlose.at/arge-sie/
autonomes FRAUENZentrum	
Frauenberatungsstelle, Fachberatungsstelle bei allen Formen von sexualisierter Gewalt	
Adresse	Starhembergstraße 10, 4020 Linz
Telefon	+43 732 60 22 00
E-Mail	hallo@frauenzentrum.at
Webseite	www.frauenzentrum.at
Frauengesundheitszentrum	
Kompetenzzentrum für Frauengesundheit	
Adresse	Kaplanhofstraße 1, Erdgeschoß, 4020 Linz
Telefon	+43 664 39 85 004
E-Mail	office@fgz-linz.at
Webseite	www.fgz-linz.at
Frauenhaus Linz	
Zufluchtsstätte für Frauen und ihre Kinder in Krisensituationen	
Adresse	Postfach 1084, 4021 Linz
Telefon	+43 732 60 67 000
E-Mail	office@frauenhaus-linz.at
Webseite	www.frauenhaus-linz.at
Haus der Frau	
Bildungs- und Begegnungszentrum	
Adresse	Bildungs- u. Begegnungszentrum der Katholischen Frauenbewegung Volksgartenstraße 18, 4020 Linz
Telefon	+43 732 667026
E-Mail	hfd@dioezese-linz.at
Webseite	www.dioezese-linz.at/hdf

Tabelle 7.2: Anlaufstellen und Beratungseinrichtungen für Frauen in Linz

Haus für Mutter und Kind	
Hilfe für Frauen nach Scheidung oder in einer Verlust- bzw. Krisensituation	
Adresse	Kapellenstraße 1, 4040 Linz
Telefon	+43 732 7610-2332
E-Mail	haus.mutter.kind@caritas-ooe.at
Webseite	www.caritas-ooe.at/hilfe-angebote/menschen-in-not/haus-fuer-mutter-und-kind
Gewaltschutzzentrum OÖ	
Hilfe & Unterstützung für Opfer von Gewalt	
Adresse	Stockhofstraße 40, 4020 Linz
Telefon	+43 732 607760
E-Mail	office.ooe@gewaltschutzzentrum.at
Webseite	www.gewaltschutzzentrum.at/oberoesterreich/
LENA	
Fachberatungsstelle für Menschen, die in der Sexarbeit tätig sind oder waren	
Adresse	Steingasse 25, 2. Stock, 4020 Linz
Telefon	+43 732 7610-2384
E-Mail	lena@caritas-ooe.at
Webseite	www.lena.or.at/
Frauenbüro der Stadt Linz	
Frauenpolitisches Organ der Stadtregierung, zentrale Anlaufstelle der Linzerinnen	
Adresse	Altes Rathaus, Hauptplatz 1, Erdgeschoß, 4041 Linz
Telefon	+43 732 7070 1191
E-Mail	frauenbuero@mag.linz.at
Webseite	www.linz.at/frauen
Maiz	
Autonomes Zentrum von und für Migrantinnen	
Adresse	Scharitzerstraße 6–8 / 1. Stock, 4020 Linz"
Telefon	+43 732 77 60 70
E-Mail	maiz@servus.at
Webseite	www.maiz.at
migrare	
Zentrum für Migrantinnen in Oberösterreich	
Adresse	Bulgariplatz 12, 4020 Linz
Telefon	+43 732 66 73 63
E-Mail	office@migrare.at
Webseite	www.migrare.at

Tabelle 7.2: Anlaufstellen und Beratungseinrichtungen für Frauen in Linz

Sozialverein B37	
Wohnmöglichkeiten und Betreuung für wohnungslose Menschen	
Adresse	Bethlehemstraße 37, 4020 Linz
Telefon	+43 732 77 67 67-800
E-Mail	sozialverein@b37.at
Webseite	www.b37.at
Verein Alleinerziehend	
Beratung und Unterstützung für Alleinerziehende in allen Lebenslagen	
Adresse	Gstöttnerhofstraße 2/1/6, 4040 Linz
Telefon	+43 732 65 42 70
E-Mail	beratung@alleinerziehend.at
Webseite	www.alleinerziehend.at
VSG Woman	
Beratung für Frauen zu Arbeit/Bildung/Existenzsicherung	
Adresse	Johann-Konrad-Vogel-Straße 2/4, 4020 Linz
Telefon	+43 732 77 73 75-50
E-Mail	woman@vsg.or.at
Webseite	www.vsg.or.at/angebote/frauenberatung-woman/

Quelle: Frauenbüro der Stadt Linz, o. J.

Trends

- Frauen sind in der Stadt Linz in vielen politischen Funktionen, in der Stadtregerung insgesamt und in den verschiedenen Interessenvertretungen unterrepräsentiert. Dies gilt insbesondere für Führungspositionen (wie (Vize-)Bürgermeister*innen).
- Frauen bilden vor allem in den Ausschüssen der Stadt Linz, deren Themen traditionell eher weiblich konnotiert sind, die Mehrheit.
- Die Stadt Linz hat ein Frauenförder- und Gleichstellungsprogramm und verfügt über verschiedene frauenpolitische Organe (Frauenbüro, Frauenbeauftragte, Linzer Frauenausschuss, Stadträtin für Frauen).
- Gender Budgeting ist Bestandteil der kommunalen Finanzplanung, es fehlt jedoch an Transparenz über die genauen Wirkungsziele, Maßnahmen und Fortschritte.
- In den letzten Jahren haben sich LGBTIQ*-Förder- und Gleichstellungsprogramme in der Stadtpolitik etabliert. Mittlerweile gibt es queer-politische Organe (z. B. LGBTIQ+* Kompetenzzentrum und das LGBTIQ*-Resort). Außerdem ist die Stadt Linz dem Rainbow Cities Network beigetreten.
- Geschlechtergerechtigkeit ist außerdem zentraler Bestandteil der bisherigen und fortlaufenden Kulturentwicklungsprogramme (KEP). Nicht alle Planungsdokumente und Strategieprogramme der Stadt Linz weisen allerdings einen solchen Bestandteil auf.

- Vielfältige soziokulturelle Angebote, die auf spezifische Gruppen von Frauen zugeschnitten sind und ihre politischen Interessen vertreten, bereichern die Lebensqualität vieler Menschen und sollen weiter gestärkt und ausgebaut werden.

Lücken

- Leicht zugängliche und vergleichbare geschlechtsspezifische Daten für alle Dimensionen der politischen Partizipation in der Stadt Linz
- Transparenz (etwa in Form von regelmäßigen Berichten) über die Fortschritte bei der Umsetzung des Gender Budgetings der Stadt Linz
- Transparenz über die Fortschritte bei der Umsetzung der Frauenförder- und Gleichstellungsprogramme der Unternehmensgruppe Stadt Linz (etwa durch Offenlegung der Evaluationsberichte)
- Erfassung des soziokulturellen Partizipationsverhaltens bestimmter Gruppen von Frauen (bspw. Senior*innen, Frauen mit Migrationshintergrund, queere Frauen*, Frauen mit Behinderungen) in der Stadt Linz

Diskussion und Reflexion des Status quo

Politische, gesellschaftliche bzw. soziokulturelle Partizipation sind Grundvoraussetzungen für eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilnahme und Teilhabe. Repräsentation, Mitgestaltung und die Einbindung in politische Entscheidungen sowie in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens bereichern die Lebensqualität aller Linzer*innen und tragen wesentlich zu einem gelungenen gesellschaftlichen Zusammenleben bei. Mädchen und junge Frauen zu ermutigen, sich gesellschaftlich oder politisch zu engagieren, kann auch als Empowerment verstanden werden, da es ihnen ermöglicht, ihre Probleme und Bedürfnisse sichtbar zu machen bzw. sich Gehör zu verschaffen.

Ein Mangel an Zeit oder ökonomischen Ressourcen kann die politische und gesellschaftliche Einbindung bestimmter Gruppen einschränken. Prekäre ökonomische Lebenssituationen sind neben familiären oder beruflichen Verpflichtungen das größte Hemmnis für Teilnahme und Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben. Frauen und spezifische Gruppen von Frauen sind von solchen Situationen verstärkt betroffen, wie bspw. die hohen Armutsgefährdungsquoten belegen. Daher sind zahlreiche unentgeltliche Beratungs-, Betreuungs- und Freizeitangebote von Vereinen und städtischen Programmen für die Teilhabe marginalisierter Gruppen (z. B. Migrantinnen oder queere Frauen*) in Linz unerlässlich.

Strukturelle Probleme der Einrichtungen

Um auf unterschiedliche Bedürfnisse der verschiedenen Zielgruppen eingehen und zugeschnittene Angebote entwickeln zu können, werden von Seiten der Vereine und Organisationen finanzielle und personelle Ressourcen benötigt. Viele Einrichtungen bieten Beratungsleistungen und auch Workshops unentgeltlich an, sie sind daher in großem Maße auf Spenden und vor allem auf öffentliche Förderungen angewiesen. Ohne öffentliche Förderungen kann das Angebot an Beratung, Betreuung und speziellen Aktivitäten nicht oder nur sehr eingeschränkt aufrechterhalten werden.

Die öffentliche Frauenförderungs politik ist aber ein umkämpftes Feld. Z. B. wurden im Jahr 2017 die jährlichen Förderungen für die Linzer Vereine maiz, ARGE SIE (eine Beratungsstelle für obdach- und wohnungslose Frauen) und FIFTITU % (eine Anlaufstelle für Künstler*innen und kulturschaffende Frauen) durch das Frauenreferat des Landes Oberösterreich drastisch gekürzt. Dies hatte erhebliche Auswirkungen auf die Versorgung von ohnehin stark marginalisierten Frauengruppen wie Sexarbeiterinnen oder wohnungslosen Frauen (Schuster et al., 2018) und führte dementsprechend zu erheblicher Kritik und Protesten. Die staatlichen Einsparungen waren Teil einer Kürzungswelle zwischen 2017–2019, die insbesondere Frauen- und Gleichstellungsprojekte mit einer gesellschaftskritischen oder feministischen Ausrichtung stark getroffen hat und daher als politisch motiviert kritisiert wurden (Simsa et al., 2019). Aktuell werden die angekündigten Kürzungen zum AMS-Budget heftig debattiert, unter anderem wegen ihrer Wirkung auf frauenspezifische Ausbildungs- und Förderprogramme (Sozialplattform Oberösterreich, 2024b).

Ausblick: Maßnahmen und Möglichkeiten

Politische Partizipation

- Fortschreibende, regelmäßige Erfassung und Veröffentlichung der Repräsentanz von Frauen im gesamten politischen Feld in der Stadt Linz
- Fortlaufende Veröffentlichung der Gender-Budgeting-Aktivitäten der Stadt Linz
- Fortlaufende Veröffentlichung der Evaluierungsberichte zu den Frauenförder- und Gleichstellungsprogrammen
- Überprüfung aller politischen Strategie- und Planungsdokumente auf Geschlechter- und Diversitätsgerechtigkeit
- Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in politischen Funktionen der Stadt Linz, in denen Frauen unterrepräsentiert sind
- Durchbrechen der geschlechterstereotypen Besetzung der Ausschüsse, z. B. durch Quoten
- Mentor*innenprogramme für junge Frauen in der Politik, um sie bei ihren politischen Anfängen zu unterstützen bzw. gegenüber sexistischen Anfeindungen z. B. online zu stärken
- Gemeinderatsenqueten, also die Anhörung von Expert*innen und Betroffenen im Rahmen politischer Beratungs- und Beschlussprozesse, zu frauenpolitischen Themen
- Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit zum Sichtbarmachen von Frauen und deren Leistungen in der Politik
- Schaffung eines Budgets für Frauenförderungsmaßnahmen im kulturellen und sozialen Bereich
- Koppelung der Förderungen der Stadt Linz an Kriterien der Geschlechter- und Diversitätsgerechtigkeit
- Sicherstellung der finanziellen Förderung von Anlaufstellen und Interessenvertretungen marginalisierter Frauengruppen (z. B. Migrantinnen, Sexarbeiterinnen, queere Frauen*, obdachlose Frauen)

Soziokulturelle Teilhabe

- Förderung der Koordination und Vernetzung von Einrichtungen zur Vermeidung von Überschneidungen bzw. Unterversorgungen in deren Angeboten
- Schaffung von Anreizsystemen durch zusätzliche Mittel für Einrichtungen, wenn sie Frauenfördermaßnahmen entwickeln und umsetzen
- Vermittlung interkultureller Kompetenz in den soziokulturellen Einrichtungen der Stadt Linz
- (Finanzielle) Sicherstellung von guter Anti-Diskriminierungsarbeit der soziokulturellen Einrichtungen in Linz
- Angebote von kostenlosen Übersetzungsdienstleistungen für soziokulturelle Einrichtungen, wobei Migrant*innen als Übersetzer*innen eingesetzt werden können
- Sicherstellung, dass alle soziokulturellen Einrichtung barrierefrei zugänglich sind und auf besondere Bedürfnisse eingehen können
- Kinderbetreuungsangebote in den Einrichtungen fördern, damit Frauen mit Kinderbetreuungspflichten stärker eingebunden werden

Quellen

- Achleitner, Sophie, Mader, Katharina, & Premrov, Tamara (2023). 10 Jahre Gender Budgeting: 10 Jahre umsonst? A&W Blog. <https://www.awblog.at/Frauen/zehn-jahre-gender-budgeting>
- AK Oberösterreich. (2024a). Die Organe der AK. Arbeiterkammer Oberösterreich. Abgerufen am 02. Oktober 2024, von https://ooe.arbeiterkammer.at/ueberuns/gremien/die_organe_der_ak/Die_Organe_der_AK.html
- AK Oberösterreich. (2024b). Organisation AK OÖ – Selbstverwaltung. https://ooe.arbeiterkammer.at/service/broschuerenundratgeber/diearbeiterkammer/KOM_2024_Organigramm-Selbstverwaltung_12.09.2024.pdf
- BEI GEWUM. (2002). Frauen macht Budgets: Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive. Mandelbaum Verlag.
- Bergmann, Nadja, Pimminger, Irene. (2004). Praxis-Handbuch Gender-Mainstreaming, Konzept, Umsetzung, Erfahrung. Wien L&R Sozialforschung.
- Blome, Agnes, & Fuchs, Gesine. (2017). Macht und substantielle Repräsentation von Frauen. *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft*, 26(1). <https://www.budrich-journals.de/index.php/feminapolitica/article/view/28153>
- Buchinger, Birgit, Huber, Peter, Lutz, Hedwig, Mayrhuber, Christine, & Schratzenstaller, Margit (2010). Grundlagenpapier zum Salzburger Leitbild für Chancengleichheit. TEP – Arbeit für Salzburg.
- Budgetdienst. (2019). Gender Budgeting: Fortschritte und Herausforderungen. Parlamentsdirektion Republik Österreich. <https://www.parlament.gv.at/fachinfos/budgetdienst/Gender-Budgeting-Fortschritte-und-Herausforderungen>
- Bundeskanzleramt. (2023). 8. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Bundeskanzleramt, Sektion Familie und Jugend. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/jugend/jugendpolitik/jugendforschung/jugendbericht.html>
- Bundeskanzleramt. (2024). Frauen in politischen Entscheidungspositionen in Österreich 2023: Entwicklung der Repräsentation von Frauen zwischen 2013 und 2023. <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/frauen-und-gleichstellung/gleichstellung-am-arbeitsmarkt/frauen-in-fuehrungs-und-entscheidungspositionen/frauen-als-entscheidungsstragende-in-der-politik.html>
- Bundeskanzleramt Österreich. (o. J.). Bundeskanzlerin und Bundeskanzler seit 1945 – Bundeskanzleramt Österreich. Abgerufen am 02. Oktober 2024, von <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/bundeskanzleramt/geschichte/kanzler-seit-1945.html>
- Cengiz, Firat, & Beveridge, Fiona (2015). Der EU-Haushalt für die Gleichstellung von Frauen und Männern: Studie für den FEMM-Ausschuss. Europäisches Parlament. [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/490708/IPOL_STU\(2015\)490708_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/490708/IPOL_STU(2015)490708_DE.pdf)
- Die Gleichbehandlungsbeauftragten der Unternehmensgruppe der Stadt Linz. (o. J.). Gleiche Rechte – Gleiche Chancen: 2020 – 2025 UGL-weites Frauenförder- und Gleichstellungsprogramm. Unternehmensgruppe der Stadt Linz. <https://ars.electronicart.com/about/files/2022/04/gleichrechte.pdf>
- Die Grünen Linz. (2024). Unser Team. Die Grünen Linz. Abgerufen am 02. Oktober 2024, von <https://www.linz.gruene.at/team/>
- Die Linzer Volkspartei. (o. J.). Stadtparteivorstand: ÖÖVP Bezirk Linz Stadt. Die Linzer Volkspartei. Abgerufen am 01. Oktober 2024, von <https://linzervolkspartei.at/team/stadtparteivorstand>
- FPÖ Linz. (o. J.). FPÖ Linz – Ortsgruppen. Abgerufen am 02. Oktober 2024, von <https://www.fpoe-linz.at/>
- Frauenbüro der Stadt Linz. (o. J.). Beratungseinrichtungen. Stadt Linz. Abgerufen am 14. Oktober 2024, von <https://www.linz.at/frauen/6544.php>
- Land Oberösterreich. (o. J.). Land Oberösterreich – Mitglieder der Oö. Landesregierung. Land Oberösterreich. Abgerufen am 02. Oktober 2024, von <https://www.land-oberoesterreich.gv.at>
- Landeshauptstadt Linz. (2013). Kulturentwicklungsplan NEU der Stadt Linz. Landeshauptstadt Linz – Direktion Kultur, Bildung, Sport.

- Landesjugendreferat Oberösterreich. (2016). OÖ Jugendstudie 2016. Oberösterreichische Landesregierung. https://www.jugendservice.at/fileadmin/daten/Multiplikatoren/Jugendarbeit/Jugendstudien/Jugendstudie_2016.pdf
- LK Oberösterreich. (2024). Funktionärinnen und Funktionäre. LK Online: Landwirtschaftskammer Oberösterreich. Abgerufen am 02. Oktober 2024, von <https://goe.lko.at/funktion-%C3%A4rinnen-und-funktion-%C3%A4re+2400++900587#goto-mitarbeiter1001447>
- Magistrat der Landeshauptstadt Linz. (2021). Voranschlag der Landeshauptstadt Linz für die Jahre 2022 / 2023. Stadt Linz. https://data.linz.gv.at/katalog/politik_verwaltung/verwaltung/budget/2022/VA/VA2022-2023_vorbericht.pdf
- Magistrat der Landeshauptstadt Linz. (2023). Kulturentwicklungsplan der Stadt Linz: Zwischenbericht 2019–2022. Magistrat der Landeshauptstadt Linz - Geschäftsbereich Kultur und Bildung, Linz Kultur.
- Marx, Ulrike (2024). Measuring and Managing Gender Equality: The Case of Gender Budgeting in Austria. In FEMINISM IN PUBLIC DEBT: A Human Rights Approach (S. 246–260). Bristol University Press. https://library.oapen.org/bitstream/handle/20.500.12657/90635/9781529237290_web.pdf?sequence=1#page=275
- Medienservice der Stadt Linz. (2024). Aktivpass unterstützte im Jahr 2023 27.000 Linzerinnen und Linzer. Informationsunterlage zur Pressekonferenz mit Sozialreferentin Vizebürgermeisterin Karin Hörzing zum Thema „Aktivpass-Bilanz 2023“ am Montag, 11. März 2024. https://www.linz.at/medienservice/2024/202403_124733.php
- oesterreich.gv.at-Redaktion. (2024). Bundespräsidenten seit dem Jahr 1918. oesterreich.gv.at – Österreichs digitales Amt. Abgerufen am 02. Oktober 2024, von https://www.oesterreich.gv.at/themen/transparenz_und_partizipation_in_der_demokratie/demokratie-und-wahlen/demokratie/4/Seite.22300023.html
- OÖ Seniorenbund (o. J.). Landesvorstand. OÖ Seniorenbund. Abgerufen am 02. Oktober 2024, von <https://ooesb.at/de/ueber-uns/landesvorstand>
- Österreichischer Gemeindebund. (2024). Bürgermeister und Bürgermeisterinnen. Abgerufen am 02. Oktober 2024, von <https://gemeindebund.at/buergermeister-und-buergermeisterinnen/>
- Österreichischer Gewerkschaftsbund. (o. J.). Präsidium der ÖGB Landesorganisation OÖ. Österreichischer Gewerkschaftsbund. Abgerufen am 02. Oktober 2024, von <https://www.oegb.at/der-oegb/bundeslaender/oberoesterreich>
- Parlament Österreich. (o. J.). Mitglieder der Bundesregierung. Abgerufen am 25. November 2024, von https://www.parlament.gv.at/recherchieren/personen/bundesregierung/?WFW_018R_ZEIT=AKT
- Parlament Österreich. (2024). Frauenanteil im Nationalrat. Abgerufen am 01. Oktober 2024, und 29. Oktober 2024, von <https://www.parlament.gv.at/recherchieren/statistiken/personen-statistiken/frauen/NR>
- Pensionistenverband Bezirksorganisation Linz-Stadt. (o. J.). MitarbeiterInnen: Unsere Funktionärinnen & Funktionäre. Pensionistenverband Linz. Abgerufen am 02. Oktober 2024, von <https://pvlinz.at/mitarbeiterinnen/>
- Schuster, Julia, Fitz, Theresa, & Kapfer, Leonie (2018). Zweiter Frauenbericht der Stadt Linz. <https://www.linz.at/frauen/56114.php>
- Simsa, Ruth, Neunteufl, Franz, Ahlfeld, Christian, Grasgruber-Kerl, Romy, Heckermann, Blanka, Moder, Clara, Pranzl, Joachim, & Stadlbauer, Julia. (2019). CIVIL SOCIETY INDEX UPDATE 2019: Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft in Österreich. Interessenvertretung Gemeinnütziger Organisationen, Institut für Soziologie und empirische Sozialforschung & NPO-Institut der Wirtschaftsuniversität Wien.
- Sozialplattform Oberösterreich. (2024a). Hunger auf Kunst und Kultur – Kulturpass in Oberösterreich: Richtlinien gültig seit 26. April 2024. sozialplattform.at. https://www.hungeraufkunstundkultur.at/jart/prj3/hakuk_ci/data/uploads/24_%20Hkuk%20Richtlinien.pdf
- Sozialplattform Oberösterreich. (2024b). Kürzungen beim AMS-Budget gefährden Arbeitsmarktintegration in Oberösterreich. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240625_OTS0137/kuerzungen-beim-ams-budget-gefaehrden-arbeitsmarktintegration-in-oberoesterreich
- Sozialplattform Oberösterreich. (2024c). Unveröffentlichte Daten [Persönliche Kommunikation].
- SPÖ Linz. (2024). Menschen. SPÖ Linz. Abgerufen am 24. September 2024, von <https://linzpartei.at/menschen/>
- Stadt Linz. (o. J.). Aktivpass. Stadt Linz. Abgerufen am 09. Oktober 2024, von https://www.linz.at/serviceguide/viewchapter.php?chapter_id=121421
- Stadt Linz. (2021). Wortprotokoll-Auszug der 51. Gemeinderatssitzung am 1.7.2021. Stadt Linz. https://www.linz.at/db/Politik_GRProtokolle_Oben.php
- Stadt Linz. (2022). Neues LGBTIQ*-Team für Linz. Stadt Linz. https://www.linz.at/medienservice/archiv/2022/202203_114694.php
- Stadt Linz. (2023a). 16 Tage gegen Gewalt gegen Frauen. Stadt Linz. https://www.linz.at/medienservice/2023/202311_123000.php
- Stadt Linz. (2023b). Frauenförder- und Gleichstellungsprogramm stellt Weichen für die Zukunft. Stadt Linz. https://www.linz.at/medienservice/2023/202311_122907.php
- Stadt Linz. (2023c). Linzer Mädchen-Homepage mit großer Themenvielfalt geht erstmalig online. Stadt Linz. https://www.linz.at/medienservice/2023/202310_122270.php
- Stadt Linz. (2023d). Startschuss für neue Kampagne gegen Sexismus. Stadt Linz. https://www.linz.at/medienservice/2023/202311_122833.php
- Stadt Linz. (2023e). Wortprotokoll-Auszug der 18. Gemeinderatssitzung am 13.12.2023. Stadt Linz. https://www.linz.at/db/Politik_GRProtokolle_Oben.php
- Stadt Linz. (2024a). Der Linzer Stadtsenat. Stadt Linz. Abgerufen am 25. September 2024, von <https://www.linz.at/politik/6228.php>
- Stadt Linz. (2024b). Die Bürgermeister der Stadt Linz. Stadt Linz. Abgerufen am 25. September 2024, von <https://stadtdgeschichte.linz.at/buergermeister.php>
- Stadt Linz. (2024c). Ecoality – Klima- und Geschlechtergerechtigkeit im Fokus. Stadt Linz. https://www.linz.at/medienservice/2024/202406_126385.php
- Stadt Linz. (2024d). Ergebnisse der Befragung zur Lebenssituation von LGBTIQ*-Personen. Stadt Linz. https://www.linz.at/medienservice/2024/202401_124134.php
- Stadt Linz. (2024e). Eröffnung des 1. LGBTIQ+* Kompetenzzentrums Österreichs. Stadt Linz. https://www.linz.at/medienservice/2024/202409_127924.php

- Stadt Linz. (2024f). Gemeinderat der Stadt Linz. Stadt Linz. Abgerufen am 25. September 2024, von <https://www.linz.at/politik/6232.php>
- Stadt Linz. (2024g). Gemeinderät*innen A-Z. Stadt Linz. Abgerufen am 25. September 2024, von <https://www.linz.at/politik/gemeinderat.php>
- Stadt Linz. (2024h). Gemeinderät*innen nach Fraktionen / Parteien. Abgerufen am 01. Oktober 2024 von https://www.linz.at/politik/87611_87618.php
- Stadt Linz. (2024i). Gemeinderätliche Ausschüsse. Stadt Linz. Abgerufen am 25. September 2024, von <https://www.linz.at/politik/6288.php>
- Stadt Linz. (2024j). Gemeindevertretung der Stadt Linz. Stadt Linz. Abgerufen am 25. September 2024, von <https://stadteschichte.linz.at/gemeindevertretung.php>
- Stadt Linz. (2024k). Stadt Linz schätzt und fördert Vielfalt als Arbeitgeberin. Stadt Linz. https://www.linz.at/medienservice/2024/202407_127051.php
- Stadt Linz. (2024l). Wortprotokoll-Auszug der 50. Gemeinderatssitzung am 27.5.2021. Stadt Linz. <https://www.linz.at/Politik/GRSitzungen/GPSearch/ResultDetail?TopId=4218>
- Stadt Linz (2024m). Bürgermeister*in. Stadt Linz. Abgerufen am 25. September 2024, von <https://www.linz.at/politik/6224.php>
- Stadt Linz (2024n). Gemeinsam für den Gewaltschutz. Stadt Linz. https://www.linz.at/medienservice/2024/202406_126404.php
- Stadt Wien. (o. J.). Gender Budgeting – Statistiken. Abgerufen am 14. Oktober 2024, von <https://www.wien.gv.at/statistik/gender/budgeting/#Daten>
- Stadtforschung Linz. (2017). BürgerInnenbefragung 2017. Magistrat Linz, Stadtforschung. https://www.linz.at/zahlen/112_Befragungen/Buergerinnenbefragung_2017.pdf
- Stadtforschung Linz. (2023). Befragung zur Lebenssituation von LGBTIQ*-Personen in Linz. Magistrat der Landeshauptstadt Linz - Büro Stadregierung. https://www.linz.at/zahlen/112_Befragungen/LGBTIQ-Befragung2023.pdf
- Statistik Austria. (2023). Zeitverwendung 2021/22: Ergebnisse der Zeitverwendungserhebung. Bundesanstalt Statistik Österreich. <https://www.statistik.at/services/tools/services/publikationen/detail/1735>
- Wirtschaftskammer Oberösterreich. (2024). Funktionär:innen Wirtschaftskammer Oberösterreich. wko.at. Abgerufen am 02. Oktober 2024, von <https://www.wko.at/funktionaere/14635>



ISBN 978-3-200-10443-3